

Rolf Badstübner

# Clash

Entscheidungsjahr 1947

Manuskripte

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Manuskripte 70

Rosa-Luxemburg-Stiftung

ROLF BADSTÜBNER

**Clash.**

**Entscheidungsjahr 1947**

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 70

ISBN 3-320-02117-7

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2007

Satz: Marion Schüttrumpf

Druck und Verarbeitung: Mediaservice GmbH Bärenruck und Werbung

Printed in Germany

**1. 1947: Bilanz und Ausblick am Jahresbeginn**

1.1.	»3. Wege« Deutschland und Friedensvertrag – Hoffnungsanker für die einen, Bedrohung für die anderen	12
1.2.	Besatzungsherrschaft, Deutschlandprojekt und die Deutschen	15
1.3.	Die Regionalisierung Deutschlands	17
1.4.	»Amerikanisierung« versus »Sowjetisierung«?	18
1.5.	Die (Teil-)Realisierung des alliierten Deutschlandprojekts bis Frühjahr 1947. Besatzungsherrschaft als gesellschaftlich-politische Transformationsperiode	22
1.6.	Unterschiedliche Parteienkonstellationen 1946/47. Die Gründung der SED zwischen Euphorie und Zwang	33
1.6.1.	Die Gründung der SED und die »übersehenen« Folgen	33
1.6.2.	SPD: »Sozialismus als Tagesaufgabe«	34
1.6.3.	Die SED und der »besondere deutsche Weg zum Sozialismus«	37
1.6.4.	CDU: »Christlicher Sozialismus«. »Ahlener Programm« – »Sozialisierung im Sinne der CDU«?	37
1.7.	Die Volksentscheide in Sachsen und Hessen und die Sozialisierungsbewegung in den Westzonen. Die Mehrheitsoptionen in den frühen Übergangsgesellschaften für ein Deutschland »über den Kapitalismus hinaus«	45
1.8.	Anti-Hitler-Koalition zwischen Konsens und Konflikt	49
1.8.1.	Stalins Spagat zwischen Ostblockpolitik und Kooperationskurs	49
1.8.2.	USA 1946: policy of ambivalence	50
1.8.3.	US-Umorientierung im Vormarsch	51
1.8.4.	Kurswechsel in der britischen Deutschlandpolitik	53
1.8.5.	Das Dilemma der französischen Deutschlandpolitik	55
1.8.6.	Kursentscheidung für Westblock und Westzonenstaat	56
1.8.7.	»Weiter wie bisher«: Die deutschlandpolitischen Positionsbestimmungen der Sowjetunion	57

<b>2.</b>	<b>Im Vorfeld von Moskau: für und wider demokratische Einheit und Friedensvertrag. Deutschland als Brücke oder Dritter Weg zwischen Ost und West?</b>	
2.1.	Einheitsstaat, Bundesstaat oder Staatenbund?	59
2.2.	SED bei Stalin: »Man muss die SPD wieder zulassen!«	63
2.3.	Länderverfassungen in der SBZ und die gesamtdeutsche Perspektive	64
2.4.	Die Vereitelung von gesamtdeutschen Parteiengesprächen und die Option für die angeblich »zweitbeste Lösung«	66
2.5.	Der abgelehnte Volksentscheid für die demokratische Einheit Deutschlands	69
<b>3.</b>	<b>Die Moskauer Konferenz: Hoffnung auf Durchbruch oder nur aufgeschobener Bruch und verzögerte Weststaatslösung?</b>	
3.1.	»Truman-Doktrin« zum Auftakt	70
3.2.	Vorbereitungen: für und gegen eine Vier-Mächte-Regelung	70
3.3.	Teilerfolge und nicht eingestandenes Scheitern	72
<b>4.</b>	<b>Die Münchener Konferenz deutscher Ministerpräsidenten – Indikator für die Westzonenoption. Die Geburt der »Verelendungs- und Magnetdoktrin«</b>	
4.1.	Die bayrische Initiative und erste Reaktionen	77
4.2.	Der Streit in der SED um die Teilnahme und der Widerstand gegen die intransigente Haltung der SMAD	78
4.3.	»Mannesmut vor Königsthronen«: Ministerpräsident Erhard Hübener (LDP) Teilnahme genehmigung oder Rücktritt	83
4.4.	Die ostdeutsche Teilnahmeentscheidung und die westdeutschen Vorpositionierungen. Die späte Wahrheit über den Verlauf der Vorbesprechung	84
4.5.	Den Westzonenstaat fest im Visier. Die »Verelendungs- und Magnetdoktrin«	86
4.6.	Ostzonale Auseinandersetzungen und Konsequenzen	88
4.7.	LDP und CDU in der Orientierungskrise	89
4.8.	SED: Innerparteiliche Auseinandersetzungen um kommunistische Kursänderungen und -verschärfungen	93

<b>5.</b>	<b>Marshallplan und Weichenstellung für »restaurative Neuordnung« und Westzonenstaat. Das Ende der Sozialisierung</b>	
5.1.	»Hilfsprogramm« zur Eindämmung der »kommunistischen Gefahr« und um US-Hegemonie	100
5.2.	Neubestimmung der US-Deutschland- und Besatzungspolitik. Das Sozialisierungsverbot. Musste die Sozialisierung scheitern?	101
5.3.	Vorarbeiten für die Schaffung des Westzonenstaates. Hauptstadtpläne	106
5.4.	Abschreibung der SBZ »aus Furcht, dass die radikalisierte Ostzone den Staatskörper der Westzonen infizieren könnte«	108
5.5.	Nach der »Sprengung« der Londoner Konferenz: Startschuss für die Schaffung des Westzonenstaates	113
<b>6.</b>	<b>Die abgeschriebene Ostzone zwischen Selbstbehauptung und neuer Selbstfindung. Quo vadis?</b>	
6.1.	Ausbau SBZ und Kampf gegen die Spaltung	114
6.2.	Kommunistischer Konfrontationskurs: Die 2-Lager-Doktrin und ihre Konsequenzen	115
6.3.	Der Deutsche Volkskongress zwischen gesamtdeutschem Scheitern und ostzonalem Erfolg	117
6.4.	Die Perspektiven Anfang 1948: Widerstreit zwischen gesamtdeutschen und »volksdemokratischen« Orientierungen. Wismut-Uran für das weltpolitische »Gleichgewicht des Schreckens«	122
<b>7.</b>	<b>1947 – der nicht verhinderte große Clash und die Folgen im Streit der Deutungsmuster. Eine Schlussbetrachtung</b>	<b>125</b>
	Abkürzungsverzeichnis	140
	Quellen und Literatur	142





## Kurze Einführung: heute und damals.

Aus der Perspektive des 21. Jahrhunderts mit einem Deutschland in einem weit-  
hin »geeintem« Europa erscheint die zurückliegende Teilung Deutschlands und  
Europas, die immerhin über vierzig Jahre andauerte und dann unerwartet und ab-  
rupt endete, als historisch anormale Episode oder Zwischenperiode. Die Zeitge-  
nossen sahen das allerdings anders. Für sie hatte die Koexistenz zweier Weltsy-  
steme, darin eingebettet die Existenz zweier deutscher Staaten, die eine den  
Weltfrieden gewährleistende Stabilität zu garantieren schien, zunehmend den  
Charakter des Normalen angenommen. Das im Grundgesetz der Bundesrepublik  
verankerte Wiedervereinigungsziel spielte selbst noch im Frühjahr/Sommer 1989,  
anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Bundesrepublik, als eingestande-  
nes Manko eine eher marginale Rolle. Jüngere allerdings, die jene Zeit nicht selbst  
erlebt haben, können sich verwundert die Frage stellen, wieso konnte denn die de  
facto Friedensregelung durch die 2+4-Verträge und die Schaffung eines einheitli-  
chen Deutschlands, die 1989/1990 friedlich, in kurzer Zeit und anscheinend ziem-  
lich problemlos durch »Anschluss« bzw. Beitritt der DDR in den Geltungsbereich  
des Grundgesetzes gelang und zu dem führte, was im 21. Jahrhundert als normal  
erscheint, nicht schon nach dem zweiten Weltkrieg auf den Weg gebracht werden?  
Sie wissen nicht oder können es nur schwer verstehen, dass damals nach dem  
zweiten Weltkrieg andere Konstellationen bestanden und andere Vorstellungen  
und Perspektiven dominierten – wieso das so war und welche das waren. Deutsch-  
land und die deutsche Frage waren damals eingebettet in ein übergreifendes, von  
den herrschenden Mächten, traditionellen Eliten und gesellschaftlichen Systemen  
verschuldetes oder bewirktes »Katastrophenzeitalter«<sup>1</sup>, das mit der »Urkatastro-  
phe« des Ersten Weltkrieges begonnen hatte und schließlich im Zivilisationsbruch  
von Holocaust und zweitem Weltkrieg »kulminierte«. Gegen die herrschenden  
Trends dieses »Katastrophenzeitalters« und vor allem dann gegen den Faschismus  
formierten sich, insbesondere in Europa, demokratisch-humanistische, sozialisti-  
sche und kommunistische Gegenbewegungen. Es kam zur Entstehung der Anti-  
Hitler-Koalition, die sich schließlich die Schaffung einer neuartigen Weltorgani-  
sation und einer stabilen Friedensordnung zum Ziel setzte, was weitreichende  
Veränderungen einschloss. Damit einhergehend und unter dem Eindruck eines un-  
vorstellbaren Desasters, großer Erschütterung und individueller Not standen die  
Zeichen in Europa und auch in Deutschland 1945 unübersehbar auf Umbruch,  
Wende, Neuanfang, Umkehr, Anderswerden, auf ein neues Europa und ein neues  
Deutschland, die sich vom Vorkriegseuropa und -deutschland deutlich unterschei-  
den sollten. Das »Katastrophenzeitalter« sollte radikal überwunden und damit ga-  
rantiert beendet werden. Der Kapitalismus, der sich im Zwischenkriegseuropa so

1 Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, S. 20.

miserabel präsentiert, eine Weltwirtschaftskrise verursacht hatte und in Deutschland schließlich in nazistische Aufrüstung, Nazi- und Kriegsverbrechen involviert war, war in großen Teilen der öffentlichen Meinung geächtet, seine Entmachtung oder Beseitigung galt als Bestandteil einer radikalen Katastrophen-»Bereinigung«. Ein Weg schien sich zu öffnen, der in längerer Perspektive zu einem sozialistischen Europa, insbesondere auch Westeuropa, führen würde und selbst im besetzten Deutschland schienen dafür Chancen zu bestehen und wurden auf die eine oder andere Art solche Ziele unmittelbar oder mittelbar anvisiert; am deutlichsten von der Partei, die wähnte, stärkste deutsche Partei zu werden, der SPD, mit ihrer Gegenwartsorientierung auf ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa. Und es hatte zeitweilig den Anschein, dass diese und ähnliche Orientierungen obsiegen könnten. Das war deshalb so, weil sich mit der an den Potsdamer und anderen alliierten Beschlüssen orientierten Besatzungsherrschaft und damit korrelierenden deutschen Aktivitäten in allen Besatzungszonen, wengleich mit deutlichen Unterschieden, im Ergebnis einer relativ eigenständigen gesellschaftlich-politischen »Transformationsperiode«<sup>2</sup> und eines Systems des Systemwechsels<sup>3</sup> Übergangsgesellschaften herausbildeten, deren Zukunftsvisionen »über den Kapitalismus hinaus« wiesen. Noch Anfang 1947 konnte man das so sehen – bevor es zum großen Clash kam und im Verlauf dieses Jahres dramatische Entscheidungen fielen und folgenreiche Weichenstellungen erfolgten, die dann eine andere Langzeitentwicklung einleiteten – die der »zweitbesten Lösungen« für West und dann für Ost verbunden mit konfrontativ gegenläufigen Entwicklungen.<sup>4</sup>

Viele Fragen drängen sich bei dem Vorhaben auf, dieses dramatische Entscheidungsjahr 1947, das nun 60 Jahre zurückliegt, mit seiner außerordentlich schwierigen Gemengelage und schier unentwirrbaren Widerspruchsdiagnostik zu analysieren und zu rekonstruieren. Das aber erscheint geboten, weil in der neueren bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik an der Untersuchung und Darstellung jener alternativen Entwicklungsansätze und den damit verbundenen Fragestellungen und Sichtweisen wenig Interesse besteht. Denn da dominiert konzeptionell eindeutig die Grundposition, die heutige Bundesrepublik nicht als Berliner Republik wirklich anzunehmen, was hieße, sie als Doppelbiografie bzw. als eine die Vorgeschichte und die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR integrierende Nachkriegsgeschichte<sup>5</sup> in das Blickfeld zu

2 Gerhardt, Soziologie der Stunde Null. Zur Gesellschaftskonzeption der amerikanischen Besatzungszonen 1944-1945/1946 (2005) Dieser soziologische Forschungsansatz, der geeignet ist, die Übergangsprozesse nach 1945 besser zu erfassen, wird bisher in der Zeitgeschichtsschreibung weitgehend ignoriert.

3 Siehe ebenda, »Zur Theorie des Wandels ganzer Gesellschaften«, S. 51 ff.

4 Stellt man sich allerdings auf den Boden der »zweitbesten Westlösung« und deren Modalitäten oder beschränkt sich auf die wirtschaftliche Entwicklung, dann kann man das Entscheidungsjahr 1947 natürlich auch anders, mehr positiv als Aufbruch in eine neue Zukunft deuten.

5 Siehe jüngst: Gemeinsame Nachkriegsgeschichte? Aus Politik und Zeitgeschichte 3/2007 15. Januar 2007 (mit Beiträgen von Horst Möller, Günther Heydemann, Andreas Wirsching, Martin Sabrow, Katrin Hammerstein,

rücken,<sup>6</sup> sondern sie als Weiterentwicklung der Bonner Republik fortzuschreiben.<sup>7</sup> Und damit hängt zusammen, dass die Zeit zwischen 1945 und 1947 aus der Perspektive der beiden sich polarisierenden deutschen Nachkriegswege und dem damit verbundenen Scheitern der alliierten Vier-Mächte-Verwaltung und darüber hinaus durch das Prisma eines vordatierten kalten Krieges betrachtet und bewertet und in diesem Zusammenhang weitgehend auf die Gründungsgeschichte der BRD hingeschrieben wird.<sup>8</sup> »Im Anfang war Adenauer«<sup>9</sup>, heißt es schon kurz nach Beginn der Darstellung, die 1945 einsetzt, bei Görtemaker.<sup>9</sup> Auf solche Art projiziert sich das Bild einer doppelt falschen Kontinuität der deutschen Nachkriegsentwicklung seit 1945: eines stetigen kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Demokratiegründungsprozesses einerseits und einer auf Diktatur beruhenden sowjetisch/kommunistischen Umgestaltung von Anfang an andererseits. Doch bei genauerer und vorurteilsloser Analyse ergibt sich, wie wir sehen werden, ein differenzierteres und in vielem anderes Bild.

Peter E. Fäßler, Thomas Ahbe). Von den folgenden Titeln (Anm. 5) findet in diesen Beiträgen nur das Handbuch Zeitgeschichte eine kurze, letztlich nichtssagende Erwähnung.

- 6 Hervorzuhebendes Beispiele für ein solch anderes Herangehen jüngst: Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch(2006); Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990 (2006) sowie Badstübner, Vom ›Reich‹ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch(1999) als Versuch einer integrierten Darstellung des ersten Nachkriegsjahrzehnts. Vorliegende Darstellung stützt sich zum Teil darauf.
- 7 Siehe z. B. Goertemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999; Derselbe, Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002 u. Bonn 2002=Lizensausgabe der Bundeszentrale für Pol. Bildg.; Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.
- 8 Siehe Anm. 7 sowie insbesondere auch: Winkler, Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte von 1933-1990, München 2000 und Bonn 2005=Bd. 463 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung.
- 9 Kleine Geschichte der Bundesrepublik, S. 36.

## 1.1947: Bilanz und Ausblick am Jahresbeginn

### 1.1. »3. Wege« Deutschland und Friedensvertrag – Hoffnungsanker für die einen, Bedrohung für die anderen

Ein gutes oder gar frohes »Neujahr 1947« konnten sich die Menschen in Deutschland kaum wünschen – unter den weiterhin obwaltenden Bedingungen der schrecklichen Aus- und Nachwirkungen des Zivilisationsbruches von Nationalsozialismus und Krieg, bei Hunger und bitterer Nachkriegsnot, der anhaltenden Trauer um den Tod oder das ungewisse Schicksal von Millionen Angehörigen, von denen sich 2,37 Millionen noch in Kriegsgefangenschaft befanden, des Verlustes von Heimat, Wohnung und Habe, dem Leben in gespenstischen Trümmer- und Ruinenstädten. Und außerdem kam es noch schlechter. Weite Teile Deutschlands drohten in einem der seit langem kältesten und heftigsten Winter zu versinken und zu erstarren. Dieser Winter drohte selbst die trotz allem erzielten Erfolge bei der Trümmerbeseitigung, bei Wiederaufbau und Normalisierung, die Ansätze und Anfänge eines umgestaltenden Neubeginns, die vielen Mut machten und sie hoffen ließen, zu überdecken. Und noch nicht genug damit, verschlechterte sich die Wirtschafts- und die Ernährungslage nun auch noch dadurch, dass die aus dem Krieg überkommenen Vorräte aufgebraucht worden waren – letztere spitzte sich teilweise geradezu dramatisch zu, wie im Ruhrgebiet, wo sich Proteste und »Hungermärsche« ausbreiteten.

Welche Erwartungen gab es im Hinblick auf das Jahr 1947, welche Hoffnungen hegte man? Zunächst richteten sich die Hoffnungen auf Verbesserungen der Lebenssituation und das betraf unter den gegebenen Bedingungen die jeweilige Entwicklung der Besatzungszone, in der man lebte. Hinsichtlich der SBZ notierte Wilhelm Pieck Anfang 1947 anlässlich eines Gesprächs der SED-Führung bei Marshall Sokolovskij: »Demontage jetzt zu Ende ausgenommen ein Teil ... von 200 Sowj. AG-Betrieben werden 74 an dtsch. Verw. gegeben ... Produktion für deutschen Bedarf nur Teil zur Wiedergutmachung ... 1947 werden weniger Waren entnommen«<sup>10</sup> Davon ausgehend, kündigte der Parteivorstand der SED in einer Erklärung vom 22. Januar 1947 über »Erweiterte Lebensmöglichkeiten« Maßnahmen an, um »die Lebensverhältnisse des Volkes fühlbar zu bessern ...« Zugleich wies die SED jedoch auch darauf hin, dass es darum gehe, in Überwindung der zonalen Schranken die »gesamte Wirtschaft Deutschlands« aufzubauen und betonte, dass die Voraussetzung dafür »die Herstellung der Einheit Deutschlands« sei.<sup>11</sup> Dieses Ziel bekräftigte die SED einen Tag später in ihrer Stellungnahme

10 Siehe Badstübner/Loth: Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 100 f. (im folg »Pieck-Notizen«) Dies wurde allerdings umgehend dahingehend eingeschränkt, dass es sich dabei nur um den Beginn neuer Demontagen handelt und nicht um die bereits begonnenen Demontagen.

11 Dokumente der SED, Bd. 1, Berlin 1951, S. 149.

»Deutschland vor der Moskauer Konferenz«<sup>12</sup> und erklärte ihre Bereitschaft zur Erreichung dieses Zieles mit allen »antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen« zusammenzuarbeiten. Sie schätzte zugleich ein, dass mit der Entwicklung in der SBZ quasi ein nucleus des zukünftigen demokratischen Deutschlands entstanden sei und verwies demgegenüber auf Defizite in den Westzonen hinsichtlich Entnazifizierung und grundlegenden gesellschaftspolitischen Veränderungen sowie auf partikularistische Gefahren.

Der Vorsitzende der ostzonalen CDU, Jakob Kaiser, entwickelte im Presseorgan die »Neue Zeit« in seinem Artikel »Deutscher Weg 1947« eine etwas andere Sicht, wenn er schrieb: »Wer die Gesundung Deutschlands will, kann nur von der Tatsache ausgehen, dass Deutschland zwischen Ost und West gelagert ist. Die Konsequenz dieser schicksalhaften, aber auch aufgabenreichen Lage ist nicht das Entweder-Oder eines West- oder Ostblocks, sondern das Sowohl-als-auch der Verständigung und des Ausgleichs zwischen den Völkern ... Wenn nicht alle Zeichen trügen, stehen wir am Beginn des Jahres, das Deutschland eine neue Einheit gibt.«<sup>13</sup> Nach Kaiser, der zu dieser Zeit Zielvorstellungen von einem »christlichen Sozialismus« entwarf, könnte und sollte Deutschland auch dadurch als verbindende Brücke fungieren, dass auf seinem Boden gesellschaftspolitisch ein Ausgleich zwischen Ost und West Gestalt annehmen könnte. So sah das die ostzonale LDP mit ihrem Vorsitzendem Wilhelm Külz zwar nicht, artikulierte aber ebenfalls deutlich und mit Nachdruck für 1947 als oberstes Ziel und wichtigste Aufgabe die Herstellung der Einheit Deutschlands.

Auch in den Westzonen wurden von einigen wenigen Politikern an Einheit und Friedenvertrag ausgerichtete Gedanken zum Jahreswechsel 1946/47 geäußert, wie von dem aus seinem Amt scheidenden Ministerpräsidenten Hessens, Karl Geiler (SPD), der in zwei Radiosendern unter dem Thema »Auf dem Wege zur Einheit und zum Frieden« seiner Überzeugung Ausdruck verlieh, dass es »die geschichtliche Mission des neuen Deutschlands« sei, »Mittler und Brücke zwischen Ost und West zu sein und eine Synthese zwischen den beiden weltanschaulichen Gegensätzen zu schaffen«.<sup>14</sup>

Wie sah das mit der ostzonalen Bevölkerung aus? Ohne dass wir uns auf Umfragen stützen können, kann man doch davon ausgehen,<sup>15</sup> dass zu Beginn des Jahres 1947 die auf die Einheit Deutschlands zielenden Wünsche und Hoffnungen sehr verbreitet und ausgeprägt waren. Zweifellos noch stärker als in den Westzonen. Das hing nicht nur damit zusammen, dass diese Frage im politischen Leben der Ostzone seit 1945 einen höheren Stellenwert eingenommen hatte und stärker präsent gewesen war, sondern letzters vor allem auch damit, dass es für die SBZ

12 Ebenda, S. 151-155.

13 Zit. nach: Overesch, Das besetzte Deutschland 1945-1947, S. 269.

14 Zit. nach ebenda, S. 271.

15 Und der Autor stellt das auch als Zeitzeuge fest.

eigentlich gar keine andere Option gab oder zu geben schien – jedenfalls keine wünschenswerte und schon zu dieser Zeit vorstellbare. Es gab deshalb so etwas wie eine Grundstimmung und Grundüberzeugung, dass »die Einheit« irgendwie kommen müsse und werde.

Und solche Hoffnungen wurden auch dadurch bestärkt, dass auf der Neu Yorker Tagung des Rates der Außenminister bis Mitte Dezember 1946 eine Einigung über die Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland erfolgt war. Warum sollte das nicht auch hinsichtlich Deutschlands gelingen können?

Auch die von der amerikanischen Militärregierung (OMGUS) regelmäßig in der amerikanischen Zone und im amerikanischen Sektor in Berlin als repräsentativer Durchschnitt befragten 1500 Personen erachteten es im August 1946 zu 75 Prozent beziehungsweise 89 Prozent für richtig und die vier Mächte für fähig, eine deutsche Zentralregierung einzusetzen. Und immerhin glaubten zu diesem Zeitpunkt 55 beziehungsweise 63 Prozent der Befragten, die Alliierten würden erfolgreich zusammenarbeiten und am Ende der Besatzungszeit ein vereinigtes Deutschland hinterlassen. Und selbst die sicher absichtlich zugespitzte Frage, ob sie eine starke Zentralregierung bevorzugen würden, die unter anderem die amerikanische Zone von Berlin aus leitet, beantworteten mehr Befragte positiv als negativ. Noch eindeutiger fiel die Antwort auf die Frage aus, ob eine deutsche Zentralregierung eingerichtet werden solle: 70 Prozent beziehungsweise 95 Prozent sprachen sich dafür aus.<sup>16</sup>

Trotz dieser doch deutlichen Voten verhielten sich die westzonalen Parteiführungen und führenden Politiker eher zögerlich und unentschieden, obwohl sich natürlich niemand vom Ziel deutsche Einheit offen und geschweige denn öffentlich distanzierte. Aber es gab aus den Kreisen all derer untergründig starken Widerstand, die fürchten mussten, dass die Herstellung einer demokratischen Einheit Deutschlands unter den gegebenen Umständen doch Bodenreform, Sozialisierung und Elitenwechsel befördern würde. Von Beschlagnahmen betroffen und von Enteignungs- und Entmachtungsforderungen bedroht, war ihr Einfluss zwar zurückgedrängt, aber dennoch wirksam. Den Zusammenschluss der amerikanischen und britischen Zone zu einem vereinigten Wirtschaftsgebiet, der Bizone, der mit dem 1. Januar 1947 in Gang gesetzt wurde, betrachteten sie als Hoffnungsanker. Obwohl Amerikaner wie Briten betonten, dass das kein Abgehen von dem Ziel, die deutsche Wirtschaftseinheit herzustellen, bedeuten solle, wurden doch damit in der Praxis Entwicklungen befördert, die diesem Ziel eher entgegenwirkten und damit verbesserten sich zugleich im Rahmen der Bizone die Chancen für das Überleben und Regenerieren einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und ihrer traditionellen, nazistisch schwer belasteten Funktionseliten.

16 Siehe BA Z 45 F OMGUS/AG 1945/46-29-1; siehe auch Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 1, S. 118.

Bedrohungsängste anderer Art vor einem geeinten Deutschland gab es seitens der europäischen Völker, insbesondere der Nachbarvölker Deutschlands. An dem Widerstand Frankreichs war bisher die Errichtung deutscher Zentralverwaltungen gescheitert; es blockierte außerdem alle Schritte in Richtung auf eine stärkere Zentralisation der Gewerkschafts- und Parteienentwicklung in Deutschland. Konnte über den Weg von Entmilitarisierung und Neutralisierung eines Deutschlands, das trotz Gebietsabtrennungen immer noch sehr groß war und wieder (über)mächtig werden könnte, die »deutsche Frage« gelöst und das hieß vor allem gesichert werden, dass die Deutschen nicht erneut »über ihre Nachbarn herfallen, expansive Ziele verfolgen und die europäische Hegemonie anstreben«?<sup>17</sup> War also die deutsche Frage nur in einem europäischen Kontext lösbar; bedurfte es außer nachhaltiger Umgestaltungen und Wandlungen in Deutschland nicht zugleich seiner festen – und das hieß kontrollierenden – Einbindung in eine gesamteuropäische Nachkriegsordnung? Doch war eine solche Anfang 1947 auf dem Wege – und wenn nicht, was dann? Allerdings konnte man andererseits davon ausgehen, dass eine einvernehmliche Regelung der deutschen Frage und damit eine Stärkung des alliierten Kooperationskurses den Weg für eine gesamteuropäische Kooperation im Rahmen eines neuen Interessenausgleichs hätte ebnet und damit den Ausbruch des kalten Krieges hätte verhindern können. Insofern konnte man davon sprechen, dass sich Anfang 1947 die Alternative auftat: deutsche Friedensregelung oder Streit um Deutschland und kalter Krieg.

## **1.2. Besatzungsherrschaft, Deutschlandprojekt und die Deutschen**

Wie sah die Bilanz von Besatzungsherrschaft und Vier-Zonen-Deutschland am Beginn des Jahres 1947 aus? Wie weitgehend waren Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass ein einheitliches, entmilitarisiertes, entnazifiziertes, demokratisiertes, »umorientiertes«, neutrales Deutschland errichtet werden konnte, von dem zukünftig keine Gefahr für den Weltfrieden und insbesondere auch für seine Nachbarvölker ausgehen würde und mit dem es deshalb möglich wäre, einen Friedensvertrag abzuschließen?

Deutschland hatte sich seit Kriegsende nicht lediglich unter »alliiertes Verwaltung« befunden. Die Besatzungsmächte hatten vielmehr die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernommen und sie in Wahrnehmung exekutiver und kontrollierender Funktionen sowie auch durch die oberste Rechtsetzungsfunktion umfassend ausgeübt, in allen wichtigen Angelegenheiten, von der Wirtschaft bis zur Gestaltung des kulturellen Lebens. Geltendes deutsches Recht, insbesondere solches nazistischer Provenienz oder nazistischen Einschlags, wurde aufgehoben, neues geltendes Recht geschaffen bzw. Rechtssetzungsakte deutscher exekutiver

<sup>17</sup> Gruner, Die deutsche Frage in Europa, S. 265.

und legislativer Organe, die auf den Rahmen von Ländern und Provinzen begrenzt blieben, wurden legitimiert (oder auch suspendiert).

Die Sieger- und Besatzungsmächte hatten die Oberste Gewalt tatsächlich und streng, mittels einer Umgestaltungs- und Umerziehungsdiktatur ausgeübt, zugleich aber erklärt, dass nicht die Absicht bestehe, Deutschland zu vernichten, das deutsche Volk einfach zu unterdrücken und zu versklaven. Vielmehr war eine Aufnahme in die Vereinten Nationen in Aussicht gestellt worden, wenn die Zwecke und Ziele der Besetzung Deutschlands erreicht und ein friedliches und demokratisches Deutschland, das eine Bedrohung des Weltfriedens und seiner Nachbarvölker ausschloss, geschaffen worden sei – und das deutsche Volk war aufgerufen, unter den gegebenen Besatzungsbedingungen an der Erreichung dieses Zieles tatkräftig mitzuwirken.

Dies erschien auch oder gerade bei Berücksichtigung der tatsächlichen Interessen des deutschen Volkes sehr wohl möglich; und darüber hinaus gab es zwischen der gesellschaftspolitischen Ausrichtung der alliierten Ziele und den Vorstellungen und Zielen deutscher Antifaschisten und Emigranten sowie der »Aktivisten der ersten Stunde« weitgehende Annäherungen, wenn nicht sogar Übereinstimmungen. Das betraf insbesondere die Grundposition, Nationalsozialismus und Militarismus mittels eines gesellschaftlichen Umsturzes und damit radikal und konsequent zu beseitigen bzw. zu überwinden.

Dies alles begründete den Sieg der Anti-Hitler-Koalition und die Besetzung als Befreiung auch des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und für die Gestaltung einer besseren Zukunft – und zwar auch dann, wenn dies von den Siegern damals so nicht deklariert und von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes so nicht erkannt und empfunden wurde.

In allen Besatzungszonen war die Weichenstellung dahingehend erfolgt, die alliierten Ziele und Beschlüsse auf dem Wege administrativer alliierter Reformen im Zusammenwirken mit deutschen Auftragsverwaltungen durchzuführen und in dem solcherart abgesteckten Rahmen den deutschen demokratischen Parteien und Organisationen, die sich unter Zurückdrängung basisdemokratischer Antifa-Ausschüsse in der Regie »alter Kader« »von oben nach unten« bildeten<sup>18</sup>, schrittweise Verantwortung zu übertragen. Zusammenarbeit mit den Alliierten war – jenseits von Kollaboration oder gar Landesverrat – geboten und legitim. Dennoch tat sich hier ein Problemfeld auf, vor allem dann, wenn alliiertes Vorgehen legitime deutsche Interessen ungenügend berücksichtigte, wie es dann z. B. in Demontage- und Reparationsfragen der Fall war, oder ganz offensichtlich von den proklamierten alliierten Zielen abwich. Aber auch in Grenz- und Umsiedlungsfragen gab es widerstreitende Auffassungen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen war deutlich eingeschränkt; es konnte sich in jeden Fall während der Periode der alliierten Besetzung Deutsch-

18 Siehe Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 121 ff.



lands nur um eine »Demokratie« im Rahmen von Besatzungsbedingungen handeln, die den Besatzungszielen zu- und untergeordnet war. Diese standen nicht zur Disposition eines deutschen Votums und waren nicht dem ungewissen Ausgang von Wahlen unterworfen.

So wirkte, bei allen durchaus deutlichen Modifizierungen, in allen Zonen eine autoritäre Besatzungsherrschaft. Das führte in Verbindung mit weiterwirkenden obrigkeitsstaatlichen Traditionen dazu, dass das sich herausbildende, »kopflastige« politische Leben, die neue politische Kultur in allen Zonen stark autoritär-paternalistische Züge annahm: in den Parteien, den Gewerkschaften und den Verwaltungen. Zunächst blieb offen, ob es sich dabei um eine Art unvermeidlichen Durchgangsstadiums von NS zur Gestaltung deutscher Nachkriegsdemokratie handelte und inwieweit die autoritären Züge auch die spätere Entwicklung beeinflussen würden. Erschwerend kam zweierlei hinzu, nämlich, dass Deutschland von Mächten besetzt wurde, deren gegensätzliche Systemverankerung sich zugleich mit einem unterschiedlichen Verständnis von Gesellschaftsordnung und Demokratie verband und dass die Zoneneinteilung nicht nur Anfangs deutlich den Charakter einer Zonenaufteilung Deutschlands annahm, sondern, infolge ungenügender überzoner bzw. zonenvereinheitlichender Wirksamkeit des Kontrollrates, in diesem Zustand auch bis Anfang 1947 verblieben war.

### **1.3. Die Regionalisierung Deutschlands**

Die Auflösung der deutschen Zentralstaatlichkeit hatte einen Prozess der Regionalisierung ausgelöst. Unter diesen Umständen drückte zwangsläufig jede Besatzungsmacht ihrer Zone viel stärker ihren Stempel auf, als das bei Fortschritten in der Behandlung Deutschlands als einheitliches Ganzes auf der »mittleren« Linie notwendiger Kompromisse der Fall gewesen wäre.

In dem Bestreben, eine in ihren Augen gefährliche zentralstaatliche Konzentration in Deutschland und insbesondere die »Verpreußung Deutschlands« wirksam und nachhaltig abzubauen und die nationalsozialistische Staatsorganisation zu beseitigen, hatten die Alliierten unterhalb der Besatzungszonen Deutschland eine Gliederung in Länder und Provinzen auferlegt, mit denen zunächst auch der Rahmen deutscher exekutiver und legislativer Befugnisse abgesteckt war. Die Art und Weise, wie das geschah, ergab sich unmittelbar aus der festen Absicht der Alliierten, den preußischen Staat zu zerschlagen. Das geschah faktisch bereits 1945/46 mit der Neugliederung Deutschlands in Länder und Provinzen und dann de jure durch das Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates über die Auflösung des Staates Preußen vom 25. Februar 1947, in dem es hieß: »Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet vom Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die

weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erlässt der Kontrollrat das folgende, Gesetz.«<sup>19</sup>

Während die Besatzungszonen im Grunde künstliche Gebilde waren, deren Existenz lediglich aus der alliierten Interessenabstimmung herrührte, fanden bei der Bildung von Ländern (und übergangsweise von Provinzen) vielfach stammesgeschichtliche oder landsmannschaftliche Traditionen und historisch Gewachsenes Berücksichtigung, wie hinsichtlich Sachsens, Thüringens, Mecklenburgs, Bayerns, Hessens oder des Saargebiets. Die Länderbildung wurde auf deutscher Seite mehrheitlich »angenommen« und mit Leben erfüllt. Das war in der Regel auch bei der notwendigen Neubildung von Ländern, wie Nordrhein-Westfalen, der Fall, die sich als geglückt und daher als dauerhaft erwies.

Mit der Renaissance bzw. der Bildung von Ländern erfolgte eine wichtige Entscheidung und Weichenstellung in Richtung auf eine föderale oder föderalistische Gestaltung des zukünftigen deutschen Staates. Zugleich erwiesen sich die Länder als effektive Form der Verwaltung beim Übergang vom Krieg zum Frieden, bei Neuaufbau und Umgestaltung. Hinzu kam die identitätsstiftende Wirkung, die in den meisten Fällen von der Länderbildung ausging und die gerade in einer Zeit, in der man alles andere als stolz sein konnte, ein Deutscher zu sein, wichtig war und nachhaltig wirkte.

Diese Identität fungierte zugleich als Ersatz für das deutsche Nationalbewusstsein, das einen Tiefpunkt erreicht hatte.

#### **1.4. »Amerikanisierung« versus »Sowjetisierung«?**

Unbeschadet der gemeinsamen alliierten Besetzung Deutschlands, die in Gestalt des Alliierten Kontrollrates ihren sichtbaren Ausdruck fand, hatte das Schwerkraft deutscher Nachkriegsentwicklung seit Kriegsende eindeutig in den einzelnen Besatzungszonen gelegen. Es war in hohem Maße schicksalsbestimmend, in welche der Besatzungszonen in Deutschland man verschlagen worden war bzw. in welcher man leben musste. Bei aller Übereinstimmung hinsichtlich der großen Gemeinschaftserlebnisse der Deutschen im Übergang vom Krieg zum Frieden – wie Niederlage, Besetzung, Vertreibung, Notstandsgesellschaft, auch Befreiung – begannen sich doch seit Kriegsende gravierende mentale und sozialkulturelle Unterschiede zwischen den Westzonen einerseits und der Ostzone andererseits herauszubilden. Denn bei allen Gemeinsamkeiten und Parallelitäten zwischen der sowjetischen und der westlichen Besetzung als Besatzungsdiktatur, die vor allem in der ersten Phase in der Ausführung gemeinsam gefasster Beschlüsse deutlich hervorgetreten war, wurde gleichzeitig unverkennbar, dass sich zwischen den westlichen Besatzungsmächten und der sowjetischen Besatzungsmacht über Interessen-

19 Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Nr. 14, S. 262.

gegensätze und unterschiedliche Auffassungen hinaus ein tiefgreifender sozialkultureller Unterschied auftrat. Die unterschiedlich prägenden Wirkungen, die davon ausgingen, hatten Haltungen und Einstellungen der Deutschen zu »ihrer« jeweiligen Besatzungsmacht möglicherweise stärker beeinflusst als die offizielle Besatzungspolitik. Und zweifellos hatte die Mehrheit der Deutschen von Anfang an eine positivere Einstellung gegenüber Amerikanern und Briten (und mit deutlichem Abstand zu den Franzosen) als zu den »Russen«, die mehrheitlich weitaus stärker als »fremdartig« empfunden wurden. Und die Nachwirkungen des fanatischen nazistischen »Antibolschewismus« waren latent überall vorhanden, spürbarer und einstellungsprägender jedoch in den Westzonen, wo man nicht mit den Sowjets als zu respektierender Besatzungsmacht konfrontiert war. Dies verstärkte sich zweifellos auch noch durch die seit Kriegsende in den Westzonen in zunehmendem Tempo um sich greifende »Verwestlichung«<sup>20</sup>, insbesondere auch »Amerikanisierung«<sup>21</sup>, im Sinne einer gewissen sozialkulturellen Annäherung. Diese erstreckte sich von der politischen Kultur bis zur Lebensweise und gestaltete damit auch die Lebenswelten um. Die Westalliierten verbreiteten Leitbilder von »western democracy« und unterstützten dies auch durch ihre »Re-education«-Politik. Sie hatten in ihre Besatzungszonen in zunehmenden Umfang Filme, Bücher, Presseerzeugnisse, Kunst und Kultur importiert und so und auch direkt durch ihre nachhaltige Präsenz ihre Lebenswelten bzw. Lebensweise mit eingebracht. Und unstrittig war das auch eine Form der Befreiung vom und Überwindung des Faschismus – noch dazu eine sehr wirkungsvolle. Den unbestritten größten Einfluss übten in diesem Kontext zweifellos die US-Amerikaner aus. Mit Glen Miller, Hollywoodfilmen, Lucky Strikes und CocaCola, Jeeps und Chevrolets, aber auch mit Steinbeck und Tennessee Williams etc. vermittelten sie zugleich über die »Traumfabrik« Hollywood ihren »American way of Life«, dessen Ausstrahlungskraft in der deutschen Trümmersgesellschaft zweifellos beträchtlich war. Der Prozess der »Verwestlichung« war somit in hohem Maße ein Prozess der »Amerikanisierung«. Die »Verwestlichung« wurde zwar zunächst einfach oktroyiert, aber gleichzeitig auch und zunehmend von der Mehrheit der Westdeutschen aktiv »angenommen« – nicht zuletzt von den jüngeren Generationen in den stets überfüllten Tanzsälen. Die »Verwestlichung« beinhaltete zugleich Befreiung vom völkisch-rassistischen Denken und wirkte darüber hinaus in Richtung auf die Überwindung<sup>22</sup> der Denkschulen und Mentalitäten, die für den deutschen »Sonderweg« kennzeichnend waren.<sup>23</sup>

20 Oder auch »Westernisierung«, siehe Jarausch, Die Umkehr, S. 138 ff.

21 Siehe dazu mit weiterführender Literatur: Jarausch/Sigrist, Amerikanisierung und Sowjetisierung. Eine vergleichende Fragestellung zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte. In: Jarausch/Sigrist (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970, S. 11-46 sowie Schildt, Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, S. 97 f.

22 Aus dem Kreis der Historiker trat dabei nach Friedrich Meinecke Ludwig Dehio, insbesondere mit seinem Buch »Gleichgewicht oder Hegemonie? Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte«, o. O. 1948 als Protagonist hervor.

23 Wie z. B. das von Carl Schmitt geprägte Staatsdenken.

Obwohl einiges von jenen westlichen Einflüssen auch über den Rundfunk und direkt über Berlin in die Ostzone hinein wirkte, insbesondere an Musik, Literatur und auch Film, wurden dem doch deutliche Grenzen gesetzt. Andererseits war es Sowjetunion und Besatzungsmacht nicht möglich, einen ähnlichen sozialkulturellen Einfluss in ihrer Besatzungszone auf die deutsche Bevölkerung auszuüben. Die »Sowjetisierung«, soweit sie schon 1945/1946 wirksam geworden war, hatte keine vergleichbare sozialkulturelle Dimension und wurde nicht »angenommen«, sondern abgelehnt. »Sowjetkultur« und der Marxismus-Leninismus, der nicht zuletzt durch die Verbreitung Stalinscher »Verschnitt«-Varianten wahrgenommen werden konnte, erreichten nur einen begrenzten Kreis und riefen oft recht zwiespältige Reaktionen hervor. Als Sieger und als Befreier des deutschen Volkes vom Faschismus und als hoheitliche Besatzungsmacht verfügte die Sowjetunion über unbestrittene Autorität und in ihrer Rolle als Verbündeter der Westalliierten und als Besatzungsmacht, die demonstrierte, dass es ihr mit der Verwirklichung der alliierten Ziele, insbesondere den gesellschaftsumgestaltenden, ernst war, auch über politisch-moralisches Prestige – vor allem natürlich bei den Antifaschisten, aber auch bei allen, die sich der Einsicht über Berechtigung und Richtigkeit der alliierten Zielstellung nicht entzogen und bereit waren, dabei mitzuwirken und die sich des faschistischen Krieges und der von Deutschen in der Sowjetunion begangenen Gräueltaten schämten. Doch das war nur eine Minderheit.

Insoweit Sowjetunion und sowjetische Besatzungsmacht sich zum Anwalt der Ziele der Anti-Hitler-Koalition machten, und das taten sie, wie auch immer, in beträchtlichem Maße, vertraten sie also eine richtige Sache. Nicht nur die Westalliierten befreiten das deutsche Volk vom Faschismus, wie es heute mit den Klischees vom Übergang der Ostdeutschen von einer Diktatur in die nächste oder ähnlichem suggeriert wird, sondern auch die Sowjetunion. Und sie tat vieles, um diese Befreiung im Sinne einer konsequenten Überwindung von Faschismus und Militarismus mit ihren gesellschaftlichen Wurzeln und nicht zuletzt mit ihren ideologischen Auswüchsen weiterzuführen. Die deutsche Bevölkerung hatte allerdings seit Kriegsende sehr unterschiedliche und äußerst widersprüchliche Erlebnisse mit den »Russen« bzw. der sowjetischen Besatzungsmacht.<sup>24</sup> Im zeitgenössischen Bild stehen die Erinnerungen an Plünderungen und Vergewaltigungen, an harsches Auftreten und Herumkommandieren sowjetischer Kommandanten, Willkürakte, rücksichtslose Requirierungen und Demontagen krass neben denen an Suppenküchen, tatkräftiger Chaosebewältigung, Sicherung der Ernährung, Unterstützung von deutschen Antifaschisten, einfühlbare Kulturförderung, entschlossene Umgestaltungspraxis. Der Bogen spannte sich doch offensichtlich außerordentlich widersprüchlich und spannungsgeladen von der gemäß den alliierten

24 Siehe auch »Deutsche und Russen« in: Foitzick, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949, S. 52-75; Evemarie Badstübner-Peters, Ostdeutsche Sowjetunionerfahrungen. Ansichten über Eigenes und Fremdes in der Alltagsgeschichte der DDR. In: Jarausch/Sigrist, S. 291-311; Dieselbe, Über uns und die Russen, Ansichten, Bd. VII, S. 251-275.

Beschlüssen wahrgenommenen Besatzungsfunktion und auch Befreiungsmision in Gestalt einer rigorosen Besatzungsdiktatur, selbstzügelter Einbindung in den Konsens alliierter Verwaltung, Beförderung von radikalen Reformen bis hin zu besonders autoritären, von stalinistischem Denken geprägten Methoden, Vorgehensweisen und Überspitzungen, mit denen sich auch eine, obwohl zunächst nicht gezielt betriebene, so doch faktische Sowjetisierung<sup>25</sup> verband; vom korrekten und nicht selten auch hilfsbereitem Auftreten bis zu ungezügelter Übergriffen (in der Dimension größer und anders als in den Westzonen und immer wieder auftretend);<sup>26</sup> von der Implantation des Antifaschismus und einer auch mit Einfühlungsvermögen betriebenen Umerziehung unter besonderer Förderung der humanistischen deutschen Kultur und damit geistiger Weite und weltanschaulicher Vielfalt bis zu bevormundender Einengung und dogmatischer stalinistischer Indoktrination; von der Favorisierung eines »besonderen deutschen Weges zum Sozialismus« und Beförderung einer spezifischen Art der Demokratisierung bis zur späteren forcierten Sowjetisierung; von intensiver Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus bis zu rigorosen, das Aufbauwerk gefährdenden Demontagen;

von der Verfolgung einer gesamtdeutschen Option und einem damit oft nicht korrespondierenden Vorgehen in der SBZ; von berechtigten Inhaftierungen von Nazi- und Kriegsverbrechern und anderen, den Besetzungszielen feindlich gegenüberstehenden Personen und der willkürlichen Inhaftierung von Personen, die sich bei der Besatzungsmacht auf die eine oder andere Weise missliebiger gemacht hatten oder unter den Verdacht gerieten, sich bestimmten Maßnahmen zu widersetzen, wie z. B. nicht wenige Sozialdemokraten der Fusion mit der KPD – und damit verbunden bis zur Umfunktionierung der Internierungslager.

Die »Russen« wurden nicht als »verwandte« Fremde, wie die Westalliierten, sondern als andersartige Fremde, bestenfalls »fremde Freunde« empfunden.

Unter diesen Umständen griff in den Westzonen immer stärker eine Einstellung um sich, die Adenauer schon im Sommer 1945 zum Ausdruck gebracht hatte, nämlich, die »russisch besetzte Zone« nicht nur mit Misstrauen, sondern bereits als verloren zu betrachten.

25 Der inflationäre Gebrauch des Begriffs Sowjetisierung verwischt die Grenzen, an denen diese festzumachen ist. Zu unterscheiden wäre zwischen einer de facto Sowjetisierung, die mit der sowjetischen Präsenz und damit sowjetischen Beeinflussungen und Praktiken, gegeben war und einer gezielten Sowjetisierung bzw. Selbstsowjetisierung, insbesondere seit 1948 (»Partei neuen Typus«, sowjetisches Modell). Hingegen können, nach meinem Verständnis, die »antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen« zwar hinsichtlich einiger Methoden, aber keinesfalls in toto unter Sowjetisierung subsumiert werden.

26 Siehe erstmals umfassend Naimark, *The Russians in Germany*, Kap. 2.

## **1.5. Die (Teil-)Realisierung des alliierten Deutschlandprojekts bis Frühjahr 1947. Besatzungsherrschaft als gesellschaftlich-politische Transformationsperiode**

Es ist in der Geschichtsliteratur weit verbreitet, aber gleichwohl falsch, das in Wechselwirkung mit der Eskalation des kalten Krieges erfolgende Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition und das damit verbundene faktische Ende von Kontrollrat und Vier-Mächte-Verwaltung zu benutzen, um deren Rolle und Bedeutung vom Scheitern her klein zu schreiben und zu marginalisieren. Dabei gerät aus dem Blick, dass Anti-Hitler-Koalition und Vier-Mächte-Verwaltung zeitweise funktioniert und dabei die Nachkriegsentwicklung positiv und in vielen auch nachhaltig (UNO, Nürnberger Prozess, Friedensverträge etc.) beeinflusst haben. Das gilt für Deutschland und die deutsche Frage ganz besonders.

Das, was erreicht wurde, beinhaltete gravierende, Zäsuren markierende Transformationen. Man verstellt sich allerdings den Blick darauf, wenn man die westzonale Entwicklung zu stark unter dem Aspekt des bis 1946/47 Nichterreichten – gemessen an der SBZ – und an der nachfolgenden anderen und zum Teil gegenläufigen Entwicklung misst. Und die Relevanz der Transformationen wird auch dann besonders deutlich, wenn man sich vor Augen führt, was sich nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland abspielte: die Reichswehr marschierte »unbesiegt« durchs Brandenburger Tor, Freikorpsverbände entstanden, die Novemberrevolution wurde niedergeschlagen, demokratiefeindliche Bürokratie und Richterstand des Kaiserreiches wirkten unangefochten weiter, es fanden keine Massenverhaftungen und Bestrafungen von Kriegsschuldigen und Kriegsverbrechern statt, Junkertum und Großgrundbesitz als Hort der Reaktion blieben ebenso ungeschoren wie der Feudalkapitalismus mit seinem Herr-im-Hause-Standpunkt, weite Teile des Bürgertums lehnten die Weimarer Demokratie als undeutsch ab, die Dolchstoßlegende und reaktionär-militaristische Traditionen und Gedankengut und der Revanchismus blühten, in Ablehnung und im Kampf gegen Versailles formierte sich ein rasch anwachsendes revanchistisches Lager, es eröffnete sich schon bald die Perspektive, dass ein wieder erstarktes Deutschland seine Nachbarn und den Frieden bedrohen würde.

Demgegenüber war Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg besetzt worden und die Besatzungsmächte hatten in allen Besatzungszonen, wenngleich auf modifizierte Art und Weise und mit unterschiedlichem Wirkungsgrad, eine am alliierten Deutschlandprojekt ausgerichtete Transformationspolitik durchgeführt. Man kann m. E. deshalb von einem alliierten Deutschlandprojekt sprechen, weil es – unbeschadet unterschiedlicher Sichtweisen und divergierender Interessen – eine Art Grundkonsens über ein breites Spektrum von Zielen und Aufgaben gab. Das wird üblicherweise ausgeblendet, aber nur so erklärt sich die doch zügige, intensive, breit gefächerte und zielstrebige Arbeit des Kontrollrates nach seiner Konstitutionierung und das alles in allem koordinierte Vorgehen in den Besatzungszonen.

Das Deutschlandprojekt der Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition, wie es dann in den Potsdamer Beschlüssen verankert, allerdings keineswegs explizit dargelegt wurde, war sehr umfassend und weitreichend. Sein oberstes Ziel bestand bekanntlich darin, dauerhaft dafür zu sorgen, dass von Deutschland nie wieder ein Krieg ausgehen, nie wieder eine Bedrohung des Friedens und insbesondere seiner Nachbarn erfolgen kann. Mit ihm verbanden sich nicht nur eine Reihe Sanktionen gegen Deutschland, sondern ein weltgeschichtlich bis dahin einmaliges, an Humanismus und Menschenrechten orientiertes missionarisches Projekt von Sühne und Wiedergutmachung, der nachhaltigen Bestrafung der Aggressoren auf neuen völkerrechtlichen Grundlagen und vor allem der Umgestaltung und Demokratisierung eines ganzen Landes bzw. einer ganzen Gesellschaft und der »Umerziehung« eines ganzen Volkes. Insoweit dies praktiziert wurde, muss die Besatzungsherrschaft (vor allem in den ersten beiden Jahren) als eine »Transformationsperiode der Gesellschaftsgeschichte«<sup>27</sup> begriffen und dem gemäß dargestellt werden.<sup>28</sup> In diesem Kontext dominierten Konzepte, die auf eine »radikale« Vergangenheitsbewältigung zielten, gesellschaftliche Umgestaltungen inbegriffen, so wie es auch Franz Neumann als dem führenden Kopf der Deutschlandplanungen im amerikanischen Research & Analysis Branch (R&A) des Office of Strategic Services (OSS)<sup>29</sup> vorschwebte, wenn er schrieb: »Um die Aggression zu beseitigen, muss außer der Entmachtung von Partei, Wehrmacht und hoher Bürokratie die Macht der Monopolwirtschaft endgültig gebrochen und die ökonomische Struktur Deutschlands grundlegend geändert werden.«<sup>30</sup> So sah es auch der bedeutsame Bericht des Kilgore-Ausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses vom März 1945, in dem die Verantwortlichkeit und Mitschuld von 42 namentlich benannten deutschen Großindustriellen dargelegt und deren Entmachtung und Bestrafung verlangt wurde. In einer Druckschrift des US-Kriegsministeriums ebenfalls vom März 1945 wurden sogar 1800 Konzern- und Bankherren als Nazi- und Kriegsverbrecher aufgelistet, die es zu entfernen und zu bestrafen galt. Dem entsprachen Planungspositionen und Absichten auf britischer Seite, wie sie z. B. der britische Außenminister, Anthony Eden, in einem Memorandum für das Armistic and Post-War-Committee vom 19. Juli 1944 festhielt und die in der Feststellung gipfelten, dass die deutschen »Junker und Industriellen als unsere gefährlichsten

27 Gerhardt, Soziologie der Stunde Null, S. 15.

28 Diese aus soziologischer Sicht erhobene und überzeugend begründete Forderung findet in der zeitgeschichtlichen Literatur (fast) keine Berücksichtigung, wodurch von der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte meist nur ein diffuses Bild vermittelt wird.

29 Siehe Badstübner, Franz L. Neumanns Behemoth, seine Geheimdienstanalysen und der Umgang mit den Nazi-Tätern nach 1945. In: Von den Urteilen zur »Gnadendarie«. 60 Jahre nach dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess. Pankower Vorträge, H. 86, Berlin 2006, S. 36 ff.

30 Zit. nach der deutschen Ausgabe: Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, S. 549/50. In dem von USA-Seite eingebrachten und von der Sowjetunion akzeptierten Entwurf des deutschlandpolitischen Teils des Potsdamer Abkommens ist eine solche klare antimonomopolistische Zielstellung allerdings bereits infolge der Einflussnahme seitens des State Departments durch eine Formulierung »verwässert« worden, die die Schlussfolgerung zuließ, dass auch eine »Entflechtung« von Monopolvereinigungen ausreichend sei.

Feinde« zu betrachten und dementsprechend zu behandeln seien.<sup>31</sup> Dazu gehörte auch die »Zerschlagung der großen Landgüter«<sup>32</sup>

Zunächst befanden sich Gegner oder Zweifler solcher und ähnlicher Positionen in Washington und London und in den Militärverwaltungen und auch in der öffentlichen deutschen Nachkriegslandschaft in der Defensive. Das belegt auch der Umstand, dass die amerikanische Militärregierung (OMGUS) den Kilgore-Bericht am 12. Oktober 1945 auszugsweise in der für die deutsche Bevölkerung herausgegebenen »Allgemeinen Zeitung« abdrucken ließ, was als politische Absichtserklärung interpretiert werden konnte und musste. Die US-Besatzungsoffiziere in Deutschland erhielten im Mai 1945 als Handlungsorientierung einen antinazistischen Leitfaden, zu dem der eher konservative politische Berater Eisenhowers, Robert Murphy, folgende Erläuterung gab: »C. Als eine allgemeine Regel gilt, Industrielle, Großgeschäftsleute und große Grundeigentümer müssen als verdächtig angesehen werden; alle diese Gruppen haben entweder den Nazismus, den Militarismus oder den deutschen Nationalismus unterstützt, nicht erst seit 1933, sondern lange vorher. Es gibt sicher individuelle Ausnahmen.«<sup>33</sup>

Es war schon bemerkens- und hervorhebenswert, wie weitgehend sich klassenmäßig fundierte oder gesellschaftspolitisch ausgelegte Sichtweisen auf Nationalsozialismus und preußisch-deutschen Militarismus in den herrschenden Kreisen der USA unter der Roosevelt-Administration<sup>34</sup> durchgesetzt hatten. Das bekräftigte 1983 rückblickend der linksliberale Rechts- und Staatswissenschaftler John Herz, der zur Neumanngruppe gehört hatte, in einem Interview, in dem er – die übliche Unterscheidung zwischen zwei Linien in der amerikanischen Deutschlandpolitik kritisierend – demgegenüber hervorhob: »Vernachlässigt wird, gerade auch von der deutschen Forschung, eine dritte Richtung, die dazwischen lag und die vielleicht sogar damals die vorherrschende war – bei den Emigranten ohnehin, aber eben auch in den amerikanischen Regierungsstellen. Sie ... glaubte an die Möglichkeit, ein demokratisches Deutschland jenseits von Agrarisierung, aber auch jenseits des westlichen Kapitalismus schaffen zu können – ein Deutschland mit einer demokratischen Verfassung, die alle Optionen vorläufig offen lassen würde.«<sup>35</sup> Herz hatte völlig Recht und dies ist von grundlegender Bedeutung. Nur, wenn man vom Vorherrschen dieser dritten Richtung ausgeht, kann man die Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition im Sinne von systemüberbrückenden Kompromissen in Richtung »dritter Wege« richtig interpretieren und überhaupt verstehen,

31 Zit. nach: Sir Llewellym Woodward, *British Foreign Policy*, Vol.V, London 1976, S. 214.

32 Resumee des britischen Außenministeriums über die bisherige Deutschlandplanung vom 29. November 1944. Zit. nach: Hans-Adolf Jacobson, *Der Weg zur Teilung der Welt*, S. 349.

33 Anlage Nr. 2 zur Depesche Nr. 42. Streng geheim vom 7. Mai 1945 von Botschafter Murphy. Politische Überlegungen hinsichtlich des Leitfadens für Offiziere der Militärregierung bei der Vornahme von Ernennungen in Deutschland. In: BA Z 45 F OMGUS POLAD 32/10 (Übers. – R.B.).

34 Siehe auch Schwarz., *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland*, 2. Aufl., S. 95: »Es fiel den New Dealern nicht schwer, ihre Abneigung gegen das amerikanische Big Business auf das deutsche zu übertragen.«.

35 Söllner (Hg.), *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland*, Bd. 2, S. 37 (Hervorhebung R.B.).



wie es zu einer Art Grundkonsens über die Besetzungsziele hinsichtlich gesellschaftspolitischer Umgestaltungen in Verbindung mit Demokratisierung und Demokratie kommen konnte, bei dem beide – Westalliierte und Sowjetunion – über ihren klassenpolitisch definierten Schatten springen mussten.<sup>36</sup>

Während sich in den internationalen Beziehungen schon bald stärker Spannungen zwischen Westalliierten und der Sowjetunion aufbauten,<sup>37</sup> herrschte hinsichtlich des ambitionösen Projekts Deutschland in bezug auf Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung, Dezentralisierung, Demonopolisierung, Demontage und »Umerziehung« weitgehend Einigkeit und die Kooperation funktionierte, wenngleich »knirschend«. So betonte Clay in einer Unterredung mit Sokolovskij Ende Oktober 1945 die weitgehende Übereinstimmung der Positionen in allen wichtigen Fragen – mit Ausnahme der Reparationsfrage.<sup>38</sup> Und auch noch Monate später sah das der in Washington amtierende Staatssekretär der USA, Dean Acheson, ähnlich, wie aus seiner vertraulichen Botschaft vom 5. Mai 1946 an Außenminister Byrnes, der zur Konferenz des Rats der Außenminister in Paris weilte, hervorging. Darin sprach er sich dafür aus, die Anstrengungen der USA für eine gemeinsame Politik mit der Sowjetunion in der deutschen Frage zu verstärken. Es gebe übereinstimmende Interessen. Acheson dachte an beide Hauptmächte als Kopartner einer »wirksamen Aktion gegen die deutschen Kombinate und Trusts«. Er sprach sich für Vereinbarungen über »die Aufteilung der großen Güter und die Nationalisierung des Eigentums von Kombinat, überführten Nazis und Kriegsverbrechern etc.« aus, »um Klassen, die in der Vergangenheit den Nazismus oder extremen Nationalismus unterstützt haben, zu eliminieren«. Und er fügte hinzu: »Wenn wir in diesen Fragen die Initiative ergreifen, würden wir die Beschuldigung vermeiden, dass wir nur eine ›western capitalist‹ Orientierung gegenüber Deutschland verfolgen, und wir würden durch die kühne Förderung von ökonomischen und sozialen Reformen eine Basis für ökonomische wie auch für politische Demokratie legen.«<sup>39</sup>

Das dürfte Byrnes in seinem Vorschlag bestärkt haben, mit der Sowjetunion und den anderen Alliierten ein Abkommen über eine 25 oder gar 40jährige Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands abzuschließen.<sup>40</sup> Das war – insofern er ernst gemeint war und wenn man von zweifellos kritikwürdigen Details absieht – insofern ein bemerkenswerter und bedeutsamer Vorschlag, indem er darauf hinaus lief, die Kooperation mit der Sowjetunion in den deutschen Angelegenheiten langfristig fortzusetzen und sogar noch zu vertiefen. Der Übergang zu

36 Siehe auch meine Darstellung der alliierten Deutschland- und Besatzungspolitik in: Badstübner, Vom ›Reich‹ zum doppelten Deutschland, S. 35 ff.

37 Auch hervorgerufen durch den »harten Kurs« Trumans gegenüber der Sowjetunion anstelle der »Verständigungspolitik« Roosevelts.

38 Siehe zur sowjetischen Deutschland- und Besatzungspolitik neuerdings vor allem: Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948, Bde. I-III, hier Bd. II, S. 127.

39 FRUS, 1946, Vol. V, Washington 1969, S. 553 (Übers. – R.B.).

40 Ausführlich dazu weiter unten.

einer Politik des kalten Krieges wäre dann, so, wie er wenig später geschah, kaum möglich gewesen.

Das »Urteil von Nürnberg« bekräftigte, ungeachtet einiger Meinungsunterschiede, die weitgehende Einmütigkeit der Anti-Hitler-Koalition bei der Ahndung der nazistischen Verbrechen. Dies setzte sich in zahlreichen unilateralen alliierten Prozessen in allen Besatzungszonen und auch in den zwölf »Nachfolgeprozessen« fort, die die USA 1947 eröffneten oder vorbereiteten. Es handelte sich dabei um Verfahren gegen Ärzte, Juristen, verschiedene Industrielle (Flick, Krupp, IG-Farben), Angehörige des Auswärtigen Amtes (Wilhelmstraßenprozess), des Oberkommandos der Wehrmacht, einzelne militärische Führer (Generalfeldmarschall Milch, Südost-Generale) und höhere SS-Funktionäre (Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt, Rasse- und Siedlungshauptamt, Einsatzgruppen des SD). Die Bedeutung dieser Prozesse ging über den Einzelfall weit hinaus, denn sie zeigten die tiefen Verstrickungen großer Teile der deutschen Gesellschaft und ganzer Berufsgruppen in die verbrecherische Politik des »3. Reiches«, in die Rassenpolitik, die Arierisierung, die materielle und geistige Kriegsvorbereitung, die Ausraubung anderer Länder, Zwangsarbeit, Holocaust und den Massenmord. Mit der Aufdeckung dieser Sachverhalte und den Verurteilungen wurden wichtige Grundlagen gelegt und Ausgangspunkte für eine »radikale« Vergangenheitsbewältigung geschaffen.

Mit dem Gesetz Nr. 10<sup>41</sup> hatte der Kontrollrat schon am 20. Dezember 1945 die Inhaftierung und Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hatten, angeordnet. Die ebenso wichtige wie umfassende Direktive Nr. 24 vom 12. Januar 1946<sup>42</sup>, die zu Unrecht in der Geschichtsschreibung kaum Beachtung gefunden hat, legte – ganz im Sinne der von Neumann festgemachten Funktionseliten<sup>43</sup> – Maßnahmen zur Säuberung des öffentlichen Lebens in Deutschland, leitender Stellungen in Wirtschaft (einschließlich privater Unternehmen), Politik und Kultur von Personen fest, die mit Nationalsozialismus und Militarismus und anderen reaktionären Traditionen in Verbindung zu bringen sind, oder die den alliierten Zielen feindlich gegenüber stehen, wobei nicht weniger als 99 Kategorien von Personen aufgelistet wurden.

In Umsetzung dessen wurde in allen Besatzungszonen ein großer Personenkreis inhaftiert und/oder aus seinen Positionen in Verwaltungen, Wirtschaftsleitungen sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen entfernt.

Ungeachtet von Meinungsverschiedenheiten erreichte die alliierte Politik in Deutschland, im Kontrollrat und in den Besatzungszonen in den Jahren 1945 und 1946, teilweise auch noch darüber hinaus, ein beträchtliches Maß an Koordination, Annäherung und Übereinstimmung, wie der umfangreiche Bericht des

41 Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Nr. 3, S. 38ff.

42 Amtsblatt ..., Nr. 5, S. 98 ff.

43 Siehe auch die entsprechenden Abschnitte aus dem Leitfaden für die Zivilverwaltung. In: Zur Archäologie ..., Bd. 1, S. 153 ff.

Alliierten Kontrollrates an den Rat der Außenminister, der im Februar 1947 verabschiedet wurde, auswies.<sup>44</sup> Allerdings konnten in einer Reihe Fragen Meinungsverschiedenheiten nicht überbrückt werden, so dass unterschiedliche Positionen festgehalten wurden.<sup>45</sup> Doch waren das Ausmaß und die Ergebnisse des koordinierten Vorgehens bemerkenswert.<sup>46</sup>

Deutschland war vollständig entwaffnet und das Ziel der Entmilitarisierung und der Beseitigung des Rüstungspotentials war weitgehend erreicht, der deutsche Militarismus in seinen Organisationen war beseitigt,<sup>47</sup> ebenso der Nazistaat, nazistische Strukturen, Institutionen und Gesetze, NSDAP und nazistische Organisationen, nazistische und militaristische Literatur wurde eingezogen, die Verbreitung nazistischer Ideen, insbesondere des Chauvinismus, Antisemitismus und der Rassenlehre verboten und unter Strafe gestellt. Ein mehr oder weniger tiefgreifender Prozess der Entnazifizierung war in Gang gesetzt worden, der Inhaftierung und Bestrafung von Nazi- und Kriegsverbrechern einschloss. Das zeigte sich, worüber ein beweiskräftiges Tabellenwerk in diesem Bericht Auskunft gibt, auch hinsichtlich der massenhaften, viele hundert Tausende Personen betreffenden Festnahmen, Internierungen, Verurteilungen und »Säuberungen« der Verwaltungen, womit tief greifende Einschnitte verbunden waren.<sup>48</sup> Größere Teile der traditionellen Eliten befanden sich in Haft, harrten der Anklage oder waren aus ihren Positionen entfernt worden. Ein Elitenaustausch beträchtlichen Umfangs war oder schien im Gange.<sup>49</sup> Der Prozess der Entnazifizierung verband sich zugleich mit Bemühungen und Maßnahmen um »Umerziehung« und um Verbreitung antinazistischen, humanistischen und demokratischen Gedankengutes – auch im Zusammenhang mit Bemühungen um Schul- und Bildungsreformen. Allerdings waren auf diesem Gebiet bisher nur in der Ostzone mit der »demokratischen Schulreform« deutliche Erfolge erzielt worden. Wichtig war – und das unterschied das ostzonale Vorgehen gegenüber dem westzonalen – dass sich die Entnazifizierungsaktivitäten auf die Säuberung von Verwaltung, Justiz und anderen gesellschaftlichen Bereichen konzentrierten, zugleich aber – nach entsprechenden Sühnemaßnahmen – auf die Einbeziehung zunächst der »nominellen PGs« und schließlich

44 Die Version in englischer Sprache liegt im OMGUS-Bestand: BA Z 45 F/OMGUS 2/108-2/3-7 Conl/P(47)1-67. Auszüge aus dem SMAD bzw. SBZ betreffenden Teilen wurden, allerdings ohne die statistischen Angaben, veröffentlicht in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland 1945-1949 S. 387 ff.

45 Siehe Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. III, S. 184 ff. So berechtigt die Kritik der sowjetischen Seite hinsichtlich des ungenügenden Standes der Entnazifizierung, Umgestaltung und Demokratisierung in den Westzonen war, so wirkte sie doch in weiten Strecken (und insbes., was die Entmilitarisierung anbetrifft) überzogen und in der Argumentation oft nicht überzeugend.

46 Aus unterschiedlichen Gründen wurde dies von der Geschichtsschreibung früher und wird das auch in der Gegenwart nicht reflektiert – vor allem auch deshalb, weil ja vieles nicht Bestand hatte, »zurückgenommen« wurde bzw. sich im kalten Krieg eine andere Entwicklung durchsetzte.

47 Die sowjetische Kritik wegen des Bestehens von sogenannten Dienstgruppen etc. war doch stark überzogen, wie sich schließlich herausstellte.

48 Siehe Kontrollratsbericht, Abschnitt II, Teil 2-4. Siehe auch ausführlich in: Badstübner: Vom »Reich« zum doppelten Deutschland.. S. 217 ff.

49 Siehe dazu detailliert ebenda, S. 242 ff.

aller ehemaligen Nazis und Offiziere, soweit sie nicht verurteilt wurden, in den »demokratischen Aufbau«, den gesellschaftlichen Umgestaltungs- und vor allem auch Umerziehungsprozess orientierten, was aber nicht die Wiedererlangung gleicher Position und gleichen Einflusses bedeutete. Die leitenden Positionen befanden sich weitgehend in den Händen von Antifaschisten, vorwiegend aus der Arbeiterbewegung kommend und von antinazistischen bürgerlichen Demokraten. Dies war nicht zuletzt auch dadurch ermöglicht worden, dass in den Ländern und Provinzen der SBZ die bisherigen arbeitsrechtlichen Beamtenverhältnisse faktisch, wenngleich im einzelnen unterschiedlich, als obsolet galten und keine neuen Beamtenverhältnisse begründet wurden.<sup>50</sup> Mit diesem radikalen Schnitt war in der SBZ das Berufsbeamtentum beseitigt worden – ein zweifellos ebenso wichtiger wie richtiger Einschnitt. Insgesamt konnte bilanziert werden: »In der Grundkonzeption war die sowjetische Form der Entnazifizierung in der Verbindung von schnellen und einschneidenden Struktureingriffen mit umfassender, aber gezielter personeller Säuberung und frühzeitiger Reintegration der Mitläufer ohne Zweifel das konsequenteste und effektivste System aller Besatzungszonen.«<sup>51</sup> In der SBZ verband sich die Entnazifizierung mit einem mehr oder weniger umfassenden, kurz- oder längerfristigen<sup>52</sup> Elitenaustausches.<sup>53</sup> Die Effektivität dieser Art von Entnazifizierung wurde noch dadurch wesentlich erhöht, dass große und gezielte Anstrengungen bei der geistigen Vergangenheitsbewältigung, der Verbreitung humanistischen, antifaschistischen und auch marxistischen Gedankenguts, nicht zuletzt auch durch Herausgabe von Werken der Exilliteratur in hohen Auflagen, unternommen wurden – über Presse, Zeitschriften und Verlage, durch rege Vortragstätigkeit und vor allem auch durch ein intensives Schulungs- und Bildungssystem in den Parteien, den Gewerkschaften, der FDJ und anderen Organisationen sowie in den Verwaltungen und Institutionen, volkseigenen Betrieben und Volkshochschulen. Vor allem hatte der Antifaschismus auch einen festen Platz in den mit der Schulreform anvisierten Erziehungszielen. Der Antifaschismus, wenngleich auch oft ein etwas grobschlächtiger, wurde nicht nur »verordnet«, sondern vermittelt und auch angenommen, er prägte zunehmend das geistige Klima der Übergangsgesellschaft in der SBZ.

Hatte es anfangs den Anschein gehabt als ob vor allem in der amerikanischen Besatzungszone auf der Grundlage einer umfassenden Fragebogenaktion gegen Nazis am rigorosesten vorgegangen wurde, so änderte sich dieser Eindruck schon bald deutlich. Die Entnazifizierung traf in den Westzonen zunächst nur, anfangs aber oft mit Härte, die »Kleinen«, da man die großen und schwierigen Fälle hinaus-schob. Dennoch war es zunächst einmal bedeutsam, dass in allen Zonen Ent-

50 Siehe Schneider: Innere Verwaltung/Deutsche Verwaltung des Inneren (DVdI). In: SBZ-Handbuch, S. 207 f.

51 Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung., S. 84.

52 Wie im akademischen Bereich.

53 Siehe Dähn, Elitenabbruch, Elitenwechsel und Elitenkontinuität nach 1945. In: Eliten in Deutschland, Bonn 2006, S. 214 f.

nazifizierungsmaßnahmen durchgeführt wurden, wenngleich, was die westlichen Zonen anbetrifft, Erfolg und Nachhaltigkeit aus der Perspektive des Jahresbeginns 1947 ungewiss blieben.

Die Enteignung des Großgrundbesitzes und eine damit im Zusammenhang stehende Bodenreform waren in der SBZ in Angriff genommen und bis Ende 1946 weitgehend durchgeführt und von den anderen Besatzungsmächten ebenfalls auf die Tagesordnung gesetzt worden. Der alliierte Konsens bestand darin, Junker und Großgrundbesitzer als soziale Schicht zu beurteilen, die in einer unheilvollen historischen Verbindung mit preußisch-deutschem Militarismus, Nationalismus und auch Nationalsozialismus stand und als Bollwerk demokratiefeindlicher Reaktion in der Gesellschaft und vor allem auf dem Lande sowie nicht zuletzt in der Staatsbürokratie fungierte. Sicher war das eine sehr pauschale, aber andererseits keineswegs gegenstandslose historische Beurteilung.<sup>54</sup> Die alliierte Option für eine Bodenreform stand darüber hinaus in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der beschlossenen Zwangsaussiedlung von Millionen Deutschen und der Notwendigkeit, diese in die deutsche Nachkriegsgesellschaft zu integrieren. Es erschien mehr als recht und billig und zudem politisch dringend geboten, zugunsten der Umgesiedelten und Vertriebenen einen Bodenausgleich vorzunehmen, um vielen von ihnen auf diese Weise eine neue Existenz zu bieten. Allerdings wurde das Verdienst, eine Bodenreform tatsächlich durchgeführt zu haben, und zwar dort, wo sie am dringlichsten war, durch die keineswegs zwingend notwendige Art und Weise des sowjetischen Vorgehens und viele Modalitäten, vor allem auch ökonomische Ungereimtheiten und politische Ungerechtigkeiten belastet.<sup>55</sup> Das minderte die mögliche gesamtdeutsche Ausstrahlungskraft der Bodenreform beträchtlich und lieferte den Bodenreformgegnern in den Westzonen erweiterte Störmöglichkeiten. Dennoch gilt hervorzuheben, dass es sich bei der Bodenreform unstreitig um den Vollzug einer auf der politischen Tagesordnung in Deutschland stehenden Maßnahme und Umgestaltung von großer Dringlichkeit und gesellschaftspolitischer Tragweite handelte. Bei aller anfänglichen »Zurückhaltung« und der anhaltenden Umstrittenheit im einzelnen, wurde sie schließlich doch von einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung »angenommen«. Es handelte sich letztlich um eine tiefgreifende und weitreichende Umgestaltung und vor allem auch Demokratisierung der ländlichen Verhältnisse und des Lebens in den Dörfern und gleichzeitig um einen gewichtigen Beitrag zur Integration zwangsumgesiedelter Bauern und Landarbeiter.

OMGUS hatte 1945 einen Kontrollratsgesetzentwurf zur Bodenreform erarbeitet, dem es dem Länderrat der US-Zone zur Beratung vorlegte. Er sah eine Be-

54 Siehe z. B. Kuntsche, Demokratische Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern. Anlage 2 Wer war wer? Prominente Großgrundbesitzer in Mecklenburg und Vorpommern nach 1918. In: Bodenreform in Mecklenburg und Vorpommern. Schriften zur politische Bildung im Auftrag des Forums für politische und interkulturelle Bildung e. V. Herausgegeben von Lothar Elsner und Steffen Flechsig, Heft 2/3, Rostock 1995, S. 30-39.

55 Siehe meine ausführliche Darstellung mit Verweisen auf die Forschungsliteratur in: Badstübner: Vom ›Reich‹ zum doppelten Deutschland, S. 158-176.

schränkung des Großgrundbesitzes auf 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche und auf 500 ha Waldfläche vor ...«<sup>56</sup> Auch auf britischer Seite bekräftigte man die Absicht und gab im Herbst die Anweisung, den Großgrundbesitz aufzuteilen, machte dies aber wenig später von der vorherigen gründlichen Prüfung ernährungspolitischer Auswirkungen abhängig.<sup>57</sup> In der Praxis geschah allerdings aus unterschiedlichen Gründen nicht wirklich etwas. Die Beratungen im Zonenbeirat der britischen Zone und in einem eigens dafür geschaffenen Sonderausschuss zur Vorbereitung einer Bodereform sowie im süddeutschen Länderrat zeitigten bis Ende 1946 und Frühjahr 1947 keine greifbaren Ergebnisse, aber noch konnte man solche erhoffen. Und das um so mehr, als in westzonalen Länderverfassungen Bodenreformforderungen Aufnahme fanden, wie in der im Volksentscheid im Dezember 1946 mit großer Mehrheit angenommenen Verfassung des Landes Hessen, wo es hieß: »Artikel 42. Nach Maßgabe besonderer Gesetze ist der Großgrundbesitz, der nach geschichtlicher Erfahrung die Gefahr politischen Missbrauchs oder der Begünstigung militaristischer Bestrebungen in sich birgt, im Rahmen einer Bodenreform einzuziehen ...«<sup>58</sup> Das alles bedeutete, dass einerseits das Damoklesschwert einer Enteignung auch weiterhin bedrohlich über den westdeutschen Großagrariern schwebte und dass andererseits mit der Bodenreform in der SBZ und vor allem auch durch die Entmachtung des ostelbischen Junkertums ein wichtiger Beitrag zur Realisierung des Projektes der Umgestaltung der deutschen Nachkriegsgesellschaft und der Vergangenheitsbewältigung geleistet worden war.

Der Kontrollratsbericht konnte auch umfangreiche Aktivitäten zur Demopolisierung und Entmachtung der deutschen Wirtschaftseliten in Industrie- und Bankwesen und bei der Beseitigung des deutschen Rüstungspotentials ausweisen. Man war sich darüber weitgehend einig, dass diese Eliten, insoweit sie Verantwortung trugen und sich schuldig gemacht hatten, aus verantwortlichen Positionen zu entfernen und zu inhaftieren seien, um sie zu verurteilen. Ihre notwendige Entmachtung schloss auch aus angloamerikanischer Sicht<sup>59</sup> Enteignungsmaßnahmen ein. In allen Besetzungszonen hatten die Besatzungsmächte nicht nur das Vermögen des Nazi-Staates und der Nazi-Organisationen, sondern auch das von Großbanken und Konzernen beschlagnahmten und es unter ihre Kontrolle gestellt,<sup>60</sup> der Alliierte Kontrollrat das des I.G. Farbenkonzerns. Parallel dazu war die Arbeit im Gange, zu einer einvernehmlichen Regelung in bezug auf die Beseiti-

56 Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Bd. 1, S. 73.

57 PRO: FO 371/55575/C 1879.

58 Verfassung des Landes Hessen, S. 12.

59 Siehe Winkler: Die amerikanische Sozialisierungspolitik in Deutschland 1945-1948. In: Politische Weichenstellungen in Nachkriegsdeutschland 1945-1953, S. 88-110.

60 Schon am 18. September 1944 wurde im angloamerikanischen Besetzungsgebiet das Gesetz über die »Sperre und Kontrolle von Vermögen« erlassen, dem besondere Verfügungen über die Beschlagnahme von Großbanken und bestimmten Konzernen oder Wirtschaftszweigen, wie den Krupp-Konzern, den Ruhrkohlenbergbau und die Eisen- und Stahlkonzerne folgten. Dem entsprach auch das Vorgehen der französischen Besatzungsmacht. Die SMAD erließ Ende Oktober 1945, nachdem sie die Großbanken aufgelöst hatte, entsprechende Sequestrierungsbefehle.

gung von Monopolvereinigungen zu gelangen.<sup>61</sup> In der Arbeitsgruppe Dekartellisierung war ein sowjetisch-amerikanisch-französischer Gesetzesentwurf über das Verbot »Übermäßiger Konzentration deutscher Wirtschaftskraft« zustande gekommen.<sup>62</sup>

Die westlichen Besatzungsmächte gingen dazu über, die beschlagnahmten Konzerne zu entflechten, wobei die Entflechtung eine spätere Enteignung oder auch Sozialisierung nicht ausschließen sollte. Zunächst erfolgte mit der Entflechtung eine Trennung von Eigentum und Verfügungsgewalt. Wie bei der Enteignung der Großgrundbesitzer ging die SMAD auch bei der Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher konsequent und mit nachhaltiger Wirkung vor, und indem sie der SED gestattete, im Land Sachsen einen Volksentscheid über die Enteignung zu initiieren und gemeinsam mit den anderen Blockparteien durchzuführen, gelang es überdies, eine breite Enteignungsbewegung hervorzurufen. Der Weg der Sequestrierung, den die SMAD wählte und der mit nicht stringenten Enteignungskriterien verbunden war, warf viele Probleme auf und war zweifellos nicht optimal.<sup>63</sup> Es kam zu großen Auseinandersetzungen über die Einstufung von sequestrierten Betrieben in die Liste (A) der zu enteignenden Betriebe oder in die Liste B, die zurück gegeben werden sollten. Außerdem hatte die SMAD die Mehrzahl der größten und wichtigsten Betriebe ihrer Verfügungsgewalt vorbehalten (Liste C) und sie zur Demontage oder als SAG-Betriebe für Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion vorgesehen. Die Sequestrierungsaktion zog sich hin und konnte erst im Frühjahr 1948 abgeschlossen werden, aber bis zur Jahreswende 1946/47 war deutlich, dass die Wirtschaft der SBZ von einem starken volkseigenen Sektor geprägt sein würde. Geht man davon aus, dass es notwendig war, NS und Militarismus mit ihren gesellschaftlichen Grundlagen und Wurzeln zu beseitigen, also vom Standpunkt einer notwendigen Überwindung durch gesellschaftlich Umgestaltung, dann war damit in der SBZ ein entscheidender Beitrag geleistet worden.

Bleibt als Bilanz für Anfang 1947 festzuhalten: In Ausübung der alliierten Umgestaltung- und Erziehungsdiktatur und der mehr oder weniger konsequenten Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse in allen Besatzungszonen<sup>64</sup> erfolgten – unter Mitagieren deutscher Parteien, Gewerkschaften und Verantwortungsträger<sup>65</sup> – bis Anfang 1947 radikale gesellschaftspolitische Eingriffe und tiefgreifende Einschnitte und es entstanden in einer gesellschaftsgeschichtlichen Transformationsperiode nach Zonen und Ländern gegliederten Übergangsgesellschaften mit ge-

61 Siehe Mai: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948, S. 231 ff.

62 BA Z 45 F OMGUS/ACA DECO/P(46)397. Decart/WP(46)115.

63 Ausführlich dazu Badstübner, Vom »Reich« ..., S. 183 ff. Siehe auch unten 1.7.

64 Da die bundesdeutsche Geschichtsschreibung die Potsdamer Beschlüsse üblicherweise als bloße »Formelkompromisse« abwertet, mißt man ihnen keine große Bedeutung bei. Sie galten aber für alle Besatzungsmächte als grundlegende Handlungsorientierung. So wurden sowjetischerseits Arbeitsprogramme ausgearbeitet, die auf die »schnellstmögliche Umsetzung der in Potsdam gefaßten Beschlüsse« zielten (Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948, Bd. II, S. LVII). In monatlichen OMGUS-Reports wurde der Stand der Erfüllung der Potsdamer Beschlüsse penibel analysiert.

sellschaftspolitischen Ordnungsprofilen, die auf die eine oder andere Weise mit »3. Wege«-Orientierungen und ebensolchen Entwicklungsmöglichkeiten verbunden waren oder schienen.<sup>66</sup> Sie verbanden sich mit, im Einzelnen sicher sich unterscheidenden Prozessen demokratischen Aufbaus »von unten nach oben« und demokratischer Ausgestaltung im Länder- und Zonenrahmen – soweit solches unter Besatzungsbedingungen möglich war. Die Entwicklungsunterschiede zwischen den Besatzungszonen waren – wie auch der Bericht des alliierten Kontrollrates bekräftigte – gradueller Natur, so dass ihre Zusammenführung über die Errichtung deutscher Zentralverwaltungen möglich war oder zumindest so erschien. Dies hat zu beachtende Konsequenzen für die Beurteilung der Entwicklung in der SBZ, die in diesem Zeitraum zutreffend kaum als »kommunistische Diktatur«, »kommunistische Umgestaltung« und »Sonderentwicklung« charakterisiert werden kann, wie es in der das politische Delegitimierungsgebot bedienenden jüngsten Zeitgeschichtsliteratur der Bundesrepublik weithin geschieht. Leider ordnen sich dem auch Autoren unter, die das früher schon mal anders und besser beurteilt hatten. So konzidierten Kurt Sontheimer und Wilhelm Bleek einst mit Blick auf die SBZ: »Alle diese Reformen konnten sich auf allgemeine Richtlinien des Alliierten Kontrollrates berufen. Sie dienten nach sowjetischer Auffassung der Zerstörung des Nazismus und Militarismus sowie der Vorbereitung der Demokratie. Es war für die Sowjetunion, wie auch für die Kommunistische Partei Deutschlands, mit der sie am engsten zusammenarbeitete, natürlich selbstverständlich, dass eine Neuordnung des demokratischen Lebens die Beseitigung jener sozialen und ökonomischen Bedingungen zur Voraussetzung hatte, die für das Entstehen des Faschismus verantwortlich gemacht wurden. Durch die Bodenreform sollte der verderbliche Einfluss der Großgrundbesitzer auf die deutsche Politik ein für alle Mal ausgeschaltet werden; durch die Industriereform wollte man die Produktionsmittel in die Hände des Volkes legen und nicht länger im Besitz von »Kriegsinteressenten« belassen; durch die Schulreform wollte man die Privilegierung sozialer Gruppen im traditionellen Schulwesen beseitigen; durch die Justizreform wollte man schließlich dafür sorgen, dass die »bürgerliche Klassenjustiz« ihr Ende fand, indem man die Rechtsprechung einem völlig neuen Personenkreis übertrug, der für die Übereinstimmung der Rechtsprechung mit den politischen Zielen der neuen Herrschenden ausreichend Gewähr bot.«<sup>67</sup>

Davon ist nun nichts mehr zu lesen, wenn die gleichen Autoren jüngst schreiben: »Im Vergleich zur Entwicklung in den Westzonen, die auf die Schaffung einer bürgerlich-liberalen Demokratie unter Beibehaltung des kapitalistischen Wirtschaftsystems hinauslief, sind die ökonomischen und gesellschaftlichen Grundlagen in der sowjetischen Besatzungszone nach dem Zweiten Weltkrieg sehr viel durchgreifender verändert, ja revolutioniert worden. Obwohl die machtbestimmende

65 Dazu siehe auch weiter unten 1.7.

66 Siehe auch »Auf der Suche nach dem Dritten Weg« Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte(2005), S. 89 ff.

67 Sontheimer/Bleek, Die DDR (1972), S. 37 f.



kommunistische Partei, die eng mit der sowjetischen Militärverwaltung zusammenarbeitete, anfangs erklärt hatte, es ginge ihr nicht um die Einführung des sowjetischen Systems, sondern um die Errichtung einer antifaschistischen demokratischen Ordnung, wurden schon gleich zu Beginn der Besatzungszeit in der sowjetischen Zone einschneidende Reformen auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Industrie durchgeführt, welche die sozial-ökonomischen Voraussetzungen für den späteren Aufbau eines kommunistischen Systems schaffen sollten. Durch diese Reformen wurde eine soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Ostzone eingeleitet, die sich von der im Westen entscheidend abhob ...<sup>68</sup>

## **1.6. Unterschiedliche Parteienkonstellationen 1946/47. Die Gründung der SED zwischen Euphorie und Zwang**

Die Besatzungsmächte hatten in ihren Besatzungszonen die Rahmenbedingungen für die Gründung von Parteien und Organisationen gesetzt und, wenngleich im einzelnen unterschiedlich, deren Entwicklung kontrolliert. Der alliierte Konsens über das zuzulassende, nationalkonservative Rechtsparteien ausgrenzende Parteienspektrum mit Rekurs auf die Weimarer Mitte plus KPD<sup>69</sup> hatte – von einer Reihe kleinerer, meist unbedeutender Parteien in einigen Ländern abgesehen – trotz getrennter zonaler Entwicklungen und unterschiedlichen Zulassungspraktiken zu weitgehenden Übereinstimmungen oder Annäherungen in Gestalt von KPD – SPD – Zentrum/CDU/CSU – LDP/FDP/DVP geführt. In den Westzonen hatten sich SPD und CDU/CSU zu den mit Abstand stärksten Parteibildungen entwickelt, in der SBZ hatten KPD und SPD einen deutlichen Vorsprung vor CDU und LDP, den dann die SED noch ausbauen konnte. Der von SMAD und KPD angestrebte und realisierte Zusammenschluss aller Parteien in einem »Block«, den die Westalliierten kritisch sahen, grenzte den Parteienpluralismus ein, hob ihn aber (bis 1947/48), im Sinne des eigenständigen Agierens verschiedener Parteien, nicht auf.

### *1.6.1. Die Gründung der SED und die »übersehenen« Folgen*

Die Gründung der SED, die »zwischen Euphorie und Zwang« stattfand<sup>70</sup>, war zweifellos die gravierendste und zugleich folgenreichste Veränderung in der Parteienlandschaft nach 1945. Der von der KPD, gemäß sowjetischen Weisungen, forcierte und auch stark dominierte Vereinigungsprozess, der einerseits zweifellos über eine breite, in hohem Maße auch euphorische Massenbasis verfügte, stieß an-

68 Sontheimer/Bleek, Grundzüge des politischen Systems Deutschlands (2003), S. 34.

69 Ihre Rolle im antifaschistischen Kampf begründete ein beträchtliches politisch-moralisches Prestige der KPD und wies ihr einen festen, nicht zur Diskussion stehenden Platz im Parteiensystem zu, das im Rahmen der Vier-Mächte-Verwaltung Deutschlands und eines alliierten Grundkonsenses in allen Besatzungszonen legalisiert wurde.

70 Ausführlich mit Quellen- und Literaturverweisen siehe meine Darstellung in »Vom »Reich« zum doppelten Deutschland«, S. 105-115.

dererseits, insbesondere in Berlin, auf eine starke Front von unterschiedlich motivierten Gegnern, denen die Vereinigung zu schnell ging, die eine nur zonale Vereinigung oder die eine Fusion mit der KPD überhaupt ablehnten. Die SMAD bzw. die örtlichen Kommandanten fühlten sich veranlasst, Druck auf Sozialdemokraten auszuüben und auch Zwangsmittel bis zu Verhaftung und Deportation gegenüber Einheitsgegnern anzuwenden. Es wirkten somit stalinistische Denk- und Handlungsstrukturen, die der Vereinigung großen politisch-moralischen Schaden zufügten und das Ansehen der SED, vor allem in den Westzonen und Westberlin, schädigten. Ihr haftete dort das Odium der »Zwangsvereinigung« an. Das, was mit der Vereinigung hatte verhindert werden sollen, nämlich, ein »Bruderkampf« zwischen SPD und KPD, flammte erneut auf. Und wie schon in der Weimarer Republik, wo er deren Ende mit herbeigeführt und die Errichtung der Nazierrschaft begünstigt hatte, so stand zu befürchten, das er sich auch jetzt erneut nachteilig auswirken würde: perspektivisch hinsichtlich der Chancen für einen demokratischen Sozialismus auf deutschem Boden und unmittelbar hinsichtlich einer überzonalen, nationalen Willensbildung und Repräsentation durch die Parteien als Voraussetzung für die Herstellung der demokratischen Einheit Deutschlands.

Die SED erreichte bei den Landtagswahlen in der SBZ im Oktober 1946 fast absolute Mehrheiten, erlitt aber in Berlin als einer Hochburg der Vereinigungsgegner mit nur 19,8 Prozent eine schwere Schlappe, während die SPD mit 48,7 Prozent zum großen Wahlsieger avancierte.

### *1.6.2. SPD: »Sozialismus als Tagesaufgabe«*

Die SPD hatte sich 1946 in den Westzonen und in Westberlin als Partei, die einen freiheitlichen und demokratischen Sozialismus als »Tagesaufgabe« anstrebt, profiliert. In der vom 1. Parteitag der westzonalen SPD, der vom 9. bis 11. Mai 1946 in Hannover stattfand, verabschiedeten und veröffentlichten »Kundgebung« hieß es: »Das heutige Deutschland ist nicht mehr in der Lage, eine privatkapitalistische Unternehmerwirtschaft zu ertragen und Unternehmerprofite, Kapitaldividenden und Grundrenten zu zahlen. Die jetzt noch herrschenden Eigentumsverhältnisse entsprechen nicht mehr den sonstigen gesellschaftlichen Zuständen und Bedürfnissen. Sie sind zu dem schwersten Hemmnis der Erholung und des Fortschritts geworden. Der vorhandene private Großbesitz an Produktionsmitteln, Kapitalien und Rohstoffen und das mögliche Sozialprodukt der deutschen Volkswirtschaft müssen den Bedürfnissen aller zugänglich gemacht werden. Der heutige Zustand, bei dem die große Mehrheit alles verloren hat, eine Minderheit aber reicher geworden ist, muss zugunsten einer Gesellschaftsordnung mit gerechter Lastenverteilung überwunden werden. Die von der Sozialdemokratie erstrebte sozialistische Wirtschaft beruht auf einer gelenkten Wirtschaftspolitik ...

Die Sozialisierung hat zu beginnen bei den Bodenschätzen und den Grundstoffindustrien. Alle Betriebe des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung und -bearbeitung bis zum Halbzeug, der größte Teil der chemischen Industrie und die

synthetischen Industrien, die Großbetriebe überhaupt, jede Form von Versorgungswirtschaft und alle Teile der verarbeitenden Industrie, die zur Großunternehmung drängen, sind in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen. ...

Eine grundlegende Agrar- und Bodenreform ist unter Enteignung der Großgrundbesitzer sofort einzuleiten. Die Neuübereignung des Großgrundbesitzes, seine Bewirtschaftung in bäuerlichem, gärtnerischem und siedlerischem Einzelbesitz oder teilweise in genossenschaftlichem bäuerlichem Gemeinbesitz ohne eine die Wirtschaftlichkeit gefährdende Zerstückelung sind notwendig. Das ist die Voraussetzung der sozialen Gerechtigkeit auf dem Lande, der endgültigen Unterbringung von mehr Menschen, einer ersten Lösung der Flüchtlingsnot, der Förderung der Erzeugung und der Verbreiterung der Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes.

Der Klein- und Mittelbetrieb in Landwirtschaft, Handwerk, Gewerbe und Handel hat in der von der Sozialdemokratie angestrebten Wirtschaftsordnung wichtige Aufgaben zu erfüllen und soll sich innerhalb dieser Grenzen entfalten.

Wie der Sozialismus ohne Demokratie nicht möglich ist, so ist umgekehrt eine wirkliche Demokratie im Kapitalismus in steter Gefahr. Auf Grund der besonderen geschichtlichen Gegebenheiten und Eigenarten der geistigen Entwicklung in Deutschland braucht die deutsche Demokratie den Sozialismus. Die deutsche Demokratie muss sozialistisch sein oder die gegenrevolutionären Kräfte werden sie wieder zerstören ... Sozialismus ist nicht mehr ein fernes Ziel. Er ist die Aufgabe des Tages. Die deutsche Sozialdemokratie ruft zur sofortigen sozialistischen Initiative gegenüber allen praktischen Problemen in Staat und Wirtschaft auf.«<sup>71</sup> Mit dieser Kundgebung war die westdeutsche Sozialdemokratie, im Vergleich mit allen anderen deutschen Parteien, als radikalste Verfechterin der gesellschaftlichen Konsequenzen aufgetreten, die sich aus der Symbiose von Nationalsozialismus, Militarismus, traditionellen Eliten und Kapitalismus ziehen ließen. Zugleich hatte die westzonale SPD ihre Politik, mit Kurt Schumacher unangefochten an der Spitze, stark auf die »Vereinigten Staaten von Europa«, auf ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa orientiert. Allerdings war darunter unausgesprochen, aber eindeutig Westeuropa zu verstehen. »Westorientierung« und –ausrichtung ihrer gesamten Politik waren 1946 immer deutlicher hervorgetreten. Dahingehend wirkte auch ihre in der Sache ohne Zweifel berechtigte Kritik an ausgeübtem Zwang bei der Vereinigung von SPD und KPD zur SED, die jedoch zu einer Art Zwangsvereinigungshysterie hochgesteigert wurde, die Gespräche und Kontakte mit der SED verteufelte und einen sachlich-kritischen Umgang mit dem, was in der Ostzone geschah, verhinderte. Denn dort waren ja Aufgaben in Angriff genommen oder sogar bewältigt worden, wie sie auf dem Wege lagen, den die westzonale SPD mit ihrem »Sozialismus als Tagesaufgabe« gewie-

71 Forderungen und Ziele der SPD, Mai 1946. In: Flechtheim, Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung, Bd. 3, S. 17 ff. (Hervorhebg.-R.B.).

sen hatte. In den Westzonen hingegen beschränkte sich diese »Tagesaufgabe« bis 1947 auf weitere Konzept- und auch Verfassungsarbeit sowie das Einbringen von Gesetzesanträgen in Landtagen, die aber – nach der angloamerikanische Grundratsentscheidung vom Sommer 1947<sup>72</sup> – keine Realisierungschancen mehr hatten. Die SPD konnte sich allerdings zunächst die Unterstützung ihrer Sozialisierungspläne durch die Labour Party und die britische Besatzungsmacht erhoffen, wie sie in Äußerungen von Militärgouverneur Robertson und am 22. Oktober 1946 von Außenminister Bevin im Unterhaus signalisiert wurde. Allerdings musste die SPD im Zusammenhang mit der Bizonenentwicklung erleben, dass ihr Einfluss stark zurückgedrängt wurde. Parteivorstand und Parteiausschuss nahmen auf ihrer Kölner Tagung eine EntschlieÙung an, in der es hieß: »In Politik, Wirtschaft und Verwaltung herrschen wieder die gleichen Kräfte, die uns zu den heutigen Zuständen geführt haben. So sind bei der Vereinigung der britischen und amerikanischen Besatzungszonen sämtliche Zentralbehörden Vertretern kapitalistischer Auffassungen übertragen worden. Die deutsche Sozialdemokratie ... ist nicht willens, die politische Verantwortung für die Zustände zu tragen, die ihr aufgezwungen werden. Sie macht daher ihre politische Mitarbeit von verbindlichen Zusagen abhängig, dass ein gerechter Lastenausgleich erfolgt ...; dass die Sozialisierung der Grundstoff-Industrien, der Energiewirtschaft, der Verkehrsunternehmen, der Banken und Versicherungsgesellschaften und eine durchgreifende und produktionsfördernde Agrarreform durchgeführt werden ...«<sup>73</sup> In einem Aufruf bekräftigte die SPD ihre Kölner Forderungen, die die Voraussetzungen dafür seien, »ob die Sozialdemokratie weiter an den von den Siegermächten kontrollierten Regierungen teilnehmen kann.«<sup>74</sup> Das waren starke Ankündigungen, denen aber keineswegs ebensolche praktische Konsequenzen folgten. So koalierte die SPD in Hessen nach den Wahlen vom 1. Dezember 1946 mit einer zwar noch vom »christlichen Sozialismus« beeinflussten CDU, die aber dennoch den sozialdemokratischen Sozialisierungskonzepten kritisch gegenüber stand.

Allerdings war es der SPD gelungen, nach den Landtagswahlen in den Ländern der amerikanischen Besatzungszone Ende 1946 alle drei Wirtschaftsministerien zu besetzen, was auch zur Folge hatte, dass mit Viktor Agartz Anfang 1947 ein konsequenter Verfechter von Planwirtschaft und Sozialisierung an die Spitze des bizonalen Verwaltungsamtes für Wirtschaft trat. Dem konnte eine grundsätzliche wirtschaftspolitische Bedeutung zukommen. Doch die vielfältigen Obstruktionen seitens der dezentralistisch eingestellten Länder blockierten planungspolitische Bestrebungen, und als Folge des steigenden amerikanischen Einflusses auf die Bizonenentwicklung wurde dem Verwaltungsamt für Wirtschaft, als von daher Sozialisierungsvorstöße für das bizonale Wirtschaftsgebiet zu erwarten waren, schon im März 1947 die Gesetzgebungsbefugnis genommen.

72 Siehe weiter unten.

73 Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1946, S. 77.

74 Ebenda, S. 79.

### *1.6.3. Die SED und der »besondere deutsche Weg zum Sozialismus«*

Im Zusammenhang mit der Gründung der SED war auch die KPD nicht umhin gekommen, sich der in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 ausgewichenen Sozialismusproblematik zu stellen, wobei es zu wichtigen Modifizierungen früherer Positionen kam. Als Stalin die Gründung der SED »absegnete« orientierte er, bei prononcierter Betonung des Unterschiedes zwischen Deutschland und dem Russland der Oktoberrevolution, auf die unbedingt zu berücksichtigenden »parl. Traditionen« und auf die daraus resultierende Möglichkeit und Notwendigkeit »auf demokrat. Weg-zur Arbeitermacht-nicht Diktatur«. <sup>75</sup> Das konnte man so interpretieren, dass sich Stalin bewusst im Rahmen des alliierten Grundkonsenses bewegen wollte und bereit war, in Sachen Demokratie über den »kommunistisch/so-wjetischen Schatten« zu springen und darüber hinaus »national besondere Wege zum Sozialismus« zu akzeptieren. Diese Orientierung, der für die Konsensbildung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten mit Blick auf die Vereinigung entscheidende Bedeutung zukam, baute Anton Ackermann in seinem Artikel in der ersten Nummer der »Einheit« vom Februar 1946 zu einem »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus« aus. Darin wurde die Möglichkeit eines demokratischen und friedlichen Weges zum Sozialismus gemäß den deutschen Bedingungen begründet. Im Oktober 1946 ging Ackermann noch weiter, indem er die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats mit den spezifisch russischen Bedingungen in Verbindung brachte, während in Ländern, in denen die Arbeiterklasse die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildet, demokratische Wege und Herrschaftsmethoden möglich und geboten seien. <sup>76</sup> Auch andere SED-Politiker vertraten solche Positionen, wie z. B. die Vorsitzenden der SED in Thüringen, Werner Eggerath und Heinz Hoffmann erklärten vor Journalisten, »Eine Diktatur des Proletariats ist heute nicht möglich, da die grundlegenden Verhältnisse in Deutschland zu verschieden von denen der Sowjetunion sind.« <sup>77</sup> Die Gründungsdokumente der SED konnten daher durchaus so interpretiert werden, dass sie darauf orientierten, auf einem »demokratischen Weg« und mit Zwischenschritten zu einer solchen sozialistischen Gesellschaft zu gelangen, die sich von einer Gesellschaft sowjetischen Typs deutlich unterschied. Und die Wahlergebnisse in der SBZ, wo dies zur Kenntnis genommen wurde, zeigten, dass es dafür große Zustimmung gab.

### *1.6.4. CDU: »Christlicher Sozialismus«. »Ahlemer Programm« – »Sozialisierung im Sinne der CDU«?*

Auch der »christliche Sozialismus« hatte 1946 weiter und sogar zonenübergreifend an Profil und auch an Einfluss gewonnen, obwohl sich in den westzonalen

<sup>75</sup> Aufzeichnung über den Bericht W. Ulbrichts, der sich vom 28. Jan. bis zum 6. Febr. 1946 in Moskau aufhalten hat. Pieck-Notizen, S. 68.

<sup>76</sup> Siehe Stenogr. Niederschrift von der 6.Tagung des Parteivorstandes der SED ... (2. Teil). In: SAPMO/BArch DY 30/ IV 2/1/5, Bl. 2,15 ff.

<sup>77</sup> Zit. nach Overesch, Das besetzte Deutschland 1945-1947, S. 214.

CDU-Verbänden ebenfalls starke Gegenkräfte formierten. Es waren vor allem ehemalige Repräsentanten christlicher Gewerkschaften und Arbeitervereine oder christliche Arbeiter und Angestellte sowie Intellektuelle, die die CDU auf den Boden eines »christlichen Sozialismus« stellen wollten und dabei unter anderem auch an antikapitalistisches Gedankengut protestantischer Sozialethik und der katholischen Soziallehre anknüpften. Zu ihnen gehörten im Westen Johannes Albers, Heinrich Strunk, Karl Arnold, Joseph Gockeln, Theodor Blank sowie Intellektuelle wie Walter Dirks, in der Ostzone Jakob Kaiser, Otto-Heinrich von der Gablentz<sup>78</sup> und andere. Prägenden oder zumindest starken Einfluss erlangte der »christliche Sozialismus« als geistig-politische Strömung in der CDU der Ostzone, in Rheinland und Westfalen sowie Hessen.

Im Juni 1946 hatte Johannes Albers ein befürwortendes Diskussionsmaterial zum Thema »Christlicher Sozialismus« verbreitet und die »Rheinische Post« hatte am 13. Juli 1946 eine öffentliche Diskussion darüber eröffnet, die sich bis Ende 1946 hinzog. Im September 1946 wurde in Nordrhein-Westfalen die »Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus« gegründet.<sup>79</sup>

Im Juni 1946 erschien die erste Nummer der Zeitschrift »Frankfurter Hefte« mit dem programmatischen Artikel und leidenschaftlichen Appell von Walter Dirks »Das Abendland und der Sozialismus«, in dem er Notwendigkeit und historischen Platz eines christlich motivierten Sozialismus begründete.<sup>80</sup> Die Frankfurter Hefte machten sich fortan im besonderen Maße zum Fürsprecher eines christlich motivierten Sozialismus, der für unverzichtbar gehalten wurde, wenn ein wirklicher Neuaufbau Deutschlands und eine Neugestaltung der deutschen Gesellschaft gelingen sollte. Seit Ende 1945 hatte mit dem ehemaligen christlichen Gewerkschaftler Jakob Kaiser<sup>81</sup> ein Politiker die Leitung der ostzonalen CDU, der sich besonders prononciert für einen »christlichen Sozialismus« engagierte. In zahlreichen bedeutsamen Reden, innerhalb der CDU, in Gewerkschaftsveranstaltungen und der Öffentlichkeit<sup>82</sup> hatte Kaiser seit Anfang 1946 seine historische Positionsbestimmung, aus der er die Aufgaben und Ziele der CDU ableitete und die sozialistischen Konsequenzen begründet. Er ging bei seiner historischen Positionsbestimmung vom »Ende der bürgerlichen Gesellschaft« aus und definierte deshalb, die CDU sei »keine bürgerliche Partei. Ganz abgesehen davon, dass sie es schon deshalb nicht sein kann, weil sie nicht nur Bürger, sondern auch Arbeiter und Bauern in großer Zahl umfasst, also bestenfalls als Volkspartei bezeichnet werden müsste, gehe ich noch einen Schritt weiter und sage: Die Union ist keine

78 Siehe Gablentz, Über Marx hinaus, Berlin 1946.

79 Siehe Situation und Entscheidung. Zeitbuch für Politik und Kultur. Hrsg. von Dr. Walter Rest. Erste Folge u. zweite Folge, Warendorf/Westfalen 1947 und 1948.

80 Siehe Frankfurter Hefte, H. 1, 1946, S. 67-76.

81 Siehe Conze, Jakob Kaiser-Politiker zwischen Ost und West 1945-1949, Stuttgart 1969. Eine Würdigung Kaisers aus der Sicht einer möglichen ostdeutschen Alternativentwicklung im Sinne eines »dritten Weges« steht noch aus.

82 Siehe Kaiser, Wir haben Brücke zu sein. Reden und Aufsätze zur Deutschlandpolitik, Köln 1988.

bürgerliche Partei, weil sie die alte bürgerliche Gesellschaftsordnung als überlebt ansieht ... Was wir heute im deutschen Volke vor uns haben, ist keine bürgerliche Ordnung mehr. Die letzten Reste eines bürgerlichen Daseins im deutschen Volke sind vernichtet. Und blind wäre derjenige, der sich einer Partei verschreiben würde, die eine Restauration der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu schaffen sich bemühen wollte. Ihre letzten Säulen sind vom Irrwahn des Hitlerkrieges zerstört worden. Wir dürften von einer solchen Partei wohl mit Recht sagen, dass es sich hier um eine bemitleidenswert reaktionäre Partei handeln würde.

Ich mache mich deshalb nicht im geringsten einer sogenannten radikalen, einer revolutionären Gesinnung schuldig, wenn ich sage, die Zeit der bürgerlichen Ordnung ist vorbei ...

Und ich möchte nicht falsch verstanden werden, wenn ich sage, dass uns hier in Berlin, wo Ost- und Westeuropa im großen geschichtlichen Treffen der Nationen aufeinanderstoßen, diese Zeitenwende vom bürgerlichen Zeitalter zum Zeitalter des werktätigen Volkes unter dem Erlebnis der Begegnung mit dem vom Willen des werktätigen Volkes geformten Russland stärker noch aufgeht, als es vielleicht im übrigen Deutschland der Fall ist. Es mag das Veranlassung geben, uns in tiefstem Ernst mit den Gegebenheiten Europas oder besser noch der Welt auseinander zu setzen. Denn ob Ost oder West, die Auseinandersetzung mit dem sterbenden bürgerlichen Zeitalter ist da. Und auch die Westmächte stehen im Zeichen einer Zeitenwende ...

Die Ordnung aber, der die bürgerliche Ordnung nunmehr Platz zu machen hat, wird eine sozialistische Ordnung sein müssen ... Was die Wirtschafts- und Sozialordnung des christlichen Sozialismus angeht, so will er im Gegensatz zur kapitalistischen Wirtschaft alles Wirtschaften einzig und allein dem Menschen untergeordnet wissen. Seiner geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Wohlfahrt. Wirtschaftskrisen und Wirtschaftsspannungen wollen wir nicht durch machtpolitische Kampfformen gelöst wissen, sondern durch weise vorausschauende Wirtschaftslenkung ...<sup>83</sup> Obwohl Kaiser stark die christlichen und kulturellen Aspekte seines Sozialismusbildes herausarbeitete und es personalistisch, demokratisch und pluralistisch akzentuierte, war es doch wichtig und bedeutungsvoll, dass für ihn der Sozialismus keineswegs nur eine ethische Frage war, sondern vor allem auf die Gestaltung einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung zielte, die den Kapitalismus ablösen sollte.

Kaiser respektierte den marxistischen, materialistischen Sozialismus, wies jedoch dessen Monopolanspruch in bezug auf den Sozialismus zurück, und lehnte die Diktatur des Proletariats strikt ab.

Das, verbundenen mit der parteipolitischen Konkurrenzsituation, war es wohl, dass den Arbeiterparteien, insbesondere der KPD, den Weg zu einer engeren, ver-

83 Der soziale und staatspolitische Wille der CDU. Rede Kaisers auf der Vorstandssitzung der CDU am 13. Februar 1946. In: Reden und Aufsätze, S. 86-99.

trauensvollen Zusammenarbeit mit Kaiser verspernte und die politische Auseinandersetzung in den Vordergrund rückte.

Kaiser gab dafür allerdings auch selbst mit seiner zögerlichen und schwankenden Haltung gegenüber dem sächsischen Volksentscheid und der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher hinreichend Anlass. Das Kriterium der Praxis konnte bei der SED den nicht unbegründeten Verdacht nähren, dass sich zwischen radikalen Worten und Taten bei Kaiser eine Diskrepanz auftat.

Über die Haltung des CDU-Vorstandes in dieser Frage gibt das Protokoll einer Vorstandssitzung vom 6. Mai 1946 eindeutig Auskunft. Es heißt darin: »Herr von der Gablentz berichtet über die Problematik, die für die Union mit den Sozialisierungstendenzen, wie sie insbesondere im Lande Sachsen durch die Planung eines entsprechenden Volksentscheides erkennbar sind, gegeben ist. Die wesentlichen Gesichtspunkte für die Union sind folgende:

1. Es dürfen nicht vollzogene Tatsachen geschaffen werden in einzelnen Zonen, die eine reichseinheitliche Regelung erschweren würden.

2. Eine grundsätzliche Entscheidung wie die Sozialisierung darf nur durch zuständige parlamentarisch gewählte Körperschaften getroffen werden.

3. Grundsätzlich muss sich die Union zu einer Sozialisierungsneuordnung der Gesellschaft bekennen, das ist aber nicht identisch mit der Sozialisierungsmethode, wie sie hier gewählt wird. Die Union lehnt jeden Staatskapitalismus ab.<sup>84</sup> Dem gemäß trat Kaiser, allerdings vergeblich, im zentralen antifaschistischen Blockausschuss, der am 16. Mai 1946 in Berlin zusammentrat, mit dem Argument auf, eine »voreilige lokale Lösung« lockere das Reichsgefüge und müsse deshalb bis zu einer reichseinheitlichen Regelung zurückgestellt werden. Sicher waren Bedenken gegen die Art und Weise, wie von Seiten der SED die Enteignungsmaßnahmen durchgeführt wurden, verbunden mit entsprechenden Interventionen der CDU angebracht. Aber das zugunsten einer Totalverweigerung Vorgebrachte, konnte kaum überzeugen. Denn einmal standen analoge Maßnahmen ja auch in den Westzonen an, war aber andererseits eine überzonale Koordinierung aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Und wenn entsprechende Maßnahmen in den Westzonen blockiert und verhindert würden, konnte das doch für die Ostzone kein Grund sein, auch gänzlich darauf zu verzichten. Auch andere Verlautbarungen Kaisers »ließen Zweifel aufkommen, ob dieser ›Sozialismus‹ wirklich mehr sein sollte als bloße Sozialpolitik unter Respektierung des gesellschaftspolitischen Status quo in der SBZ ...«<sup>85</sup>

Während der Einfluss der CDU in der Ostzone deutlich hinter den der beiden Arbeiterparteien und dann der SED zurücktrat und sich in dieser Konstellation und konfrontiert mit einer gesellschaftlichen Umgestaltungspraxis der »christlichen Sozialismus« Kaisers seiner Radikalität gewissermaßen verlustig ging, er-

84 Protokoll der Vorstandssitzung der CDU am 6. Mai 1946. Historisches Archiv des Parteivorstandes der CDU, Berlin, Nr. 2179; Vorstandssitzungen 1945-46, Bl. 191-192.

85 Suckut, Die CDU in der sowjetisch besetzten Zone und die Gründung der SED. In: DA 6/1987, S. 617.



langte die CDU zusammen mit der CSU in den Westzonen in Konkurrenz mit der SPD eine dominierende Position. Folglich konnte man erwarten, dass der »christliche Sozialismus« mit seiner antikapitalistische Stoßrichtung gewisse Realisierungschancen besaß.

Die CDU profilierte sich in den Westzonen in den Augen breiter Kreise als antikapitalistisch-demokratische Volkspartei. Im ersten Heft der Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes wurde in diesem Sinne erklärt: »Oder glaubt noch jemand im Ernst daran, dass einem solchen Programm die ›Reaktionäre‹ sich zu unterwerfen bereit sind, die ehemaligen Wirtschaftsgewaltigen, Zechenbarone, Großkapitalisten, Großagrarier? Hinter unserem Programm stehen vor allem die Millionen christlicher Arbeiter und Angestellte, Beamte, Bauern, Handwerker, Mittel- und Kleingewerbetreibende. Wer wird es wagen, diesen Massen zuzumuten, dass sie sich eine Verfälschung des Programms gefallen lassen?«<sup>86</sup>

Doch die »Verfälscher« waren schon kräftig am Werk, so vor allem in Gestalt Konrad Adenauers, der schon Anfang 1946 zum Vorsitzenden der CDU der britischen Zone avancierte.<sup>87</sup> Er lehnte den »christlichen Sozialismus« strikt ab und auf sein Betreiben hatte dieser Begriff im Februar 1946 keine Aufnahme in das Programm der CDU der britischen Zone von Neheim-Hüsten gefunden. Die »Frage« von Vergesellschaftungen von Produktionsmitteln wurde darin als nicht akut bezeichnet. Am 3. April 1946 hatte in Stuttgart eine bedeutsame Besprechung zwischen führenden christlich-demokratischen beziehungsweise christlich-sozialen Politikern der Westzonen stattgefunden. An ihr nahmen der Vorsitzende des CDU-Zonenausschusses der britische Zone, Konrad Adenauer, der schleswig-holsteinische Oberpräsident Theodor Steltzer, der hessische Ministerpräsident Werner Hilpert, der stellvertretende Ministerpräsident von Nord-Baden, Heinrich Köhler, für die bayrische CSU Josef Müller und der ehemalige Botschafter Friedrich von Prittwitz und Gaffron, für die CDU Nord-Württembergs Wirtschaftsminister Joseph Andree, Josef Ersing und Wilhelm Simpfendörfer teil. In einer Aktennotiz Konrad Adenauers vom 6. April 1946, die den Landesverbänden der CDU beziehungsweise CSU zur Kenntnis gegeben wurde, heißt es über die Ergebnisse dieser Besprechung: »Nach eingehender Aussprache über die Prinzipien und die grundlegenden Forderungen der verschiedenen Parteien wurde folgendes beschlossen: Die Christlich-Soziale Partei Bayern, die CDU Württemberg, Nordbaden, Groß-Hessen vereinigen sich zu einer Partei, die den Namen ›Christliche Union‹ führen wird ... Da Dr. Adenauer mitteilte, dass Herr Jakob Kaiser, Berlin, ihn vor seiner Rückkehr nach Berlin aufsuchen würde, wurde er ersucht, Herrn Kaiser die obigen Beschlüsse mitzuteilen. Er wurde weiter ersucht, Herrn Jakob Kaiser mitzuteilen, dass trotz der größten Hochachtung vor seiner Person und der

86 Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands, ihr Wesen und Wollen (Schriftenreihe der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Landesverband Rheinland, Heft 1), Köln o. J., S. 18 f.

87 Siehe Konrad Adenauer und die CDU der britischen Zone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, Bonn 1975.

Mannhaftigkeit, mit der er auf seinem schweren Posten ausharre, die Anwesenden sich nicht einverstanden erklären könnten mit verschiedenen Sätzen, die Herr Kaiser in der letzten Zeit in öffentlichen Reden programmatisch ausgesprochen habe oder die in dem von der CDU-Leitung Berlin herausgegebenen Material enthalten seien. Es wurden insbesondere in dieser Hinsicht folgende Ausführungen angeführt, mit denen man nicht einverstanden sei:

1. auf deutschem Boden beziehungsweise in Berlin müsse eine Synthese zwischen Ost und West erfolgen,
2. die bürgerliche Epoche sei zu Ende,
3. das Kommunistische Manifest sei eine Großtat.

Dr. Adenauer wurde weiter ersucht, Herrn Jakob Kaiser als einstimmige Ansicht der Versammelten mitzuteilen, dass Ausführungen wie: ›Wir sind Sozialisten‹ oder ›Christlicher Sozialismus‹ nicht am Platze seien. Es handele sich dabei nach der Ansicht der Anwesenden um Schlagworte ohne besonderen Inhalt, die aber geeignet seien, Verwirrung und tiefgehende Meinungsverschiedenheiten unter den Anhängern der CDU beziehungsweise der Bayrischen Christlich-Sozialen Union hervorzurufen ...«<sup>88</sup> Die konservativen, west- und westzonenorientierten Kräfte saßen schon weitgehend an den Schalthebeln der Macht in den westzonalen CDU/CSU-Organisationen. Sie lehnten den »christlichen Sozialismus« nicht nur als Begriff, sondern vor allem als antikapitalistische Alternative ab und erstrebten lediglich Anpassungsreformen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Am liebsten hätte man es bei einer bloßen »Verchristlichungspolitik« belassen, so wie es Adenauer anfangs versucht hatte als er in seiner großen und vielbeachteten Rede vor der Kölner Universität erklärte: »Wir wollen die Grundsätze des christlichen Naturrechtes wiederherstellen ... Wie weit das gelingt, ist heute die Schicksalsfrage unseres Volkes und nicht etwa die Frage, wie viele und welche der wenigen uns noch verbliebenen Betriebe sozialisiert oder wie viel Hektar enteignet werden sollen ...«<sup>89</sup> Doch das reichte offensichtlich nicht aus, wenn man nicht in die Defensive geraten wollte. Und man musste vorsichtig taktieren, denn das Ansehen und der Einfluss derjenigen, die auf dem Arbeitnehmerflügel der CDU den »christlichen Sozialismus« vertraten, waren groß. Zur politischen Bedeutung gelangte der »christlichen Sozialismus« in Hessen, da die hessische CDU unter seinem Panier auf eine Koalition mit der SPD zusteuerte, wobei sie einen Kompromiss in der Sozialisierungsfrage eingehen musste. Die Anhänger des »christlichen Sozialismus« waren somit Ende 1946 noch keineswegs aus dem Rennen. So erhärteten z. B. die christlichen Arbeitnehmer ihre antikapitalistisch-prosozialistischen Positionen in einem »Aufruf des sozialen Ausschusses der CDU« vom 5. September 1946, in dem es hieß: »Durch den Zusammenbruch des Nationalso-

88 Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Berlin, Akte Nr. 80: betreffend Konrad Adenauer.

89 Rede des ersten Vorsitzenden der CDU der britischen Zone, Oberbürgermeister a. D. Dr. Konrad Adenauer, in der Aula der Kölner Universität am 24. März 1946. (Schriftenreihe der Christlich-Demokratischen Union des Rheinlandes), H. 8, Köln o. J., S. 6.

zialismus muss auch die Herrschaft der kapitalistischen Wirtschaftsmacht das verdiente Ende finden. Die Stunde für eine durchgreifende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Neuordnung ist gekommen. Wir fordern daher die Aufhebung der Truste und Konzerne, die Herbeiführung der vollen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in den Betrieben, in der Wirtschaft, in den öffentlich-rechtlichen Berufen und Wirtschaftsvertretungen und damit eine gerechte Verteilung des Wirtschaftsertrages an alle schaffenden Volksglieder! ... Der Militarismus, der Nationalsozialismus und die Kräfte des eigensüchtigen Kapitalismus sind die ewigen Wegbereiter neuer Kriege. Diesen Kräften gilt unser erbitterter Kampf ... In der CDU sieht das christliche werktätige Volk die große politische Gemeinsamkeit, in welcher die christlich-sozialen Kräfte zum Ausdruck kommen.«<sup>90</sup> Bezeichnend war in diesem zeitlichen Kontext der Wahlaufruf Konrad Adenauers an die Westfalen: »Ich wende mich an die christliche Arbeiterschaft, Arbeiter und Angestellte in den Betrieben! Eure alten Führer aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die ihr alle kennt, stehen an politisch führender Stelle überall in der Union. Johannes Albers und Karl Arnold sind meine engsten politischen Mitarbeiter ... Wir sind Feinde jedweden Monopols, wir lehnen den ausbeuterischen Kapitalismus ebenso ab wie den bürokratischen Staatssozialismus ... Westfalen! Wählt am 13. Oktober die christliche Partei des sozialen Fortschritts ...«<sup>91</sup> Adenauer und andere, die den »christlichen Sozialismus« mit seiner antikapitalistischen Stoßrichtung ablehnten, gaben sich hier und andernorts den Anschein, als ob sie in der Sache mit den Verfechtern des »christlichen Sozialismus« durchaus einig seien. Und die Losung vom »christlichen Sozialismus« oder einem Sozialismus aus christlicher Verantwortung brachte der CDU unstreitig einen großen, vielleicht sogar den größten Teil ihrer Wählerstimmen ein. Und das verdient festgehalten zu werden, wenn es um die Frage der Legitimation geht! Eine ähnliche Taktik verfolgte Adenauer im Zusammenhang mit dem sogenannten Ahlener Programm, einem Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU der britischen Zone, das auf der Tagung ihres Zonenausschusses vom 1. bis 3. Februar 1947 in Ahlen unter Vorsitz von Konrad Adenauer verabschiedet wurde. Das Ahlener Programms<sup>92</sup> beginnt mit der bemerkenswerten Feststellung: »Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die

90 Westfalen Zeitung, 10. September 1946; Kölner Rundschau, 10. September 1946.

91 Westfalen Zeitung, 11. Oktober 1947.

92 Siehe Was will die CDU? Hrsg. von H. Schreiber, Köln 1948, S. 7 ff. – Alle folgenden Zitate aus dem Ahlener Programm entstammen dieser Quelle, die als authentisch gelten kann.

dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert ...«

Als wichtige soziale Forderungen und Prinzipien wurden hervorgehoben: der Grundsatz der Entmachtung beziehungsweise Zurückdrängung der Macht der Monopole, um Demokratie und Frieden zu sichern; die Erkenntnis, dass wirtschaftliche Macht politische Macht verleiht und dass die Monopole in der Vergangenheit diese Macht missbraucht haben; die Idee, durch Beseitigung der unumschränkten Herrschaft der Monopole die Mittelschichten wirtschaftlich zu schützen; das Prinzip der Demokratisierung der Wirtschaft durch Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Ausbau des Genossenschaftswesens; der Gedanke, dass die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen habe.

Doch die Maßnahmen, die anvisiert wurden, verblieben im Horizont von Übergangs- und Anpassungsmaßnahmen eines zu reformierenden Kapitalismus.

Nach dem Ahlener Programm sollte eine Reihe Monopole bei Wahrung der Eigentumsrechte entflochten, bei anderen der private Aktienbesitz begrenzt und durch Beteiligung von Gemeinden, Genossenschaften und anderen Körperschaften gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen geschaffen werden. Diese Maßnahmen wurden mit dem Begriff Vergesellschaftung bezeichnet. Kartellgesetzgebung, Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer durch Beteiligung an den Aufsichtsräten sowie eine Beteiligung am Ertrage wurden in Aussicht gestellt. Hauptanliegen war es dabei, eine Sozialisierung zu verhindern.

Dies kam auch in den Gesetzesanträgen deutlich zum Ausdruck, die die CDU mit Bezug auf das Ahlener Programm in Form von Gesetzesanträgen in den Landtag von Nordrhein-Westfalen einbrachte: »Antrag 110 der CDU betr. Entflechtung von Bergbau, eisenschaffender und chemischer Großindustrie«; »Antrag 111 der CDU betr. Änderung der Besitz- und Machtverhältnisse in der Wirtschaft«; »Antrag 112 der CDU betr. Neuordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und -nehmer«; »Antrag 113 der CDU betr. Planung und Lenkung der Wirtschaft«. Diese Anträge wurden gemeinsam mit zwei Anträgen der FDP (Anträge 117 und 118) in dem zusammenfassenden Antrag I – 127 vereinigt, in dem es einleitend hieß: dass die »industrielle Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen auf ihrer Grundlage neu geordnet werde.«<sup>93</sup> Die CDU/FDP-Mehrheit brachte den Antrag I – 127 am 5. März 1947 im Landtag von Nordrhein-Westfalen bei gleichzeitiger Ablehnung von Sozialisierungsanträgen der KPD und der SPD zur Annahme.

Das Ahlener Programm wurde mit großen Mitteln vielfältig propagiert und in den Mittelpunkt des Wahlkampfes der CDU der britischen Zone, vor allem in Nordrhein-Westfalen, gestellt. Den Wählern wurde es unter der Losung »CDU überwindet Sozialismus und Kapitalismus«<sup>94</sup> suggeriert oder auch als »Sozialisierung im Sinne der CDU.«<sup>95</sup> Auf diese Weise konnte die CDU in Nordrhein-West-

93 Landtag Nordrhein-Westfalen, Ernennungsperiode, Landtagsdrucksachen I -127, o. o. u. J.

94 So lautete der Titel einer Wahlbroschüre der CDU-Rheinland. In: Historisches Archiv der Parteileitung der CDU, Berlin, Akte Nr. 75.

falen bei den Landtagswahlen im April 1947 einen Wahlsieg erringen. Doch um »Sozialisierung« ging es eben nicht. Im Grunde läutete das Ahlener Programm das Ende des »christlichen Sozialismus« in den Westzonen ein und markierte die Wende in Richtung eines zunächst mehr gemeinwirtschaftlich ausgelegten Kapitalismus und dann dem der sozialen Marktwirtschaft.

In der Ostzone erlangte Jakob Kaiser bei der SMAD wegen seines gesamtdeutschen Engagements zunächst relativ großes Ansehen. Dem ersten Parteitag der CDU im Juni 1946 wurde von der SMAD intern ein »relativ fortschrittlicher Charakter«<sup>96</sup> bescheinigt, die CDU als Gegengewicht zur »reaktionären« LDP gesehen, der »christliche Sozialismus« jedoch beargwöhnt und abschätzig beurteilt. Aus Gründen einer völlig anderen Konstellation erlangte der »christliche Sozialismus« in der Ostzone, obwohl Kaiser bis zu seiner Absetzung durch die SMAD Ende 1947 an ihm festhielt, kaum Praxiswirksamkeit. In der CDU allerdings wirkte das Gedankengut des »christlichen Sozialismus« fort und erleichterte zweifellos im weiteren Verlauf und bei Abschwächung seiner Stoßrichtung gegen den marxistischen Sozialismus vielen Christen die Eingliederung in die »realsozialistische« Gesellschaft der DDR – bei gleichzeitiger Betonung weltanschaulicher Unterschiede gegenüber dem Materialismus.

### **1.7. Die Volksentscheide in Sachsen und in Hessen und die Sozialisierungsbewegung in den Westzonen. Die Mehrheitsoptionen in den frühen Übergangsgesellschaften für ein einheitliches Deutschland »über den Kapitalismus hinaus«**

Die alliierten Ankündigungen, Maßnahmen und Aktivitäten beförderten zweifellos die Forderungen nach Bestrafung und Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher und die Überführung ihrer Betriebe in öffentliches Eigentum, die mit zunehmender Stärke in allen Besatzungszonen erhoben wurden. Der Volksentscheid vom 30. Juni 1946 in Sachsen über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher bildete durch hohe Beteiligung und überwältigendes Votum für die Enteignung einen Meilenstein bei der Bewältigung dieser für die deutsche Nachkriegsentwicklung so entscheidenden Aufgabe. Die Enteignungsaktion in der Ostzone konnte sich darauf gestützt und daher nicht nur durch alliierte Beschlüsse oder Absichtsbekundungen, sondern auch durch eine deutsche Mehrheitsoption als legitimiert betrachten – zumindest, was die gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidung anbelangte.<sup>97</sup> Mit der Enteignungsaktion wurde zweifellos das Ziel, die Nazi- und Kriegsverbrecher in der Wirtschaft zu entmachten und zu ent-

<sup>95</sup> Rheinische Post, 8. März 1947.

<sup>96</sup> Siehe Memorandum des stellv. Leiters der Polit. Hauptverwaltung, B. Sapoznikov, für M. Suslov über den Parteitag der CDU. In: Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949, S. 47.

<sup>97</sup> Auch hier muß hinsichtlich der Art und Weise der Durchführung viel Kritisches angemerkt werden, siehe ausführlich: Vom »Reich« zum doppelten Deutschland, S. 183-209.

eigenen erreicht. Deutsche Konzerne, wie Krupp, Stinnes, Flick, Mannesmann, Siemens, nicht nur von sowjetisch/kommunistischer Seite als Kriegspotential, Rüstungs- und Kriegsverbrecherkonzerne eingestuft, existierten in der SBZ nicht mehr. Die Schaffung einer volkseigenen Industrie war zugleich mit beträchtlichen Veränderungen bei den wirtschaftsleitenden Eliten verbunden. »Alle diese Faktoren ... führten dazu, dass 1947 nur noch 6,2 Prozent der Werksleiterposten von den früheren Direktoren besetzt waren. ›Altes‹ Führungspersonal stand darüber hinaus in etwas mehr als 40 Prozent der VEB an der Spitze. Dabei handelte es sich um frühere Direktionsmitglieder, Experten aus den Konzernleitungen u. ä., sowie um NS-belastete Personen, die an einer Stelle abgesetzt und an einer anderen (z. B. als Treuhänder) wieder eingestellte wurden. In etwa der Hälfte der VEB schließlich (vorwiegend in kleineren Werken) hatten ›frühere Arbeiter‹ (21,7%) und ›frühere Angestellte‹ (30,7%) den Posten des Betriebsleiters inne.«<sup>98</sup>

Die Tatsache, dass in der SBZ ernst gemacht wurde mit einer radikalen Beseitigung von überkommenen Verhältnissen und Machtstrukturen, die die deutsche Katastrophe verursacht oder mitverursacht und deren Repräsentanten in hohem Maße Schuld auf sich geladen hatten, empfanden die meisten mit Genugtuung. In der SBZ wurden auf diesem Wege die wirtschaftlichen Verhältnisse grundlegend umgestaltet und neue Eigentums- und Machtverhältnisse geschaffen, die die soziale Struktur der Gesellschaft tiefgreifend veränderten.

Ähnliches schien auch in den Westzonen in Gang zu kommen. Die am 30. Juni 1946 gewählte Verfassungsberatende Landesversammlung Hessens, in der die SPD als stärkste Fraktion zusammen mit der KPD über eine Mehrheit verfügte, widerstand dem von der US-amerikanischen Militärregierung (OMGUS) ausgeübten Druck und weigerte sich, die in der erarbeiteten Verfassung im Artikel 41 festgeschriebene sogenannte Sofortsozialisierung in eine Kannbestimmung umzuwandeln. Zwar gab es auch in den Reihen von OMGUS Befürworter, nicht so aber in den Spitzen um Militärgouverneur Clay. Bei der Verfassung passte ihnen »die ganze Richtung« nicht, am wenigsten jedoch der Artikel 41. Aus taktischen Gründen vermied man ein Verbot, ordnete aber an, dass über Artikel 41 gesondert abgestimmt werden müsse. Das sollten die hessischen Wähler als Wink mit dem Zaunpfahl verstehen und entsprechend eingeschüchtert reagieren. Doch diese Rechnung ging nicht auf! Am 1. Dezember 1946 beteiligten sich 73,2 Prozent der hessischen Wahlberechtigten an dem Volksentscheid über die Verfassung<sup>99</sup> und nicht weniger als 76,7 Prozent stimmten für deren Annahme. Die gesonderte Abstimmung über Artikel 41 erwies sich als Bumerang. Mit 72 Prozent Zustimmung gestaltete sie sich zu einem eindeutigen und direkten Mehrheitsvotum für eine Sofortsozialisierung wie sie in Artikel 41 festgeschrieben war, in dem es hieß, dass mit » Inkrafttreten dieser Verfassung ... der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Be-

98 Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 153 f. (Zitat unter Weglassung der Anmerkungen).

99 Verfassung des Landes Hessen (Gesetzessammlung des Landes Hessen, Nr. 1), Wiesbaden 1948. Daraus die folgenden Zitate.

triebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen« in »Gemeineigentum überführt« »die Großbanken und Versicherungsunternehmen und diejenigen in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt« vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet werden. Die Bedeutung dieser Verfassung reduzierte sich keineswegs auf Artikel 41, vielmehr war sie stark von gesellschafts- und ordnungspolitischen Festschreibungen geprägt, die deutlich über »Weimar hinaus« wiesen, unverkennbar »Dritte Wege« in Richtung auf eine solidarische Gesellschaft anvisierten. Da ergaben sich viele Berührungspunkte zu den in Arbeit befindlichen Verfassungen der Länder der SBZ. Im ersten Hauptteil der Verfassung wurden die »Rechte des Menschen« unter Ziel und Gebot von »Gleichheit und Freiheit« gestellt. Daraus folgte, jedem gleiche Chancen für Bildung und »nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit« einzuräumen, Frauen und Jugendlichen für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu gewähren, eine »das gesamte Volk verbindende Sozialversicherung zu schaffen«, das »Genossenschaftswesen zu fördern«, die Wirtschaft des Landes an dem »Wohl des Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs« auszurichten und Maßnahmen zu ergreifen, » um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil ... zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen.« In diesem Rahmen erhielten Arbeiter, Angestellte und Beamte das Recht, in Behörden und Betrieben in Abstimmung mit den Gewerkschaften »gleichberechtigt ... in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen mitzubestimmen.« Privateigentum wurde gewährleistet, aber es verpflichtete auch, und sein Gebrauch »darf dem Gemeinwohl nicht zuwiderlaufen.« »Jeder Missbrauch wirtschaftlicher Freiheit – insbesondere zu monopolistischer Machtzusammenballung und zu politischer Macht – ist untersagt. Vermögen, das die Gefahr solchen Missbrauchs ... in sich birgt, ist ... in Gemeineigentum zu überführen« – wie es dann in den Artikel 41 und 42 festgelegt wurde. Die Verfassung erklärte die Regeln des Völkerrechts zu bindenden Bestandteilen des Landesrechts, richtete sich an Frieden und Völkerverständigung und der Ächtung des Krieges aus. Sie verankerte die Staatsgewalt unveräußerlich beim Volk, das diese plebiszitär »unmittelbar durch Volksabstimmung (Volkswahl, Volksbegehren und Volksentscheid), mittelbar durch die Beschlüsse der verfassungsmäßigen Organe« ausübt. Zweifellos gebührt damit der hessischen Verfassung ein besonderer Rang unter den damals in den Ländern der amerikanischen und der französischen Zone ausgearbeiteten Verfassungen, aber nicht wenig von ihrem Gedankengut findet sich, zumindest ansatzweise, auch dort.<sup>100</sup> So in Baden-Württemberg hinsichtlich Gemeineigentum in den Artikeln 8 und 28, Mitbestimmung im Artikel 22; in Rheinland-Pfalz in den Artikeln 61 und 67; in Baden in den Artikeln 33, 45 und 46; in Bayern in den Artikeln 160 und 175; Artikel 156 der bayrischen Verfassung bestimmte das Verbot von Monopolen. In den Ländern

100 Siehe Die neuen deutschen Verfassungen, Zusammengestellt und mit einer Einführung versehenen von Dr. jur. Wilhelm Wegener, Essen/Kettwig 1947.

der britischen Zone, wo zunächst keine Verfassungen ausgearbeitet wurden, wurden in den Landtagen Sozialisierungsinitiativen eingebracht, die Aussicht auf Erfolg zu haben schienen, da der britische Außenminister Bevin im Oktober 1946 Sozialisierungsabsichten hinsichtlich der Ruhrmontankonzerne verkündet und festgestellt hatte, dass die betreffenden Betriebe auf keinen Fall im Besitz ihrer bisherigen Eigentümer bleiben würden.

Der Volksentscheid in Hessen gab den Sozialisierungsbestrebungen im gesamten westzonalen Gebiet großen Auftrieb. Lokal, im Landes- und Zonenrahmen und auch darüber hinaus auf Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften artikulierten sich die Forderungen, die Grund- und Schlüsselindustrien in Gemeineigentum zu überführen und eine an den Bedürfnissen ausgerichtete Wirtschaftslenkung zu gestalten. In diesem Sinne wurden von SPD und KPD in Landtagen Anträge ein- und Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht. Die sich ausbreitenden Protestaktionen gegen die Ernährungslage verbanden sich unübersehbar mit Enteignungsforderungen, so wie am 3. April 1947 auf der Protestdemonstration von 334 000 Ruhrbergarbeitern in der Hauptlosung: »Die Gruben in des Volkes Hand! Schlange-Schönigen (Hauptverantwortlicher für die Ernährungslage) muss gehen!«.<sup>101</sup> Auf dem IV. Interzonenkonferenz der Gewerkschaften in Garmisch-Partenkirchen erfolgte in diesem Sinne noch Anfang Mai 1947 eine gemeinsame überzonale Standpunktbildung »Zur Neugestaltung der Wirtschaft«.<sup>102</sup>

All das erlaubt mit Blick auf alle vier Besatzungszonen zweifelsfrei die Schlussfolgerung, dass es 1946/47 eine klare mehrheitliche deutsche Option für eine Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher und die Überführung ihrer Betriebe in wie auch immer gesellschaftliches oder Volkseigentum gab. Die deutschen Mehrheitsoptionen in den frühen Übergangsgesellschaften präjudizierten quasi für das angestrebte einheitliche Deutschland ein gesellschaftspolitisches Profil, das eindeutig »über den Kapitalismus hinaus« wies. Und die bis dahin in den Besatzungszonen, wenngleich unterschiedlich und zum Teil gegen den Widerstand konservativer Kräfte, erreichte Teilrealisierung des gemeinsamen alliierten Deutschlandsprojekts hatte wichtige Voraussetzungen für Umbruch, Umkehr und Vorstoß in eine solche Zukunft geschaffen. Allerdings wurden diese Übereinstimmungen und Gemeinsamkeiten auch schon vor dem kalten Krieg durch die starke antisowjetische und antikommunistische Ausrichtung der westzonalen SPD durch Kurt Schumacher überdeckt,<sup>103</sup> die den Bemühungen der konservativen Kräfte in den Westzonen, den Ostzonenweg zu diffamieren, sehr entgegenkam. Dennoch gilt es festzuhalten, dass die gesellschaftspolitischen Ordnungsprofile der Übergangsgesellschaften, wie sie sich bis Anfang/Mitte 1947 herausgebildet hatten, Ausgangspunkt und Grundlage für die anvisierte Errichtung eines entmilitarisierten, demokratischen und neutralisierten deutschen Nachkriegs-

101 Siehe Volks-Echo für Westfalen und Lippe, 5. April 1947.

102 Behrendt, Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften, S. 436-437.

103 Und das war nicht erst eine Reaktion auf die »Zwangvereinigung«, sondern ging dieser voraus.



staates – mit der Perspektive des Abschlusses eines Friedensvertrages – bildeten. Eine solche Vier-Mächte-Regelung der deutsche Frage stand auf der Tagesordnung des Rates der Außenminister in Moskau. Unter den gegebenen Umständen widerstrebten Großgrundbesitz, Kapital und das Gros der traditionellen Funktionselementen einer Regelung vehement und setzten auf einen westzonalen Sonderweg.

## **1.8. Anti-Hitler-Koalition zwischen Konsens und Konflikt**

Die Jaltaformel von der Fortsetzung der Anti-Hitler-Koalition wie im Kriege so nach dem Krieg bei der Gestaltung im und für gesicherten Frieden in der »einen Welt«, die maßgeblich einer Rooseveltischen Vision entsprang und dabei insbesondere von der Möglichkeit einer Fortsetzung der Kooperation mit der Sowjetunion ausging, hatte zunächst – trotz Interessengegensätzen, Meinungsverschiedenheiten und auch Misserfolgen – in einem doch beachtlichem Maße ihre Praktikierbarkeit unter Beweis gestellt. Das war der Fall bei der Gestaltung der UNO, bei der gemeinsamen Besetzung und Verwaltung Deutschlands und Österreichs sowie in weiteren alliierten Kommissionen, im Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher, bei der Liquidierung des Nationalsozialismus und preußisch-deutschen Militarismus sowie der Beseitigung ihrer gesellschaftlichen Grundlagen und schließlich auch hinsichtlich der Friedensverträge mit Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn, die Ende 1946 ratifizierte werden konnten und Anfang Februar 1947 in Paris unterschrieben wurden.

### *1.8.1. Stalins Spagat zwischen Ostblockpolitik und Kooperationskurs*

Dennoch waren die Interessengegensätze und zugespitzten Auseinandersetzungen über das Schicksal dieser Länder, die sich schon seit 1945 zwischen den angloamerikanischen Mächten und der Sowjetunion aufgetan hatten, damit nicht ausgeräumt. Im Verlaufe des Jahres 1946 wurde deutlich, dass Stalin gegenüber Polen und den Balkanstaaten eine Politik betrieb, die über das gerechtfertigte Ziel, keinen feindlichen »cordon sanitaire« wieder zuzulassen, weit hinausging. Die Sowjetunion war nicht nur fest entschlossen, einen von ihr beherrschten oder zumindest stark beeinflussten Staatenblock zu schaffen, sondern darüber hinaus in diesen Ländern Systemwechsel und Umgestaltungen unter Führung kommunistischer Parteien, die sie massiv unterstützte, zu befördern. Das geschah bis zum Abschluss der Friedensverträge noch mit einer gewissen Zurückhaltung und unter Berücksichtigung »nationaler Besonderheiten«, setzte sich aber dann, zusätzlich beeinflusst durch den kalten Krieg, »ungebremst« forciert, im Sinne volksdemokratischer Angleichung an das Sowjetmodell, fort.<sup>104</sup> Das bedeutete, dass damit ein Ostblock im Entstehen begriffen oder faktisch schon entstanden war. Unbestreitbar legte damit Stalin einen

104 Siehe Kalbe, *Volksdemokratie zwischen gesellschaftlicher Alternative und Sowjetmodell*, S. 134 ff.

Grundstein für die Bipolarisierung der »einen Welt«, obwohl er andererseits und zugleich, insbesondere in der deutschen Frage, den Kooperationskurs der Anti-Hitler-Koalition fortzusetzen suchte<sup>105</sup> und dies auch hinsichtlich der Zurückhaltung bei der Zentralisierung der SBZ und auf andere Weise durch Taten bekräftigte.<sup>106</sup> Die Fortsetzung des Kooperationskurses wurde aber nunmehr nicht nur durch inzwischen neu aufgebrochene Konflikte erschwert, sondern vor allem auch dadurch, weil gegenseitiges Vertrauen, während des Krieges mühselig aufgebaut, inzwischen weitgehend verloren gegangen war. Das ging allerdings nicht nur auf Stalins Konto, sondern auch auf das von Truman, der schon bei seinem Amtsantritt einen »harten Kurs« gegenüber der Sowjetunion nicht nur verkündet, sondern bei vielen Gelegenheiten auch praktiziert hatte und darüber hinaus durch den nicht kriegsnotwendigen Abwurf von Atombomben die Sowjetunion mit einer »Politik der Stärke« und einem Weltführungsanspruch der USA konfrontierte. Es ist fraglich, ob Stalin seinen Kurs zur Absicherung seines Einflussbereiches und zur Sicherung seines Anteils bzw. seiner Reparationsforderungen auch so rabiati praktiziert hätte, wenn ihm weiterhin Roosevelt gegenübergestanden hätte oder wenn dessen Kooperationskurs von Truman bruchlos fortgesetzt worden wäre.

### *1.8.2. USA 1946: policy of ambivalence*

Der »harte Kurs« Trumans verband sich allerdings, infolge seiner Unerfahrenheit und seiner damit zusammenhängenden Führungsschwäche, zunächst nicht mit eindeutigen strategischen Optionen. Vielmehr trug die US-Außenpolitik quasi als Resultante des Einflusses unterschiedlicher »Schulen« und Optionen sehr stark den Charakter einer »policy of ambivalence«. US-Außenminister Byrnes praktizierte dies, indem er, unter den misstrauischen Blicken Trumans, den »harten Kurs« mit einem Kooperationskurs gegenüber der Sowjetunion zu verbinden suchte. So offerierte er der Sowjetunion auf der Pariser Außenministerkonferenz im Sommer 1946 mit dem »Byrnes-Plan«<sup>107</sup> einer 25jährigen (bzw. später sogar 40jährigen) Entmilitarisierung eines neutralisierten Deutschland immerhin eine Vier-Mächte-Lösung der deutschen Frage, die auch einen Abzug aller Besatzungstruppen in absehbarer Zeit einschloss. Das geschah allerdings unter weitgehender Außerachtlassung von solchen Festlegungen des oder Konsequenzen aus dem Potsdamer Abkommen wie gesellschaftspolitischer Umgestaltungen, von Entnazifizierung und Umerziehung sowie Elitenwechsel bzw. dementsprechender Auflagen gegenüber Deutschland. Obwohl daher die gegen den Byrnes-Plan vorgebrachten sowjetische Einwände<sup>108</sup> durchaus berechtigt und »notwendig« waren, wäre ein stärker auf Verständigung setzender Umgang mit diesem Plan schon des-

105 Siehe auch Neubert, Europäische Nachkriegsordnung, kalter Krieg, deutsche Zweistaatlichkeit und internationale Sicherheit, S. 251-350.

106 Siehe weiter unten 2.3.

107 Text siehe FRUS, 1946, Vol. II, S. 190 ff.

108 Siehe Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. II, dazu insgesamt zwölf Dokumente und fünf Anmerkungen; Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Berlin (1957), S. 10 ff.

halb von Nutzen gewesen, weil das die Positionen all derer gestärkt hätte, die auf eine Vier-Mächte-Regelung der deutschen Angelegenheiten hinarbeiten wollten. Und im Nachhinein stellte sich heraus, dass eine solche, aus der Sicht von 1947, unzureichende Regelung, gegenüber der dann folgenden Entwicklung möglicherweise von Vorteil gewesen wäre.<sup>109</sup>

1947 hielt die Sowjetunion die Aufrechterhaltung der Besatzungsherrschaft für solange notwendig, bis die getroffenen Festlegungen und Forderungen gegenüber Deutschland erfüllt würden bzw. über die Zwischenstufe deutscher Zentralverwaltungen eine solche deutsche Zentralregierung gebildet worden wäre, die Garantien für die Erfüllung bieten würde. Die faktische sowjetische Ablehnung des »Byrnes-Plans« entthob die britische und die französische Regierung der Notwendigkeit, ihrerseits ihre Ablehnung vorzutragen. Und es war überhaupt fraglich, ob der »Byrnes-Plan« in Washington die nötige Unterstützung erhalten hätte. In seiner vielbeachteten Stuttgarter Rede<sup>110</sup> bekräftigte Byrnes am 6. September 1946 nochmals das Festhalten der USA am gesamtdeutschen Ziel und zwar in Gestalt der »Vereinigten Staaten von Deutschland«. Das entscheidende Anliegen der Rede Byrnes lag aber darin, die separate Bizonenregelung und damit den Westkurs zu legitimieren. Dies und das öffentliche Infragestellen der Oder-Neiße-Grenze wurde allgemein, insbesondere auch von vielen westdeutschen Politikern, als Signal für eine Wende in der amerikanischen Außen- und Deutschlandpolitik gewertet.

### *1.8.3. US-Umorientierung im Vormarsch*

Im Rahmen der ambivalenten Phase der US-Außenpolitik gewann aber zugleich eine andere Denkschule schon seit Ende 1945 mit einem Bericht von Hoover über die deutsche Situation und dann vor allem mit dem Byron-Price-Bericht<sup>111</sup> an zunehmenden Einfluss, die das gesamte Potsdamer Deutschlandprojekt in Frage stellte. Es ging um ein Umdenken dahingehend, die deutsche Frage stärker im Zusammenhang mit den westeuropäischen Erfordernissen zu sehen und zu behandeln. Die Protagonisten eines »weichen« Vorgehens gegenüber Deutschland, vor allem im Big Business konzentriert, bekamen zunehmend Oberwasser. Vor allem aber gewann nun die tatsächliche oder vorgegebene Furcht vor einer sowjetischen Expansion und Aggression, wie sie George Kennan in seinem berühmten »langen Telegramm« aus Moskau an das State Department im Februar 1946 eindringlich und mit nachhaltiger Wirkung beschrieben hatte,<sup>112</sup> auch Einfluss auf deutschlandpolitische Positionsbestimmungen. In bezug auf Deutschland übermittelte Kennan am 6. März 1946 dem State Department folgende Lagebeurteilung: »... 1. das verbliebene Deutschland nominal geeint, aber außerordentlich anfällig für die po-

109 Im Grunde kam Stalin 1952, nun zu spät, auf eine analoge, wenngleich modifizierte Regelung zurück.

110 Text in: *Germany 1947-1949. The Story in Documents*, Washington 1950, S. 3 ff.; *Die Neue Zeitung* (München), 9. September 1947.

111 Siehe Gimbel, *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945 bis 1949*, S. 42 ff.

112 Text in: *FRUS 1946*, VI, S. 696 ff. Siehe zu den darin enthaltenen offensichtlichen Fehleinschätzungen: Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 120 ff.

litische Durchdringung durch die Sowjets und sowjetischen Einfluss zu lassen oder

2. den Prozess der Teilung, der im Osten begonnen worden ist, zu seinem logischen Ende zu führen und sich um die Rettung der westlichen Zonen zu bemühen, indem man sie gegen östliche Durchdringung abschließt und sie statt in ein geeintes Deutschland in die westeuropäische Region integriert. Ich bin sicher, dass die Russen davon überzeugt sind, in einem unter einer einzigen Administration geeinten Rumpfdeutschland westlich der Oder/Neiße werde es keine einzige politische Kraft geben, die gegen den von Russland unterstützten Linksblock aufstehen kann.«<sup>113</sup>

Diese Sicht wurde etwas später durch eine handbuchartige Übersicht des State Department über die sowjetischen Absichten in Deutschland gestützt. Darin hieß es: »Die Sowjetunion bemüht sich anscheinend, die prosowjetischen Kräfte in ihrer Zone derart zu stärken, dass sie auch dann ihre Macht behalten, wenn eine deutsche Zentralverwaltung oder Regierung letztlich installiert ist.« Zugleich wurde die Gefahr der Ausstrahlung der »weitreichenden sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen« in der sowjetischen Zone auf die Westzonen beschworen, »wo die Idee der Nationalisierung steigende Popularität bei den werktätigen Klassen ungeachtet ihrer politischen Bindung erreicht.«<sup>114</sup>

Der Einfluss dieser Positionsbestimmung schlug sich auch in dem vom State Department am 15. September 1946 veröffentlichten 37seitigen »Report of the Secretary's Policy Committee on Germany.«<sup>115</sup> nieder. Für dessen Ausarbeitung war am 31. Juli 1946 von Unterstaatssekretär Dean Acheson ein Komitee eingesetzt worden; ihm stand James W. Riddleberger vor.<sup>116</sup> Der Bericht analysierte in zwei Teilen die langfristigen und die kurzfristigen Ziele der amerikanischen Deutschlandpolitik und setzte sie zur Deutschlandpolitik der anderen Staaten der Vier-Mächte-Verwaltung, insbesondere der Sowjetunion, in Beziehung. Zweifellos war es bemerkenswert, dass dieses erste offizielle Dokument, in dem die US-Regierung ihre Ziele in bezug auf die Zukunft Deutschlands zusammenhängend darlegte, zunächst die Errichtung eines neutralisierten Deutschlands als Ergebnis einer Viermächteregeleiung der deutschen Frage in den Mittelpunkt rückte. Die dazu in Übereinstimmung mit der Stuttgarter Rede von US-Außenminister Byrnes entwickelten Modalitäten, auf deren Grundlage eine Einigung mit der Sowjetunion kaum möglich war, stellten die Zielstellung allerdings selbst wieder in Frage. Die Quintessenz des Dokuments lief jedoch darauf hinaus, die Schaffung eines neutralisierten Deutschlands aus Gründen befürchteter sowjetischer und

113 FRUS, 1946, Vol. V, Washington 1969, S. 519. (Übersetzung – R. B.).

114 U. S. Department of State. Policy and Information Statements. European Nations and British Dominions, Vol. A. – H. Germany, S. 38. Zit. nach: Hans-Dieter Kreikamp: Die amerikanische Deutschlandpolitik im Herbst 1946 und die Byrnes-Rede in Stuttgart. In: VfZ, 1981, Heft 2, April, S. 272.

115 NA RG 59: Department of State, Dec. Files 740.00 119 Control (Germany) 9-1546. Dieser Bericht wurde in der Reihe Diplomatic Papers der USA nicht veröffentlicht. [Die beiden folgenden Zitate daraus – Übers. R. B.].

116 Siehe FRUS, 1946, Vol. V, Washington 1969, S. 580 ff.; John Gimbel: Amerikanische Besatzungspolitik ..., S. 117 ff.

kommunistischer Dominierung in Frage zu stellen und eine separate Westzonenlösung zu favorisieren. Denn: »Die USA können kein möglicherweise kommunistisch beherrschtes Deutschland hinnehmen, und das Ziel eines neutralen Deutschlands würde durch einen vorherrschenden kommunistischen Einfluss ernstlich in Frage gestellt.« Vorherrschend in der amerikanischen Politik müsste es daher sein, sowjetische Einwirkungen zu neutralisieren. Man müsse ernsthaft mit der Sowjetunion über das amerikanische Programm der (wirtschaftlichen) Vereinigung Deutschlands verhandeln, aber wenn sich die UdSSR weiter quer stelle, »sollten (wir) unsere Vereinigung von Westdeutschland – mit den Briten und wenn möglich mit den Franzosen – und mit der Wiederherstellung der Wirtschaft in diesen Gebieten fortsetzen. Diese Alternative würde eventuell die Aufteilung Deutschlands in einen östlichen und einen westlichen Staat bedeuten«.

Der sich anbahnende Misserfolg der Vier-Mächte-Verwaltung in bezug auf eine koordinierte und wirklich greifende Behandlung im Hinblick auf »Deutschland als Ganzes« und die daraus erwachsenden zusätzlichen finanziellen Belastungen und die Einsicht, dass für den Wiederaufbau Westeuropas die westdeutsche Wirtschaft dringend gebraucht würde, beförderten das strategische Umdenken in Washington, London und auch Paris vehement.

Der Importbedarf für die britische und amerikanische Zone stieg und setzte die Frage gesteigerter deutscher Exporte und damit gezielter Wirtschaftsförderung auf die Tagesordnung, wenn die Besatzungsmächte die Importe nicht aus eigener Tasche bezahlen wollten. Außerdem wurde deutsche Steinkohle für den westeuropäischen Wiederaufbau dringend gebraucht. Ein Anreizprogramm zur verstärkten Kohleförderung war daher unverzichtbar.

Überhaupt wurde immer deutlicher, dass man die (west)europäischen Wirtschaftsverflechtungen der Vorkriegszeit nicht einfach ignorieren konnte. Und das bedeutete insbesondere aus amerikanischer Sicht: sollte Westeuropa nicht verelenden und dadurch eventuell dem Kommunismus anheim fallen, bedurfte es in dieser oder jener Form eines westeuropäischen Wiederaufbauprogramms – für dessen Realisierung war aber die (west)deutsche Wirtschaft unentbehrlich. Eine funktionierende westdeutsche Wirtschaft konnte man sich aus maßgebender amerikanischer Sicht nur in einem kapitalistischen Rahmen und nicht ohne das Wirken erfahrener Manager vorstellen.

#### *1.8.4. Kurswechsel in der britischen Deutschlandpolitik*

In der britischen Deutschlandpolitik war der Umorientierungsprozess schon seit dem Frühjahr 1946 zügig vorangeschritten. Während das intern geschah, brachte Winston Churchill als Oppositionsführer am 5. März 1946 in seiner Rede in Fulton in Anwesenheit von US-Präsident Truman das, worum dabei ging, auf den Punkt. Er bezichtigte die Sowjetunion einen »Eisernen Vorhang« errichtet zu haben und die dahinter lebenden Völker zu unterdrücken, außerdem eine Expansion ihrer Macht zu betreiben und die kommunistischen Parteien im Westen als »5. Ko-

lonnen« zu benutzen, und er rief zum Zusammenschluss des Westen gegen diese Gefahren auf. Das war in etwa auch der Ausgangspunkt einer Grundsatzdebatte, die am 3. April 1946 zwischen Außenminister Ernest Bevin und dem Leiter des Kontrollamtes, John Hynd, unter Beteiligung der maßgebenden Beamten des Foreign Office und des Control Office stattfand.<sup>117</sup> Man wurde sich darin einig, dass die Errichtung deutscher Zentralverwaltungen oder einer deutschen Regierung nicht wünschenswert sei, wenn sie – was allenthalben befürchtet wurde – unter kommunistischen Einfluss geraten könnte. Um dem entgegenzusteuern, bot sich an, die britische Zone als »mehr oder weniger separate Einheit« zu behandeln, dort eine Regierung zu errichten und auf einen Zusammenschluss der Westzonen im Rahmen einer antisowjetischen Westblockpolitik zuzusteuern. »Wenn man dies versäumte, könnte die Alternative ›Kommunismus am Rhein‹ bedeuten«, brachte Sir Orme Sargent die Überlegungen auf den Punkt.

In den britischen Überlegungen nahm die Ruhrfrage eine gesonderte Stellung ein, weil die britische Regierung durch die sowjetische Forderung nach einer Viermächtekontrolle der Ruhr, aber auch durch Forderungen von anderer Seite, die auf die Errichtung einer internationalen Kontrolle zielten und nicht zuletzt durch die französischen Bestrebungen hinsichtlich Rhein und Ruhr zur Reaktion gedrängt wurde. Vor allem ging es Großbritannien darum, eine solche Kontrolle der Ruhr durchzusetzen, die einmal auf jeden Fall die Beteiligung der Sowjetunion ausschloss, zum anderen eine vorrangige britische Einflussnahme auch in Zukunft gewährleistete. Die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen<sup>118</sup> erfolgte im Zusammenhang damit und sollte auch den möglichen Zugriff einer deutschen Zentralverwaltung oder Regierung auf die Ruhrindustrien abblocken helfen.

Durch das Prisma Ruhr reflektierte sich zugleich die britische Haltung in der deutschen Frage überhaupt, wie es in einem umfangreichen, streng geheimen Memorandum des Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten »Die Zukunft Deutschlands und die Ruhr«<sup>119</sup> vom 15. April 1946 deutlich wurde. Darin hieß es:

»46. ... Wenn Berlin erst wieder Sitz einer deutschen Regierung ist, wird diese unter starken Druck der Kommunisten und Sowjets geraten. Die Kommunisten werden sich im Osten fest etabliert haben und ihre Offensive gegen die Parteien im Westen fortsetzen. Denn ich befürchte, wir müssen weiter von der Annahme ausgehen, dass die sowjetische Regierung auch in Zukunft alles daransetzen wird, um sicherzustellen, dass die künftige deutsche Regierung kommunistisch sein und von ihr kontrolliert wird. ...

47. Unter diesen Umständen, so denke ich, sollten wir klug sein und die gegenwärtige Zoneneinteilung zunächst beibehalten und die Errichtung einer Zentralregierung mit Sitz in Berlin verzögern. ...

59. Die britischen Interessen können folgendermaßen zusammengefasst werden:

117 Siehe PRO: FO 371/55587/C 5223.

118 Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen(1988), Einleitung.

119 C. P. (46)156 Kabinett 11. 3. 1946/15. April 1946. PRO: FO 371/55402/C 4802. (Übersetzung – R. B.).

1. Sicherheit vor einem Wiederaufleben deutscher Aggression.
2. Einigermaßen stabile wirtschaftliche Verhältnisse in Deutschland und Europa.
3. Reduzierung der britischen Besatzungskosten in Deutschland und der Kosten für die Ernährung der Deutschen.
4. Ein demokratisches und nach Westen orientiertes Deutschland.
5. Beschränkung des sowjetischen Herrschaftsbereiches so weit östlich wie möglich.
6. Wiederaufstieg Frankreichs zu einem stabilen Mitglied der westlichen Demokratien.«

Verbal hatte sich das britische Kabinett im Mai 1946 dafür ausgesprochen, dass man nicht auf die Teilung Deutschlands hinarbeiten sollte; mit der Zustimmung zur Bizone und zu den Maßnahmen ihres Ausbaus und ihrer Stabilisierung betrieb man jedoch gerade dies. Die mit dem Kooperationskurs gegenüber der Sowjetunion verbundenen Erwartungen hatten sich nicht erfüllt. Vor allem nicht für die herrschenden Kreise Großbritanniens. Sie wurden mit der Machteinbuße Großbritanniens nicht fertig, sahen plötzlich überall sowjetische Expansion oder Penetration. Das Foreign Office machte sich nun die Positionen der Stabschefs vom Sommer 1944, die es damals heftig kritisiert hatte, zu eigen: Nicht von einem wiedererstarkten Deutschland, sondern von der Sowjetunion ginge die Hauptgefahr aus – und die größte Gefahr wäre ein sowjetisch penetriertes oder dominiertes Deutschland im Bunde mit der Sowjetunion.

#### *1.8.5. Das Dilemma der französischen Deutschlandpolitik*

Die Gaullisten und andere bürgerliche Kreise samt Außenminister Bidault sowie die Sozialisten motivierten ihre deutschlandpolitische Haltung, insbesondere ihren Widerstand gegen deutsche Zentralverwaltungen und andere Zentralisierungsmaßnahmen, zunehmend antisowjetisch. Über einen zentralen Staat würde der Einfluss der Sowjetunion schließlich bis an die französische Westgrenze vordringen.<sup>120</sup> Deshalb könne Frankreich nur einer Staatenbund-Lösung zustimmen und verlange außerdem Lostrennung und Internationalisierung von Rheinland und Ruhrgebiet.

Solcherart vorgeschützte oder tatsächliche Befürchtungen, verbunden mit Sicherheitsinteressen und Konkurrenzrivalitäten, machten diese Kreise natürlich nicht unempfänglich für separate Trizonenvarianten. Da diesen aber wiederum aus französischer Sicht eine zu zentristische Tendenz innewohnte und sie außerdem auf die Preisgabe der Pariser Rheinland- und Ruhrgebietspläne hinausliefen, schwenkten die Herrschenden Frankreichs nur zögernd und teilweise widerstrebend auf den sich anbahnenden angloamerikanischen Westzonenkurs ein.<sup>121</sup>

120 Siehe die Ausführungen des amerikanischen Botschafters hierüber in seinem Telegramm an das State Department vom 1. März 1946. In: FRUS, 1946, Vol. V, Washington 1969, S. 509 ff.

121 Siehe Bariety, Die deutsche Frage aus französischer Sicht, S. 148 ff.; Poidevin, Die französische Deutschlandpolitik 1943-1949, S. 22 ff.

### *1.8.6. Kursentscheidung für Westblock und Westzonenstaat*

Die angloamerikanischen Planungen für den westzonalen Sonderweg wurden Schritt für Schritt vorangebracht. Schon Ende Mai 1946 hatte der Vorsitzende des »Interdivisional Committee on German Structure« von OMGUS, Edward H. Litchfield, in einem Memorandum über das Arbeitsprogramm dieses Komitees festgehalten, daß sich das Komitee auch mit der »Vorbereitung eines Planes für eine bi- oder trizonale Regierung« beziehungsweise einer »westdeutsche Regierung« befasse und dazu einen Bericht nicht später als bis zum 5. Juni 1946 vorlegen werde.<sup>122</sup>

In der britischen Direktive an den Oberkommandierenden in Deutschland vom 9. September 1946 wurde das Problem aufgeworfen: »Sollten wir die baldige Errichtung eines einheitlichen Deutschland anstreben oder sollten wir die Unabhängigkeit der vereinten angloamerikanischen Zone so lange aufrechterhalten, bis sie größere politische und ökonomische Stabilität erreicht hat?« und »Können die beiden Zonen sich effektiv als ein separates Areal entwickeln ohne die Einführung einer separaten Währung?«<sup>123</sup> Die Fragen implizierten bereits Antworten. So legte der Chef der Finanzdivision von CCG (BE) am 1. November 1946 ein Memorandum zum Gegenstand »Druck einer separaten Währung für das westliche Deutschland« vor.<sup>124</sup> Die darin enthaltene Behauptung, man müsse angeblichen sowjetischen Plänen zuvorkommen, entsprach so nicht den Tatsachen, obwohl es sowjetischerseits ebenfalls dementsprechende Überlegungen gab.<sup>125</sup> Die USA waren im Frühjahr/Sommer 1946 zwar willens, die Westzonenintegration und deren Abschirmung vor der Ostzone voranzutreiben, fuhren aber offiziell und in der Öffentlichkeit noch zweigleisig weiter.<sup>126</sup> So fehlte im Vorschlag der USA, die amerikanische mit anderen Besatzungszonen wirtschaftlich zu vereinen, den General McNarney am 20. Juli 1946 im Kontrollrat einbrachte, natürlich nicht der Hinweis, daß die »USA eine vierseitige Verantwortung vorziehen würden« und »mit dem vorliegenden Vorschlag nicht beabsichtigten, Deutschland zu teilen, sondern vielmehr seine Behandlung als wirtschaftliche Einheit zu befördern.«<sup>127</sup>

Doch Ende 1946/Anfang 1947 setzte sich der angloamerikanische Kurswechsel auf die Errichtung eines Westblocks unter Einbeziehung Westdeutschlands endgültig durch. Das signalisierte zunächst die Rede, die der britische Oppositionsführer Winston Churchill am 19. September 1946 in Zürich hielt. Er trat vehement für die Schaffung der »Vereinigten Staaten von Europa«, worunter natürlich zunächst nur Westeuropa zu verstehen war, und – nach Verständigung zwischen

122 BA Z 45 F/OMGUS AG 1945-46/79/10.

123 PRO: FO 371/55592/C 10829. (Übers. R.B.).

124 PRO: FO 371/55594/C 1534.

125 Siehe Laufer, Die UdSSR und die deutsche Währungsfrage. In: VfZ 46, H.3/1998, S. 455 ff.

126 Siehe den Bericht Clays über die allgemeine Lage in Deutschland vom 26. Mai 1946. In: The Papers of General Lucius D. Clay. Germany 1945-1949, Bd. 1, S. 212 ff.

127 Minutes of the 34th Meeting of Control Council 20 July 1946. BA Z 45 F/OMGUS/ACA CONL/M(46) 34. (Übersetzung – R. B.).



Frankreich und Deutschland – für die »Einbeziehung der früheren Staaten Deutschlands« in eine europäische Föderation ein.<sup>128</sup>

Und zu Beginn des Jahres 1947, am 19. Januar, wurde die Ablehnung einer Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage durch die USA auch öffentlich in einer groß inszenierten und viel beachteten Rede John Foster Dulles im Ballsaal des Hotels »Waldorf-Astoria« in New York verkündet. Dulles sprach nicht nur für die Republikanische Partei, deren außenpolitischer Sprecher er war, sondern mehr noch für die Regierung und den Kongress. Dulles stellte klar, dass man bei dem angestrebten westeuropäischen Zusammenschluss nicht auf eine unmittelbare Einbeziehung der deutschen Wirtschaftskraft, das heißt, in erster Linie auf die des Ruhrgebiets, verzichten könne und werde. Er erklärte in diesem Zusammenhang unmissverständlich: »Das wird sich jedoch kaum erreichen lassen, wenn durch den deutschen Friedensvertrag nur Deutschland wieder zur Wirtschaftseinheit gemacht wird, unter ausschließlich deutscher politischer Kontrolle, die zwar ursprünglich dezentralisiert ist, aber doch wieder zu einer starken Zentralisation kommen könnte«. Die westeuropäische Föderation erfordere, dass »das Industriepotential Westdeutschlands sicher in die Wirtschaft Westeuropas eingebaut werden kann.«<sup>129</sup>

Mit der Anfang Januar 1947 erfolgenden Ernennung von George C. Marshall zum neuen US-Außenminister, dessen Berater kein anderer als George Kennan war, trat ein Mann an die Spitze des State Departments, der – in Übereinstimmung mit Dulles – ohne wenn und aber für Westblock first und antisowjetische »Containment-Politik« stand. Allerdings lag es auf der Hand, dass der Kurswechsel von der Kooperation mit der Sowjetunion zu einer Konfrontationspolitik nicht leicht, geradlinig und abrupt vollzogen werden konnte. Es bedurfte nicht nur weitergehender politisch-psychologischer Kampagnen, es galt auch eventuelle Nachteile und Folgen zu bedenken und nach Möglichkeit abzuschwächen. Außerdem musste der Kurswechsel so durchgesetzt werden, dass die Westalliierten nicht oder nicht allein als wort- und vertragsbrüchig erschienen und dass der Sowjetunion nach Möglichkeit die Hauptschuld angelastet werden konnte.

### *1.8.7. »Weiter wie bisher«: Die deutschlandpolitischen Positionsbestimmungen der Sowjetunion*

Der Sowjetunion bzw. Stalin konnten die Umorientierungen bei den westlichen (noch) Kooperationspartnern nicht verborgen geblieben sein. Aber offensichtlich vermochte man nicht, sie richtig einzuschätzen. Stalin sah sich allerdings im Sommer veranlasst, mittels einer Deutschlanddirektive eine Positionsbestimmung vorzunehmen, die das Politbüro der KPdSU am 13. Juni 1946 zum Beschluss erhob.<sup>130</sup> Sie fasste in neun Punkten die sowjetischen Grundpositionen zusammen: 1. Der

128 Siehe Cornides, *Die Weltmächte und Deutschland*, S. 144.

129 Siehe *Europa-Archiv*. Erstes Jahr: Juli 1946 bis Juni 1947, Oberurser/Taunus (1947), S. 564.

130 Siehe *Die UdSSR und die deutsche Frage*, Bd. II, Anm. 397, S. 733/4.

deutsche Staat soll nicht vernichtet und Deutschland soll nicht agrarisiert werden 2. Deutschland soll als »einheitlicher und friedliebender Staat« erhalten werden, der aber jeder Möglichkeit beraubt ist, erneut »zu einer aggressiven Macht« zu werden 3. Die SU ist gegen eine Aufgliederung Deutschlands und gegen die Abtrennung des Ruhrgebiets 4. Notwendig ist eine »vollständige militärische und wirtschaftliche Entwaffnung Deutschlands« und ein alliierte Kontrolle des Ruhrgebietes, um eine »Wiedergeburt der Rüstungsindustrie« zu verhindern 5. Entwicklung einer deutschen Friedensindustrie, auch von Kohle und Stahl »innerhalb gewisser Grenzen«, von Export und Import »bei Aufrechterhaltung der alliierten Kontrolle« 6. Bevor ein Friedensvertrag abgeschlossen werden kann, muss – über eine zentrale deutsche Verwaltung als Zwischenschritt – »eine einheitliche deutsche Regierung« gebildet werden, »die demokratisch genug ist, um alle Überreste des Faschismus auszurotten und verantwortungsbewusst genug ist, um alle Verpflichtungen« zu erfüllen, insbesondere auch hinsichtlich der Reparationen 7. Unsere »wirtschaftliche Hauptforderung an Deutschland beinhaltet ... Reparationslieferungen ... von mindestens zehn Milliarden Dollar.« 8. »Die alliierten und sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland verfolgen drei Ziele: a) Deutschland vollständig militärisch und wirtschaftlich abzurüsten; b) das Regime in Deutschland zu demokratisieren; und c) Reparationslieferungen zu gewährleisten. Solange diese drei Aufgaben nicht erfüllt sind, halten wir die Anwesenheit der Besatzungstruppen in Deutschland und die Aufrechterhaltung der Besatzungszonen für dringend geboten« 9. Die SU hält die Bildung eines deutschen Staatenbundes für falsch und lehnt sie ab, wird aber ein deutsches Plebiszit, wenn es sich dafür ausspricht, respektieren.

Die Sowjetunion favorisierte klar eine Vier-Mächte-Regelung der deutschen Angelegenheiten, allerdings nicht mit dem Ziel der Beherrschung oder gar der Sowjetisierung ganz Deutschlands, wie westlicherseits beschworen wurde, sondern mit dem der weiteren Einflussnahme auf und Mitsprache in den deutschen Angelegenheiten, auch bei einer internationalen Kontrolle des Ruhrgebietes, in Wahrnehmung ihrer Sicherheitsinteressen und zur Gewährleistung ihrer Reparationsforderungen vor allem. Ihre Einflussmöglichkeiten sollten allerdings auch dadurch verbessert werden, dass das zukünftige Gesamtdeutschland ein an den Potsdamer Beschlüssen ausgerichtetes gesellschaftspolitisches Profil ausweisen bzw. bestimmte Garantien bieten sollte. Nur so konnte gesichert werden, dass das neutralisierte Gesamtdeutschland nicht erneut seine Nachbarn oder den Weltfrieden bedrohte. Die Nachteile und das Bedrohungspotential, die sich bei Schaffung eines Westzonenstaates als Teil eines unter Führung der USA agierenden Westblocks für die Sowjetunion ergaben, konnten in keiner Weise dadurch aufgewogen werden, dass sie dann hinsichtlich der Ostzone freie Hand hatte. Das war so, aber die sowjetische Führung reagierte unentschlossen und beließ es beim Festhalten an der sehr allgemeinen Positionierung der Direktive vom Sommer 1946, die eine inzwischen veränderte Lage und die unterschiedlichen Standpunkte in der Deutsch-

land- und Besatzungspolitik nicht reflektierte und keine Antworten auf neu herangereifte Fragen gab. Das bedeutete, dass die sowjetische Führung offensichtlich nicht in der Lage war, auf die neuen Gegebenheiten zugeschnittene neue Konzepte mit möglichen Kompromissangeboten zu entwickeln, wie es z. B. in der Frage einer bundes- oder staatenbundlichen Ausgestaltung Deutschlands sicher möglich gewesen wäre. Dafür hatte sich in den Londoner Vorgesprächen der stellvertretenden Außenminister eine Mehrheit der dazu befragten Staaten, die an Verhandlungen über einen Friedenvertrag mit Deutschland teilnehmen sollten, ausgesprochen.<sup>131</sup> Und Stalin hatte selbst bis zur Jaltakonferenz auf der Grundlage sowjetischer Pläne eine Aufgliederung Deutschlands favorisiert.<sup>132</sup> Auch zum Byrnes-Plan, der auch auf der Tagesordnung der Konferenz stand, wäre eine mehr um Verständigung sich bemühende Position möglich und nützlich gewesen. Doch nichts dergleichen geschah, sondern man setzte einfach unbeirrt und lediglich mit taktischen Modifizierungen den einmal eingeschlagenen Weg fort, obwohl in den Vorgesprächen deutlich geworden war, dass die Standpunkte in vielem kaum überbrückbar waren. Stalin setzte offensichtlich auf Zeit, glaubte, dass sich durch Aussitzen die Konflikte verflüchtigen könnten. Er verkannte völlig, dass die Zeit gegen ihn und seine Vorstellungen arbeitete. Das Zeitfenster für eine einvernehmliche kooperative Regelung der deutschen Angelegenheiten war wahrscheinlich nur für eine kurze Zeit tatsächlich geöffnet gewesen und hatte sich schon wieder geschlossen – wie fest, musste sich allerdings noch erweisen.

## 2. Im Vorfeld von Moskau:

für und wider demokratische Einheit und Friedensvertrag.

Deutschland als Brücke oder Dritter Weg zwischen Ost und West?

### 2.1. Einheitsstaat, Bundesstaat oder Staatenbund?

Obwohl im Sommer 1946 auf der Pariser Konferenz der Außenminister grundlegende Meinungsverschiedenheiten in der Deutschlandfrage zwischen Sowjetunion und Westalliierten offen und öffentlich zutage getreten waren und auch zunehmend die Arbeit des Alliierten Kontrollrates erschwerten, setzte die sowjetische Führung doch darauf, dass auf der nächsten Konferenz der Außenminister in Moskau eine Vier-Mächte-Verständigung erreicht werden könnte und würde. In diesem Sinne orientierte die SMAD auch die SED.

Pieck notierte von einer Besprechung am 26. Juli 1946 in Karlshorst, dass die SED sich im deutschlandpolitischen Kontext als Partei »für Ordnung in Deutschland« profilieren solle. Weiter heißt es: »Plattform-Richtlinien für künftige Staats-

131 Siehe Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. III, S. 202.

132 Siehe Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. I, Dok. 144, 146.

ordnung demokratische Republik [-] Dtsch. Staatssekr [-] Verwaltung [-] Reichsverfassung.«<sup>133</sup> Und am Vormittag des gleichen Tages, möglicherweise in Vorbereitung auf das Abendgespräch in Karlshorst, hatte sich Pieck von Bokow notiert: »Ruhrgebiet in Gefahr [-] Alarm schlagen [-] nicht über Saar sprechen [-] Einheitliche deutsche Regierung – Reichsverfassung beschleunigt fordern damit für Friedenskonferenz«<sup>134</sup>

In Übereinstimmung damit begann die Führung der SED sich im Sommer und Herbst 1946 intensiv mit den Fragen der Gestaltung eines zukünftigen deutschen Staates und einer deutschen Friedensregelung zu beschäftigen und verstärkt gesamtdeutsche Aktivitäten zu entwickeln.

Sie erarbeitete im September 1946 das Dokument »Grundrechte des deutschen Volkes«<sup>135</sup> und im November 1946 den Entwurf einer »Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik«<sup>136</sup>, die sie den anderen Parteien unterbreitete und gleichzeitig zur öffentlichen Diskussion stellte.

Der Entwurf hatte aufgenommen, was aus Sicht der SED an der Weimarer Verfassung bewahrenswert war und fortgeschrieben werden konnte, ging aber zugleich »über Weimar hinaus« – aber keineswegs in eine volksdemokratische oder sozialistische Richtung. Die SED ging davon aus, dass gemäss den historischen Lehren und den gegenwärtigen Erfordernissen eine demokratische deutsche Republik zwar nach Ländern zu gliedern sei, aber über eine starke Zentralgewalt verfügen müsse. Das Parlament sollte als höchstes Staatsorgan alleinige Gesetzesbefugnis besitzen und außerdem »die oberste Kontrolle über alle Regierungsmaßnahmen, Staatshandlungen, über die gesamte Verwaltung und Rechtssprechung« ausüben. Dabei wurde zugleich betont: »Die Richter sind in ihrer Rechtssprechung unabhängig und allein dem Gesetz unterworfen« (Art. 91). Festgeschrieben wurden Bodenreform, Verbot der Monopole und die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, weitgehende Mitbestimmungsrechte, Wirtschaftlenkung und soziale Gerechtigkeit, die Gleichstellung der Frau, Freiheit von Wissenschaft und Forschung, Meinungsfreiheit und religiöse Freiheit und die Anerkennung und der Schutz des Privateigentums.

Eine föderalistische Aufgliederung Deutschlands schien in der Sichtweise von SED (und auch Moskaus und der SMAD) den gesamtnationalen Erfordernissen nicht entsprechen zu können, und die Länderinteressen vertretenden deutschen Ministerpräsidenten waren nicht als die geeigneten Sachwalter anzusehen, wenn es um die gesamtdeutschen Interessen und Angelegenheiten ging. Die Verantwortung und Zuständigkeit hierfür lag – darüber bestand weithin ein Konsens – bei den deutschen Parteien, die inzwischen in allen Zonen durch Wahlen legitimiert worden waren.

133 Pieck-Notizen, S. 76.

134 Ebenda.

135 Siehe Dokumente der SED, Bd. 1, S. 91 ff.

136 Siehe ebenda, S. 114 ff.

Der Verfassungsentwurf fixierte gesellschaftlichen Grundlagen für die zukünftige Republik, die sich auf alliierte Vereinbarungen ebenso wie auf deutsche Mehrheitsoptionen stützen konnten, um so Frieden und Sicherheit zu gewährleisten.

Er befand sich damit in weitgehender Übereinstimmung mit programmatischen Bekundungen der Sozialdemokratie und auch der CDU, insbesondere auch, wie sich schon bald deutlich zeigte, mit den Beschlüssen der seit November 1946 stattfindenden Interzonen-Konferenzen der deutschen Gewerkschaften und war auch – wie sich herausstellte – mit den in der amerikanischen und französischen Zone in Arbeit befindlichen Länderverfassungen, insbesondere mit der hessischen, kompatibel.

Nicht kompatibel war allerdings die strenge zentralstaatliche Ausrichtung des Verfassungsentwurfes, die sich mit einer dezidierten Ablehnung jedes föderalistischen Staatsaufbaus verband. In vielen Ländern bestand jedoch nach den Erfahrungen der Vergangenheit eine nicht unbegründete Furcht vor einem starken deutschen Zentralstaat und man konnte sich, soweit man überhaupt bereit war, ein einheitliches oder vereinigtes Zonendeutschland zu akzeptieren, dieses nur auf bundesstaatlicher oder föderaler Grundlage vorstellen. Das traf mehrheitlich auch auf die Westzonen zu, wo sich diese Haltung auch noch aus traditionellen anti-preußischen Ressentiments speiste.

Der Verfassungsentwurf der SED fand in der SBZ große Resonanz und weitgehende Zustimmung. Auch einige westzonale Politiker, denen man den Entwurf zugeschickt hatte, äußerten sich, wenn auch meistens unverbindlich.<sup>137</sup> Intern wurde der Text von westalliierten<sup>138</sup> wie westzonaler Seite aufmerksam studiert,<sup>139</sup> öffentlich jedoch bevorzugte man die Taktik des Totschweigens.<sup>140</sup>

Während die CDU der sowjetischen Besatzungszone dem von der SED angestrebten demokratischen Einheitsstaat ihr mehr föderalistisches Konzept entgegenstellte, beurteilte die LDP den SED-Entwurf weitgehend positiv. Einwände richteten sich gegen die teilweise Aufhebung der Gewaltenteilung, die aus liberaldemokratischer Sicht nicht genügende Berücksichtigung individueller Grundrechte und des Privateigentums.

Gegenüber dem Verfassungskonzept der SED, das den sowjetischen Vorstellungen entsprach, gingen die US-amerikanischen<sup>141</sup> wie westdeutschen auf einen

137 Fiedler: Briefe aus Westdeutschland zum Verfassungsentwurf der SED vom Herbst 1946. In: BzG, 1966, Heft 6, S. 1045 ff.

138 Siehe das umfangreiche Memorandum von C. Friedrich vom 10. März 1947 über die Bedeutung des Verfassungsentwurfs der SED, das dieser im Sinne gefährlicher kommunistischer Taktik interpretierte. BA Z 45 F OMGUS/AG 3/162-2/20.

139 Wie es zum Beispiel in den Beratungen über Verfassungsfragen in abwertendem Sinne geschah. Siehe Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 bis 1949. Bd. 2, S. 281.

140 Siehe Helmut Lehmann über die bisherigen Ergebnisse in der Verfassungsfrage auf der 8.Tagung des Parteivorstands der SED (22./23.1.1947). SAPMO/Barch DY 30 ZPA IV 2/1/7.

141 Siehe zum Beispiel Arbeitspapier der Division of Research for Europe des State Department »A Discussion of Possible Constitutional Provisions for a German Federal Government« vom 8. Juli 1946. BA Z 45 F OMGUS/AG 1945/46-10-3.

Staatenbund oder mehr auf einen Bundesstaat zielenden Vorstellungen davon aus, dass die Bausteine des deutschen Nachkriegsstaates die Länder sein sollten<sup>142</sup>; einer deutschen Regierung dürfe man nur auf bestimmten Gebieten Kompetenzen zugestehen.

In seiner Regierungserklärung hob der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Theodor Steltzer, am 2. Dezember 1946 in diesem Sinne hervor: »Der Weg zur Reichseinheit führt unter den gegebenen politischen Verhältnissen über Länder mit selbständiger Exekutive.«<sup>143</sup> Das entsprach dem, was US-Außenminister James Byrnes zuvor in seiner Stuttgarter Rede als »Vereinigte Staaten von Deutschland« propagiert hatte. Davon ausgehend, wurde von der bayrischen CSU ein 97 Artikel umfassender Verfassungsentwurf für die »Vereinigten Staaten von Deutschland« erstellt<sup>144</sup>, dessen Hauptmerkmal darin bestand, dass er, was das Verhältnis von Ländern und Zentralgewalt anging, noch hinter Weimar zurückging.

Ebenfalls in Anlehnung an die Byrnes-Rede schlugen die Ministerpräsidenten der Länder der amerikanischen und der britischen Zone auf ihrer Konferenz in Bremen (5./6. Oktober 1946) vor,<sup>145</sup> aus den Vertretern der deutschen Länder einen Länderrat zu bilden. Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht weiter verfolgt.<sup>146</sup>

Die LDP entwickelte eigene Initiativen zur Erhaltung der »Reichseinheit«. Im November 1946 bildete sich der Koordinierungsausschuss verschiedener liberaler Parteien in eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Ziel, die Gründung einer »Reichspartei« vorzubereiten.<sup>147</sup> Ein entsprechender Antrag wurde wenig später beim Alliierten Kontrollrat eingereicht.

Mitte Februar 1947 setzte Eugen Schiffer (LDP) eine Initiative in Gang, um eine Repräsentation der deutschen Parteien zustande zu bringen.<sup>148</sup>

Die LPD entwickelte mit Blick auf die Moskauer Konferenz des Rates der Außenminister weitere Aktivitäten. So forderte ihr Parteivorsitzender Wilhelm Külz am 22. September 1946 die Besatzungsmächte auf, ein »deutsches Zentralamt für die Vorbereitung der Friedensverhandlungen einzusetzen oder zuzulassen.«<sup>149</sup>

142 Die Länder hatten sich in der Mehrzahl der Fälle als Strukturelement deutscher Staatlichkeit stabilisiert und – wie von OMGUS-Seite eingeschätzt wurde – ein beträchtliches Maß an »home rule« erlangt, die sie kaum bereit zugeben. (Siehe die »Vorschläge für die territoriale Organisation und die Verteilung der Macht« von der Governmental Structure Branch vom 5. März 1947. BA Z 45 F OMGUS/CAD 3/162-1/21.).

143 Wortprotokolle des 2. ernannten Schleswig-Holsteinischen Landtages. Abgedruckt in: Kurt Iürgensen: Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem zweiten Weltkrieg, Neumünster 1969, S. 69.

144 Siehe Glum, Der künftige Bundesstaat, S. 31 ff. Benz schätzt ein, dass dieser Verfassungsentwurf von Glum den »Beginn einer aggressiven föderalistischen Politik« der Bayerischen Staatskanzlei und der CSU bildete. (Wolfgang Benz, Föderalistische Politik der CDU/CSU. In: VfZ, 1977, 4. Heft, Oktober, S. 783.)

145 Siehe Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Bd. 1, S. 838 ff.; siehe auch Gimbel: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949, S. 124 f.

146 Siehe Overesch, Gegen Deutschlands Teilung. Nationale Initiativen deutscher Ministerpräsidenten 1945/46. In: DA 1981, Heft 2, S. 148 ff.; im Grunde genommen widerlegt der Extrait dessen, was Overesch anführen kann, den Titel seines Artikels.

147 Hoffmann: Versuch und Scheitern einer gesamtdeutschen demokratischen Partei 1945-1948, S. 94 ff.

148 Siehe Agsten/Bogisch, LPD auf dem Weg in die DDR, S. 112.

149 Ebenda, S. 110.

Anfang 1947 beantragte die LDP in den Landtagen der sowjetischen Besatzungszone und in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die »Zusammenstellung von Material für die Friedensverhandlungen«.<sup>150</sup> Ausgehend davon, erteilte der Magistrat von Groß-Berlin im Februar 1947 die »Sammelstelle Vorbereitung für den Friedensvertrag«. Ein von der SED eingebrachter Zusatzantrag, der die Vorsitzenden der vier Fraktionen verpflichten sollte, » Schritte zu unternehmen, um zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen eine Beratung aller großen antifaschistischen und demokratischen Parteien Deutschlands herbeizuführen«<sup>151</sup> wurde allerdings von der SPD-Mehrheit abgelehnt.

## 2.2. SED bei Stalin: »Man muss die SPD wieder zulassen!«

Im Vorfeld der Moskauer Konferenz fand am 31. Januar 1947 eine Beratung bei Stalin mit der SED-Führung statt.<sup>152</sup> Stalin bewertete die Haltung der SED für die Einheit Deutschlands als richtig und brachte eine nur wenig eingeschränkte Erwartungshaltung zum Ausdruck, dass es zumindest möglich sein werde, eine deutsche Zentralverwaltung zu bilden und dass die Entwicklung schließlich doch, trotz aller von den Westalliierten verursachten Hemmnisse und Schwierigkeiten, zur Bildung einer deutschen Regierung und dem Abschluss eines Friedensvertrages führen wird. Stalin bekräftigte in diesem Zusammenhang, dass die Oder-Neiße-Grenze für die Sowjetunion kein Verhandlungsgegenstand sei.<sup>153</sup> Die Sowjetunion wünsche ein starkes Deutschland, erläuterte Stalin, das seine Rolle in der Weltwirtschaft spielt, während dies Amerika und England aus Konkurrenzgründen zu verhindern suchten. Die Lage in der sowjetischen Zone werde sich bessern. »Die Demontage ist eingestellt ... Eine Forcierung der Reparationen ist unsererseits nicht vorgesehen. Wenn dies erforderlich sein sollte, werden wir die Tilgungsfristen für die Reparationen verlängern.«<sup>154</sup> Einen breiten Raum nahmen in den Gesprächen Fragen des Kräfteverhältnisses zwischen den Parteien in Deutschland ein, wobei Stalin die SED-Führung mit dem Vorschlag überraschte, dass es zweckmäßig sei, ehemaligen Nazis und Offizieren die Bildung einer eigenen Partei zu ermöglichen und dies zu befördern. Geradezu schockierend für die SED-Genossen wirkte dann jedoch Stalins Frage, »ob die SPD in der sowjetischen Zone

150 Ebenda.

151 Siehe Amtlicher stenographischer Bericht über die (13.) ordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin am 30. Januar 1947, S. 114/115. In: Stadtarchiv Berlin, Rep.100.

152 Siehe die Aufzeichnung Semenovs in: Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. III, S. 136-156; siehe auch Pieck-Notizen, S. 110-114; siehe auch Scherstjanoi, Zum Verhältnis zwischen SED- und KPdSU-Führung. In: SED-Handbuch(1997), S. 177-196.

153 Die Tatsache, daß zur damaligen Zeit kaum ein deutscher Politiker außerhalb von KPD und SED bereit gewesen wäre, einen Friedensvertrag mit dieser Grenzziehung zu unterzeichnen, wurde von sowjetischer Seite niemals problematisiert. Das wäre aber insofern notwendig gewesen, weil sie dafür eintrat, einen Friedensvertrag mit Deutschland (d. h. mit einer deutschen Regierung) und nicht für Deutschland abzuschließen.

154 Bd. III, S. 153 Die Demontagen waren allerdings keineswegs schon eingestellt, sondern wurden noch zu Ende geführt – allerdings keine neuen mehr in Angriff genommen.

zugelassen sei« und sein schließliches, alle Einwände wegwischendes Verdikt: »Man muss sie zulassen.«<sup>155</sup> In seiner unnachahmlichen Art jüher taktischer Wendungen riss Stalin damit faktisch das ganze Argumentationsgebäude ein, das zur Rechtfertigung der schnellen und dann forcierten – auch unter Einsatz von Zwangsmitteln seitens der SMAD – Vereinigung von KPD und SPD aufgebaut worden war. Der dabei angerichtete Schaden ließ sich jedoch nicht, worauf Stalin offenbar spekulierte, einfach durch Wiederzulassung der SPD ungeschehen machen. Andererseits muss Stalins Anweisung als ein starker Beweis dafür eingeschätzt werden, wie ernst es ihm mit seiner gesamtdeutschen Option war; denn, wenn diese nur aus propagandistischen Gründen verfolgt worden wäre und es lediglich um die Sicherung und den Ausbau der SBZ gegangen wäre, wie verschiedentlich behauptet wird,<sup>156</sup> dann würde eine Zulassung der SPD in der SBZ nicht nur keinerlei Sinn machen, sondern solchen Zielen direkt zuwiderlaufen. Insgesamt vermittelt die Aufzeichnung des Gesprächs den Eindruck von stark aus der Zwischenkriegszeit geprägten Sichtweisen Stalins und einer teilweise erschreckenden Verkennung von Realitäten.

Stalins Option für eine gesamtdeutsche Lösung, wie wenig schlüssig sie sich auch darbieten mochte, ergab sich nicht zuletzt auch aus der Tatsache, dass die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit der SBZ, auf sich selbst gestellt, stark bezweifelt werden musste. So warnten sowjetische Ökonomen im Dezember 1946 in einem mit Sokolovskij und seinem Stellvertreter und Verantwortlichen für die Wirtschaft, Koval, abgestimmten Bericht, dringend vor einer Fortsetzung zonaler Wirtschaftsentwicklung und den Folgen: » Eine weitere getrennte wirtschaftliche Existenz der Zonen würde es erforderlich machen, die in Jahrhunderten gewachsene Wirtschaftsstruktur umzubauen ... Es bleibt festzuhalten, dass eine weitere selbständige Existenz der sowjetischen Zone trotz einer Reihe vorteilhafter Seiten zu außergewöhnlichen Schwierigkeiten führt ... Über die Frage, inwieweit die selbständige Existenz der sowjetischen Zone zweckmäßig ist, muss schnellstmöglich entschieden werden.«<sup>157</sup>

### **2.3. Länderverfassungen in der SBZ und die gesamtdeutsche Perspektive**

Dass die Sowjetunion im Rahmen ihres Verständnisses der Deutschlandfrage eine Vier-Mächte-Regelung anstrebte, erhärtet auch ein anderes Indiz. Im Interesse dieser Option hatte sie in der SBZ auf weitergehende Zentralisierungsschritte, wie sie sich eigentlich infolge Nichtherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit und

155 Ebenda, S. 149.

156 Siehe die vor allem von Wettig, Graml sowie Laufer prononciert vertretenen Positionen, wie z. B. auch von Letzterem in der Einleitung zu Bd. III, S. LXXXIII.

157 Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. III, S. XXXVII.



Bildung der Bizone zwangsläufig ergaben<sup>158</sup> und von verschiedenen Seiten erwo- gen worden waren<sup>159</sup>, zunächst verzichtet<sup>160</sup> und mehr noch seit Herbst 1946 die Stellung und Rolle der Länder gezielt gestärkt.<sup>161</sup>

Das erfolgte einmal dadurch, dass sie gegenüber früheren und anderen Auffas- sungen auf die Ausarbeitung von Länderverfassungen<sup>162</sup> hingewirkt hatte. Die in- tensive Verfassungsarbeit, die in den Landtagen im Dissens, aber auch Konsens zwischen den drei Parteien geleistet wurde, stärkte zweifellos das »Landesbewus- tsein«. Dabei war bemerkenswert, dass alle Parteien einen relativ großen Kom- promisswillen entwickelten, und CDU und LPD schließlich auch weitgehend ei- ner Aufhebung der Gewaltenteilung zustimmten.<sup>163</sup>

So »können die schließlich ohne Gegenstimme verabschiedeten Länderverfas- sungen besonders vor dem Hintergrund der zeitgenössischen öffentlichen Kommen- täre eher als Ausdruck des Willens zur Gemeinsamkeit und des gemeinsamen Bekenntnisses zur nationalen Einheit interpretiert werden ... Vor dem Hintergrund auch der allenthalben nachdrücklich spürbaren sowjetischen Wünsche nach einer möglichst widerspruchsfreien Billigung der Verfassungen wird die Offenheit und gelegentliche Härte der parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Verfas- sungsregelungen zu einem sicheren Indiz dafür, dass die letztlich einhellige Zu- stimmung nicht Ergebnis eines äußeren Zwangs, sondern einer bewussten politi- schen Entscheidung in einer national und international schwer überschaubaren politischen Situation war.«<sup>164</sup>

Die Stellung und Rolle der Länder wurde auch dadurch angehoben, dass die SMAD in Anweisungen an die Landesregierungen und parallel zur Verfassungs- arbeit auf einen gezielten inneren Ausbau und nicht zuletzt auf weitgehende wirt- schaftliche Selbständigkeit der Länder orientierte. Die ostzonalen Länder sollten und konnten so in einem gesamtdeutschen Staatsverband ihre relative Eigenstän- digkeit erhalten und zur Wirkung bringen.

Erst nach Moskau und dem weiteren Ausbau der Bizone änderte sich mit der Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission die sowjetische Haltung in der Zo-

158 An dieser Grundtatsache argumentieren diejenigen einfach vorbei, die einerseits die Bizonenbildung als sachlich gerechtfertigt, jeden Zentralisierungsschritt in der SBZ aber als gezielte und beabsichtigte staatliche Verselbständigung interpretieren und außerdem noch Verselbständigung mit Sowjetisierung und »Anglei- chung an die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der UdSSR« gleichsetzen, wie Laufer, Auf dem Wege zur staatlichen Verselbständigung der SBZ. Neue Quellen zur Münchener Konferenz der Minister- präsidenten 1947, S. 36.

159 So von Semenov am 6. Oktober 1946 in Reaktion auf den Bizonenbeschluß in seinem im Archiv für Außen- politik der Russischen Föderation überlieferten Memorandum »Über die Schaffung eines Zonenrates für die SBZ.« Nach Laufer, Auf dem Wege ..., S. 36 f.

160 Genau diesen Aspekt und die damit zusammenhängenden Fakten blendet Laufer (s.o.) aus, da sie offen- sichtlich seiner These von einem gezielten und geradlinigen Prozeß staatlicher Verselbständigung der SBZ entgegenstehen.

161 Siehe dazu ausführlich Deutsche Geschichte, Bd. 9, S. 280 ff.

162 Anstelle von bloßen »Landesordnungen«, wie es die SED ursprünglich anstrebte. Siehe Braas, Die Entste- hung der Länderverfassungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1946/47, S. 58 ff.

163 Siehe Braas, Die Entstehung ..., S. 148 ff.

164 Braas, Die Entstehung ..., S. 261.

nenzentralisierung, aber auch jetzt noch nicht radikal. Denn die DWK erhielt zunächst noch nicht das Recht, Gesetze und Verordnungen zu erlassen. Im Grunde praktizierten Moskau und SMAD Föderalismus, den sie aber für ganz Deutschland ablehnten. Eine der vielen Paradoxien Stalinscher Politik.

#### **2.4. Die Vereitelung von gesamtdeutschen Parteiengesprächen und die Option für die angeblich »zweitbeste Lösung«**

Die Berliner CDU-Führung betrachtete es als einen Erfolg ihrer gesamtdeutschen Bemühungen, dass Anfang Februar 1947 in Königstein/Taunus die überzonale Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU gegründet wurde.<sup>165</sup> Es war allerdings bezeichnend, dass die westzonale Mehrheit in Königstein Berlin als zukünftige Hauptstadt entschieden ablehnte, und nicht Kaiser, sondern der Adenauer nahestehende von Prittwitz Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses wurde.<sup>166</sup> In einer Einschätzung aus OMGUS-Kreisen hieß es: »In bezug auf die Außenpolitik vertritt die Adenauer-Gruppe den Standpunkt, dass Deutschland sich auch dann auf die Westmächte orientieren muss, wenn diese Orientierung zeitweilig die östliche Zone kostet.«<sup>167</sup>

Adenauer hatte schon im August 1946 auf einer Tagung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone mit der Behauptung, dass Russland einen Eisernen Vorhang errichtet habe und den nicht »hochziehen« wolle, unmissverständlich dafür plädiert, »als zweitbeste Lösung das einheitliche Wirtschaftsleben in den drei nicht von Russland besetzten Zonen« nunmehr unverzüglich zu gewährleisten.<sup>168</sup>

»Dass mit der Entfaltung des ökonomischen Lebens auch die Konsolidierung der Staatlichkeit verbunden sein – oder ihr doch bald folgen – musste, war allen Anwesenden bewusst, und es war zu diesem Zeitpunkt auch schon sehr erhofft.«<sup>169</sup>

Zu einem Zeitpunkt, wo es darum ging, die deutschen Positionen zur demokratischen Einheit Deutschlands und für eine Friedensregelung zu artikulieren und zu präzisieren und vorhandene Chancen, wie groß sie auch immer waren, auszuloten und zu nutzen, hatte sich das Gros der westzonalen Politiker und mehr noch der traditionellen Eliten für eine Westzonenoption und die »Abschreibung« der Ostzone entschieden, favorisierte eine »kleindeutsche« als angeblich »zweitbeste Lösung«. Allerdings musste man noch recht vorsichtig taktieren, um sich nicht »das Odium des nationalen Verrats« einzuhandeln.

165 Siehe Neue Zeit (Berlin), 14. Februar 1947.

166 Siehe den vertraulichen Bericht hierzu vom 26. Februar 1947: BA NL Kaiser, Nr. 58.

167 OMGUS, APO 407, Weekly Detachment Report Nr. 93 vom 20. Februar 1947, S. 3. Siehe auch den vertraulichen Bericht von OMGUS Hessen. BA Z 45 F OMGUS/AG/1947-18-3. (Übers. u. Hervorh. R. B.).

168 Pülz (Bearb.), Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946-1949, S. 171. (Hervorh. R. B.).

169 Benz, Deutschlandpolitische Grundsatzpositionen und Zielvorstellungen in den westdeutschen Besatzungszonen 1945-1949, S. 1121.

Da die Dinge so lagen, war es kein Wunder, dass sich die Konstituierung der CDU-Arbeitsgemeinschaft ebenso wie die liberalen »Reichsbestrebungen« als bloße Scheinerfolge erwiesen und man sich im Umfeld der Moskauer Konferenz des Rates der Außenminister, als durchaus Chancen für alternative Entwicklungsmöglichkeiten bestanden, zurückhielt. Die Mehrzahl wollte keine gesamtdeutsche Willensbildung oder Repräsentation, andere gingen damit nur zögerlich und unentschlossen um.

Das zeigte sich auch in der interfraktionellen und interzonalen Besprechung, die auf Anregung von Külz am 8. März 1947 stattfand und an der u. a. Friedrich Holzapfel als Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der CDU der britischen Zone, Fritz Heine vom Parteivorstand der SPD, Franz Blücher (FDP) und Franz Etzel (CDU) teilnahmen. In einer Aufzeichnung über das Gespräch gab Holzapfel den sozialdemokratischen Standpunkt folgendermaßen wider: »Eine auch für die CDU und SPD akzeptable Reichsregierung müsste von einem demokratisch einwandfrei gewählten Parlament getragen sein. Einwandfreie Wahlen aber seien in der Ostzone zunächst nicht zu erwarten. Die noch vor kurzem gehegte Vermutung, die Russen würden die SPD auch in der Ostzone zulassen, hat sich nach letzten Informationen der Parteileitung als hinfällig erwiesen. Davon abgesehen, wird sie keineswegs angestrebt, da man fürchtet keine selbständige und unabhängige Parteiorganisation aufbauen zu können und weiterhin Angst davor hat, dass dann auch die SED in den Westzonen errichtet werden würde.«<sup>170</sup>

Holzapfel hielt weiter fest, dass er unmittelbar nach dieser Besprechung Adenauer unterrichtet hat und dass man sich auf die Taktik äußerster Zurückhaltung und tunlichster Vermeidung einer »repräsentativen Teilnahme« geeinigt habe, um sich nicht festzulegen.

Zwar sprach sich die interzonale Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU unter dem Einfluss Kaisers am 15. März 1947 in Abwesenheit Adenauers ebenfalls dafür aus, »dass die in Gesamtdeutschland maßgebenden Parteien in ihren Spitzen zusammentreten« sollten.<sup>171</sup> Aber Adenauer wandte sich am 17. März 1947 auf der Tagung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone in Herford gegen den Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft. Er argumentierte, ein solcher Vorschlag sei nicht vertretbar, weil er keine Aussicht auf Erfolg habe, denn er (Adenauer) rechne fest mit der Ablehnung Schumachers.

Nach dem vertraulichen Bericht eines Teilnehmers dieser Tagung an Jakob Kaiser vertrat Adenauer »die Ansicht, dass, wenn er in Berlin gewesen sei, er nicht zugestimmt hätte, dass die Anträge an die anderen Parteien gerichtet worden wären«. Außerdem sei dabei wieder seine bekannte westliche Einstellung gegen die östliche zum Ausdruck gekommen, hieß es in diesem Bericht weiter.<sup>172</sup>

170 BA, NL Friedrich Holzapfel, Nr. 242, Bl. 3 (Hervorhbg.-R.B.).

171 Historisches Archiv des Parteivorstands der CDU, Berlin, Akte Nr. 178 a.

172 Ebenda, Akte Nr. 80, betr. Konrad Adenauer.

Die Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU wurden von General Koenig im Alliierten Kontrollrat getadelt und zurückgewiesen.<sup>173</sup> Die französische Militärregierung verbot fortan die Teilnahme der Vertreter der CDU der französischen Zone an den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft.

Kurt Schumacher erklärt seinerseits auf einer Funktionärversammlung in Westberlin: »Mit dem Vorschlag der CDU sind wir im Prinzip einverstanden.« Dann fuhr er fort: »Die CDU sagt mit Recht, dass diese Besprechungen dazu dienen sollen, um den Volkswillen zu bilden, und da sage ich, diese Besprechungen bilden so lange nicht den Volkswillen, als die SPD in der Ostzone verboten ist.«<sup>174</sup> Das schien einleuchtend, aber Schumacher benutzte dieses Argument nur als Vorwand für eine Ablehnung, denn er verschwieg, dass ja seitens der SMAD die Möglichkeit einer Wiederezulassung der SPD in der SBZ signalisiert worden war. Diese Möglichkeit, auf die sich die SED auf der 11. Tagung ihres Parteivorstandes einstellte,<sup>175</sup> lotete Schumacher niemals aus. Die westzonale SPD ließ somit zehntausende ehemalige Sozialdemokraten in der SED bzw. darüber hinaus Anhänger in der SBZ, die bereit gewesen wären, einer wiederzugelassenen SPD beizutreten und dies sich sehnlichst wünschten,<sup>176</sup> einfach im Stich. Die westzonale SPD stahl sich aus der Verantwortung, zumindest den Versuch zu unternehmen, in der SBZ im Sinne eines demokratischen Sozialismus zu wirken.

Alle von ostzonaler Seite unternommenen Initiativen, Spitzengespräche der deutschen Parteien oder gar so etwas wie eine nationale Repräsentation von Parteien und Gewerkschaften zustande zu bringen, scheiterten an westzonaler Hinhaltenaktik bzw. an der direkten Ablehnung Schumachers, hinter dem sich Adenauer nicht ungern mit seiner ablehnenden Haltung verschanzte.

So blieb es westzonal vor der Moskauer Konferenz bei einer Reihe allgemeiner Erklärungen und Betrachtungen.<sup>177</sup>

Im März 1947 wurde zwar das Deutsche Büro für Friedensfragen<sup>178</sup> geschaffen und später Ämter dieser Art bei einer Reihe Länderregierungen gebildet,<sup>179</sup> aber dies hatte im Hinblick auf die Moskauer Konferenz keine Relevanz. Das traf ebenso auf die verschiedenen westzonalen Verfassungsaktivitäten zu, die überwiegend erst nach Moskau zum Tragen kamen.<sup>180</sup>

173 Siehe die Sitzung des Alliierten Kontrollrats am 20. März 1947. CONL/M (47) 7.

174 Siehe Acht Jahre sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit, S. 24/25.

175 Siehe SAPMO/Barch DY 30/ IV 2/1/10.

176 Siehe weiter unten im Zusammenhang mit der Vorbereitung des 2. Parteitages der SED.

177 Siehe »Deutsche Stimmen zu Moskau«. Die Neue Zeitung (München), 17. März 1947.

178 Siehe Protokoll über die Besprechung zur Schaffung eines Friedensbüros am 14. März 1947. BA Z 35, Nr. 2; siehe auch Overesch, Gesamtdeutsche Illusion und westdeutsche Realität.; Piontkowitz: Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946-1949. Das Deutsche Büro für Friedensfragen. Siehe Deutsches Büro für Friedensfragen, Arbeitsbericht per 15. Oktober 1947. BA Z 35, Nr. 378.

179 So der Ausschuss für Friedensregelung des Zonenamtes in Hamburg. Siehe Niederschrift von der 1. Sitzung am 4. 6. 1947. BA Z 35 Nr. 381. Aktivitäten zur Mitarbeit an einem Friedensstatut entfaltete auch die 3. interzonale Städtekonferenz vom 16. 11. 1946. Siehe Rundschreiben des Vorsitzenden des Deutschen Städtetages (Pünder) vom 15. 1. 1947. BA Z 35, Nr. 381.

180 Siehe Benz, Grundsatzpositionen, S. 1134 f.

Aus Verfassungsberatungen im März 1947 ging schließlich, nicht zuletzt mit der Absicht, dem Verfassungsentwurf der SED entgegenzuwirken<sup>181</sup>, der »Entwurf eines Vertrages über die Bildung eines Verbandes Deutscher Länder«<sup>182</sup> hervor, der an den Vorschlag von US-Außenminister Byrnes über die Bildung der Vereinigten Staaten von Deutschland anknüpfte.

Die Absicht, ihn später der Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten vorzulegen,<sup>183</sup> wurde wieder fallengelassen, nachdem dort politische, Deutschland als Ganzes betreffende Fragen ausgeklammert wurden.

Der Parteivorstand der SED warnte in seiner Stellungnahme »Deutschland vor der Moskauer Konferenz«<sup>184</sup> mit Blick auf die Bildung der Bizone vor der Gefahr der Teilung Deutschlands, hielt diese Entwicklung aber für aufhalt- und umkehrbar. Vor allem schien ein voller oder wenigstens partieller Erfolg der Moskauer Konferenz in Richtung auf eine Vier-Mächte-Regelung der Deutschlandfrage und die Einigung über den Abschluss eines Friedensvertrages nicht unwahrscheinlich.

## **2.5. Der abgelehnte Volksentscheid für die demokratische Einheit Deutschlands**

Der Parteivorstand der SED schlug am 1. März 1947 vor, einen Volksentscheid in Deutschland über die Bildung eines demokratischen Einheitsstaates durchzuführen und darüber, Verwaltung und Wirtschaft zu entnazifizieren und zu demokratisieren, eine demokratische Bodenreform durchzuführen, Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum zu überführen und die Wirtschaft nach einem Plan zu lenken; den Gewerkschaften weitgehende Mitbestimmungsrechte einzuräumen.<sup>185</sup> Der Parteivorstand der SED schätzte ein, bei einem Volksentscheid würden sich etwa 30 von 50 Millionen Abstimmungsberechtigten für einen demokratischen Einheitsstaat aussprechen.<sup>186</sup>

Westlicherseits war man nicht bereit, sich darauf einzulassen.<sup>187</sup> Die wirklichen Beweggründe verschleiern, argumentierte der hessische Staatsminister Hermann Brill (SPD) bei einer Besprechung in der bayrischen Staatskanzlei, die SED verberge sich »hinter nationalistischen Parolen«, »auf die das deutsche Volk nur zu leicht geneigt sei hereinzufallen. Die von der SED geforderte Volksabstimmung könnte im Hinblick auf diese Neigung gefährlich werden.«<sup>188</sup>

181 Siehe Brill am 14. März 1945 und Bericht Brills vom 17. März 1947. BA Z 1, Nr. 29; Akten zur Vorgeschichte der BRD 1945-1949, Bd. 2, S. 46 ff.

182 Siehe BA Z 35, Nr. 25.

183 Siehe Präambel zu diesem Entwurf. In: Ebenda.

184 Dokumente der SED, Bd. I, S. 78 ff.

185 Dokumente der SED, Bd. I, S. 162 ff.

186 Siehe SAPMO/BArch DY 30/IV 2/1/8 und Pieck-Notizen, S. 111.

187 Siehe auch die Gegenargumente der westalliierten Außenminister auf der Moskauer Konferenz, weiter unten.

188 Akten zur Vorgeschichte, Bd. 2, S. 281.

Außerhalb der Parteienlandschaft war die Entstehung einer Heidelberger Aktionsgruppe um Alfred Weber, Ludwig Bergstraesser, Karl Geiler und Marie Elisabeth Lüders bedeutsam (»Heidelberger Aktionsgruppe zur Demokratie und zum freien Sozialismus«), die am 10. April 1947 vor 100 Gästen den Entwurf einer Neutralitäts-Resolution für Deutschland vorstellte und für einen Ost-West-Ausgleich eintrat.<sup>189</sup>

### 3. Die Moskauer Konferenz: Hoffnung auf Durchbruch oder nur aufgeschobener Bruch und verzögerte Weststaatslösung?

#### 3.1. »Truman-Doktrin« zum Auftakt

Die Moskauer Konferenz des Rates der Außenminister stand von Anfang an unter keinem guten Zeichen, da schon einen Tag nach ihrem Beginn US-Präsident Truman am 11. März die Rede hielt, in der er allen Völkern, die vom Kommunismus bedroht seien, amerikanischen Beistand anbot und zu einer Art Kreuzzug gegen den Kommunismus aufrief. Dies ging als »Truman-Doktrin« in die Geschichte ein und leitete das ein, was dann mit dem Begriff des Kalten Krieges umschrieben wurde. Das war praktisch die Entscheidung dagegen, die Bipolarisierung, wie sie sich herausgebildet hatte, in Rechnung zu stellen und einen neuen Interessenausgleich zu suchen, sondern stattdessen auf Konfrontation zu setzen, diese voranzutreiben und die Welt zu teilen.<sup>190</sup> Da dieser neue Kurs aber nicht unumstritten war und der kalte Krieg noch nicht eskaliert hatte, schienen aus der Sicht Stalins, der die Truman-Doktrin zunächst ignorierte, weiterhin Möglichkeiten und Chancen für alternative Entwicklungen zu bestehen – eventuell auch für eine Verständigungslösung in der deutschen Frage, wie sie auf der Tagesordnung der Konferenz der Außenminister stand, die vom 10. März bis zum 24. April 1947 in Moskau stattfand.<sup>191</sup>

#### 3.2. Vorbereitungen: für und gegen eine Vier-Mächte-Regelung

Aus den inzwischen erschlossenen Quellen lässt sich rekonstruieren, dass sich die vier Mächte mit recht unterschiedlichen Erwartungshaltungen und Zielvorstellungen auf die Moskauer Außenministerkonferenz vorbereiteten und in sie eintraten. Die sowjetische Delegation war auf die von Stalin schon im Sommer 1946 ausge-

189 Zit. nach Manfred Overesch, *Das besetzte Deutschland 145-1947*, S. 305.

190 Vgl. Loth: *Die Teilung der Welt*, S. 163 ff.

191 Zu dieser Tagung siehe *Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion*, Bd. 1, Berlin (1957), S. 38-119; FRUS, 1947/II, S. 139-576; *Europa-Archiv*, Oberursel (Taunus), zweites Jahr, Juli-Dezember 1947, 1947, S. 669-737.

arbeitete Deutschlanddirektive festgelegt; das hieß faktisch, für eine Vier-Mächte-Regelung einzutreten, aber dabei unflexibel auf bisherigen Positionen zu beharren. Diese Unflexibilität erleichterte es den angloamerikanischen Mächten ihren mangelnden Einigungswillen zu kaschieren und zu demonstrieren, dass die Sowjetunion unannehmbare Forderungen stelle, insbesondere in der Reparationsfrage.

Wenn Stalin daran glaubte, dass zumindest Teilerfolge in Richtung auf eine Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage, insbesondere hinsichtlich der Bildung einer deutschen Zentralverwaltung als erstem Schritt, und weitere Abstimmungen für den späteren Abschluss eines Friedensvertrages für Deutschland, aber mit einer deutschen Regierung erreicht werden könnten und würden, so war das angesichts der westlichen Positionen eigentlich nicht mehr als Wunschdenken. Denn Frankreich widerstrebte vehement jeder politischen Zentralisierung in Deutschland und USA und Großbritannien hatten ihren außen- und deutschlandpolitischen Kurswechsel schon fest beschlossen.<sup>192</sup> Sie steuerten auf den Westblock unter Einbeziehung der Westzonen zu, waren demzufolge an einer Vier-Mächte-Regelung im Grunde nicht mehr interessiert, konnten und wollten dies allerdings nicht offen legen. Die Herstellung der Einheit Deutschlands und den Abschluss eines Friedensvertrages wollten sie auf keinen Fall in Ausrichtung am Potsdamer Abkommen,<sup>193</sup> sondern – wenn überhaupt – zu solchen Bedingungen, die sich mit ihrer Westblockpolitik in Übereinstimmung bringen ließ. Deshalb schraubte man die Forderungen für eine Verständigung mit der Sowjetunion über eine Vier-Mächte-Regelung immer höher. In einem vom Kabinett bestätigten Papier des Foreign Office für die britische Delegation vom 20. Februar 1947 wurden die Bedingungen für die wirtschaftliche Einheit Deutschlands, wie sie schon im Herbst 1946 fixiert worden waren, bekräftigt. Und in dem »unwahrscheinlichen Fall«, so wurde betont, »dass die Russen bereit seien, die wirtschaftliche Einheit (zu diesen Bedingungen – R. B.) zu akzeptieren«<sup>194</sup>, müsste man weitere Forderungen, wie den Verzicht auf Reparationen und sogar auch noch nach Zuschüssen in Gold für das Defizit angloamerikanischer Wirtschaftspolitik in Deutschland stellen.<sup>195</sup> Man wollte überhaupt auf keinen Fall die Herstellung der Einheit Deutschlands zum gegenwärtigen Zeitpunkt, »wo unser Prestige an einem Tiefpunkt ist«, daher sei eine zumindest »zeitweilige Teilung« wahrscheinlich unausweichlich. Der Ausbau der Westzonen eröffne die Perspektive, »die verlorenen Provinzen der Ostzone später zurückzuholen.«<sup>196</sup> Parallel zu Großbritannien waren

192 Wobei man im Foreign Office – allerdings wohl zu Unrecht – annahm, daß dies bei den Amerikanern noch nicht vollständig der Fall wäre. Siehe PRO: FO 371164243/C 53 und Foschepoth, Großbritannien und die Deutschlandfrage auf den Außenministerkonferenzen 1946/47. In: Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik, S. 74.

193 Bedell Smith behauptete 1947: »Wir sind politisch zu naiv, um im Rahmen der Potsdamer Beschlüsse politisch mit den Russen zu konkurrieren.« (Zit. nach: Backer, Die deutschen Jahre des Generals Clay, S. 210.).

194 PRO: FO 371/64188/C 3395. (Übersetzung – R. B.).

195 Siehe das Positionspapier für die britische Delegation für ihre Verhandlungsstrategie im Rat der Außenminister vom 26. November 1946. PRO: FO 371/55594/C 14554.

196 Ebenda (Übersetzung – R. B.).

offensichtlich auch die USA von Anfang an gewillt, den »Preis« für eine »Verständigung« mit der Sowjetunion so hoch zu schrauben, dass diese praktisch unmöglich wurde.<sup>197</sup> Man widerstrebte der Herstellung der politischen Einheit Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick selbst zu den amerikanischen Bedingungen gemäß den von Byrnes in seiner Stuttgarter Rede entwickelten Leitlinien von den Vereinigten Staaten von Deutschland. So stellte Botschafter Murphy in einem Memorandum für die Moskauer US-Delegation zum OMGUS-Papier über die Bildung einer provisorischen deutschen Regierung fest: »Wenn Deutschland tatsächlich jetzt unter einer provisorischen Regierung vom OMGUS-Typ vereinigt würde, würde die politische Bastion der Sowjets in der Ostzone unberührt bleiben und könnte leicht die Basis dafür werden, um mit Hilfe der Kommunisten in der französischen Militärregierung und der deutschen Kommunisten im ganzen Lande ganz Deutschland entgegen den Wünschen des Volkes zu erobern.«<sup>198</sup>

### 3.3. Teilerfolge und nicht eingestandenes Scheitern

Die Voraussetzungen für eine Verständigung in der deutschen Frage waren gemäß den unterschiedlichen Einstellungen der beteiligten Delegationen alles andere als günstig und verbesserten sich natürlich auch dadurch nicht – ganz im Gegenteil – wenn der sowjetische Außenminister W. M. Molotov bereits zu Beginn der Konferenz, bei der Beratung des Berichts des Alliierten Kontrollrats, die Ergebnisse der Entnazifizierung in den Westzonen und der Beseitigung des deutschen Kriegspotentials, den Stand der Reparationsleistungen, der Bodenreform und der Entmonopolisierung sowie verschiedene Seiten der Entmilitarisierung und der Demokratisierung einer in vielem zwar berechtigten, oft aber auch überziehenden, in scharfer Form vorgetragenen Kritik unterzog, die von westalliierten Seite ebenfalls in scharfer Form zurückgewiesen wurde. Allerdings musste man doch einige Rückstände konzedieren. Im Ergebnis der Diskussion wurden dem Kontrollrat Direktiven mit dem Ziel erteilt, die Entmilitarisierung Deutschlands bis zum 31. Dezember 1948 abzuschließen, die Entnazifizierung zu beschleunigen, eine Bodenreform in ganz Deutschland noch 1947 durchzuführen und den freien Austausch demokratischer Druckerzeugnisse zwischen den Zonen zu gewährleisten:

197 Aus der Sicht von Yergin nimmt sich die Lage so aus: »Wir müssen darüber hinaus anerkennen, dass ein »Erfolg« in Moskau die Amerikaner mehr gestört haben würde als ein Fehlschlag, denn viele fürchteten, dass jeder Kompromiss, der die Viermächte-Einigigkeit aufrechterhalten hätte, die Tür zur sowjetischen Beherrschung Deutschlands und des Restes von Europa geöffnet haben würde.« (Yergin, *Der zerbrochene Friede*, S. 318). Auch Schwarz sieht durch die neu zugänglichen Quellen seine These bestätigt, »dass die amerikanische Delegation (General Clay bildete allerdings eine Ausnahme) eine Einigung weder erwartet noch erstrebt hat«. (Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, 2. Aufl., S. XLI.).

198 BA Z 45 F OMGUS 17/258-3/9. (Übersetzung – R. B.).



»I. Entmilitarisierung. Der Alliierte Kontrollrat soll:

1. das Werk der Zerstörung des deutschen Kriegsmaterials und aller militärischen Einrichtungen und Anlagen, die zur Kriegführung zu Lande, zu See und in der Luft bestimmt sind, beschleunigen ...

II. Entnazifizierung

Der Kontrollrat erhält Anweisung:

1. alle zur Beschleunigung der Entnazifizierung in ganz Deutschland geeigneten Maßnahmen gemäss den Direktiven Nr. 24 und 38 des Kontrollrates zu treffen;

2. die Entfernung früherer aktiver Nazis und Militaristen aus öffentlichen und halböffentlichen Stellungen sowie verantwortlichen Stellungen in bedeutenden Privatbetrieben so schnell wie möglich abzuschließen und die Möglichkeit der Festsetzung eines Endtermins zu prüfen;

3. alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass als Richter oder öffentliche Anklagevertreter nur solche Personen herangezogen werden, die auf Grund ihrer politischen und geistigen Qualitäten für fähig befunden wurden, an der Entwicklung echt demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuhelfen;

4. sein Augenmerk auf eine beschleunigte Aburteilung von Kriegsverbrechern, Mitgliedern der Verbrecherorganisationen der Nazis sowie Aktivisten zu richten, ohne die unterschiedslose Aburteilung der nominellen Mitglieder vorzuschreiben ...

III. Demokratisierung. Der Kontrollrat soll:

1. Die Bodenreform in allen Besatzungszonen Deutschlands im Jahre 1947 sicherstellen;

2. in ganz Deutschland den freien Austausch von Nachrichten und demokratischem Gedankengut durch alle verfügbaren Mittel fördern und Beschränkungen dieses Austausches nur verfügen, soweit sie aus Gründen der militärischen Sicherheit, der Bedürfnisse der Besatzungsmacht, der Notwendigkeit der Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Alliierten und der Notwendigkeit einer Verhinderung des Wiederauflebens von Nationalsozialismus und Militarismus geboten sind. ...«<sup>199</sup>

Die Tatsache, dass die Westmächte sich genötigt sahen, diesen Empfehlungen zuzustimmen, eine Fortsetzung des Kooperationskurses und die Grundlagen hierfür zu bekräftigen, zeigte, wie schwer es für sie war, den beschlossenen Kurswechsel in ihrer Politik tatsächlich zu vollziehen.<sup>200</sup>

199 Empfehlungen der Außenminister auf der Moskauer Außenministerkonferenz an den Alliierten Kontrollrat über Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung, 23. April 1947. In: Europa-Archiv, Zweites Jahr, Juli 1947 – Dezember 1947, Oberursel (Taunus), S. 736.

200 Dies und die Tatsache, dass es den Westmächten nicht gelang, den Bruch mit der Sowjetunion zu vollziehen, sondern dass im Dezember 1947 in London die Verhandlungen fortgesetzt werden sollten, wurde aus OMGUS-Kreisen als ein taktischer Erfolg bewertet, den die Sowjetunion auf der Moskauer Konferenz erzielt habe. (BA Z 45 F ACA UßEC 2/102-3110.).

Auch bei den sich anschließenden Verhandlungen über die deutsche Wirtschaftseinheit und über Reparationen, über die Bildung einer deutschen Regierung, den Staatsaufbau und den Abschluss eines Friedensvertrags, einschließlich territorialer Fragen, war es doch wohl vor allem die amerikanische und britische Verständigungsunwilligkeit, die echte Fortschritte verhinderte<sup>201</sup>

Zwischen den Vorschlägen des sowjetischen Außenministers Molotow vom 22. März 1947 »Über Form und Umfang der zeitweiligen politischen Organisation Deutschlands«<sup>202</sup> und »Über den Staatsaufbau Deutschlands«<sup>203</sup> und in den vom britischen Außenminister Bevin vorgelegten »Ergänzenden Richtlinien für die Behandlung Deutschlands« (Bevin-Plan)<sup>204</sup> vom 31. März 1947 zeigten sich zwar deutliche Diskrepanzen, aber sie mussten nicht unüberbrückbar sein.

Offensichtlich lag aber dem Bevin-Plan jegliche Absicht fern, mit der UdSSR zu einer Verständigung zu gelangen. Er ignorierte alle sowjetischen Vorschläge, enthielt keinerlei Ansätze für Kompromisse und stellte gegenüber der Sowjetunion außerdem erpresserische Forderungen auf. Es wurde darin nichts weniger als die Einstellung jeglicher »Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion oder aus den Beständen bis zur Erreichung einer ausgeglichenen Wirtschaft« verlangt. Mehr noch: Die bisherigen Reparationsentnahmen der UdSSR sollten gegen die Einfuhrschulden der westlichen Zonen aufgerechnet werden, das heißt, die Sowjetunion sollte nicht nur keine Reparationen mehr erhalten, sondern obendrein das Importdefizit der Bizone finanzieren. Außerdem wurde die Beseitigung der SAG-Betriebe gefordert. Die Verhandlungen fuhren sich fest und es kam zu keiner Verständigung über eine einvernehmliche Regelung der deutschen Frage.<sup>205</sup> Auch der sowjetische Vorschlag, das deutsche Volk selbst in einem Volksentscheid darüber befinden zu lassen, ob es einen dezentralisierten Einheitsstaat, einen Bundesstaat oder einen Staatenbund wünschte, wurde von den Westalliierten entschieden abgelehnt. Der britische Außenminister Ernest Bevin führte dazu aus: »Es wird vorgeschlagen, die Deutschen selbst entscheiden zu lassen, aber gerade die Deutschen waren es, die Hitler wählten ... Ich bin nicht gewillt, die Sicherheit des von mir vertretenen Landes einer Volksabstimmung durch die Deutschen auszusetzen.«<sup>206</sup>

201 Dies ergibt sich ziemlich eindeutig aus der britischen Aktenlage, wie auch Foscepoth feststellt: »Die Frage nach den Ursachen für das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz muss neu gestellt werden. Das Interesse der Sowjetunion an einem erfolgreichen Abschluss der Konferenz, verbunden mit der Bereitschaft zum Kompromiss, ist in den britischen Akten mehrfach belegt«. Foscepoth: Großbritannien und die Deutschlandfrage auf den Außenministerkonferenzen 1946/47, S. 78.

202 Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 1, S. 75/76.

203 Ebenda, S. 76/77.

204 Abgedruckt in: Cornides/Volle, Um den Frieden mit Deutschland, S. 97 ff. (Daraus die folgenden Zitate.).

205 Backer, Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands, S. 156 ff. hat überzeugend nachgewiesen, dass die von amerikanischer Seite in der Reparationsfrage angeführten Argumente nicht stichhaltig waren und im Grunde nur als Mittel zum Zweck dienten, den Bruch mit und die Abkehr von Potsdam zu vollziehen. Clays abweichender Standpunkt und die Tatsache, dass sich in Gesprächen zwischen Clay und Sokolowski im Herbst 1946 deutliche Einigungsmöglichkeiten offenbart hatten, wurden von der USA-Regierung bewusst ignoriert. (Siehe Backer: Die deutschen Jahre des Generals Clay, S. 179 ff.).

206 Europa-Archiv 1947, S. 733; FRUS, 1947, Vol. II, S. 314.

Der französische Außenminister Georges Bidault ergänzte, eine Volksabstimmung in ganz Deutschland würde die unentschiedene Antwort auf die Frage nach der Einheit Deutschlands vorwegnehmen. USA-Außenminister George Marshall bezweifelte, »dass das deutsche Volk darauf vorbereitet ist, in dieser Frage verständlich zu handeln«.<sup>207</sup>

Immer offenkundiger wurde im Verlauf der Verhandlungen, dass die Westmächte an einer Viermächteregelelung kaum noch ernsthaft interessiert waren, wengleich sie sich den gegenteiligen Anschein gaben.

Zum »Entwurf für einen Vertrag über die Entwaffnung und die Entmilitarisierung und andere Maßnahmen hinsichtlich der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kontrolle Deutschlands«, den die USA gegen Ende der Konferenz einbrachten und der weitgehend mit dem Plan identisch war, den Außenminister Byrnes auf der Pariser Konferenz vorgeschlagen hatte, unterbreitete die sowjetische Delegation eine Reihe Veränderungen und Ergänzungen. US-Außenminister Marshall nahm dies zum Anlass, zu behaupten, die UdSSR habe folglich den amerikanischen Plan abgelehnt, und ließ sich auch nicht durch korrigierende Hinweise Molotovs vom Gegenteil überzeugen.<sup>208</sup> Marshall setzte als Vorsitzender diesen Punkt am 15. April 1947 von der Tagesordnung ab, womit die Beratung der deutschen Angelegenheiten ohne Übereinkünfte, aber auch ohne endgültigen Bruch einfach endete.

Die Außenminister beschlossen die Einberufung der nächsten Tagung für den Herbst 1947 nach London und beauftragten ihre Stellvertreter, die Arbeiten inzwischen fortzusetzen. Die Entscheidung war damit vertagt, der Abschluss eines Friedensvertrags mit einer deutschen Regierung blieb jedoch auf der Tagesordnung. Das war zweifellos ein (obwohl begrenzter) Erfolg der sowjetischen Politik.

Stalin nahm die Herausforderung der Truman-Doktrin zunächst nicht an.<sup>209</sup> Die Sowjetunion schätzte Verlauf und Ergebnisse der Moskauer Außenministerkonferenz überzogen positiv ein und wollte das Scheitern in den Hauptfragen nicht eingestehen.<sup>210</sup> Allerdings hatte sie zweifellos auch Erfolge erzielt, die sie in ihren deutschlandpolitischen Kurs bestärkten. In ihren Augen hatte z. B. der Konferenzbeschluss über die Durchführung einer Bodenreform in allen Besatzungszonen bis zum Jahresende 1947 eine große, über den Gegenstand hinausgehende Bedeutung. Hatten sich doch damit die Westalliierten erneut auf einen Weg verbindlicher gesellschaftlicher Umgestaltungen und damit faktisch auch auf gesellschaftspolitische Inhalte im Hinblick auf eine Regelung der deutschen Frage festlegen lassen.

207 FRUS, 1947, Vol. II, S. 314. (Übersetzung – R. B.).

208 Siehe Europa-Archiv, 1947, S. 733; FRUS, 1947, Vol. II, S. 336.

209 Vgl. Gespräch Marshalls mit Stalin am 18. April 1947, in dem dieser die Symptome des westlichen Kurswechsels und die Meinungsverschiedenheiten herunterspielte. Siehe Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. III, S. 250 ff.; FRUS, 1947/II, Washington 1972, S. 337 ff.

210 So Tjul'panov in einer Besprechung am 11.7.1947. Siehe Pieck-Notizen, S. 127 ff. Vgl. auch die zweifellos mit Moskau abgestimmte Stellungnahme des Zentralsekretariats der SED zu den Ergebnissen von Moskau. In: Dokumente der SED, Bd. I, Berlin 1951, S. 197 ff.

Davon ausgehend setzte die Sowjetunion in die für Ende 1947 einberufene Londoner Außenministerkonferenz zunächst große Erwartungen und hielt einen Durchbruch in der deutschen Frage für möglich. Der Parteivorstand der SED ging – gemäss seinen über die SMAD erhaltenen Informationen – im Mai davon aus, dass es sich nun bis zur Londoner Konferenz um eine »Übergangszeit« handele, wobei angenommen werden könne, dass »es zur Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands kommt ...«<sup>211</sup>

Der kalte Krieg gewann erst allmählich an Boden. Zunächst setzten beide Seiten nach dem faktischen, aber nicht eingestandenem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz und im Hinblick auf die beschlossene neue Außenministerkonferenz zur deutschen Frage, die zum Jahresende 1947 in London stattfinden sollte, eine zweigleisige Politik fort – zumindest nach außen.

Das geschah allerdings auf recht unterschiedliche Art und Weise.

Während die sowjetische Politik in der deutschen Frage stark darauf ausgerichtet blieb, an der Kooperation auf Grundlage der getroffenen Vereinbarungen bzw. ihren Interpretationen davon festzuhalten und zu einer für sie annehmbaren Vier-Mächte-Regelung, gegenüber der es für sie ja keine erstrebenswerte Alternative gab (!), zu gelangen, steuerten die Westalliierten insgeheim,<sup>212</sup> aber zielstrebig auf eine Westblock- und Westzonenregelung zu, die sie – im Sinne von Schadensbegrenzung – glaubten, nicht länger hinausschieben zu können.

Noch vor Ende der Moskauer Konferenz hatte William Draper in einem Kommentar zu einem Memorandum über die weitere Fusion der Bizone betont: »Die wirkliche Frage ist, ob nun die politische Fusion der Zonen die ökonomische ergänzt,« ob »eine provisorische Regierung anstelle bloßer bizonaler Einrichtungen allmählich entwickelt« werden soll.<sup>213</sup> Die von Draper aufgeworfene Frage wurde zwischen den USA und Großbritannien noch von Moskau aus entschieden.

Diese Entscheidungen bildeten den Gegenstand von Aussprachen auf einer Konferenz, die am 28. April 1947 im Lancasterhaus in Berlin in Erwartung Außenminister Ernest Bevin aus Moskau unter Teilnahme von Militärgouverneur Brian Robertson, Sholto Douglas, William Strang, Lord Pakenham und leitenden Mitarbeitern des Kontrollamtes stattfand. Robertson berichtete über die mit dem amerikanischen Militärgouverneur Lucius D. Clay vereinbarten Schritte zur »Stärkung der Bizone«: Bildung einer gesetzgebenden Körperschaft über den Ländern, Ernennung von Ministern sowie weiterer »Schritte zur politischen Fusion«. Lord Pakenham bekräftigte, dass es – gemäss Clay – nun um die Schaffung eines »bizonalen Parlaments« gehe.<sup>214</sup>

211 Vgl. SAPMO-Barch DY 30/IV 2/1/10, Bl. 12.

212 »Noch immer wünschten wir den Eindruck zu vermeiden, daß wir eine Regierung schufen und eine westdeutsche Hauptstadt errichteten«, schrieb der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay später offenerherzig. Clay, Entscheidung in Deutschland, S. 201.

213 Draper Paper, 17. April 1947. In: FRUS, 1947/II, S. 482 (Übersetzung – R. B.).

214 Siehe Record of a meeting in the Commander in Chiefs Conference Room in Lancaster house, Berlin, 28th April 1947. PRO: FO 371/64367/C 6502 (Übersetzung – R. B.).

Auch maßgebende deutsche Kreise wurden in die weitergehenden Pläne und Absichten – zumindest partiell – »eingeweiht«. Darüber äußerte sich der Ministerialdirektor in der bayrischen Staatskanzlei, Gebhard Seelos, in einem Aktenvermerk am 3. Mai 1947 im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Münchener Konferenz deutscher Ministerpräsidenten: »Seit zwei Wochen sind bei den alliierten Militärregierungen Besprechungen im Gange über die Einrichtung einer politischen Koordinierung der Westzonen bis zur Errichtung einer westdeutschen Regierung.«<sup>215</sup>

Auf sowjetischer Seite handelte es sich demgegenüber um eine tatsächliche Zweigleisigkeit. Die Sowjetunion hielt an ihrer Kooperationsbereitschaft fest, um eine Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage zu erreichen, aber ihre Kooperationsfähigkeit wurde durch den Grad ihrer Kompromissbereitschaft deutlich eingeschränkt. So war sie offensichtlich weiterhin nicht bereit, einer Regelung der Deutschlandfrage auf föderalistischer Grundlage näher zu treten, was aber für alle drei Westalliierten ein Axiom für eine solche Regelung war. Diese ablehnende Haltung trat auch im Zusammenhang mit der vom bayrischen Ministerpräsidenten Ehard vorgeschlagenen Konferenz aller deutschen Ministerpräsidenten zutage.

#### 4. Die Münchener Konferenz deutscher Ministerpräsidenten – Indikator für die Westzonenoption.

##### Die Geburt der »Verelendungs- und Magnetdoktrin«

##### 4.1. Die bayrische Initiative und erste Reaktionen

Anfang Mai 1947 machte eine Aktion des bayrischen Ministerpräsidenten Hans Ehard von sich reden, die Erstaunen auslösen musste, weil sie aus dem nicht zu Unrecht separatistischer oder zumindest partikularistischer Neigungen verdächtigen Bayern kam. Es handelte sich um eine Einladung an die Ministerpräsidenten aller deutschen Länder zu einer Beratung nach München, die Anfang Juni 1947 mit dem Ziel stattfinden sollte, ein »weiteres Abgleiten des deutschen Volkes in ein rettungsloses wirtschaftliches und politisches Chaos zu verhindern ... und den Weg zu ebnen für eine Zusammenarbeit aller Länder Deutschlands im Sinne wirtschaftlicher Einheit und künftiger politischer Zusammenfassung.«<sup>216</sup> Das hörte sich gut an und konnte als eine Chance erscheinen, einen Schritt in Richtung deutscher Wirtschaftseinheit voranzukommen. Allerdings war dies nicht die wahre Motivation.

215 Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Bd. 2, S. 397.

216 Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz in München vom 6. Bis 8. Juni 1947, hrsg. von der Bayrischen Staatskanzlei, München 1947, S. 10.

In dem schon erwähnten Aktenvermerk des maßgeblich in die Vorbereitung der Konferenz einbezogenen Ministerialdirektors Seelos vom 3. Mai 1947 hieß es dazu: »Sofern die Konferenz auf Einladung Bayerns und an einem bayrischen Ort stattfindet, wird es viel leichter sein, die bayrischen föderalistischen Ziele zur Geltung zu bringen. Das Bekenntnis zur deutschen Einheit, das angesichts der außenpolitischen Lage nur Lippenbekenntnis sein kann, wird die dauernde Hetze gegen Bayern künftig zumindest recht erschweren. Insbesondere ist nicht anzunehmen, dass Sowjet-Russland seine Zustimmung zu einer gesamten Beteiligung der Ministerpräsidenten der Ostzone gibt. Russland wird damit in die unangenehme Lage versetzt, die Teilnahme der Ministerpräsidenten der Ostzone verbieten zu müssen und das Odium auf sich zu nehmen, die gesamtdeutsche Wirtschaftseinheit ... unmöglich zu machen.«<sup>217</sup>

Im Grunde ging es den Initiatoren also darum, den bayrischen Einfluss bei der föderalistischen Gestaltung des anvisierten Westzonenstaates zur Geltung zu bringen und dies mit »Lippenbekenntnissen« zur deutschen Einheit und einer formellen Einladung der ostzonalen Ministerpräsidenten zu verschleiern und zugleich durch deren erwartete Ablehnung freie Hand zu bekommen.

Die bayrische Initiative blieb in den Westzonen nicht unumstritten, sie konnte aber – angesichts großer öffentlicher Resonanz – nicht einfach wieder rückgängig gemacht werden. Das Gros der westdeutschen Politiker, ohnehin von »gesamtdeutscher« Skepsis und Zurückhaltung geprägt, stellte sich mit dem Ausbau der Bizone auf den westzonalen Sonderweg ein und wollte keine gesamtdeutschen Experimente. Doch das war nicht so ohne weiteres ersichtlich.

In dem verwirrenden Hin und Her im Vorfeld der Konferenz, mit zum Teil sich widersprechenden Erklärungen, konnte bei nicht wenigen der Eindruck entstehen, dass sich hier eine möglicherweise letzte gesamtdeutsche Chance auftat, die auf jeden Fall getestet werden müsse.

## **4.2. Der Streit in der SED um die Teilnahme und der Widerstand gegen die intransigente Haltung der SMAD**

Die offenbar von Tjul'panov inspirierte Haltung der SMAD zum Konferenzangebot beinhaltete, und zwar bevor irgendwelche Sondierungen erfolgt waren, eine rigorose und kompromisslose Ablehnung.<sup>218</sup> Wenn man das zur Position der sowjetischen Führung, die sie auf und nach der Moskauer Konferenz und mit Blick auf die Londoner Konferenz einnahm und zur geschilderten »Zurückhaltung« Stalins in Beziehung setzt, muss diese rigorose Ablehnung überraschen. Die SMAD-Haltung war nicht kritisch, sondern destruktiv. Denn, auch wenn es sich um ein sol-

217 Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Bd. 2, S. 397.

218 Tjul'panov-Memorandum, in: Bonwetsch u. a., Sowjetische Politik, S. 102.

ches angloamerikanisches Manöver handelte, wie Tjul'panov annahm,<sup>219</sup> konnten sich doch hier kontrapunktische Ansätze und Möglichkeiten ergeben bzw. positive gesamtdeutsche Impulse entwickeln, die die Initiatoren nicht gewollt hatten und die für weitergehende gesamtdeutsche Verständigungen und für eine Vier-Mächte-Regelung der Deutschlandfrage vielleicht hätten genutzt werden können. Jochen Laufer gibt in diesem Zusammenhang einige interessante Hinweise, die möglicherweise zur Aufhellung beitragen können. Danach befand sich Semenov, der ja bekanntlich stärker auf eine gesamtdeutsche Option setzte als Tjul'panov, »zum Zeitpunkt der Vorbereitung der Münchener Konferenz nicht in Deutschland.«<sup>220</sup> »Zum anderen funktionierte die Koordinierung zwischen der SMAD und dem Moskauer Außenministerium im ersten Halbjahr 1947 nicht reibungslos. Damit trat neben dem Problem der Vielfalt (besser vielleicht Mehrdimensionalität? – R.B.) der sowjetischen Deutschlandpolitik auch das Problem der Unkoordiniertheit ihrer Umsetzung auf.«<sup>221</sup>

Andererseits hatten die Ministerpräsidenten schwerlich die Kompetenz, den Willen und die Möglichkeit, die anstehenden Fragen gesamtdeutscher Willensbildung und politischer Gestaltung zu beraten und zu entscheiden. Eine Ministerpräsidentenkonferenz konnte eine gesamtdeutsche Parteienberatung nicht ersetzen, aber unter Umständen befördern.

Von solchen Erwägungen ließen sich KPD, SED und auch die beiden anderen ostzonalen Parteien sowie die ostzonalen Ministerpräsidenten, sicher mit graduellen Unterschieden und auch verbunden mit innerparteilichen Auseinandersetzungen, aber letztlich doch bemerkenswert übereinstimmend leiten.

Auf der Beratung des Zentralsekretariats der SED mit den SED-Ministerpräsidenten und anderen Funktionären am 10./11. Mai 1947 in Schierke wurde beschlossen, die Einladung zur Konferenz in München anzunehmen. In dem dort entworfenen Antwortschreiben, für das der sächsische Ministerpräsident Friedrichs auch die Unterschrift des Ministerpräsidenten der Provinz Sachsen – Anhalt, Erhard Hübener (LPD), einholte, hieß es nach der Teilnahmebekundung weiter: »Bei der Bereitschaft, unsererseits jeden Beitrag für Maßnahmen zur Verbesserung der Lage des deutschen Volkes und zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands zu leisten, sind wir der Auffassung, dass die Bildung einer deutschen Zentralverwaltung die vordringlichste Aufgabe ist, weil ohne sie eine Lösung der wirtschaftlichen Fragen kaum erfolgen könnte. Auch halten wir die Durchführung der angebahnten zentralen Besprechung der großen demokratischen Parteien Deutschlands für dringend geboten, die durch die Beratung der Ministerpräsidenten, Landtagspräsidenten, Partei- und Gewerkschaftsvertreter keineswegs überflüssig wird.«<sup>222</sup>

219 Was aber, wie feststeht, nicht der Fall war.

220 Laufer, Auf dem Wege ..., S. 46.

221 Ebenda.

222 SAPMO/Barch DY 30/IV 2/2.1/87. Zit. nach Laufer, Auf dem Wege ..., S. 41.

Die Position der SED fand in der Sitzung des Demokratischen Blocks am 16. Mai 1947 weitgehende Zustimmung. In einer Presseverlautbarung des Blocks hieß es: »In der Diskussion zu der von der bayerischen Regierung ausgesprochenen Einladung für eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der deutschen Länder kam zum Ausdruck, dass angesichts der großen Not jeder Versuch zu unterstützen ist, um unserem Volke auf einheitlicher deutscher Grundlage ein neues Leben möglich zu machen. Sie ergab Übereinstimmung darüber, dass mehr noch als die Länder mit ihren regionalen Aufgaben die großen Parteien berufen sind, gesamtdeutsche Fragen zu behandeln und den Aufbau eines neuen Deutschlands vorzubereiten.«<sup>223</sup>

Die SMAD missbilligte diese von SED und Block beabsichtigte bedingte Zusage.<sup>224</sup> Doch der SMAD gelang es offensichtlich auch weiterhin nicht, ihrer strikt ablehnenden Haltung zur Münchener Konferenz Geltung zu verschaffen. Es gab dafür weder im Parteivorstand der SED noch im Zentralsekretariat Mehrheiten. Insbesondere die ehemaligen Sozialdemokraten in Zentralsekretariat und Parteivorstand, die ehemals sozialdemokratischen Ministerpräsidenten eingeschlossen, aber auch KPD-Vertreter im Parteivorstand hielten weiterhin eine einfache Absage nicht für wünschenswert und politisch möglich. Mehr noch war Erhard Hübener entschlossen, teilzunehmen, wobei er offensichtlich, nach dem Besuch des Generalsekretärs des Länderrats der amerikanischen Zone, Erich Roßmann, weit überzogene Vorstellungen von den sich in München eröffnenden Möglichkeiten hatte.

Roßmann erklärte bei seinem Besuch in Halle am 19. Mai 1947 laut Aktennotiz Hübeners: »Man sei bereit, unseren Wünschen weitgehend entgegenzukommen ...«<sup>225</sup> Als zweiten angeblich geplanten Tagesordnungspunkt nannte er die Frage der »künftigen Reichskonstruktion«. Dies bewog Hübener dazu, auf jeden Fall an der Münchener Konferenz teilnehmen zu wollen, es sei denn, die Besatzungsbehörden würden ihm dies ausdrücklich verbieten.<sup>226</sup>

Roßmann machte auch gegenüber den Ministerpräsidenten Paul und Steinhoff weitgehende Versprechungen, die durch nichts abgedeckt waren.

So schreibt Steinhoff in seinen Erinnerungen: »Am 17. 5. war er (Roßmann – R.B.) bei Dr. Paul in Weimar, wo er namens des Länderrats erklärt hatte, dass wegen der Tagesordnung die Beratung so gehandhabt werden sollte, dass alles von der TO abgesetzt werden solle, was die fünf Ministerpräsidenten der Ostzone nicht behandelt wissen wollten und alles auf die TO gesetzt werden würde, was sie wünschten. Eine ähnliche Erklärung hat Roßmann auch mir gegenüber abgegeben.«<sup>227</sup>

Den weiteren Verlauf schildert Tjul'panov wie folgt: »Im Auftrag der Ministerpräsidenten der Sowjetischen Besatzungszone traf sich der Ministerpräsident

223 Neue Zeit, 18. Mai 1947.

224 Zit. nach Tjul'panov-Memorandum, S. 102.

225 LAM/LHA, Rep. K Ministerpräsi. Nr. 3718, Bl. 6 u. 7.

226 Für diesen Fall wollte er zurücktreten. Siehe ebenda, Nr. 3883.

227 Erinnerungen des Prof. Dr. Karl Steinhoff. SAPMO/BArch NY 30 ZPA, EA 1307, Bl. 38.



des Landes Sachsen Dr. Friedrichs am 23. Mai in der Stadt Hof (in Bayern, nahe der sächsischen Grenze) mit Dr. Ehard und dem ihn begleitenden Minister Pfeiffer. Im Gespräch mit Ehard legte Friedrichs die Auffassung der Ministerpräsidenten der Sowjetischen Zone dar, dass die Konferenz nur dann sinnvoll wäre, wenn an ihr die Präsidenten der Landtage und Vertreter der Parteien teilnehmen würden. Wie Friedrichs in seinem Bericht über das Gespräch mit Ehard erläuterte, habe dieser zwar keine grundsätzlichen Einwände gegen die Ausweitung des Teilnehmerkreises der Beratung erhoben (oder den Anschein erweckt, dass er keine Einwände hat), aber eine Reihe von Erwägungen vorgetragen, die die Erweiterung des Teilnehmerkreises der Beratung [de facto] unmöglich machten.

Ich muss erwähnen, dass Friedrichs während der Verhandlungen mit Ehard die Auffassung, dass die Konferenz in Berlin durchgeführt und ihr Teilnehmerkreis durch Vertreter der Gewerkschaften und der antifaschistischen demokratischen Organisationen erweitert werden sollte, nicht energisch genug vertreten hat. Friedrichs hat dies mit der Sorge erklärt, dadurch einen Abbruch der Verhandlungen zu provozieren und die Haltung der Ministerpräsidenten der Sowjetischen Zone völlig offen zu legen.«<sup>228</sup>

Nach erneuter Einflussnahme der SMAD<sup>229</sup> entwarf das Zentralsekretariat am 27. Mai eine Antwort an Ehard, in der nochmals das Bedauern darüber ausgedrückt wurde, dass es nicht möglich gewesen sei, die Konferenz zu erweitern und der Vorschlag wiederholt, eine Konferenz der politischen Parteien und der Gewerkschaften in Berlin durchzuführen. In bezug auf die Münchener Konferenz wurde betont, dass, wenn es um die Behebung der wirtschaftlichen Notlage des deutschen Volkes gehe, die Bildung einer deutschen Zentralverwaltung vorrangiges Gebot sein müsse. In diesem Sinne, konnte man dem Antworttext entnehmen, würden die ostzonalen Ministerpräsidenten an der Konferenz teilnehmen.

Am 28. Mai versammelten sich die ostzonalen Ministerpräsidenten in Berlin. Hübener zeigte sich nicht sehr erbaut über den vorgelegten Antworttext. »Nach dreistündiger Arbeit haben wir ihn so gewandelt, dass er diesen Eindruck (einer verklausulierten Absage – R.B.) nicht mehr unbedingt zu machen braucht und dass ich schließlich glaubte, verantworten zu können, ihn zu unterschreiben.«<sup>230</sup> Die Antwort der Ministerpräsidenten wurde an Ehard abgesandt und in der Presse veröffentlicht.

Als Antwort sandte Ehard ein Fernschreiben, in dem er mitteilte, dass der Rahmen der Konferenz nicht geändert werden könne, dass er aber dennoch erwarte, »die Münchener Besprechung möchte einen Anfang für weitere und engere Zusammenarbeit bilden und gangbare Wege für die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands weisen.«<sup>231</sup>

228 Tjul'panov-Memorandum, S. 103 f.

229 Ebenda.

230 LAM/LHA, Rep. K Ministerpräsi. Nr. 3718, Bl. 31.

231 LAM/LHA, Rep. K Ministerpräsi. Nr. 3718, Bl. 34.

Damit erweckte Ehard den Eindruck, als ob es in München sehr wohl möglich sein würde, auch über Probleme der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands zu reden. Genau das war aber nicht der Fall, und es gab genügend Anhaltspunkte, das zu bezweifeln.

Die Einwände der SMAD gegen eine Teilnahme waren ja nicht gänzlich unbegründet. Faktisch war es nicht gelungen, den ostzonalen Wünschen und Auffassungen in irgendeiner Form Geltung oder wenigstens eine gewisse Anerkennung zu verschaffen. Wenn das nicht in der Vorbesprechung, die am Vorabend in München stattfinden sollte, durch Einflussnahme auf die Tagesordnung, über deren Vorbereitungsstand man bisher nicht weiter informiert worden war (in Wirklichkeit stand sie schon, auf die Bizonenentwicklung zugeschnitten, fest!), wenigstens zu einem Teil oder in einem Punkte gelingen würde, erschien eine Teilnahme politisch kaum sinnvoll und möglich. So sah man es auch im Zentralsekretariat auf seiner Sitzung am 3. Juni 1947.

Hier kam es erneut zu Auseinandersetzungen, wie Tjul'panov zu berichten weis: »Vor dieser Sitzung hatten die ehemaligen Sozialdemokraten im Zentralsekretariat der SED offensichtlich irgendeine Beratung abgehalten, auf der sie übereingekommen waren, den alten Beschluss zur Frage der Münchener Konferenz im Sinne der Notwendigkeit einer Teilnahme an der Konferenz ohne Vorbedingungen abzuändern.

Auf der Sitzung des Zentralsekretariats sprach als erster der ehemalige Sozialdemokrat Karsten, jemand der seit dem Moment der Vereinigung der SED auf den Sitzungen des Sekretariats kein einziges Mal zu politischen Fragen das Wort ergriffen hatte. Karsten sagte: »Angesichts der entstandenen Lage müssen wir an der Münchener Konferenz teilnehmen. Die ganze Last der Schuld an einem Zusammenbruch der Konferenz wird auf den Schultern der SED liegen. Wir müssen um jeden Preis an der Konferenz teilnehmen.« Die Sekretariatsmitglieder Meier, Käthe Kern und Gniffke vertraten diesen Standpunkt ebenfalls hartnäckig. Als etwas wankelmütig erwies sich Fechner. Er schlug vor, dass nur 2 Ministerpräsidenten zur Konferenz fahren sollten. Gegen eine Teilnahme an der Konferenz sprachen sich Ulbricht, Ackermann und Elli Schmidt aus. Grotewohl drückte die Ansicht aus, dass man zur Konferenz fahren müsse, um sie zu sprengen.

Da die Mehrheit der Mitglieder des Zentralsekretariats sich für die Teilnahme an der Münchener Konferenz aussprach, machte Ulbricht den Vorschlag, eine außerordentliche Tagung des Parteivorstands einzuberufen und die Frage der Haltung zur Münchener Konferenz noch einmal zu erörtern. Meier sprach sich scharf dagegen aus und erklärte, dass Ulbricht mit seinem Vorschlag Druck auf die Mitglieder des Zentralsekretariats ausüben wolle, um den alten Standpunkt durchzusetzen. Daraufhin schlug Ulbricht in Weiterentwicklung des Gedankens von Grotewohl folgenden Kompromiss vor: Zur Konferenz fahren, aber mit der Absicht, dass die Ministerpräsidenten der sowjetischen Zone dort als entscheidende Vorbedingung für die erfolgreiche Durchführung der Konferenz den Vorschlag machen,

als ersten Tagesordnungspunkt die Frage der Bildung einer Deutschen Zentralverwaltung, die als Resultat eines Übereinkommens der demokratischen Parteien und der Gewerkschaften geschaffen werden soll, aufzunehmen. Für den Fall der Ablehnung dieses Vorschlags sollte man eine Erklärung verlesen und die Konferenz verlassen. Der Vorschlag Ulbrichts wurde angenommen. Zur Ausarbeitung des Wortlautes der Erklärung wurde eine Kommission, bestehend aus Ulbricht, Fechner und den Ministerpräsidenten, gebildet. Der von ihnen ausgearbeitete Entwurf der Erklärung wurde mit einigen Veränderungen vom Zentralsekretariat der SED gebilligt. Ihre Verlesung auf der Münchener Konferenz wurde dem Ministerpräsidenten der Provinz Brandenburg Steinhoff übertragen.«<sup>232</sup>

Auffassungen, dass dieser Beschluss zur Tagesordnung eine »alles oder nichts«-Forderung gewesen sei, die die Sprengung der Konferenz beabsichtigt hätte,<sup>233</sup> gehen doch wohl gänzlich fehl. Wenn Ehard und Roßmann es ernst damit meinten, was sie gesagt hatten, hätte doch ein Meinungs-austausch über die Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung als wichtiger Schritt in Richtung deutsche Wirtschaftseinheit oder ein Statement der ostzonalen Ministerpräsidenten zur Darlegung ihrer Sichtweisen möglich sein müssen.

Es zeigte sich überdies im weiteren Verlauf, dass auch die der SED angehörenden Ministerpräsidenten trotz ihres »Auftrages« keineswegs auf eine Sprengung der Konferenz Kurs nahmen, sondern durchaus – im Rahmen des Zumutbaren – kompromiss- und verständigungsbereit waren. Der Auszug der ostzonalen Ministerpräsidenten war somit nicht vorprogrammiert, sondern wurde von der westzonalen Seite, wie sich zeigen sollte, provoziert; denn man wollte die Bizonen und den westzonalen Sonderweg nach Westeuropa und daher keine gesamtdeutsche Verständigung, die das hätte in Frage stellen, erschweren oder gar blockieren können.

### **4.3. »Mannesmut vor Königsthronen«:**

#### **Ministerpräsident Erhard Hübener (LDP) Teilnahmegenehmigung oder Rücktritt**

Erst in allerletzter Minute gab die SMAD schließlich ihr endgültiges Placet, wobei offen bleiben muss, was den Ausschlag gegeben hat. Als Hübener am 3. Juni 1947 bei Sokolovskij war, glaubte er dessen Worten entnehmen zu können, dass die vier anderen Ministerpräsidenten nicht nach München fahren würden. Hübener erklärte, er würde fahren, es sei denn die SMAD würde es verbieten. Für diesen Fall kündigte er seinen Rücktritt an.<sup>234</sup>

Da keine Genehmigung zur Teilnahme erfolgte, entwarf Hübener am 4. Juni 1947 sein Rücktrittsschreiben. Darin stellte er fest: » Eine unüberbrückbare Meinungsverschiedenheit zwischen den maßgebenden Kreisen der Ostzone und mei-

232 Tjul'panov-Memorandum, S. 105.

233 Laufer, Auf dem Wege ..., S. 50; ähnlich Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. III, S. XXXV.

234 LAM/LHA, Rep. K Ministerpräsi. Nr. 3883, Bl. 6.

nen Anschauungen liegt in der deutschen Frage. Auch ich hielt es durchaus für möglich, dass in München der Versuch gemacht würde, Deutschland in das Schlepptau der amerikanischen Politik zu nehmen.« Aber er zöge daraus andere Konsequenzen, nämlich, »hinzugehen und gegen jeden derartigen Versuch mit aller Gewalt anzugehen.«<sup>235</sup>

Handschriftlich fügte Hübener später auf eines der Schreiben hinzu, dass die Absendung nicht erfolgt sei, da am Abend des 4. Juni 1947 die Genehmigung zur Reise erteilt worden sei.

Am 5. Juni traf man sich zu viert in Rodaborn und fuhr gemeinsam nach München ins Hotel Schottenhamel weiter. Infolge einer Verzögerung musste Steinhoff hinterherfahren, wobei er für die Strecke Potsdam – München mit seinem Mercedes-Kompressor »auf den damals noch wegen der Kriegshandlungen beschädigten Autobahnen und mit Umleitungen infolge zerstörter Brücken«<sup>236</sup> acht Stunden benötigte.

#### **4.4. Die ostdeutsche Teilnahmeentscheidung und die westdeutschen Vorpositionierungen. Die späte Wahrheit über den Verlauf der Vorbesprechung**

Nach einem freundlich-höflichen Abendessen, das noch hoffnungsvoll stimmen konnte, änderte sich das Klima in der sich anschließenden Vorbesprechung jäh. Die Besprechung versteifte sich schnell und endete schon bald mit dem Eklat des Abbruchs und des Auszugs. Die schlimmsten Befürchtungen der ostzonalen Ministerpräsidenten wurden noch durch die Intransigenz der westzonalen Seite, die in direkte Feindseligkeit umschlug, bei weitem übertroffen. Nur Hübener sah das nicht ganz so schlimm, wie es tatsächlich war.

Was den Hergang anbelangt,<sup>237</sup> so kann man sich den Ausführungen von Rolf Steininger, der sich wohl am längsten und intensivsten mit der Münchener Konferenz befasst hat, weitgehend anschließen, wenn er schreibt: »Noch ehe die Konferenz begann, verließen die Regierungschefs der Ostzone München. Jahrzehntlang ist darüber gerätselt worden, was sich in jener Nacht vom 5. auf den 6. Juni

235 LAM/LHA, Rep. K Ministerpräsi. Nr. 3883, Bl. 6.

236 Einnerungen. SAPMO/Barch NY 30/EA 1307, Bl. 39.

237 Vorgeschichte und Verlauf der Konferenz sind, was die »westliche« Seite betrifft, seit den 70er Jahren gründlich erforscht, jüngst kann dies auch für die »östliche« Seite konstatiert werden, obwohl die Interpretationen auseinandergehen, siehe dazu Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. III, S. XXXV u. Dok. 72 u. 73; Laufer, Auf dem Wege zur staatlichen Verselbständigung der SBZ. Neue Quellen zur Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten 1947, S. 102-108 ( »Memorandum S. Tul'panovs für M. Suslov über »Die SED und die Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten Deutschlands« vom 11. Juni 1947, in dem die Vorgänge aus Sicht der SMAD detailliert geschildert und analysiert werden.). Siehe ansonsten: Steininger, Deutsche Geschichte seit 1945, Bd. 1, Frankfurt am Main 1996, S. 307 ff. sowie Bd. 1 der vierbändigen deutschen Geschichte, Frankfurt am Main 2002, S. 313 ff. und vor allem derselbe, Zur Geschichte der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, VfZ 23, 1975, S. 375-453; Grünewald, Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947 (1971); Overesch, Die Reise des Generalsekretärs des Länderrates Roßmann in die Ostzone vom 15. bis 20. Mai 1947, VfZ 23, 1975, S. 454-466.

abgespielt hat. Das geheime Protokoll, das erst 1975 veröffentlicht werden konnte, gibt Aufschluss darüber und macht es deutlich: Die ostzonalen Ministerpräsidenten beharrten keineswegs bedingungslos auf ihrer Forderung; sie reduzierten sie vielmehr auf den Wunsch, lediglich eine Erklärung ›entsprechend dem Antrag‹ verlesen zu dürfen, und zwar mit der ausdrücklichen Versicherung, dass daraus nicht das werde, was die Westdeutschen befürchteten: eine politische Demonstration, denn ›keiner der Konferenzteilnehmer dürfe bei ihnen eine hundertprozentige Taktlosigkeit voraussetzen, auch wenn sie aus der russischen Zone kämen‹, wie das der Ministerpräsident von Thüringen, der ehemalige Sozialdemokrat Rudolf Paul, formulierte.

Aber die Regierungschefs aus den Westzonen gestanden ihnen auch dies nicht zu. Der Hinweis von Paul, er überlasse es dem Urteil der Anwesenden, ob eine Schuld bei den Vertretern aus der Sowjetzone liege oder nicht, dass sie erst am Abend nach München gekommen seien, verhalte ungehört; die westdeutschen Länderchefs ließen sich zu einer geradezu feindseligen Haltung hinreißen, sprachen von einem ›Ultimatum‹ der ›russischen Herren‹, wussten damit auch, warum diese keine Sachbearbeiter mitgebracht hatten und sahen in allem nur den ›kommunistischen Pferdefuss‹.

War das alles wirklich so, oder sahen die Dinge nicht doch anders aus? Von den zwölf in München vertretenen Regierungschefs aus den Westzonen gehörten sieben der SPD an. Insbesondere sie blieben kompromisslos gegenüber den Regierungschefs aus dem Osten, denen sie jede Legitimation absprachen, für die Bevölkerung der Ostzone zu sprechen. Man hatte nicht vergessen, dass die SPD in der Ostzone ein Jahr vorher, wie sie es sahen, unter den Bajonetten der Roten Armee mit der KPD zur SED zwangsvereinigt worden war. Was man nicht wahrhaben wollte, war die Tatsache, dass einige der ostzonalen Regierungschefs eben keine ›russenhörigen‹ Kommunisten waren, sondern Liberale und ehemalige Sozialdemokraten, die auf Unterstützung aus dem Westen hofften und auf sie angewiesen waren, wollten sie nicht ihre Positionen gezwungenermaßen aufgeben. Das wird besonders deutlich beim Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Erhard Hübener.<sup>238</sup>

Die der SED angehörenden Ministerpräsidenten, die sich durchaus flexibel und kompromissbereit gezeigt hatten,<sup>239</sup> handelten nicht nur gemäß ihrem Auftrag, wenn sie nicht an der Konferenz teilnahmen, sondern auch aus der Überzeugung, dass eine Teilnahme unter diesen Umständen eine unzumutbare und politisch nicht zu verantwortende Selbstpreisgabe bedeutet hätte.<sup>240</sup> Hübener übte unwillig Solidarität, ohne von den Argumenten überzeugt zu sein.

238 Steininger, Deutsche Geschichte, Bd. 1(1996), S. 313 f.

239 Tjul'panov irrte oder berichtete bewußt falsch, wenn er in seinem Memorandum behauptete, die ostzonalen Ministerpräsidenten hätten die sowjetischen »Empfehlungen« strikt befolgt (S. 107).

240 Dies macht auch der thüringische Ministerpräsident Paul in seinem ausführlichen Bericht auf der außerordentl. Regierungssitzung am 7. Juni 1947 überzeugend deutlich. Siehe ThLHA, Büro Min.präsid., Nr. 460, Bl. 192-200.

#### 4.5. Den Westzonenstaat fest im Visier. Die »Verelendungs- und Magnetdoktrin«

Der Gründe für das Fehlschlagen der Münchener Konferenz als gesamtdeutsche Konferenz waren ebenso eindeutig, wie die Konsequenzen, die sich daraus ergaben. Nochmals ein Rekurs auf Steininger: »Die westdeutschen Regierungschefs waren sich der Konsequenzen dessen, was sich da in München abspielte, durchaus bewusst. Als die Ostzonenvertreter den Sitzungssaal der Bayerischen Staatskanzlei verließen, kommentierte Ministerpräsident Ehard dies mit den Worten, dass ›dieser Vorfall die Spaltung Deutschlands bedeute‹. Genauso werteten viele Beobachter die gescheiterte Konferenz. Ob München die ›letzte bedeutende Chance‹ war, deutscherseits den Zerfall Deutschlands in die Teilstaaten BRD und DDR zu verhindern, und ob es daher die ›historische Schuld‹ führender deutscher Politiker ist, diese Chance ›vorsätzlich oder fahrlässig‹ nicht wahrgenommen zu haben, muss angesichts von beginnendem Kaltem Krieg, Bipolarisierung der Weltpolitik und unterschiedlichen Interessen der Großmächte in Deutschland zumindest bezweifelt werden. Wenn von ›Schuld‹ oder ›nicht wahrgenommener Chance‹ die Rede ist, dann wohl nur in dem Sinne, dass die westdeutschen Regierungschefs nicht bereit waren, alle Möglichkeiten auszuloten, das gesamtdeutsche Gespräch – in welchem Rahmen auch immer – zu führen (nur dann hätte z. B. auch sinnvoll über die Wiedezulassung der SPD in der Ostzone gesprochen werden können), auch in dem Bewusstsein, dass Politik in Deutschland dann sicherlich noch komplizierter und mühsamer geworden wäre und dass diese Gespräche möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt an unüberwindbaren Gegensätzen gescheitert wären. Dazu hätte es jedoch viel Mut gebraucht. Zumindest wäre damit einer Legendenbildung um deutsche ›Schuld‹ oder ›Unschuld‹ an der Teilung Deutschlands vorgebeugt worden.

Aber die westdeutschen Regierungschefs hatten weder den Mut noch den Willen zum Gespräch mit ihren ostdeutschen Kollegen; es kam zu keiner Demonstration nationaler Einheit. (Über den nötigen ›Spielraum‹, den sie hatten oder nicht hatten, und ob angesichts der internationalen Entwicklung alles nicht schon längst zu spät war, kann man trefflich streiten. An gegenseitigen Beschuldigungen fehlte es damals jedenfalls nicht. Für das Scheitern in München waren die westdeutschen Regierungschefs verantwortlich – niemand sonst, ausnahmsweise auch nicht die Westalliierten ... Bekenntnisse zur Einheit – auch und gerade von westdeutscher Seite – blieben von nun an jedenfalls Lippenbekenntnisse.«<sup>241</sup> »Von München führte die Entwicklung in Deutschland beinahe geradlinig zur Gründung von Bundesrepublik und DDR.«<sup>242</sup>

Die Taktik der westzonalen Ministerpräsidenten war zweifellos im doppelten Sinne erfolgreich. Der Auszug und die Abreise der ostdeutschen Ministerpräsidenten

241 Steininger, Bd. 1(1996), S. 317 ff.

242 Steininger, Deutsche Geschichte in vier Bänden (2002), Bd. 1, S. 317.

ten sprachen doch, da man im Westen die Gründe unterschlug oder verfälschte, mehr gegen als für sie. Da man offensichtlich mit denen nicht konnte und die nicht wollten, war der Weg nun frei für die angeblich »zweitbeste Lösung«, den Westweg. Das hatte weitgehende Konsequenzen. Am deutlichsten hatte das schon am Vorabend der Konferenz der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher zum Ausdruck gebracht. Nachdem er am 28. Mai 1947 in einem abschließenden Gespräch mit westzonalen CDU-Politikern die »nationale Repräsentationspolitik« endgültig abgelehnt hatte,<sup>243</sup> erteilte er auf einer Tagung der Führungsgremien der westzonalen SPD, die am 31. Mai und 1. Juni 1947 in Frankfurt am Main stattfand, auch öffentlich allen Möglichkeiten einer gesamtdeutschen Verständigung eine in ihrer Schärfe und Konsequenz kaum zu überbietende Absage. Aus Anlass des Clay-Robertson-Abkommens über die Schaffung des bizonalen Wirtschaftsrates gab Schumacher zwar ein Lippenbekenntnis zur demokratischen nationalen Einheit aber, erklärte aber sodann die Magnet-Theorie zur einzig möglichen deutschlandpolitischen Strategie: »Es ist realpolitisch vom deutschen Gesichtspunkt aus kein anderer Weg zur Erringung der Einheit Deutschlands möglich, als die ökonomische Magnetisierung des Westens, die ihre Anziehungskraft auf den Osten so stark ausüben muss, dass auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparates dagegen kein sicheres Mittel ist. Es ist gewiss ein schwerer und vermutlich langer Weg ...«<sup>244</sup>

Das bedeutete nicht mehr und nicht weniger, dass man anstelle von mit Risiken behafteten Verständigungsbemühungen lieber den vielversprechenderen westzonalen Sonderweg ohne Ostzone vorzog, ziemlich kaltschnäuzig auf eine Verelendung der Ostzone setzte, da sie allein kaum lebensfähig sein würde und überdies bei einer Teilung Deutschlands für die Reparationsleistung an die Sowjetunion vollständig allein aufzukommen hatte. Und außerdem: Da die demokratische Perspektive der SBZ in hohem Maße mit der Einheitsperspektive zusammenhing, war ihre Abkopplung direkt demokratiegefährdend – aber darüber machte man sich offenbar weder Gedanken noch Skrupel.

Von Schumachers Positionierungen ausgehend, legte die westzonale SPD Grundpositionen in der »deutschen Frage« fest, die auf lange Zeit die sozialdemokratische Politik bestimmen sollten.

Die Hauptpunkte waren:

1. Verhandlungen mit Repräsentanten der SBZ, insbesondere mit der SED, und die Bildung von Gremien im Sinne einer nationalen Repräsentation und für die Herstellung eines gesamtdeutschen Staates auf dem Verständigungswege sind abzulehnen.

2. Die Einheit Deutschlands kann nur durch Anschluss der Länder der sowjetischen Besatzungszone und deren politische Angleichung an die westzonalen Länder hergestellt werden.

3. Der Ausbau der Westzonen soll so erfolgen, dass sie auf die Ostzone ökonomisch-soziale Magnetwirkung ausüben.

243 Siehe Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, Berlin/Bonn 1982, S. 106.

4. Für Berlin muss die Westzonenwirtschaft maßgebend sein; Berlin als »eine mächtige Außenbastion und als ein politisches Einflusszentrum für die Ostzone«. <sup>245</sup> Demzufolge leisteten die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten einen entscheidenden Beitrag dafür, dass die Münchener Konferenz aller deutschen Ministerpräsidenten von westdeutscher Seite gezielt zum Scheitern gebracht und die Konferenz zu einer Bizonenkonferenz umfunktioniert wurde.

#### 4.6. Ostzonale Auseinandersetzungen und Konsequenzen

Die Enttäuschung über München war in der Ostzone groß, das Gefühl des Abgeschriebenwerdens verstärkte sich. Der offizielle Standpunkt der SED-Führung <sup>246</sup> wurde von vielen kritisch hinterfragt, der »Auszug« der ostzonalen Ministerpräsidenten kontrovers diskutiert – auch in der SED und selbst im Parteivorstand, wie die sowjetischen Beobachter feststellen mussten. <sup>247</sup>

In der SED gab es Auffassungen, wie Tjul'panov gegenüber Pieck hervorhob, »Einheit Deutschlands gut gestellt – aber doch – ob Föderalismus besser als Spaltung in 2 Teile ... Überlegungen, ob von SMA distanzieren – zur oppos. Partei gegen SMA ob auf westl. Demokratie orientieren [-] Schwankungen im PV wegen Zulassung SPD in Ostzone – örtlich in Sachsen [-] Im Einheitsgedanken bürgerl. Nationalismus«. <sup>248</sup>

Offenbar fürchtete die SMAD (wie noch zu dieser Zeit auf der anderen Seite die Westalliierten auch), dass ein Drang nach »nationaler Einheit« um sich greifen könne, der sich prinzipienlos über alle zu berücksichtigenden politischen Bedingungen hinwegsetzen würde.

Solche Ansätze des »bürgerlichen Nationalismus« konnte die SMAD aber vor allem in CDU und LPD feststellen, wo viele in bezug auf München dahin tendierten, dass man unter allen Umständen hätte teilnehmen müssen. So wurde von Seiten der Berliner CDU-Führung zwar festgestellt, dass »die Repräsentanten der Ostzone keinem ausreichenden Verständnis begegnet« seien, aber die Union dennoch »den Auszug der Ministerpräsidenten der Ostzone aus der Konferenz bedauern« müsse. <sup>249</sup> Auch in Aussprachen in den Landesregierungen nahmen Vertreter von CDU und auch der LPD <sup>250</sup> in ähnlichem Sinne zu den Vorgängen in München Stellung.

244 Rede vom 31.5.1947. In: Acht Jahre Sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1953, S. 26.

245 Ebenda, S. 27.

246 Siehe Warum mußte die Münchener Konferenz scheitern? Berlin 1947.

247 Siehe Memorandum Tul'panovs für M. Suslov über die Tagung des Parteivorstandes der SED vom 1-3. Juli 1947. Bonwetsch et.al., Sowjetische Politik ..., S. 112.

248 Pieck-Notizen, S. 128.

249 Die Union zur Münchener Konferenz. In: Neue Zeit, 17. Juni 1947. Siehe auch BA NL Jakob Kaiser und Elfriede Kaiser, Nr. 76.

250 So billigte das Kabinett des Landes Brandenburg nur »in seiner Mehrheit die Haltung der Ministerpräsidenten der Ostzone.« BLHA Ld. Br. Rep. 203 Mdl, Nr. 3, Bl. 253.



Bis München war für den »normalen« Bewohner der Ostzone klar gewesen, dass sein zonales Dasein nur vorübergehender Natur sein würde und die Einheit Deutschlands früher oder später, aber auf jeden Fall, ganz gleich wie, kommen würde. So sahen es auch durchweg die ostzonalen Politiker, und die Umgestaltungen galten ihnen, bei allen zu machenden kritischen Einwendungen und Anmerkungen und in Erwartung einer gesellschaftspolitisch zumindest angenäherten Entwicklung in den Westzonen, als dem einheitlichen Deutschland zugeordnet.

München legte nun offen, dass es zwei unterschiedliche Nachkriegswege auf deutschem Boden geben würde und sich die Frage auftat, waren sie noch irgendwie zusammenzuführen und wie oder waren die Gegensätze schon unüberbrückbar, und was dann? Alles musste neu durchdacht werden. Welche Konsequenzen drängten sich auf? Müssten angesichts veränderter Bedingungen und Perspektiven neue Wege beschritten werden? Wenn ja, welche?

Zunächst hielt man in der Ostzone allenthalben an den gesamtdeutschen Orientierungen und Bemühungen fest und dies schien auch bei der SMAD und in Moskau der Falle zu sein.

#### **4.7. LDP und CDU in der Orientierungskrise**

Nach München glaubte man in der Ostzone zunächst allenthalben weiterhin an eine greifbare gesamtdeutsche Zukunft oder man hoffte zumindest immer noch darauf.

Ausgehend davon, dachte man in CDU und LPD zunehmend in Richtung Ost/West-Ausgleich und Überbrückung, nicht zuletzt durch Abschluss der Umgestaltungen und einen demokratischen und rechtsstaatlichen Ausbau der SBZ. Andere wollten die Umgestaltungen sogar weitgehend rückgängig machen.

Solange Moskau und SMAD noch stark an die Möglichkeit eines Durchbruchs auf der Londoner Konferenz in Richtung einer Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage glaubten, sahen sie sich weiterhin veranlasst, CDU und LPD als politischen Faktor ernst zu nehmen. Denn man war sich darüber im klaren, dass die SED in einem Gesamtdeutschland nicht die einflussreichste politische Kraft werden würde, und man war anscheinend bereit, dies unter Umständen hinzunehmen. Die SMAD schätzte die Bedeutung dieser Parteien und die Tatsache, dass viele ihrer Politiker eine loyale Einstellung gegenüber der Sowjetunion bzw. der sowjetischen Besatzungsmacht bekundeten, zu recht im Zusammenhang mit einer zukünftigen gesamtdeutschen Gestaltung sehr hoch ein.

Gegenüber dem Vorsitzenden der ostzonalen CDU, Jakob Kaiser, erklärte Tjul'panov in einem Gespräch am 18. August 1947: »Wir wissen, dass die CDU die stärkste Partei ist und wahrscheinlich auch in einer künftigen deutschen Regierung einen sehr starken Einfluss haben wird, stärker als die SED. Wir wollen mit der CDU wirklich arbeiten, nicht nur spielen. Voraussetzung: keine sowjet-

feindliche Politik.« Und warnend fügte er allerdings hinzu: »Die Frage der Ostgrenze ist erledigt. Hier ist kein Kompromiss möglich. Wenn Sie eine andere Haltung einnehmen, müssen Sie sich die politischen Folgen ... überlegen.«<sup>251</sup>

Die Deutschlandfrage war allerdings im Sommer 1947 keineswegs noch so offen, wie sowjetischerseits offensichtlich angenommen wurde. Tjul'panov bekundete gegenüber Jakob Kaiser noch im August 1947 einen doch recht oberflächlichen Optimismus: »Je größer das Geschrei, desto näher die Verständigung.«

Die SMAD verfuhr gegenüber den beiden anstehenden Parteitag von LPD und CDU großzügig, indem sie gestattete, dass an ihnen in großer Zahl westzonale Politiker nicht nur teilnahmen, sondern zum Teil sogar referierten.

Auf dem 2. Parteitag der LPD, der Anfang Juli 1947 stattfand, begann der Parteivorsitzende Wilhelm Külz sein Referat mit einer Frage und mit der Suche nach dem archimedischen Punkt: »Wohin gehen wir? Man ist versucht, mit Heraklit zu antworten: pantha rhei, alles ist in Fluss. Im selben Augenblick aber klingt sofort jedem Politiker, der zum Volke spricht, das Gebot des Archimedes entgegen: Gib mir, wo ich stehe!«<sup>252</sup> Doch er hatte offensichtlich große Mühe, diesen Punkt zu finden; unentschlossen umriss er seine Position dahingehend: »Wir kennen weder eine östliche noch westliche Orientierung, nur eine kennen wir: Deutschland! Wir vermeiden es auch ganz grundsätzlich, die Zonen gegeneinander auszuspielen.«<sup>253</sup> Diesem Deutschland als Herzstück Europas käme eine Mittlerrolle zwischen Ost und West zu. Külz anerkannte die auf einen dezentralisierten Einheitsstaat zielende Deutschlandpolitik der Sowjetunion und lehnte den Föderalismus, der in der Sowjetunion mit seinen vielen Nationen seine Berechtigung habe, für Deutschland ab. Er bekannte sich zur weiteren Zusammenarbeit mit der SED und zur Fortführung der Blockpolitik. Dabei machte er gleichzeitig deutlich, dass er die gesellschaftspolitischen Umgestaltungen in der SBZ für abgeschlossen halte und nunmehr ein »rechtsstaatlicher Ausbau« der Verhältnisse notwendig sei.

Während sich auf der einen Seite mit Johannes Dieckmann Kräfte auf dem Parteitag artikulierten, die stark auf die Fortsetzung des ostzonalen Weges an der Seite der SED setzten, forderte der Vorsitzende des Landesverbandes Thüringen, Alfons Gaertner, im Wirtschaftsreferat des Parteitags unter Berufung auf Wilhelm Röpke die Errichtung einer Wirtschaftsordnung nach neoliberalen Grundsätzen, erhob Einwände gegen »Staatskonzerne« und Wirtschaftsplanung und plädierte für eine uneingeschränkten Stärkung der Privatwirtschaft.<sup>254</sup> Damit machte er sich zum Sprecher derjenigen, die für eine Angleichung der ostdeutschen Verhältnisse an die der Westzonen votierten und die weitere Blockzusammenarbeit offen oder verdeckt in Frage stellten.

251 BA, Nachlaß J.Kaiser u.Elfriede Kaiser, Nr. 85.

252 Zweiter Parteitag der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands vom 4. bis 7. luti 1947 in Eisenach, Berlin o. J., S. 19.

253 Ebenda, S. 24 f.

254 Siehe ebenda, S. 79 ff.

Es war verständlich, dass der am Parteitag teilnehmende Franz Blücher, einer der führenden liberalen Politiker aus den Westzonen, dazu meinte, »dass große grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten gar nicht da seien.«<sup>255</sup>

Mit der Wiederwahl von Wilhelm Külz zum Parteivorsitzenden entschied sich die Mehrheit der Delegierten jedoch für eine Fortsetzung der Politik der Blockzusammenarbeit.

Zwei Tage nach dem Parteitag wurden vom überzonalen Koordinierungsausschuss der liberalen Parteien »Grundsätze der Demokratischen Partei Deutschlands« als eine gemeinsame Ost/West-Plattform verabschiedet, die in starkem Masse von neoliberalen Gedankengut geprägt waren. Die LDP befand sich offensichtlich in einer Zerreißprobe.

Das traf auch auf die ostzonale CDU zu, allerdings mit dem Unterschied, dass hier an der Spitze mit Kaiser und Lemmer zwei Politiker standen, die in der entstandenen Situation weit weniger als Külz an der Spitze der LPD bereit waren, den ostzonalen Weg fortzusetzen.

Kaiser hatte seine engen Kontakte zu den Spitzen von OMGUS in den letzten Monaten stetig ausgebaut und machte in vertraulichen Gesprächen über seine prowestliche Position keinen Hehl. Vor dem 2. Parteitag der CDU informierte sich Kaiser in Gesprächen mit dem politischen Berater Clays, Robert Murphy, eingehend über die US-Politik. Murphy sicherte ihm wiederholt zu, dass die USA nicht aus Deutschland und Europa abziehen würden und auch in Berlin zu bleiben gedächten.<sup>256</sup>

Über die neue US-Direktive JCS 1779 zeigte sich Kaiser in Notizen vom 16. Juli 1947 in einem merkwürdigen Widerspruch zu seinem formellen Festhalten an Sozialismusvorstellungen und Absagen an den Kapitalismus enthusiastisch.<sup>257</sup>

Der 2. Parteitag der CDU, der vom 6. bis 8. September 1947 in Ost-Berlin stattfand,<sup>258</sup> wurde zu einem politischen Ereignis. Neben Vertretern der SMAD nahmen auch hochrangige westalliierte Offiziere teil.<sup>259</sup>

Als Hauptreferent des Parteitags appellierte Jakob Kaiser zunächst an die Besatzungsmächte, den heraufziehende Ost/West-Konflikt nicht auch auf Deutschland zu übertragen und mahnte für das deutsche Volk die Zuerkennung der »eigenen politischen Führung über die Zonengrenzen« hinweg an. Er sprach sich für eine Verständigung aller deutschen Parteien aus, kritisierte die ablehnende Haltung Schumachers und schlug erneut die Bildung eines Deutschen Konsultativrates als Vorstufe zur Schaffung deutscher Zentralverwaltungen vor. In letztlich unverbindlichen Deklamationen beschwor er seine Positionen des Brückenschlags,

255 Ebenda, S. 55.

256 Siehe FRUS, 1947/II, S. 874-876, 886; BA NL Jakob Kaiser und Elfriede Kaiser, Nr. 85.

257 Siehe BA NL Jakob Kaiser und Elfriede Kaiser, Nr. 85.

258 Siehe Stenographisches Protokoll des 2. Parteitages der Christlich-Demokratischen Partei Deutschlands, Hauptvorstand der CDU, Nr. 2160 (nicht durchnummeriert; danach auch die folgenden Zitate).

259 Siehe Bonwetsch et al., Sowjetische Politik ..., Dok. Nr. 29, S. 127.

der Vermittlerrolle Deutschlands und einer anzustrebenden politischen und sozialen Synthese auf deutschem Boden, die auch notwendige Sozialisierungsmaßnahmen einschlieÙe. Kaiser bekräftigte seine Auffassung, »dass das Zeitalter liberalistischer, kapitalistischer Ordnungen« vorbei sei und suchte die CDU zwischen den Polen zu positionieren: »Wir wollen weder Kapitalismus noch marxistischen Kollektivismus.«

Einer Analyse, Bewertung und Kritik derjenigen westzonalen Erscheinungen, Aktivitäten und Entwicklungstendenzen, die zu seinen Positionen im eindeutigen Widerspruch standen, enthielt sich Kaiser gänzlich. Stattdessen richtete er seine Kritik in voller Breite auf SED, Blockpolitik und Entwicklungen in der SBZ.

Kaiser warf der SED vor, sie versuche »mit ihrem totalitären und revolutionären Willen die Union zu überspielen.« Er kündigte an, die CDU wolle die Funktion einer »regulierenden Opposition« ausüben und sehe ihre politische Aufgabe darin, »Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen« zu sein.

Wenn Kaiser in diesem Zusammenhang von einer Auseinandersetzung zwischen »dogmatischem Marxismus mit seinem totalen Willen einerseits und einer Welt, der die persönliche Freiheit und das Recht der Persönlichkeit oberstes Gesetz ist« andererseits sprach, dann kolportierte er eine Sichtweise, wie sie derjenigen des US-amerikanischen Kreuzzuges gegen Kommunismus und Totalitarismus im Zeichen des kalten Krieges entsprach. Das war faktisch eine Parteinahme im kalten Krieg gegen die Sowjetunion und eine Rücknahme seiner eingangs beschworenen Mittlerposition.

Geradezu wie eine Ohrfeige für die anwesenden SMAD – Offiziere musste es wirken, was Kaiser als die politisch entscheidenden Fragen, als Kernprobleme der Deutschlandfrage bezeichnete. Unter Missachtung vorheriger Warnungen seitens der SMAD erklärte er, dass »Deutschland nach dem Wiederbesitz seines Bodens verlangt, der seinen Menschen viele Jahrhunderte hindurch Heimat war« und mahnte in diesem Sinne eine umgehende Regelung der Ostgrenze an. Überdies lehnte er Reparationen aus der laufenden Produktion ab und bezeichnete außerdem noch die materielle Hilfe von außen, sprich Marshallplan, als dringend notwendig.

Das Wirtschaftsreferat auf dem Parteitag hielt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold. Eine ganze Phalanx westzonaler bzw. westberliner Politiker wie Friedensburg, Schreiber, Tillmann, Landsberg trat auf, machte aus ihrer prowestlichen Haltung kein Hehl, kritisierte mehr oder weniger offen die Sowjetunion und die Verhältnisse in der Ostzone, vor allem auch die Blockpolitik und pries den Marshallplan. Unter diesen Umständen hatten es Politiker wie Otto Nuschke, Reinhard Lobedan, Luitpold Steidte schwer, ihrer durchaus auch kritischen Parteinahme für den ostzonalen Weg und damit der sich von der Berliner Zentrale unterscheidenden Stimmung in den Landesverbänden, Gehör zu verschaffen.

Die SMAD beschönigte in ihrem Bericht nach Moskau die tatsächliche Situation,<sup>260</sup> wenn sie darin feststellte, dass die Mehrheit der Delegierten gegen Marshallplan und für Fortsetzung der Blockpolitik eingetreten sei.<sup>261</sup>

Die Sowjetunion war nicht bereit, in der Öffentlichkeit ihrer Besatzungszone Forderungen nach Revision der Oder/Neiße-Grenze zu dulden. Kaiser hatte sich über die Warnung Tjul'panovs hinweggesetzt, er war nun eigentlich nicht mehr tragbar. Aber zu berücksichtigen war, dass er mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden der CDU wiedergewählt worden war und außerdem für eine nationale Repräsentation unverzichtbar schien, wenn überhaupt eine solche zustande kommen sollte.

#### **4.8. SED: Innerparteiliche Auseinandersetzungen um kommunistische Kursänderungen und -verschärfungen**

Der 2. Parteitag der SED, der vom 20. bis 24. September 1947 in Berlin tagte und dessen Delegierte nunmehr 1,8 Millionen Mitglieder vertraten, spiegelte deutlich wider, dass sich die internationale Situation weiter zugespitzt hatte. Doch die Vorbereitungen zum Parteitag waren noch in starkem Maße auf eine mögliche Vier-Mächte-Verständigung über die Deutschlandfrage und mögliche Fortschritte in bezug auf eine wie auch immer nationale Willensbildung auf deutscher Seite ausgerichtet gewesen. Sie standen aber vor allem unter dem Druck der außerordentlich schwierigen Wirtschaftssituation und Ernährungslage in der SBZ, die auch von nicht wenigen SED-Mitgliedern mit den Reparationen und ebenso mit der abgetrennten deutschen Kornkammer im Osten in Verbindung gebracht wurden.

Die Eskalation des kalten Krieges und die Verschärfung der Ost/West-Gegensätze auch in Deutschland gaben jedoch im Vorfeld des Parteitages den Hardlinern Auftrieb, engen Verständigungs- und Kompromissmöglichkeiten objektiv weiter ein und erschwerten die Situation der ehemaligen Sozialdemokraten beim bemühten Festhalten an ihren Parteitraditionen, wie sie in den »Grundsätzen und Zielen der SED« Berücksichtigung gefunden hatten.

Der stellvertretende sowjetische Außenminister Wyschinski hatte am 18. September 1947 in seiner UNO-Rede Truman-Doktrin und Marshallplan als Verletzung der Prinzipien der UN und die Bildung von Militärblöcken und den antisowjetischen Kreuzzug als Maßnahmen zur Kriegsvorbereitung scharf attackiert<sup>262</sup> und damit im Namen der Sowjetunion den Fehdehandschuh des kalten Krieges aufgegriffen. Beide Seiten hielten jedoch daran fest, die geplante Londoner

260 Das war sicher kein Einzelfall und darin wurzelte sicher auch ein Grund für moskauer Fehleinschätzungen und daraus abgeleitete Maßnahmen.

261 Ebenda, S. 127 f.

262 Siehe A. J. Wyschinskij, Für Frieden und Völkerfreundschaft. Reden auf der 2. Tagung der UN-Vollversammlung ..., Berlin 1948, S. 5 ff.

Außenministerkonferenz abzuhalten, wobei auch das Motiv wirksam war, sich nicht den Schwarzen Peter zuschieben zu lassen. Die Chancen für eine Verständigung in der Deutschlandfrage minimierten sich zusehends.

Dies wurde auch auf dem Parteitag der SED deutlich, obwohl dieser noch mit anderen Vorstellungen und Erwartungshaltungen vorbereitet worden war.

Zum Auftakt des Parteitages trug Tjul'panov in seiner Begrüßungsrede mit deutlich anderen Akzentsetzungen der veränderten Situation Rechnung.

Nachdem er dem übereinstimmenden Streben zwischen SED und Sowjetunion in Richtung auf die Herstellung eines einheitlichen Deutschlands seine Referenz erwiesen hatte, stellte er fest: »Wir wissen, dass Sie gegen die Gefahr einer Aufspaltung Deutschlands in zwei Teile kämpfen, aber schauen Sie genau hin: Heute haben sich schon zwei Deutschlands herausgebildet, und die Demarkationslinie ist recht deutlich wahrnehmbar ... Das eine Deutschland ist das Land aller fortschrittlichen Kräfte ... Das zweite Deutschland, oder ausländisch ausgedrückt, das Bi-Deutschland (Heiterkeit), ist das Land jener Leute, die mit Unterstützung des ausländischen und besonders des amerikanischen Kapitals das deutsche Volk wieder in das blutige Gemetzel des imperialistischen Krieges treiben wollen ... Die Einheit Deutschlands erfordert ... die Unterwerfung dieses zweiten Deutschlands unter das Deutschland der fortschrittlichen Kräfte. (Beifall) Räuchern Sie die deutsche Reaktion aus allen ihren Positionen aus ... Die geschichtliche Lage gibt auch Ihrem Land weitgehende Möglichkeiten, den friedlichen Weg zu einem höheren gesellschaftlich-politischen System zu gehen. Aber um diesen Weg muss man ringen, muss man kämpfen und sich nicht nach dem alten opportunistischen Koalitionsweg neu orientieren, wie dies eine uns wohlbekannte Partei tut ... Die Theorie von Marx und Engels, Lenin und Stalin ist der einzige Schlüssel zur richtigen Lösung und zum Verständnis der heutigen Lage ... Wenn ich einen Wunsch zu den Beratungen Ihres Parteitages habe, dann ist es der, dass er neue Ausblicke nicht nur um ein einheitliches Deutschland gewähren möge, sondern um ein einheitliches, freiheitliches, demokratisches und sozialistisches Deutschland ...«<sup>263</sup>

Das war alles andere als eine Orientierung auf Verständigung und Kompromiss.

Die Beratungen und Beschlüsse des Parteitages spiegelten die Widersprüchlichkeit und den transitorischen Charakter der Situation in und um Deutschland und Europa und der Lage in der SBZ wider. Allerdings, solch kritische Stimmen, wie auf den Landesdelegiertenkonferenzen, waren nicht zu hören und die tatsächliche Stimmung in der SED und in der SBZ wurde nicht wirklich reflektiert. Stattdessen griffen, getragen vom Selbstbewusstsein der Macht oder auch der Verblendung durch die Macht, neben richtigen Einsichten zunehmend Voluntarismus und Selbstsuggestion um sich.

Die SED hielt einerseits an ihrem bisher in der Deutschlandsfrage verfolgten Kurs fest und bekräftigte das in der vor dem Parteitag vorbereiteten und dann auf

263 Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1947, S. 16 f., 19 f., 21.

ihm verabschiedeten »EntschlieÙung zur politischen Lage«, wenn es darin hieß, dass die Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands »die Grundfrage unserer Politik« sei und weiter:

»Die Verantwortung für die Einheit Deutschlands tragen die vom Volke gebildeten demokratischen Parteien, die sich zu einer gesamtdeutschen Beratung gemeinsam mit den Ländervertretungen zusammenfinden müssen, um den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck zu bringen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird jeden brauchbaren Vorschlag zur Schaffung einer gesamtdeutschen Vertretung unterstützen ...

Wir fordern den Volksentscheid für die Gestaltung Deutschlands zu einem demokratischen Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung.

Die im Potsdamer Abkommen und auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats vorgesehenen deutschen zentralen Verwaltungen für Finanzwesen, Außenhandel, Verkehrswesen, Fernmeldewesen, Industrie sowie für Landwirtschaft und Ernährung müssen unverzüglich geschaffen werden.

Eine vorläufige gesamtdeutsche Regierung ist vorzubereiten, um ein gesamtdeutsches Parlament auf demokratischer Grundlage wählen zu lassen. Dem muss die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität des deutschen Volkes folgen.

Das deutsche Volk wünscht in der Gemeinschaft der friedliebenden Völker zu leben. Es braucht eine Verständigung mit ihnen. Darum ist es notwendig, dass die Stimme des deutschen Volkes bei den kommenden Friedensverhandlungen Gehör findet.«<sup>264</sup>

Die Forderung nach einem Volksentscheid war illusionär, nachdem die westlichen Besatzungsmächte eine solche Verfahrensweise in Moskau vehement abgelehnt hatten. Die Aussicht für das Zustandekommen gesamtdeutscher Parteiengespräche war gering. So, wie die westzonalen Verhältnisse seitens der SED charakterisiert wurden, hatte sie dafür faktisch keine Ansprechpartner. Sie verurteilte die Politik der westzonalen SPD-Führung aufs Schärfste.<sup>265</sup>

Noch klarer als in der EntschlieÙung kam im »Manifest des 2. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an das deutsche Volk«<sup>266</sup> die – bei gleichzeitigen Festhalten an bisherigen deutschlandpolitischen Losungen und Forderungen – doch deutlich veränderte Politik zur Herstellung der Einheit Deutschland zum Ausdruck, wenn es hieß:

»In ganz Deutschland müssen die Kriegs- und Naziverbrecher, die Konzerne, Großbanken und Großgrundbesitzer enteignet, Verwaltung und Wirtschaft von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern gesäubert werden. Erst dann wird es in ganz Deutschland eine wirksame Wirtschaftsplanung, eine demokratische Bodenreform und eine demokratische Schulreform geben. In der sowjetischen Besat-

264 Dokumente der SED, Bd. I, Berlin 1952, S. 220 f.

265 Wilhelm Pieck verglich in seinem Schlußwort mit einem unbedachten Zungenschlag die SPD-Hetze gegen die Sowjetunion mit der von Hitler und Goebbels! (Protokoll, S. 521).

266 Protokoll, S. 514 f.

zungszone ist dank des Wirkens der einheitlichen Arbeiterbewegung eine solche demokratische Ordnung geschaffen worden. In den westlichen Besatzungszonen ist die Arbeiterbewegung gespalten. Die Mitschuldigen an der Nazi Herrschaft und am Hitlerkrieg sind im Besitz ihrer wirtschaftlichen Machtmittel und sitzen in den Verwaltungen. Spekulanten und Schieber desorganisieren die Wirtschaft. Ein bizonaler Behördenapparat, undemokratische Verfassungen und eine volksfeindliche Politik der alten reaktionären Kräfte verhindern die Einheit Deutschlands. Ein großes Aufräumen muss beginnen. Alle demokratisch und sozialistisch gesinnten Arbeiter, Angestellten, Bauern, Handwerker und Geistesschaffenden müssen ihre Kräfte vereinigen und die neue demokratische Ordnung schaffen ...«

Bei genauerem Hinsehen wurde deutlich, dass hier nicht auf Verständigung, Verhandlung und Einigung durch Kompromiss orientiert, sondern zum Kampf darum aufgerufen wurde, das, was in der SBZ gestaltet und durchgesetzt worden war, in den Westzonen gegen die herrschenden Mächte und tonangebenden politischen Kräfte zu verwirklichen und auf diese Art und Weise die Einheit Deutschlands herzustellen. Die SED ging nunmehr davon aus, dass sich zwischen den Verhältnissen im Osten Deutschlands und in den Westzonen nicht nur ein gradueller, sondern ein »grundlegende(r) Unterschied«<sup>267</sup> herausgebildet hatte. Den Schlüssel für die Herstellung der Einheit Deutschlands sah sie in der Herstellung der gesamtdeutschen Einheit der Arbeiterbewegung, die es gegen die »einheitsfeindlichen SPD-Führer« zu erkämpfen gelte, wie es in der EntschlieÙung hieß. Und weiter: »Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands weiß, dass die Einheit der Arbeiterbewegung der tiefsten Sehnsucht der Massen entspricht. Sie wird dieses Werk vollenden – um der deutschen Arbeiter, um des deutschen Volkes willen. Die Einheit der Arbeiterbewegung ist das kostbarste Gut der Arbeiterklasse, für das wir bis zum letzten kämpfen. Darum wird auch jeder Versuch sozialdemokratischer Führer scheitern, die geeinte Arbeiterbewegung in der sowjetischen Besatzungszone wieder zu spalten.«<sup>268</sup> Das bedeutete, dass das Thema einer Wiederzulassung der SPD in der SBZ endgültig vom Tisch war!

Tjul'panov interpretierte das als »absolut klare(n) taktische(n) Linie des Kampfes um die Gewinnung der sozialdemokratischen Massen, wie sie von Grotewohl entwickelt wurde ...« und betonte, dass der Parteitag »mit absoluter Klarheit den Kampf für die Einheit Deutschlands ... ohne Monopolkapital zur Aufgabe erklärt« habe und dass »deutlich Gedanken und Forderungen zu vernehmen (waren), die zum Kampf für radikale demokratische Reformen und für den Sozialismus aufriefen, weil es nur so möglich sei, die Arbeiter aller Zonen Deutschlands zusammen zu schweißen und auf diese Weise die Einheit des deutschen Volkes zu erreichen.«<sup>269</sup>

267 EntschlieÙung zur politischen Lage. Dokumente, Bd. 1, S. 219.

268 EntschlieÙung ... Dokumente, Bd. 1, S. 214.

269 Memorandum S. Tul'panovs für M. Suslov über die Ergebnisse des II. Parteitages der SED.« In: Bonwetsch et.al., Sowjetische Politik ..., Dok. Nr. 30, S. 131.



Und in seinem Schlusswort hob Wilhelm Pieck hervor: »Wir wollen nicht nur vom Sozialismus reden, sondern in ganz Deutschland die Voraussetzungen schaffen, wie wir das in der sowjetischen Zone begonnen haben.«<sup>270</sup>

Hier artikuliert sich, wenngleich etwas zurückhaltender als in der Begrüßungsrede Tjul'panovs, ein anderes oder verändertes deutschlandpolitisches Konzept.

In dem vom Parteitag entwickelten Feindbild nahmen die »Schumacherleute« einen größeren und gewichtigeren Platz ein als Adenauer, Dinkelbach etc.

Damit geriet die SED in das Fahrwasser der alten KPD-Taktik, den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie, gegen »Feinde« in den Reihen der Arbeiterbewegung zu richten.

Was die Entwicklung in der SBZ anging, hielt die SED einerseits an ihrer bisherigen Linie fest, zu betonen, dass es sich um antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen handele und nicht um Sozialismus oder Sozialisierung, nur um Wirtschaftsplanung und nicht um Planwirtschaft gehe, um andererseits jedoch zugleich eine Beziehung zu der »neuen Ordnung« in den volksdemokratischen Ländern als Form des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus<sup>271</sup> herzustellen und zu betonen, dass die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone »in vielem der Ordnung in den Ländern der neuen Demokratie« ähnlich sei.<sup>272</sup>

In der Auseinandersetzung mit den Vorwürfen Kaisers u. a. wurde in der Entschließung betont, dass die »SED jede Alleinherrschaft« ablehnt,<sup>273</sup> die Blockpolitik fortzusetzen gedenke, allerdings auf Einbeziehung demokratischer Massenorganisationen bestehen und zugleich die Rolle einer »führenden Kraft«<sup>274</sup> beanspruchen müsse. Das hieß im Klartext, dass man nicht die ursprüngliche Blockpolitik fortsetzen, sondern sie umfunktionieren wollte.

Die SED befand sich nicht nur in einer äußerst schwierigen Situation, angesichts der Lage in der SBZ verbunden mit dem Zerstreien des Hoffnungsankers deutsche Einheit, sondern auch deutlich in einer, allerdings uneingestanden Orientierungskrise, die sie mit kämpferischen Optimismus nur mühsam kaschierte. Sie versuchte den Spagat zwischen unvereinbaren Positionen. Statt sich auf den Ausbau der Ostzone als Reaktion zum Westzonenausbau und auf die sich nun neu ergebenden Perspektiven zu konzentrieren und klare Wege abzustecken, musste sie gemäß Stalins Weisung weiterhin eine offensive gesamtdeutsche Politik betreiben und in der illusionären Erwartung auf einen Erfolg in der SBZ vieles dilatorisch und pragmatisch betreiben. Noch blieb daher offen, ob der mit den »Grundsätzen und Zielen der SED« abgesteckte Weg fortgesetzt werden würde. Und in diesem Kontext war es gravierend, dass auf dem Parteitag deutliche Be-

270 Protokoll, S. 523.

271 Siehe Protokoll, S. 248.

272 Protokoll, S. 250.

273 Dokumente, Bd. 1, S. 214.

274 Dokument, Bd. 1, S. 226.

strebungen hervortraten, die SBZ nicht nur im Sinne der Lagerlogik bündnismäßig an der Seite der Sowjetunion zu verorten, sondern auch gesellschaftspolitisch.

Nachdem schon Tjul'panov die Lehren von Lenin und Stalin als »Schlüssel« zur Lösung aller Probleme gepriesen hatte, war es niemand anderes als der ehemalige Sozialdemokrat Otto Grotewohl, der mit Nachdruck darauf orientierte, dass man nicht nur Marx und Engels, »sondern dass wir auch die Fortsetzung und Anwendung dieser Lehren im 20. Jahrhundert, besonders durch Lenin und Stalin, anerkennen und daraus für die deutschen Verhältnisse das Neue und Brauchbare schöpfen.«<sup>275</sup> Man müsse den »Leninismus« gründlich studieren. War bei Grotewohl noch offen gelassen, was nach dem Studieren an »Brauchbaren« zu übernehmen bzw. anzuwenden sei, so sah das für Wilhelm Pieck sehr viel eindeutiger aus, wenn er in seinem Schlusswort feststellte: »Die Sowjetvölker haben uns den Weg gewiesen, auf dem wir den Sozialismus verwirklichen können.«<sup>276</sup>

All das verband sich mit wiederholten Huldigungen an den »Führer« Stalin und prägte den Parteitag in starkem Masse als einen kommunistischen Parteitag. So empfanden es auch viele ehemaligen Sozialdemokraten aus dem Kreis der Delegierten – und zwar bis hinein in das Zentralsekretariat.

Der Unmut ehemaliger Sozialdemokraten äußerte sich auf der 1. Tagung des Parteivorstandes am 25. September und auch im Zentralsekretariat am 13. Oktober 1947. Nach den handschriftlichen Notizen Wilhelm Piecks gaben ehemalige Sozialdemokraten den sozialdemokratischen »Misstimmungen« mit folgenden Worten Ausdruck: »Sozialdemokratische Genossen sagen – So haben wir uns [das] nicht vorgestellt wir sind überfahren worden jetzt haben uns die Kommunisten, wohin sie uns haben wollten, jetzt sind wir nur noch die komm. Partei« (Meier); »wie Katholikentag org.« (Lehmann); »wir haben den Kampf verloren« (Gniffke); »Auftreten sowj. Delegation u. Begrüßung nicht als Höhepunkt Hoch auf KPdSU und ›Führer‹ Stalin Matern als Präsident des Parteitages zu sehr auf Osten festgelegt Parteitag gebe nicht Massenstimmung wider in Partei Apathie, Resignation Unzufriedenheit bei SPD-Genossen Personalpolitik Misstrauen gegen Osten« (Litke).<sup>277</sup>

Und über »Stimmungen« im Zentralsekretariat notierte Pieck: »K. sehen Parteitag im Übergang zur KP an« (Behling); »zu sehr komm. Methoden« (Karsten); »›Führer‹ Stalin missfallen« (Käthe Kern).<sup>278</sup>

Hier wurde durchaus richtig benannt, was vor sich ging. Aber, die ehemaligen Sozialdemokraten konnten sich gegenüber den Kommunisten immer weniger behaupten. Ihre Kräfte wurden auch durch den scharfen Konfrontationskurs der Schumacher-SPD gegenüber SED und den daraus erwachsenden Kampf der SED gegen »den Sozialdemokratismus« paralyisiert.

275 Protokoll, S. 291.

276 Protokoll, S. 524.

277 SAPMO Barch DY 30/36/556, Bl. 47/48.

278 Ebenda, Bl. 195/96.

Nach dem Parteitag setzte die SED-Führung ihre zweigleisige Strategie, Einheit Deutschlands und zonaler Ausbau der SBZ, fort. Aber man trug nur nach außen weiterhin Optimismus über einen möglichen (Teil)Erfolg der Londoner Konferenz zur Schau, insgeheim rechnete man mit dem Scheitern. Außerdem war man weit davon entfernt, die tatsächliche Lage in Deutschland und in der SBZ so überzogen positiv einzuschätzen, wie es die Parteitagsbeschlüsse suggerierten.

Gemäss einem Memorandum Semenovs erklärten Grotewohl und Pieck am 27. Oktober 1947 in einem Gespräch, »dass die Arbeiterklasse Deutschlands in der gegenwärtigen Zeit nicht an einer Beseitigung der Zonengrenzen interessiert sei, weil die Demokratisierung nicht in ganz Deutschland durchgeführt wurde. Man brauche Zeit, damit die neue demokratische Ordnung in der sowjetischen Zone kräftiger werde. Die bewussten deutschen Arbeiter verstehen, dass, wenn in der gegenwärtigen Zeit die sowjetische Armee aus Deutschland abzöge, unmittelbar ein Bürgerkrieg in Deutschland beginnen würde, wobei die sowjetische Zone im Laufe der ersten beiden Monate in einem Blutbad versänke, weil die Kräfte der Reaktion im Westen gut organisiert sind. Nach der Meinung Grotewohls werde die Londoner Konferenz nicht zu einer Lösung des deutschen Problems führen. Das sei sogar gut. Im Verlaufe der Zeit werde es unbedingt zu einer Verschärfung des Widerspruchs zwischen England und den USA kommen, die ökonomische und politische Lage in der sowjetischen Zone sich kräftigen und wahrscheinlich eine Annäherung zwischen Großbritannien und der UdSSR eintreten. Bezeichnend sei, dass Großbritannien schon jetzt Handelsvereinbarungen mit den Ländern Südosteuropas anstrebe. Solche Veränderungen der politischen Umstände könnten nur günstige Folgen für die Demokratisierung Deutschlands, für die deutsche Arbeiterklasse, aber auch für die Erreichung eines demokratischen und dauerhaften Friedens haben.«<sup>279</sup> Dies war im ersten Teil eine bemerkenswerte, die Lage in (West)Deutschland doch wohl richtig charakterisierende Einschätzung, die aber unausgesprochen auch auswies, wie weit entfernt die Realisierung des Zieles war, ein fortschrittliches, demokratisches, neutralisiertes Deutschland als sichere Friedensgarantie zu schaffen.

279 AAP/RF, 82/34/146/4, Bl. 150 ff. Zit. nach: Laufer, Auf dem Wege ..., Historische DDR-Forschung(1993), S. 54.

## 5. Marshallplan und Weichenstellung für »restaurative Neuordnung« und Westzonenstaat. Das Ende der Sozialisierung

### 5.1. »Hilfsprogramm« zur Eindämmung der »kommunistischen Gefahr« und um US-Hegemonie

Der mit der Truman-Doktrin verkündete Konfrontationskurs des kalten Krieges<sup>280</sup> griff auf westlicher Seite entgegen den oberflächlichen sowjetischen Erwartungen, wie sie Tjul'panov zum Ausdruck gebracht hatte, rapide um sich. Er zielte nicht auf gesamteuropäische, sondern auf westeuropäische »Lösungen«, auf die Errichtung eines wirtschaftlichen, politischen und militärischen Westblocks in dieser oder jener Form, um angeblich die sowjetische Expansion einzudämmen und Westeuropa wirksam zu schützen bzw. Westeuropa aufzubauen und zu stärken, um es nicht dem Kommunismus anheim fallen zu lassen. In Wirklichkeit ging es um die Verfolgung imperialer Interessen der herrschenden Kreise der USA, um den Ausbau ihrer Weltmachtstellung und um die Durchsetzung einer ökonomischen Expansions- sowie einer »Ordnungs«-Politik, die sich nicht nur gegen den Kommunismus, sondern vor allem auch gegen die sozialistischen Bestrebungen in Westeuropa richtete. Da für diese Pläne Westdeutschland unverzichtbar war, setzte sich in der Deutschlandfrage endgültig ein verständigungsfeindlicher Kurs durch, der darauf ausgerichtet war, die Londoner Konferenz gezielt zum Scheitern zu bringen, um sich freie Hand für die Weststaatsbildung zu schaffen. Dies schloss zugleich in Abkehr von Potsdam deutliche Veränderungen in der westalliierten Besatzungspolitik ein.

Das wurde im Zusammenhang mit dem Marshallplan<sup>281</sup> unübersehbar deutlich. Denn »Westdeutschland war von vornherein – bei bewusster Hintanstellung aller auf die Erhaltung der Einheit Deutschlands gerichteten Interessen – als unverzichtbares Hilfspotential und als Teilnehmer im ERP (dem Marshallplanprogramm – R. B.) eingeplant.«<sup>282</sup> Im Schlussbericht der Marshallplankonferenz von 16 Staaten im September 1947 in Paris ist die Zustimmung dieser Länder zur Einbeziehung der Westzonen ausdrücklich vermerkt.<sup>283</sup>

Damit erfolgte, am Alliierten Kontrollrat in Deutschland vorbei, eine Weichenstellung in Richtung auf eine wirtschaftliche Sonderentwicklung der Westzonen und ihrer Integration in eine westeuropäische Wirtschaftsorganisation.

280 Jede Seite lastete der anderen die Schuld am kalten Krieg an und diese Sicht dominierte auch die Geschichtsschreibung in Ost und West. Siehe dazu insbesondere Loth, Der »Kalte Krieg« in der historischen Forschung, S. 155-175: Demgegenüber kann aus heutiger Sicht von einer Alleinschuld einer Seite wohl kaum mehr die Rede sein. Allerdings haben diejenigen, die der Sowjetunion die Haupt- oder gar Alleinschuld am kalten Krieg zuschreiben in den letzten Jahren wieder Auftrieb bekommen.

281 Siehe dazu vor allem: Der Marshall-Plan und die europäische Linke (1986).

282 Knapp, Deutschland und der Marshallplan. In: Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945-1949, S. 42.

283 Siehe die Wiedergesundung Europas. Schlussbericht der Pariser Wirtschaftskonferenz der sechzehn Nationen. Teil I (Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd. 4), Oberursel (Tausen) (1948), S. 30 f.

Der Marshallplan war zwar als europäisches Hilfsprogramm angekündigt worden. Das Angebot sollte offiziell angeblich auch allen osteuropäischen Ländern und sogar der Sowjetunion offen stehen, aber der politische Planungsstab des State Department hatte eine Ablehnung vorprogrammiert; denn es sollte so konzipiert werden, »dass sich die russischen Satellitenländer entweder aus Unwillen, die vorgeschlagenen Bedingungen zu akzeptieren, selbst ausschließen oder einwilligen, die einseitige Ausrichtung ihrer Wirtschaft aufzugeben.«<sup>284</sup>

Dies wäre für die volksdemokratischen Länder, deren Wirtschaft sich noch in einer Transformationsphase befand, nicht gänzlich unmöglich gewesen, kaum aber, ohne umstürzende Veränderungen, für die voll ausgebildete Zentralverwaltungswirtschaft der Sowjetunion. Daher blieb der Sowjetunion, nachdem es sich als unmöglich erwies, die Modalitäten der Hilfgewährung zu verändern, kaum etwas anderes übrig als abzulehnen. Und Stalin übte auf die volksdemokratischen Länder entsprechenden Druck aus, um sie ebenfalls zur Ablehnung zu veranlassen – gegenüber Polen mit der erpresserischen Alternative »Marshallplan oder Oder/Neiße-Grenze«.

Nun konnte der Marshallplans so realisiert werden, wie er angedacht worden war. Nämlich, den »regionalen politischen Zusammenschluss der Staaten Westeuropas (zu) fördern.«<sup>285</sup> Dieses Ziel wurde zweifellos erreicht und zugleich auch wichtige wirtschaftliche Aufschwungeffekte erzielt, wenngleich nicht so, wie von vielen erwartet und mit beträchtlicher Verzögerung.<sup>286</sup>

## **5.2. Neubestimmung der US-Deutschland- und Besatzungspolitik. Das Sozialisierungsverbot. Musste die Sozialisierung scheitern?**

Der Marshallplan erwies sich zugleich als vehicle zur Legitimierung der angestrebten grundlegenden Veränderung der amerikanischen Deutschland- und Besatzungspolitik und zur Überwindung aller Widerstände.

Die Argumentation des Marshallplans zugunsten Europas »versetzte Washington in die Lage, den Wiederaufbau Deutschlands voranzutreiben, ohne dabei jede Veränderung der Politik, die für die wirtschaftliche Erholung Deutschlands so dringend erforderlich war, in Begriffen rechtfertigen zu müssen, die sich auf das bezogen, was in Deutschland geschah oder früher geschehen war. Wenn es um ganz Europa ging, dann erschienen Entnazifizierung, Entkartellisierung, Demokratisierung, deutscher Föderalismus, Schulreform, Beamtenrechtsreform und die vielen Programme, welche die Amerikaner in Deutschland hatten verwirklichen wollen, in einem neuen Licht. Wenn ganz Europa auf dem Spiel stand, dann er-

284 FRUS, 1947/III, Washington 1972, S. 223 ff. (Übersetzung – R. B.).

285 So der Politische Planungsstab am 16. Mai 1947. FRUS, 1947/ III, S. 220.

286 Siehe »Marshallplan: Mythos und Realität«, Abelshäuser, Wirtschaftsgeschichte, S. 130 ff.

hielten bestimmte Fragen in Deutschland natürlich einen neuen Stellenwert auf der amerikanischen Prioritätenskala.«<sup>287</sup>

Die neue Direktive für den amerikanischen Oberbefehlshaber (Nr. 1779 vom Juli 1947),<sup>288</sup> die Washingtons Deutschland- und Besatzungspolitik ohne direkten Bezug zum Potsdamer Abkommen bestimmte, wies diesen an, »dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, die Grundsätze und Vorteile einer freien Wirtschaft kennen zu lernen«, und stellte klar: »Bis zu einer endgültigen Entscheidung über die Form und die Rechte der deutschen Zentralregierung dürfen Sie keine Maßnahmen in bezug auf ein öffentliches Besitzrecht billigen, die dieses Recht einer Zentralregierung vorbehalten wollen.«

Das war das Todesurteil über die britisch/westdeutschen Sozialisierungsbestrebungen.

Einen wichtigen Anstoß für die amerikanische Umorientierung gaben die Berichte von Herbert C. Hoover, der im Auftrage Präsident Trumans im Januar und Februar 1947 die Westzonen bereiste hatte. Einer seiner maßgebenden Berater war Gustav Stolper, der nach den USA emigrierte ehemalige Herausgeber des Industriellenorgans »Volkswirt«.

Der Grundtenor der Empfehlungen Hoovers<sup>289</sup> bestand darin, nachzuweisen, die bisherige, an Potsdam orientierte Politik habe in die Sackgasse geführt und die deutsche Wirtschaft bankrott und damit anfällig für die Ausbreitung des Kommunismus gemacht. Letzteres treffe für ganz Westeuropa zu. Es müsse oberstes Anliegen der Deutschlandpolitik der USA (als Bestandteil ihrer Europapolitik) werden, die deutsche kapitalistische Wirtschaft zu unterstützen und anzukurbeln, damit sie ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Wiedergesundung Westeuropas und zur Bannung der Gefahr kommunistischer Infiltration leisten könne. Die deutsche Wirtschaft müsse gegen alle Sozialisierungsbestrebungen abgeschirmt, ein funktionierendes kapitalistisches Management wiederhergestellt werden. Was dem im Wege stünde, nicht zuletzt die Entnazifizierung, müsse man preisgeben beziehungsweise jenem obersten Anliegen unterordnen.

Noch zugespitzter fasste diese Neuorientierung amerikanischer Deutschlandpolitik Lewis Brown, der im Auftrag des State Department die Bizone bereiste, in seinem Bericht, der im Oktober 1947 veröffentlicht wurde,<sup>290</sup> zusammen: Preisgabe der Abkommen von Jalta und Potsdam; Zusammenlegung der amerikanischen, der britischen und der französischen Zone zu einem einheitlichen Westdeutschland; Beendigung der Demontagen für Reparationszwecke; Festsetzung eines endgültigen Abschlusstermins für die Entnazifizierung; Garantien gegen eine Sozialisierung der entkartellisierten Industrien; Beendigung aller Kontrollen und Wiederher-

287 Gimmel, Amerikanische Besatzungspolitik, S. 201.

288 Siehe *Germany 1947-1949. The Story in Documents*, Washington 1950, S. 33 ff.; Cornides/Volle: *Um den Frieden mit Deutschland*, S. 100 ff. (Zitate aus dieser Quelle).

289 Siehe Bericht Nr. 1 bis 3, in: BA NL Stolper, Nr. 85. Auszugsweise in Gustav Stolper: *Die deutsche Wirklichkeit*, Hamburg 1949, S. 336 ff.

290 Siehe *Europa-Archiv Oberursel (Taurus)*, 3. Jg., (1948), S. 1136.

stellung eines »freien Marktes«; Beteiligung Deutschlands an den Besprechungen zum Marshallplan; Errichtung einer Zentralregierung für Westdeutschland; Vorbereitung westdeutscher Verteidigungsanlagen gegen eine Invasion; Auflockerung der Kompensations- und Währungsbestimmungen als Anreiz für den deutschen Export; Errichtung einer Zentralbank für die Ausgabe einer neuen Währung.

Was bedeutete das alles für die britisch/westdeutschen Sozialisierungsabsichten? Die Sozialisierungsbewegung erreichte beachtliche Stärke, aber erzielte keinen entscheidenden Durchbruch. In Hessen bildete die SPD eine Koalitionsregierung mit der CDU, die schon vorher dafür gesorgt hatte, dass die chemische Industrie aus dem Artikel 41 herausgehalten wurde und die auf »Gemeinwirtschaft« statt auf Gemeineigentum orientiert war. Die westzonalen Sozialisierungschancen sanken jedoch aus einem anderen Grunde rapide. Der Übergang zu kaltem Krieg und Westblockpolitik, abgefedert durch den Marshallplan, hievte die USA in die westliche Führungsrolle, befreite sie von Kompromisszwängen, verband sich mit einem »harten Kurs« zur unverblühten Durchsetzung der US-Interessen.

Nachdem sich die britische Regierung mit ihren Sozialisierungsplänen, insbesondere mit ihren Treuhänderplänen, Proteste aus Frankreich und anderen westeuropäischen Staaten eingehandelt hatte,<sup>291</sup> bekam sie nun zunehmend die Entschlossenheit der USA zu spüren, jede Sozialisierung beziehungsweise Überführung von Produktionsmitteln in die öffentliche Hand und außerdem jede Mitbestimmung der Gewerkschaften in Produktionsfragen in den Westzonen zu unterbinden. Schon Ende 1946 hatte man im Foreign Office die Befürchtung geäußert, dass, »wenn die USA den größeren Teil der Besatzungskosten übernehmen würden, wir ihrer Besatzungspolitik weitgehend folgen müssten«.<sup>292</sup> Großbritannien erstrebte eine Kostenverteilung für die Bizone von 80 : 20 und wünschte außerdem eine US-Anleihe. Zunächst trieb die Labourregierung ihre Sozialisierungsplanungen weiter voran, bereitete Gesetzentwürfe hierfür vor.<sup>293</sup> Dabei bereitete die Frage ausländischen Eigentums und die Treuhänderfrage eine Reihe Schwierigkeiten. Ende Juni 1947 erklärte US-Militärgouverneur Lucius D. Clay seinem britischen Kollegen Brian Robertson ultimativ, dass die USA die britischen Vorstellungen und Wünsche hinsichtlich der Bizone nicht akzeptieren könnten, wenn die britische Regierung an ihren Sozialisierungsabsichten festzuhalten gedenke.<sup>294</sup> Außenminister Ernest Bevin bezeichnete dies in seiner Antwort an Robertson als das, was es war, »putting political pressure upon us on the question on future ownership«.<sup>295</sup>

Bevin wies am 25. Juli 1947 US-Botschafter Lewis W. Douglas darauf hin: »Wenn wir nicht die Bergwerke sozialisieren, würden wir mit der Feindschaft je-

291 Siehe Steininger, *Deutsche Geschichte*(1996), Bd. 2, S. 60 ff.

292 PRO: FO 371/55S93/C 12315. [Übersetzung – R. B.).

293 Siehe PRO: FO 371/64373.

294 Bericht des politischen Beraters an das Foreign Office vom 27. Juni 1947. PRO: FO 371/64369/C 8838.

295 Bevin an Robertson am 7. Juli 1947. PRO: FO 371/64369/C 8838/194/18. (Übersetzung – R. B.).

des Sozialdemokraten in Deutschland konfrontiert, und wir könnten direkt den Kommunisten in die Hände spielen.«<sup>296</sup> Doch die amerikanische Seite ließ sich davon nicht beeinflussen und umstimmen. Die Briten rangen hartnäckig um einen Ausweg oder Kompromiss, aber es blieb ihnen nichts anderes übrig; als schließlich Schritt für Schritt zurückzuweichen. Am 4. Juli 1947 wurde dem britischen Rundfunk, BBC, auf dessen Anfrage mitgeteilt, dass das Foreign Office nicht in der Lage sei, »hinsichtlich der Eigentumsfrage irgendeine weitere Erklärung abzugeben, da der Gegenstand erneut intensiv mit den US-Behörden diskutiert wird.«<sup>297</sup> Am 30. August 1947 konstatierte Gilmar Jenkins im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Washingtoner Kohlengespräche: »Wenn ich es recht sehe, dann haben wir bereits in beträchtlichem Maße unsere Handlungsfreiheit in bezug auf die Sozialisierung verloren.«<sup>298</sup> Schließlich musste man sich zähneknirschend dem US-amerikanischen Druck beugen: Gemäß einer Vereinbarung wurde jeder Sozialisierungsbeschluss in den Westzonen für die Dauer von 5 Jahren ausgesetzt.<sup>299</sup> Dies gab US-Militärgouverneur Lucius D. Clay am 14. August 1947 in einer Pressekonferenz bekannt.<sup>300</sup> Das schloss auch die Einführung einer erweiterten Mitbestimmung, über die entflochtene Eisen- und Stahlindustrie hinausgreifend, ein.

SPD und westdeutsche Gewerkschaften sprachen sich für den Marshallplan aus.

Auf einem außerordentlichen Bundeskongreß des DGB der britischen Zone erklärte Hans Boeckler als Vorsitzender im Juni 1948 dazu: »Vieles muss von uns hingenommen werden – einfach aus der Tatsache, weil dem Verhungerten sonst kein Ausweg bleibt ... Im Osten hört man oft die Meinung, der Plan ist gegen die Sozialisierung der Grundstoffindustrien und für die Wiederaufrüstung des Großkapitalismus. Das mag auch eine Nebenabsicht sein. Vermutlich ist es eine. Äußerungen, auf die ich schon Bezug genommen habe, lassen darauf schließen. Aber ... das Durchsetzen (der USA-Pläne – R. B.) steht aber auf einem anderen Blatte!«<sup>301</sup>

Doch schon einen Monat später wurden die DGB-Funktionäre in einem Spitzengespräch mit US-Militärgouverneur Clay, das am 29. Juli 1948 in Frankfurt am Main stattfand und in dem sie gegen das OMGUS-Verbot einer erweiterten Mitbestimmung (über die Montanindustrie hinaus) protestieren wollten, eines Besseren belehrt. Clay erklärte ihnen laut Protokoll unumwunden, »daß nach seiner Auffassung die Mitbestimmung nur ein Aspekt der Sozialisierung sei, und da sie

296 PRO: FO 371/64371/C 10053 (Übersetzung – R. B.).

297 PRO: FO 371/64370/C9642. (Übersetzung – R. B.).

298 PRO: FO 371/64373/C11940. (Übersetzung – R. B.).

299 Siehe PRO: FO 371/64372.

300 Siehe Neue Ruhrzeitung (Essen), 16. August 1947. Dem gemäß wurde dann das vom Landtag NRW im Herbst 1948 mit Mehrheit verabschiedete Gesetz zu Sozialisierung des Ruhrkohlenbergbaus vom britischen Militärgouverneur suspendiert.

301 Zit. nach: Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone, Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschafts-Bundes (britische Besatzungszone) 1947-1949, Köln o.J., S. 136 f. Bei der Abstimmung gab es bei 168 Delegierten etwa 40 Gegenstimmen gegen eine Zustimmung zum Marshallplan.



seinen Standpunkt zur Sozialisierung hinreichend kennen würden, könne nichts Vernünftiges bei einer erneuten Diskussion herauskommen. Er hob hervor, dass er der Repräsentant einer Regierung sei, die fest an den Kapitalismus und das System freien Unternehmertums glaube, und solange er für Entscheidungen in Deutschland verantwortlich sei, wäre es nur selbstverständlich, von ihm zu erwarten, dass er diese in Übereinstimmung mit den Überzeugungen und Praktiken des Landes treffe, das er repräsentiere.«<sup>302</sup>

Damit waren die Sozialisierungsforderungen nicht vom Tisch, aber die Aussichten, sie dennoch durchsetzen zu können, waren angesichts der sich stark verändernden Rahmenbedingungen weit geringer als man es in der westzonalen Arbeiterbewegung weiterhin annahm. Das zweite Halbjahr 1947 erwies sich in den Westzonen als Wegscheide, die Bestrebungen nach grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltungen endeten in einer Sackgasse.

Es können dafür viele »Entlastungs«-Gründe geltend gemacht werden,<sup>303</sup> doch der Fakt bleibt. Fragt man mehr nach gesellschafts- als politikgeschichtlichen Ursachen und Faktoren, so spricht vieles dafür, dass der Zeitfaktor für die Durchsetzung einer grundlegenden Neuordnung in Nachkriegsdeutschland eine ganz wesentliche Rolle spielte. Aus dem Zusammenbruch heraus und im Übergang zum Nachkrieg bestanden offensichtlich die besten Chancen. Je länger Eingriffe unterblieben, desto mehr drängten sich die Probleme der Alltagsnot in den Mittelpunkt, noch dazu, wo sich die Lage seit Ende 1946 zunächst noch weiter verschlechterte. Aber auch die vielfältigen Widerstände gegen die Sozialisierung wuchsen nun – insbesondere in den USA und auch bei OMGUS – an und gegenläufige Tendenzen machten sich immer stärker bemerkbar. Alltags- und andere Probleme begannen die Sozialisierungsbestrebungen zu überlagern. Es war schwer, unter solchen Bedingungen einen zielstrebigem und anhaltenden Kampf um Sozialisierung zu führen, wie er notwendig gewesen wäre. Die Vorstellung, dass der Kapitalismus 1945 zusammengebrochen sei und das nachkapitalistische Bewußtsein, mit dem viele SPD- und Gewerkschaftsführer glaubten, ohne weiteres einen Neubeginn gestalten zu können, deaktivierten eher als dass sie zum Kampf aktivierten.

Hinzu kam, dass die Arbeiterbewegung sich schwer tat, Sozialisierungskonzepte zu entwickeln, die gleichermaßen auf Industriegesellschaft und Modernisierung zugeschnitten waren; und überhaupt blieben die Zielstellungen eher vage.

Der Kapitalismus wurde für tot erklärt, aber er war es keineswegs und er besaß, wie sich für viele überraschend im weiteren Verlauf herausstellte, noch beachtliche Entwicklungs- und Reformpotentiale.

Die Sozialisierungsoptionen waren bewußtseinsmäßig keineswegs so fest und tief verankert, wie es nach den Voten in Beschlüssen und bei solchen Volksent-

302 BA Z 45 F ODI 7/50-2/12 (Übers.R.B.).

303 Siehe Kleßmann, Doppelte Staatsgründung, S. 110.

scheiden wie in Hessen den Anschein hatte.<sup>304</sup> Eine »Revolutionierung des kollektiven Bewußtseins«<sup>305</sup> fand nicht oder doch nur sehr partiell statt!

Die Neubestimmung der US-Deutschland- und Besatzungspolitik beinhaltete die Abkehr von den an den Potsdamer Beschlüssen orientierten Deutschlandprojekt gesellschaftlich-politischer Transformationen hin zur einer seit dem zweiten Halbjahr 1947 sich immer stärker durchsetzenden Politik, die ausgerichtet war auf Liberalisierung, Demokratieimport, Verwestlichung und Westbindung, Regeneration der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, Reorientierung, »Umkehr« und rehabilitierende Integration des Gros der traditionellen deutschen Funktionseleiten. Die gesellschaftlich-politischen Transformationen wurden abgebrochen, verändert oder teils sogar rückgängig gemacht. So konnte sich eine »restaurative Neuordnung« in den Westzonen bahn brechen. Sie erfolgte in Wechselwirkung mit dem Wiedereinzug von entfernten Beamten in ihre Ämter auf breiter Front bzw. dem Einzug von »Ehemaligen« in Bürgermeister-, Stadtrat- und Abgeordnetenfunktionen, in Länder-, bi- und trizonale Verwaltungen sowie Universitäten und Hochschulen.<sup>306</sup> Das ging zum Teil so weit, dass in einem Intelligence Report von OMGUS hinsichtlich Bayerns sogar festgestellt wurde, dass »die Renazifizierung (Bayern) in den Händen derjenigen belassen hat, die es unter Hitler kontrollierten.«<sup>307</sup>

### **5.3. Vorarbeiten für die Schaffung des Westzonenstaates. Hauptstadtpläne**

OMGUS beschäftigte sich immer intensiver damit, wie es nach dem Scheitern der Londoner Konferenz weiter gehen sollte. So hieß es schon am 8. Juli 1947 in einem Memorandum Litchfields, des Direktors der Civil Administration Division (CAD):

»5. Schließlich gibt es da eine Gruppe von Projekten, die in der Zeit bis zur Londoner Konferenz fertiggestellt werden müssen; obgleich sie nicht direkt die dortigen Verhandlungen berühren. Das sind Pläne, die für den Fall vorbereitet werden müssen, dass London wie Moskau fehlschlagen wird und dass die Organisation Westdeutschlands auf Regierungsbasis notwendig wird. Wenn dies geschehen sollte, müssen wir darauf vorbereitet sein, sofort mit der Umwandlung der gegenwärtigen Bizonenorganisation in eine westdeutsche Regierung zu beginnen. Wenn wir dies tun, sollten wir zugleich von der Möglichkeit – wenn auch nicht der Gewissheit – der französischen Beteiligung ausgehen. ...

Diese Pläne müssen wie jene für Moskau mit der größten Vertraulichkeit behandelt werden. Alle Dokumente ... sollen als geheim klassifiziert werden. Alle

304 Siehe auch »Über das Potential sozialistischer Anschauungen nach 1945.« In: Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus, Bd. 1, S. 191 ff.; »Die Chancen sozialistischer Massenmobilisierung in Nachkriegsdeutschland: ein Rückblick.« In: Klotzbach, Staatspartei(1982), S. 178 ff.

305 Helga Grebing, Demokratie ohne Demokraten? In: Wie neu war der Neubeginn(1989), S. 15.

306 Siehe Badstübner, Vom »Reich«, S. 394 ff.

307 Weekly Intelligence Report, 4th November 1949. BA Z 45 F/OMGUS ODI 7/29-3/13-16 (Übers.-R.B.).

Exemplare der früheren Dokumente müssen vernichtet werden. Dem deutschen Personal darf kein Zugang zu diesem Material ermöglicht werden und alle graphischen Arbeiten, die von Deutschen ausgeführt werden, sollen mit Blindtiteln vorbereitet werden, Legenden und andere Anlagen sollen nur von alliierterm Personal ausgeführt werden. ... Außerdem behandeln Sie bitte das meiste Material als für ihre Division eingeschränkt; es darf nicht mit anderem alliierterm Personal im Hauptquartier diskutiert werden – mit Ausnahme solcher Personen, deren Hilfe gebraucht wird, und dann nur den speziellen Punkt betreffend ...«<sup>308</sup>

Am 15. September 1947 gingen die ausgearbeiteten Pläne an den Chief of Staff. In dem Begleitschreiben Litchfields hieß es: »Wenn die Londoner Verhandlungen nicht zu einer Vereinbarung über eine gesamtdeutsche Regierung führen, ist es möglich, dass eine bundesstaatliche Regierung in zwei oder den drei westlichen Besatzungszonen errichtet wird. Pläne über beide Eventualitäten werden hiermit übersandt ... in der Annahme, dass es für unsere Regierung notwendig werden wird, mit der britischen und möglicherweise mit der französischen Regierung die Bildung eines bizonalen oder trizonalen Bundesstaates zu vereinbaren. Die Planungen dafür erfordern eine Anzahl unterschiedlicher Papiere ... Die Errichtung einer Hauptstadt für Westdeutschland in Frankfurt erfordert eine Reihe Entscheidungen, die wir bisher nicht getroffen haben ...«<sup>309</sup>

Im Auftrag von Washington hatte Walter Gropius bis Oktober 1947 Pläne für den Ausbau Frankfurt am Mains zur westzonalen Hauptstadt ausgearbeitet.<sup>310</sup>

In einem überarbeiteten Vorbereitungspapier für die Londoner Konferenz erhielt OMGUS am 17. Oktober 1947 aus Washington eine umfangreiche Darlegung der »U. S. Policy in Germany«, in dem detailliert die »Prozedur für die Errichtung Westdeutschlands« entwickelt wurde, die sofort nach dem Scheitern der Londoner Konferenz in Gang gesetzt werden sollte.<sup>311</sup> In dem für die Londoner Konferenz erarbeiteten Papier über die US-Strategie lag der Schwerpunkt eindeutig auf dem Teil des US-Programms, das für den Fall des Scheiterns der Londoner Konferenz ausgearbeitet worden war:

»8. Wenn es auf dem Londoner Treffen zu keiner Vereinbarung kommt, werden die westlichen Regierungen mit der Notwendigkeit konfrontiert sein, in der einen oder anderen Form »Western Germany« zu errichten ...

9. Indem die Entscheidung zur Errichtung »Western Germany« bald gefällt wird, besteht der strategische Schritt darin, sofort nach dem Scheitern des Londoner Treffens in Aktion zu treten. Das wird auch durch die Umstände diktiert, daß es sehr reale Anzeichen dafür gibt, dass die Sowjetunion bereits die präzise Struktur einer ostdeutschen Regierung geplant hat mit Leipzig als zeitweiliger Hauptstadt ...

308 BA Z 45 F OMGUS/CAD 3/162-1/21. (Übersetzung – R. B.).

309 BA Z 45 F OMGUS/CAD 3/162-1/17. (Übersetzung – R. B.).

310 Siehe BA Z 45 F OMGUS/CAD 3/162-2/21.

311 Sieh BA Z 45 F OMGUS/COS 3/162-1/17.

10. Wenn »Western Germany« errichtet werden soll, sind die folgenden Schritte notwendig

a) Abschluss einer dreiseitigen Vereinbarung ...

b) An die Trizonenbehörde sollten Instruktionen gegeben werden: ...

(2) Errichtung einer provisorischen westdeutschen Regierung ...

(4) Errichtung einer gemeinsamen Organisation der Militärregierung, um »Western Germany« zu verwalten ...<sup>312</sup>

Es wurde bereits die Direktive entworfen, die die drei Außenminister den Mitglieder der geplanten Trizonenbehörde noch von London aus übersenden sollten.

Darin wurde betont, dass es um die Errichtung keiner provisorischen, sondern einer permanenten westdeutschen Regierung gehe und zugleich vorgeschlagen, dieser die Bezeichnung »deutsche Regierung« zu geben.<sup>313</sup> Auch Pläne über die »Prozedur für die Regierungsbildung« waren bereits ausgearbeitet.<sup>314</sup>

Diese US-Planungen konvergierten mit den britischen. Die Abstimmung zwischen State Department und Foreign Office, die seit dem 19. Oktober 1947 in Gesprächen zwischen William Strang und John Hickerson in London stattfanden und über die der französische Botschafter in London, Rene Massigli, laufend unterrichtet wurde, wurden daher eindeutig davon bestimmt, »wie eine mögliche Einigung mit der Sowjetunion und nicht etwa ein mögliches Scheitern der Konferenz verhindert werden könne.«<sup>315</sup>

#### **5.4. Abschreibung der SBZ »aus Furcht, dass die radikalisierte Ostzone den Staatskörper der Westzonen infizieren könnte«.**

Die angloamerikanischen Aktivitäten blieben dem Gros der westdeutschen Entscheidungsträger nicht verborgen und bestärkten sie in ihrer Haltung, gesamtdeutsche Initiativen zu blockieren und die Ostzone abzuschreiben. Die gesamtdeutsche Problematik wurde weitgehend ausgeblendet. Stattdessen konzentrierte man sich westdeutscherseits im zweiten Halbjahr 1947 auf Konzepte für ein Besatzungsstatut<sup>316</sup> und auf Vorarbeiten für die Verfassung eines westzonalen Staates.

Seit Mai 1947 fanden, getragen vom »Deutschen Büro für Friedensfragen«, in Ruit Besprechungen über Verfassungsfragen statt.<sup>317</sup> Die Beratungen mündeten im November 1947 in »Vorschläge für eine Bundesverfassung.«<sup>318</sup>

312 BA Z 45 F OMGUS/COS 3/177-3/8. (Übersetzung – R. B.).

313 BA Z 45 F OMGUS/CAD 3/162-2/9.

314 BA Z 45 F OMGUS/AG 1947/1/1.

315 Foschepoth, Großbritannien und die Deutschlandfrage auf den Außenministerkonferenzen 1946/47, S. 80.

316 Siehe Besatzungsstatut, Bd. 1 ff. BA Z 35, Nr. 151 ff.

317 Siehe BA Z 35, Nr. 19-24, 178; die ersten drei Besprechungen, siehe auch Akten zur Vorgeschichte der BRD 1945-1949, Bd. 2, Nr. 21, 23, 35, S. 428 ff.

318 Akten zur Vorgeschichte der BRD 1945-1949, Bd. 2, 5.48.

Kennzeichnend für diese Aktivitäten war es, dass sich »ganz eindeutig diese verfassungspolitischen Überlegungen einzig auf die drei Westzonen« bezogen.<sup>319</sup> Der Herausgeber des zweiten Bandes der Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik trug dieser Tatsache Rechnung; indem er diese oben genannten Besprechungen in die Dokumentation aufnahm, obwohl sie »aus dem Rahmen der ansonsten in der Edition berücksichtigten Organe« fielen. Aber diese Verfassungsschöpfung war »für die Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland von zentraler Bedeutung.«<sup>320</sup>

Die westzonenorientierte Stoßrichtung prägte die gesamte Tätigkeit des Büros für Friedensfragen seit dem Frühjahr 1947.<sup>321</sup> Andere Verfassungsaktivitäten, wie die des Ellwanger Kreises, waren zu diesem Zeitpunkt ebenfalls eindeutig auf den Westzonenstaat gerichtet. Der südwürttembergische Staatssekretär Paul Binder berichtete: »Als (nach dem Scheitern der Münchner Konferenz – R. B.) feststand, dass mit der Ostzone nicht weiterzukommen war, hat der Ellwanger Kreis unter Heranziehung der Direktoren des Wirtschaftsrates Frankfurt am Main sich intensiv um den Zusammenschluss der drei westlichen Zonen bemüht ... Man hat im Ellwanger Kreis auch genaue Verfassungspläne durchdiskutiert, die nachher in die Herrenhiemsee'er Vorschläge eingegangen sind. Dadurch, dass die Teilnehmer den Regierungsapparat in der Hand hatten, übte der Ellwanger Kreis einen effektiven Einfluss aus.«<sup>322</sup>

Jakob Kaiser stieß mit seinen Bemühungen um Parteiengespräche in der CDU/CSU auf eine Mauer und die westzonale SPD-Führung hielt an ihrer strikten Ablehnung von Kontakten und Gesprächen mit der SED fest. Sie lancierte stattdessen im Sommer 1947 die Idee für ein »Besatzungsstatut«,<sup>323</sup> was bedeutete, dass man von einer längeren, unbefristeten Stationierung der westlichen Truppen auf westzonalem Boden ausging und dass man den Gedanken an den Abschluss eines Friedensvertrags aufgegeben hatte.

Westzonenorientierung und Abkehr von nationalstaatlichen Bemühungen reflektierten sich auf dem zweiten Parteitag der SPD auch auf die Weise, dass Schumacher in seinem Hauptreferat Europaidee und Marshallplan in das Zentrum seiner Darlegungen rückte. Diese Orientierung einte Schumacher mit den anderen großen westzonalen Parteien. Der Unterschied war allerdings, dass Schumacher die Vorstellung verfolgte, die »Vereinigten Staaten von Europa« würden sozialistisch werden.<sup>324</sup> Er führte dabei die Linie weiter, die er schon Anfang 1947 abge-

319 Overesch: Gesamtdeutsche Illusion und westdeutsche Realität, S. 135.

320 Akten zur Vorgeschichte der BRD 1945-1949, 8d.2, S. 53.

321 Das widerspiegeln auch die Tätigkeitsberichte vom Oktober 1947 und über das ganze Jahr 1947. Siehe BA Z 35, Nr. 3 und Nr. 378.

322 Wieck: Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46, S. 192 f. Im Mittelpunkt des zweiten Ellwanger Treffens stand ein Vortrag des hessischen Ministers Stein über »Europa und die bolschewistische Welle«.

323 Siehe Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg, Hamburg o. J., S. 142.

324 Ebenda, S. 37 ff.

steckt hatte, als er erklärte, die SPD sei nicht willens, beim Nationalstaat stehen zu bleiben.<sup>325</sup>

Der mit dem kalten Krieg sich ausbreitende antikommunistisch/antisowjetische ideologische Kreuzzug untergrub Zug um Zug die in sich widersprüchlichen Positionen derjenigen im bürgerlichen oder sozialdemokratischen Lager, die sich gegen Westblock und neue Kriegsgefährdungen wandten, den Marshallplan gut- hießen, aber gleichzeitig für den unteilbaren Frieden in einem einheitlichen Deutschland eintraten, wie zum Beispiel eine Mehrheit in der Heidelberger Aktionsgruppe (um Alfred Weber).<sup>326</sup> Das war gepaart mit Unverständnis gegenüber der Entwicklung im Osten Deutschlands, wie aus der auf ihrer zweiten Arbeitsta- gung am 27. und 28. Juni 1947 mit Mehrheit angenommenen EntschlieÙung »Un- teilbarkeit des Friedens und Unteilbarkeit Deutschlands« und der Diskussion dazu hervorging.<sup>327</sup>

Unter diesen Umständen blieben auch die Sondierungen für eine zweite Kon- ferenz deutscher Ministerpräsidenten in den Anfängen stecken.<sup>328</sup> Die vom Berli- ner Bürgermeister Ferdinand Friedensburg und dem bürgerlichen Soziologen Al- fred Weber initiierte Zusammenkunft von Persönlichkeiten, die am 9. November 1947 in Berlin-Wannsee stattfand<sup>329</sup>, endete mit einem Aufruf über die Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands,<sup>330</sup> dem die Mehrzahl von 151 Aufgeforderten, die sie nachträglich unterzeichnen sollten, die Unter- schrift verweigerte, unter ihnen alle Ministerpräsidenten der westzonalen Län- der.<sup>331</sup> Der Sozialdemokrat Paul Löbe, der gegen den Willen Schumachers an der Wannsee-Konferenz teilgenommen und den Aufruf unterschrieben hatte, wurde vom SPD-Vorstand getadelt und aus dessen Außenpolitischen Ausschuss ausge- schlossen.<sup>332</sup>

Gegen Alfred Weber und andere Persönlichkeiten setzte ein Kesseltreiben ein. Um sie und andere, die in den Westzonen für die Einheit Deutschlands eintraten, zu isolieren und sich zugleich ein Alibi für die Weststaatspolitik zu beschaffen, scheute man vor keinen böswilligen Unterstellungen und offensichtlichen Un- wahrheiten zurück, wie der Leiter des Deutschen Büros für Friedensfragen, Fritz Eberhard alias Helmuth Frh. v. Rauschenplat (SPD)<sup>333</sup>, in seinem Brief vom 21. No-

325 Siehe Plener, SPD 1945-1949, S. 153.

326 Siehe BA NL Alfred Weber, Nr. 39.

327 Siehe Unteilbarkeit des Friedens und Unteilbarkeit Deutschlands. Eine Diskussion, Heidelberg 1947.

328 Siehe die Unterlagen hierzu im Aktenbestand des Deutschen Büros für Friedensfragen«, BA Z 35, Nr. 4, Nr. 32; BA NL Roßmann, Nr. 41. Siehe auch Overesch: Gesamtdeutsche Illusion und westdeutsche Realität, S. 138 ff.

329 Siehe das kurze Protokoll im BA NL Friedensburg Nr. 33, 34. Siehe auch Overesch: Gesamtdeutsche Illu- sion und westdeutsche Realität, S. 142 ff. .

330 Aus der sowjetischen Besatzungszone unterzeichneten Johannes R. Becher, Erhard Hübener und Karl Stein- hoff.

331 Siehe Overesch: Gesamtdeutsche Illusion und westdeutsche Realität, S. 147.

332 Siehe ebenda, S. 149.

333 Siehe Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. I, S. 410.

vember 1947 an Alfred Weber, in dem es hieß: »Ich bedauere sowohl Ihre Unterschrift unter dem Dokument wie auch die von Herrn Paul Löbe. Sie machen sich damit zum Werkzeug der Politik einer Partei, die Sie meines Wissens sonst nicht unterstützen. Wenn Sie zusammen mit Herrn Joh. R. Becher sich gegen die ›kulturelle Zerreißung‹ wenden, wenn Sie mit Ministerpräsidenten der Ostzone sich für einen ›Frieden auf dem Boden der Demokratie und Freiheit‹ einsetzen, so erwecken Sie den Eindruck, dass Sie dasselbe für Kultur halten wie jener Herr Becher, und dasselbe für demokratisch halten wie jene Ministerpräsidenten. Ich bin der Überzeugung, dass dieser Eindruck falsch ist. Um so unbegreiflicher ist es mir, dass Sie ihn durch Ihre Unterschrift schaffen konnten und also zur Zerstörung der Kultur und der Unterbindung der demokratischen Entwicklung mitgeholfen haben ... Der Aufruf ist ein neues Beispiel dafür, wie eng sich in Deutschland Kommunismus und Nationalismus berühren. Zu diesen beiden Richtungen gehören Sie doch nicht!«<sup>334</sup>

Der Westzonenstaat war fest im Visier, auch, wenn man das aus guten Gründen verschleierte oder gar leugnete. Und das selbst noch auf der Sitzung der CDU/CSU, die am 28. und 29. Dezember 1947 in Berlin im Zusammenhang mit der Fhrungskrise der ostzonalen CDU stattfand, nachdem die SMAD Kaiser und Lemmer ihr Vertrauen entzogen hatte. Dort behauptete Holzapfel, es sei »unwahr«, dass es Verhandlungen über einen westdeutschen Staat gebe und v.Brentano schloss sich dem mit den Worten an: »Es wird uns der unbegründete Vorwurf gemacht, dass wir versuchten, einen westdeutschen Staat aufzuziehen ...«<sup>335</sup>

Doch sie logen einfach, wussten es besser und wollten überdies auch zielstrebig den Weststaat. So waren den Ministerpräsidenten der Länder der US-Zone schon Anfang November vom Verwaltungsrat des Deutschen Büros für Friedensfragen Vorschläge für eine Stellungnahme zur Londoner Konferenz vorgelegt worden, in denen es hieß: »6. Wenn, wie vorauszusehen ist, die Durchsetzung einer gesamtdeutschen Politik nicht erreicht werden kann, sollten die Regierungschefs darauf hinweisen, dass für die deutschen Weststaaten ein neues staatsrechtliches Provisorium geschaffen werden muss ...«<sup>336</sup> – und, wurde ergänzt, sie sollten in diesem Sinne aktiv werden und eigene Vorschläge entwickeln, wie es dann auch geschah.

Auf der dazu durchgeführten Beratung machte der Generalsekretär des Länderrates der amerikanischen Zone, Erich Roßmann, u.a. folgende bemerkenswerte Ausführungen: »Es sei wahrscheinlich bereits fertige Tatsache, dass die Londoner Konferenz, wenn nicht in letzter Minute noch ein Wunder geschehe, zu einem Misserfolg verurteilt sein werde. So denn sei damit zu rechnen, dass die Westmächte an die Bildung einer westdeutschen Bundesrepublik gehen würden. Man

334 BA Z 35, Nr. 9, Bl. 27/8.

335 Protokoll über die Sitzung der CDU/CSU in Berlin am 28. und 29. Dezember 1947. In: BA NL Jakob und Elfriede Kaiser, Nr. 97 (unpagin.).

336 BA NL Brill, Nr. 335.

habe deshalb alle Ursache, in der gegebenen geschichtlichen Situation deutscherseits eine Haltung einzunehmen, die jetzt und in aller Zukunft nicht so ausgelegt werden könne, als ob man dieses nationale Unglück gewollt habe. Man habe so zu taktieren, dass jedem Deutschen im Osten und Westen zum Bewusstsein komme, dass es mit der Gewalt einer politischen Notwendigkeit auf uns zugekommen sei, der man aus praktischen Gründen nicht habe ausweichen können.«<sup>337</sup>

Und, bezogen auf die westzonalen CDU/CSU-Politiker, hieß es in einem vertraulichen Informationsbericht aus OMGUS-Kreisen vom 29. Dezember 1947: »Diese Führer sind, gemäß unseren Informationen, für die Trennung der Beziehungen zur Ostzone, um alle politischen Anstrengungen im Westen konzentrieren zu können. Sie sind gegenwärtig nicht geneigt, eine politische Vereinigung aller vier Zonen zu unterstützen aus Furcht, dass die radikalisierte Ostzone den Staatskörper der Westzonen infizieren könnte.«<sup>338</sup>

Diese Furcht beherrschte zweifellos auch die westzonalen Liberalen, die am 3. November 1947 im vorläufigen »Reichsvorstand der demokratischen Partei Deutschlands« das Ringen von Külz um das Zustandekommen einer nationalen Repräsentation mit dem Bemerken abblocken, »ob die SED als deutsche Partei anzusehen sei« und die Vertreter der LDP wegen der Blockpolitik und überhaupt wegen ihrer Politik in der Ostzone scharf angriffen.<sup>339</sup>

Auf der Sitzung am 18. Januar 1948 endeten Tätigkeit und Existenz des »Reichsvorstandes« wegen der unüberwindlichen Gegensätze in der Haltung zum Volkskongress einerseits, zu den Frankfurter Beschlüssen sowie dem Ausbau des Wirtschaftsrates andererseits. Nach gegenseitigen, heftigen Vorwürfen von »Verrat« »verließen die Ostzonenvertreter die Sitzung.«<sup>340</sup>

Die westdeutschen Verantwortungsträger hatten sich Ende 1947 – aus wie auch immer motivierter Furcht vor Risiken – definitiv dafür entschieden, keinen Versuch zu unternehmen, die Grenzen ihrer gesamtdeutschen Möglichkeiten auszuloten, sondern Kurs auf den Westzonenstaat zu nehmen. Das geschah zu einem Zeitpunkt, an dem die gesellschaftliche Entwicklung in Westzonen wie Ostzone noch nach vorn und für Alternativen offen war, insbesondere in der Ostzone noch keine zentralstaatlichen Vorentscheidungen getroffen worden waren.

Die Haltung der westzonalen Verantwortungsträger verdient in diesem Kontext auch eine weit kritischere Bewertung als die der Westmächte, denn jene hatten nun mal auch eine Verantwortung für das ganze deutsche Volk oder die deutsche Nation wahrzunehmen und diese nicht oder nur bedingt.

337 Protokoll über die gemeinsame Sitzung der Herren Ministerpräsidenten der US-Zone und des Senatspräsidenten von Bremen mit dem Verwaltungsausschuss des Deutschen Büros für Friedensfragen am Dienstag, dem 4. Nov. 1947. In: BA Z 35, Nr. 4. (Hervorhebung – R. B.).

338 BA Z 45 F/OMGUS AG/1947/1/1 (Übers.u. Hervorh.- R.B.).

339 Niederschrift der Sitzung des vorläufigen Reichsvorstandes der demokratischen Partei Deutschlands in Frankfurt am Main am 3.11.1947. In: BA NL Heuß, Nr. 407.

340 Niederschrift der Sitzung ... am 18.1.1948. In: BA NL Heuß, Nr. 407.



Sich selbst rechtfertigend, bezeichneten die westzonalen Verantwortungsträger die Weststaatsbildung als die »zweitbeste Lösung«, in Wirklichkeit hielten sie es für die »erstbeste«.

In ihrer historischen Dimension bedeutete diese Entscheidung, die Ostzone rigoros abzukoppeln, aus dem Staatswerdungsprozess auszugrenzen und sie ihrem Schicksal im sowjetischen Einflussbereich zu überlassen.

### **5.5. Nach der »Sprengung« der Londoner Konferenz: Startschuss für die Schaffung des Westzonenstaates**

Es bestand keine Aussicht, dass die Westalliierten in London unter dem Eindruck einer überzeugenden gesamtdeutschen Willensbekundung für die Einheit Deutschlands ihre Weststaatspläne aufgeben würden und dass die sowjetische Delegation auf der Tagung des Rates der Außenminister in London ohne eine Vorverständigung in der Reparationsfrage und ohne Entgegenkommen hinsichtlich eines föderalistischen Staatsaufbaus für ihre kaum veränderten Vorschläge, »eine gesamtdeutsche demokratische Regierung entsprechend den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz unverzüglich zu bilden«, eine Friedenskonferenz einzuberufen, einen Friedenvertrag auszuarbeiten und abzuschließen und ihn von einer deutschen Regierung unterzeichnen zu lassen,<sup>341</sup> die Zustimmung der anderen Mächte erhalten würde.

Durch die gezielte Sprengung der Londoner Außenministerkonferenz schufen sich die Westmächte freie Bahn, das Gebiet der drei Westzonen in das sich bereits formierende Westblocksystem einzugliedern.

Schon am 17. und 18. Dezember 1947 fanden zwischen US-Außenminister George Marshall und seinen beiden westlichen Kollegen getrennte Gespräche statt. »Sofort nach dem Zusammenbruch der Londoner Konferenz legte der amerikanische Staatssekretär detaillierte Pläne für die Aktion auf den Tisch« und forderte Frankreich auf, sich anzuschließen. Dabei argumentierte er, dass heute die reale Gefahr darin bestehe, »dass die Russen versuchen könnten, die Stärke Deutschlands gegen die Westmächte zu nutzen und dass die Deutschen ihrerseits versuchen könnten, die Russen für ihre eigenen Zwecke einzuspannen.«<sup>342</sup> Robertson berichtete am 18. Dezember, dass Clay zwar zunächst zum Ausdruck gebracht habe, dass man die Tür noch nicht endgültig zuschlagen könne, insbesondere im Hinblick auf die anstehende Währungsreform. Aber, wenn die Russen nicht zustimmen, dann werde man es eben separat machen. »Das Geld war bereits in Deutschland, und die Aktion sollte gestartet werden.« Clay dachte daran, dass »eine bizonale Regierung sich im Sommer (1948 – R. B.) konstituieren könnte.«<sup>343</sup>

341 Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, Berlin 1957, S. 128.

342 Marshall-Bidault Conversation. PRO: FO 371/64250/C 16201 (Übers.-R.B.).

343 PRO: FO 371/64250/C 16395 (Übers.-R.B.).

Damit war die Weichenstellung für den Westzonenstaat erfolgt und der Startschuss gegeben.

Am 9. Februar 1948 wurde die Umbildung der bizonalen Körperschaften durch die Proklamation Nr. 7 der amerikanischen beziehungsweise die Verordnung Nr. 126 der britischen Militärregierung in Kraft gesetzt. Sie beruhte weitgehend auf westdeutschen Anregungen und war zwischen den Militärgouverneuren sowie den bürgerlichen und den sozialdemokratischen Spitzenpolitikern schon am 7. und 8. Januar 1948 in Frankfurt am Main abgestimmt worden.

Seitdem standen zwei legislative Organe – der auf 104 Mitglieder erweiterte Wirtschaftsrat und der aus 16 Vertretern gebildete Länderrat – sowie der Verwaltungsrat als Exekutive an der Spitze des »Vereinigten Wirtschaftsgebiets«. Gleichzeitig trat eine Verordnung über die Bildung eines unabhängigen Obergerichts für das Gebiet der Bizone in Kraft. Am 14. Februar 1948 schließlich unterzeichneten die Generäle Clay und Robertson das Statut der »Bank Deutscher Länder«. Durch die nachfolgende Umbildung der Bizone zur Trizone nahm der Weststaat schon deutlich Gestalt an.

## 6. Die abgeschriebene Ostzone zwischen Selbstbehauptung und neuer Selbstfindung. Quo vadis?

### 6.1. Ausbau SBZ und Kampf gegen die Spaltung

Standen zu Beginn des Jahres 1947 die gesamtdeutschen Hoffnungen und Erwartungen im Vordergrund und letztlich auch im Mittelpunkt, in deren Interesse sich für die SBZ aufdrängende Zentralisierungserfordernisse zurückgestellt wurden, so rückten nun am Ende dieses Jahres die Absicherung der »abgeschriebenen Ostzone«, ihre Konsolidierung und ihr weiterer Ausbau stärker in den Vordergrund. Dem wurde Rechnung getragen, ohne allerdings auf die gesamtdeutsche Option in Gestalt eines trotzig und selbstlegitimierenden Kampfes »gegen die westliche Spaltungspolitik« zu verzichten. Es ging aber nunmehr von Seiten der SED weder um eine schnelle noch überhaupt um eine Verständigungslösung, sondern um die Orientierung auf einen länger währenden Kampf, um »von unten« über die Einheit der Arbeiterbewegung und mittels einer Massenbewegung ein fortschrittliches Deutschland, weitgehend nach dem Muster der SBZ, zu schaffen.

Da aber Stalin in Vorbereitung auf die Londoner Konferenz und auch nach deren Scheitern weiterhin, wenngleich mit kaum erfolgversprechenden Konzepten und untauglichen Mitteln, wie sich zeigte, an seiner Option für eine Vier-Mächte-Regelung der Deutschlandfrage festhielt,<sup>344</sup> blieben auch Vorstellungen und Vor-

344 Siehe dazu Loth, *Stalins ungeliebtes Kind*, S. 116 ff.

schläge weiter auf der Tagesordnung, deren Realisierung auf ein weit weniger »fortschrittliches« Gesamtdeutschland hinausgelaufen wären. Die Situation blieb äußerst widersprüchlich und die Perspektive war oder erschien jedenfalls als noch unklar. So entstand keine eindeutig neue, sondern eher eine widersprüchliche »Gemengelage« von bisherigen und neuen Vorstellungen und konzeptionellen Ansätzen, die sich aber von der vorhergegangenen Situation dadurch unterschied, dass der Kampf »von unten« eine entscheidende Rolle spielen und entweder ein »fortschrittliches Deutschland« bewerkstelligen oder zumindest seinen Beitrag zur Durchkreuzung der Westzonenstaatspläne leisten sollte. Aber unbeschadet dessen, traten der zentralstaatliche Ausbau der Ostzone in ein neues Stadium und mit ihm die prosozialistischen Tendenzen stärker hervor. Gleichzeitig damit rückte die Frage eines Ostzonenstaates – begriffen als notwendige Reaktion auf die beabsichtigte Weststaatsbildung – nunmehr als ernsthaft zu erwägende Möglichkeit schon mal ins Blickfeld.

Die Ambivalenz der Situation trat auch in Gesprächen der SMAD mit dem Vorsitzenden der LPD, Wilhelm Külz, zutage. Ihn hätte die Sowjetunion gern in führender Position, vielleicht gar als Chef eines zukünftigen deutschen Staates gesehen. Aber Tjul'panov dachte zu diesem Zeitpunkt auch schon an Alternativen. Schon am 9. September 1947 äußerte er gegenüber Külz, »dass ich mich doch für den Fall eines notwendig werdenden Oststaates zur Verfügung halten müsste. Er deutete ziemlich unverblümt die Stellung eines Staatschefs an.<sup>345</sup> Und über ein Gespräch vom 28. November 1947 notierte Külz, »ob ich geneigt sei, mich in einer gesamtdeutschen Regierung zu beteiligen oder andernfalls in einer Ostzonenregierung tätig zu werden. Er wiederholte öfter, dass er glaube, ich sei auch für die anderen Besatzungsmächte durchaus tragbar.«<sup>346</sup> Es war bemerkenswert, dass diese Gespräche noch zu einem Zeitpunkt stattfanden, an dem der Westblock- und Westzonenzug schon deutlich auf der Strecke waren.

## **6.2. Kommunistischer Konfrontationskurs: Die 2-Lager-Doktrin und ihre Konsequenzen**

Mit der Konferenz Kommunistischer und Arbeiterparteien, die Ende September 1947 in Szklarska Poreba (Polen) stattfand, und an der die SED nicht nur nicht teilnehmen durfte, sondern von der sie auch vorher nicht informiert worden war, erfolgte nun auch von »östlicher« Seite mit dem Hauptreferat von A. Shdanow und in einer darauf basierende Deklaration<sup>347</sup> die Teilung der Welt in zwei Lager,

345 BA, Nachlaß Külz, Nr. 146, Bl. 179.

346 Ebenda, S. 241.

347 Siehe Informationskonferenz der Vertreter einiger kommunistischer Parteien in Polen Ende September 1947, Moskau 1948, S. 9-13. (Die folgenden Zitate daraus). Siehe dazu: Foitzik, Die Bildung des Kominformbüros 1947 im Lichte neuer Quelle. ZfG 40 (1992), S. 1109-1126.

die sich unvereinbar und in scharfer Konfrontation gegenüberstünden: »das imperialistische und antidemokratische Lager, dessen Hauptziel die Errichtung der Weltherrschaft des amerikanischen Imperialismus und die Zerschlagung der Demokratie ist, und das antimperialistische und demokratische Lager, dessen Hauptziel die Untergrabung des Imperialismus, die Festigung der Demokratie und die Liquidierung der Überreste des Faschismus ist.

Der Kampf der beiden entgegengesetzten Lager – des imperialistischen und des antimperialistischen – verläuft unter den Bedingungen der weiteren Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Schwächung der Kräfte des Kapitalismus und der Festigung der Kräfte des Sozialismus und der Demokratie. Deshalb entfalten das imperialistische Lager und seine führende Kraft, die USA, eine besonders aggressive Tätigkeit«, und es ist der »Wunsch der Imperialisten, einen neuen Krieg zu entfesseln ...« Dies alles werde hinter »einer liberalpazifistischen Maske verborgen«, und insbesondere die »rechten Sozialisten« bemühten sich, »den wahren räuberischen Charakter der imperialistischen Politik hinter der Maske der Demokratie und einer sozialistischen Phraseologie zu verbergen, während sie in Wirklichkeit in allen Dingen treue Helfershelfer der Imperialisten sind, in die Reihen der Arbeiterklasse Zersetzung tragen und ihr Bewusstsein vergiften.« Die Pläne der Kriegstreiber könnten jedoch von den friedliebenden Völkern durchkreuzt werden. Dabei falle den Kommunisten eine besondere Aufgabe zu.

Es handelte sich hier um eine Gegenstrategie zur Truman-Doktrin, die in ihrer Grobschlächtigkeit, militanten Kompromisslosigkeit und Schärfe selbst vom kalten Krieg geprägt war. In Shdanows Referat spielte das Jalta-Konzept und die zum Teil erfolgreiche Kooperation der Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition keine Rolle; die Nachkriegsgeschichte wurde vielmehr aus dem Blickwinkel einer Zwangsläufigkeit des kalten Krieges dargestellt.

Freilich versuchte man gleichzeitig, wie für die sowjetische Politik dieser Zeit üblich, den Spagat und schloss die Fortsetzung eines Kooperationskurses,<sup>348</sup> wie von sowjetischer Seite mit Blick auf die Londoner Konferenz durchaus angestrebt, nicht aus, doch Grundaussage und Zielrichtung der Kominform-Linie gingen eindeutig in eine andere Richtung – und so wurden sie auch in Ost und West verstanden und interpretiert.

Die Kominform-Linie involvierte die Herausbildung einer Lagermentalität des notwendigen festen und »monolithischen« Zusammenschlusses um die Sowjetunion und die unbedingte Anerkennung ihrer »Führerschaft«. In Verbindung mit dem grobschlächtigen Welt- und Feindbild wirkte dies differenzierenden Sichten und Konzepten sowohl auf die kapitalistische Welt, wie durch Eugen Varga, als auch auf die sozialistische Welt in Gestalt der Konzepte von national besonderen Wegen zu einem vom Sowjetmodell sich mehr oder weniger unter-

348 Siehe Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 109 ff.

scheidenden Sozialismus entgegen.<sup>349</sup> Das Kominform-Büro wurde von J. W. Stalin in den folgenden Monaten gezielt in diesem Sinne genutzt. Aus der Kominform-Linie, in der sich defensive und radikal offensive Positionen widersprüchlich miteinander verbanden, ergab sich genau genommen, dass die Alternative zum Krieg eigentlich nur in der Niederringung des Imperialismus gesehen wurde und dass ein wesentlicher Denkansatz in Richtung auf mögliche Kompromisse für erneute Verständigungen und Entspannung kaum zu erkennen war. Hinzu kam, dass in der Bewertung der Haltung der Sozialisten bzw. der Sozialdemokratie ebenfalls ein Rückfall auf alte sektiererische Positionen erfolgte. So verbanden sich in den Einschätzungen und Orientierungen von Szklarska Poreba einige durchaus richtige Erkenntnisse über die antisowjetische Politik der Truman-Administration mit Einseitigkeiten und Fehleinschätzungen, die kaum Möglichkeiten und Aussichten eröffneten, den kalten Krieg zurückzudrängen und zu entschärfen, zu einer friedensstabilisierenden Kooperation zurückzukehren, Entspannung und Abrüstung auf den Weg zu bringen. Allerdings setzte sich die Kominform-Linie nicht lupenrein durch. Sie wurde in der keineswegs »monolithischen« sowjetischen Praxis, insbesondere in der Deutschlandfrage, wo Stalin an seiner gesamtdeutschen Option festhielt, beträchtlich relativiert,<sup>350</sup> ihr harter Kern aber wiederum wurde nicht »aufgeweicht«, und er blieb stets wirkungsmächtig und tendenzbestimmend.

Grotewohl interpretierte die Shdanow-Rede vor dem Parteivorstand der SED Mitte November 1947 dahingehend: »1. Die Welt ist zwischen den anwachsenden Kräften des Kommunismus und den verfallenden Kräften des Kapitalismus geteilt.« 2. gehe es um Krieg und Frieden. »3. Während die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Staaten die Aussichten auf eine gesunde Wirtschaftsentwicklung und den Genuss der vollen nationalen Souveränität bietet, bedeutet die Zugehörigkeit zum kapitalistischen Lager die Unterwerfung unter den neuen amerikanischen Imperialismus.«<sup>351</sup> Davon müsse man auch bei der Beurteilung der deutschen Politik ausgehen.

### **6.3 Der Deutsche Volkskongress zwischen gesamtdeutschem Scheitern und ostzornalem Erfolg**

Moskau und SMAD wollten, nachdem eine gesamtdeutsche Repräsentation bzw. Willensbekundung nicht zustande gekommen war, unbedingt noch vor London eine wie auch immer deutsche Willenskundgebung. Da sich Kaiser dem Drängen

349 Siehe Muraschko, Das Zentralkomitee der WKP(B) und das Ende der »nationalen Wege zum Sozialismus«, S. 9 ff.

350 Auf der anderen Seite war es ähnlich, setzte sich die Truman-Doktrin nicht auf der ganzen Linie und kurzschlüssig, aber in der bestimmenden Tendenz durch.

351 Stenographische Niederschrift von der 3. (17.) Tagung ... SAPMO/Barch DY 30 ZPA IV 2/1/16, Bl. 184.

Tjul'panovs definitiv verweigerte,<sup>352</sup> war es nicht möglich, wenigstens eine Erklärung des ostzonalen Parteienblockes zu erreichen. So blieb der Parteiführung der SED nichts anderes übrig, als von sich aus zu versuchen, durch eine Initiative eine Willensbekundung zustande zu bringen. Da die Londoner Konferenz kurz bevorstand, schien Eile geboten. Doch eigentlich wiederum auch nicht, wenn man die Aussichten der Londoner Konferenz und die geringe Wirkungsmöglichkeit einer solchen deutschen Stellungnahme nüchtern betrachtete. Das Drängen der SMAD setzte die SED außerdem unter Zeitdruck, so dass nun alles ziemlich überstürzt auf den Weg gebracht werden musste. Für den 26. November 1947 wurde eine außerordentliche Parteivorstandstagung einberufen. Auf dieser erklärte Otto Grotewohl: »Wir haben monatelang in der Frage des Zustandekommens einer gesamtdeutschen Vertretung der Parteien sehr kurz getreten ... Wir sind in diesem Punkt bis an die Grenze der Selbstaufgabe gegangen ... So stehen wir heute vor der Tatsache, dass das deutsche Volk politisch führungslos ist. Die politischen Parteien haben ihrer eigentlichen Aufgabe, die Führung des Volkes zu übernehmen, freiwillig entsagt.«<sup>353</sup> Die SED halte es daher für notwenig, einen Volkskongress nach Berlin einzuberufen, um sozusagen »von unten« eine gesamtdeutsche Willensbildung zu erreichen und eine Volksbewegung für die Einheit Deutschlands zu entwickeln. Man rechne auch mit der Teilnahme von Vertretern der ostzonalen LPD und CDU. Die KPD-Genossen wurden von dem Beschluss überrascht und waren von der Eile konsterniert. Nicht einmal 10 Tage Zeit für die Vorbereitung, beklagte sich Max Reimann und Fisch rechnete vor: »Am Freitag kommen wir erst zurück und am Mittwoch nächster Woche müssen die Delegierten schon fahren.«<sup>354</sup> Es lag unter diesen Umständen auf der Hand, dass die KPD als westzonale »Delegierte« kaum mehr als ihre eigenen Genossen mobilisieren konnte.<sup>355</sup> Damit musste eigentlich jedem klar sein, dass der Anspruch, eine wenigstens einigermaßen repräsentative gesamtdeutsche Willensbekundung zustande zu bringen, nicht eingelöst werden konnte. Allerdings war die Situation zwischen Ostzone und Westzone schon so konfrontativ zugespitzt, dass auch bei einer besseren und längerfristigeren Vorbereitung des Volkskongresses dies nicht hätte erreicht werden können.

In CDU und LPD kam es über die Beteiligung an der Volkskongressbewegung zu heftigen Auseinandersetzungen. Während der Vorsitzende der LPD, Wilhelm Külz, für eine Teilnahme eintrat, erhoben die Landesverbände Berlin und Brandenburg prinzipielle Einwände. Die Meinung in anderen Landesverbänden war zunächst unterschiedlich. Auf einer außerordentlichen Sitzung des Geschäftsfüh-

352 Siehe Conze, Jakob Kaiser, S. 182 ff.

353 Stenographische Niederschrift von der 4. (außerordentlichen) Tagung ... SAPMO/Barch DY 30 ZPA IV 2/1/17, Bl. 8.

354 Ebenda, Bl. 19.

355 Wie es dann auch geschah, wie Gniffke bei der Auswertung im PV der SED kritisch feststellte: »Dafür hat der Westen in bezug auf die politische Zusammensetzung des Kongresses ziemlich stark versagt ...«. Stenogr. Bericht von der 5.(19.) Tagung ... SAPMO/Barch DY 30/IV 2/1/18, Bl. 19.

renden Vorstands der LPD am 1. Dezember 1947 in Berlin setzte sich schließlich nach teilweise heftiger Diskussion<sup>356</sup> die Auffassung durch, dass sich die LPD beteiligen müsse. Dabei hob Külz hervor: »Mit der SED sehen wir uns in drei Punkten einig, nämlich in der Ablehnung des Faschismus, in dem Bekenntnis zu einer positiven Friedenspolitik und dem Bekenntnis zur Demokratie.«<sup>357</sup> Der Beschluss für den Volkskongress wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Der Vorstand der CDU unter der Regie von Kaiser und Lemmer lehnte eine Teilnahme am Volkskongress ab, was auf den Widerspruch aus vielen Landesverbänden traf. Man räumte daher die Möglichkeit ein, als »Einzelpersonlichkeit« am Kongress teilzunehmen, wovon Nuschke und viele Landesvorsitzende sowie Mitglieder Gebrauch machten.<sup>358</sup> Die SED erreichte offensichtlich mit ihrer Initiative in der Ostzone eine große Resonanz und traf den Nerv vieler. Angesichts des aus ostzonaler Sicht entstandenen »nationalen Notstandes« war Handeln erforderlich, musste und konnte auch zu außerordentlichen Mitteln gegriffen werden. So war der Volkskongress, auch wenn er, wozu die Zeit nicht ausgereicht hätte, nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen war,<sup>359</sup> zu Willensbekundung und Aktionsmobilisierung durchaus legitimiert. Von den 2215 Teilnehmer des 1. Deutschen Volkskongresses,<sup>360</sup> der am 6. und 7. Dezember 1947 in Berlin stattfand,<sup>361</sup> kamen 1551 aus der SBZ und Berlin, davon gehörten 599 der SED, 249 der LPD und 215 der CDU an. Mit großen Engagement beschworen die Redner des Kongresses die Gefahr der Spaltung Deutschlands und bekannten sich zur Herstellung der Einheit Deutschlands und den Abschluss eines Friedensvertrages. Der Kongress verlief, wie aus den bürgerlichen Parteien zu hören war, fair, die SED enthielt sich aller Führungsbekundungen und Bevormundungen. Wilhelm Pieck, Wilhelm Külz und Otto Nuschke übernahmen gemeinsam den Vorsitz in dem vom Kongress gewählten Ständigen Ausschuss. Das einmütig verabschiedeten Manifest<sup>362</sup> erfolgte ganz auf der bisherigen Blockplattform und drückte die Hoffnungen, aber auch die Erwartungen aus, die in der Ostzone an die Herstellung eines einheitlichen deutschen Staates und an den Abschluss eines Friedensvertrages geknüpft wurden. Offenbar wirkte in der Ostzone so etwas, wie eine starke Protesthaltung gegen das Abgeschriebenwerden durch die westalliierte und westdeutsche Westblock- und Weststaatspolitik, eine Protesthaltung, die sich noch mit Hoffnungen verband, jene Pläne durchkreuzen und doch noch zu einem solchen einheitlichen Deutsch-

356 Siehe Protokoll über die außerordentliche Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands der LPD vom 1. 12. 1947. In: ZPA der LPD, Vorstandsprotokolle der LPD 27. 8. 1947-1. 4. 1948.

357 Ebenda, S. 5.

358 Siehe auch Suckut, Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD), Einleitung.

359 Die hier ansetzende Kritik geht m.E. an der Sache vorbei. Siehe Richter, Entstehung und Transformation des Parteiensystems in der SBZ und Berlin 1945-1950, S. 2535.

360 Siehe auch Koch, Volkskongressbewegung und Volksrat. In: SBZ-Handbuch(1998), S. 349 ff.

361 Siehe Protokoll des 1. Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden, Berlin 1948, S. 95 (Schriftenreihe für Einheit und gerechten Frieden, Heft 1).

362 Protokoll des 1. Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden, Berlin 1948, S. 103 f.

land kommen zu können, für das die Verhältnisse in der Ostzone als ein wichtiger Baustein fungieren könnten. Denn die gesellschaftlichen Umgestaltungen an sich, weniger die Art und Weise, wie das geschehen war, und die Implantation, Vermittlung und Verankerung des Antifaschismus beruhten doch auf einer relativ breiten Zustimmung und verbanden sich mit der Überzeugung, etwas Richtiges, Weg- und Vorwärtsweisendes getan, mitgestaltet oder erlebt zu haben – trotz der gleichzeitigen Unzufriedenheit mit der allgemeinen Lage und vielen anderen Erscheinungen der SBZ-Wirklichkeit. Daraus und aus der Abschreibung durch den Westen verstärkte sich in den bauerlichen und bürgerlichen Schichten und bei CDU und LPD das Bewusstsein, sich in einer »zonalen Schicksalsgemeinschaft« zu befinden, in der man nun mal mit SMAD und SED leben musste, entsprang sicher auch die trotzige Gegenreaktion, die Ostzone zu stärken und wie auch immer auszubauen – und was sollte man denn sonst tun?! Denn sonst blieb doch nur sich selbst auszuschließen und zu verweigern oder sich in die Westzonen abzuseilen. Zur gleichen Zeit, als sich CDU und LPD in einer Zerreißprobe befanden, gegen Überziehungen bei der Sequestrierung und gegen ihre Benachteiligung bei der Besetzung von Verwaltungsposten protestierten, der Block durch Führungsansprüche der SED und deren Drängen auf die Einbeziehung von Massenorganisationen in eine Krise geriet, entstand mit der Volkskongressbewegung eine Protest- und Kampfgemeinschaft, die Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten auf eigenartige und neue Art und Weise überbrückte.<sup>363</sup> Und die Art und Weise, wie dann die Weststaatsbildung voran getrieben wurde, nämlich mit dem Anspruch, ganz Deutschland zu vertreten und Ostzone zusammen mit den ehemals deutschen Gebieten jenseits von Oder und Neiße zur Irredenta zu erklären, einte die Blockparteien ebenfalls im Protest gegen die damit verbundenen Zumutungen und Diskriminierungen, wie sie Carlo Schmid benannte:<sup>364</sup> »Eine Folge wäre, daß man die Bevölkerungsteile Mittel- und Ostdeutschlands als Irredenta anzusehen hätte, deren Heimholung mit allen Mitteln zu betreiben wäre. Demgemäß wären jene, die der gesamtdeutschen Regierung im Westen das Recht zur Vertretung aller Gebiete bestreiten und ihr eine aus anderem Recht abgeleitete Autorität entgegensetzen sollten, als Hochverräter zu behandeln und zu verfolgen.«<sup>365</sup>

Der Volkskongress konnte von der SED-Führung mit Recht als großer Erfolg eingeschätzt werden, allerdings nicht, wenn man von den gesamtdeutschen Erwartungsvorstellungen ausging. Aber Tjul'panov sandte eine bemerkenswert krasse Fehleinschätzung nach Moskau, die an den Realitäten völlig vorbei ging.

363 Es erschien fortan regelmäßig das Publikationsorgan Deutschlands Stimme. Wochenblatt der Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden. Herausgegeben von Erich Gniffke, Arthur Lieutenant, Luitpold Steidle.

364 Und wie sie später mit dem Bonner Alleinvertretungsanspruch, dem »Handschellengesetz« und der Hallstein-Doktrin praktiziert wurden.

365 Verfassungskongress auf Herrenchiemsee. Unterausschuß I: Grundsatzfragen, Bd. 1. In: BA Z 12, Nr. 26, Bl. 4/5.



Im »Memorandum S. Tjul'panovs für M. Suslov und I. Sikin über die Ergebnisse des Volkskongresses ›Für Einheit Deutschlands und gerechten Frieden‹ vom 9. Dezember 1947 hieß es in den »Schlussfolgerungen:

1. Der Verlauf des Volkskongresses hat gezeigt, dass die SED den Moment für die Einberufung des Kongresses glücklich gewählt hatte. Die Teilnahme der wichtigsten politischen Parteien und Organisationen hat dazu geführt, dass der Kongress über seinen ursprünglichen Rahmen hinausgewachsen und zur Verkörperung einer gesamtdeutschen Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden geworden ist. Dieser Umstand hat die Autorität der SED als Vertreterin des deutschen Volkes und als gesamtdeutsche Partei erhöht und erweist sich als wichtiger Faktor zur Überwindung jener Isolation, in welche man die SED in den Westzonen bringen möchte ...

2. Der Kongress wird in dem Sinne große Bedeutung haben, dass die progressiven Kräfte Deutschlands einen gewissen Mangel an Vertrauen in die eigenen Kräfte überwinden. Das wird eine Verstärkung der politischen Aktivität sowohl der SED als auch der Kommunistischen Parteien der Westzonen sowie aller mit ihnen verbundenen Massenorganisationen hervorrufen.

3. In den Referaten und Diskussionsbeiträgen der Vertreter aller Parteien wurde die Haltung der sowjetischen Delegation auf der Londoner Konferenz begrüßt. Das wird die Überwindung der antisowjetischen Stimmungen erleichtern und die Festigung der Autorität der Sowjetunion in der deutschen Bevölkerung aller Zonen fördern.

4. Die Zusammensetzung des Kongresses, die Tatsache, dass auf ihm Delegierte aller Zonen vertreten waren und der Charakter der Reden der Delegierten aus den Westzonen auf dem Kongress erlauben es, den Kongress bei der weiteren Propagierung seiner Ideen als von gesamtdeutscher Bedeutung einzuschätzen ...

6. Die Teilnahme einer großen Gruppe führender CDU-Politiker am Kongress bedeutet eine Niederlage Kaisers und einen Sieg der fortschrittlichen CDU-Politiker. Das schafft die Voraussetzung dafür, dass schon in der nächsten Zeit im Vorstand der CDU im Zusammenhang mit seiner proamerikanischen Politik die Frage eines Misstrauensvotums gegen Kaiser und seiner Ablösung vom Posten des Parteivorsitzenden der CDU gestellt werden kann ...

Unter bestimmten Bedingungen kann die Bewegung ›Für Einheit Deutschlands und gerechten Frieden‹ sich zur Basis für eine Einheits-Volksfront entwickeln, an deren Spitze die SED stehen wird ...<sup>366</sup>

Das war sicher eine Einschätzung, die Stalin gerne las, denn sein Festhalten an der gesamtdeutschen Option wurde auch stark von seiner Sicht auf die »nationale Frage« und einer daraus resultierenden Erwartung gespeist, dass die Mehrheit des deutschen Volkes die Teilung Deutschlands nicht hinnehmen würde und daher die »Spalter« schließlich doch eine Niederlage erleiden würden. Doch das war eine,

366 Bonwetsch et.al., Sowjetische Politik ..., Dok. Nr. 34, S. 148 f.

auf solch falschen Lageanalysen, wie sie in diesem Fall Tjul'panov gab, beruhende völlige Fehlkalkulation.

Der Volkskongress konnte keineswegs für sich in Anspruch nehmen, eine für Gesamtdeutschland in irgendeinem Sinne repräsentative Veranstaltung gewesen zu sein, und die Volkskongressbewegung kam in den Westzonen auch fürderhin kaum über den Einflussbereich der KPD hinaus, wobei Verbote seitens der westalliierten Militärregierungen nachhalfen. Otto Grotewohl konstatierte allerdings schon auf der nächsten Tagung des Parteivorstandes am 14. Januar 1948: »An der Zerreißung Deutschlands in zwei Zonen kann nicht mehr gezweifelt werden.« Das bedeute andererseits aber auch, wie er glaubte, dass diese Entwicklungen den Westmächten »keine Möglichkeiten mehr lassen, ihre Position in Berlin zu halten.«<sup>367</sup>

Die Volkskongressbewegung sollte nun, wie Wilhelm Pieck am 11. Februar 1948 orientierte, eine feste Fundierung »durch die Schaffung von Landes-, Kreis-, Orts- und Betriebsausschüssen« erhalten.<sup>368</sup> Bis zum 2. Deutschen Volkskongress im März 1948 entstanden in der SBZ über 5000 solcher Ausschüsse.

#### **6.4. Die Perspektiven Anfang 1948: Widerstreit zwischen gesamtdeutschen und »volksdemokratischen« Orientierungen. Wismut-Uran für das weltpolitische »Gleichgewicht des Schreckens«**

Die SMAD reagierte am 12. Februar 1948 auf den bizonalen Ausbau mit der Erweiterung der DWK, der Übertragung von Befugnissen, die bisher die SMAD wahrgenommen hatte, an sie und ihrer Ausstattung mit der Kompetenz, Gesetze und Verordnungen im zonalen Maßstab zu erlassen. Man konnte dies als Schritt auf dem Wege zum Oststaat interpretierten oder aber auch als zwangsläufige, nicht länger zu umgehende Maßnahme des zonalen Ausbaus, der es besser als bisher ermöglichte, eine zoneneinheitliche Entwicklung zu gewährleisten und die in der SBZ zu verzeichnenden länderpartikularistischen Tendenzen zurückzudrängen. In diesem Sinne erklärte Otto Grotewohl zur gleichen Zeit auf der am 11. und 12. Februar 1948 stattfindenden Parteivorstandstagung: »Ich möchte die Bedeutung dieser gesamtdeutschen Politik unterstreichen, damit klar wird, dass auch unter den Bedingungen der Bildung des Zweizonen-Staates wir in der Ostzone nicht zu irgendwelchen staatlichen zonalen Konstruktionen übergehen werden ..., sondern die Politik, die wir in der Ostzone durchführen, muss und wird in jedem Falle im Einklang stehen mit der gesamtdeutschen Politik, wie sie vom Deutschen Volkskongress und seinen Organen festgelegt wird.«<sup>369</sup> Und auf der nächsten Tagung am

367 Stenogr. Bericht von der 6.(20.) Tagung ... SAPMO/Barch DY 30 IV 2/1/19, Bl. 36.

368 Stenogr. Bericht von der 7.(21.) Tagung ... SAPMO/Barch DY 30 IV 2/1/20, Bl. 11.

369 Ebenda, Bl. 119. Und Fechner bekräftigte auf der 8.(22.) Tagung, daß mit der DWK »nicht der Versuch unternommen worden ist, einen östlichen Separatstaat zu schaffen.« SAPMO/Barch DY 30/IV 2/1/21, Bl. 7.

20. März 1948 ergänzte er: »...wir müssen Programme aufstellen, die nicht Programme der Ostzone, sondern Programme Gesamtdeutschlands sind«, aber gleichzeitig auch für die Zone genutzt werden können.<sup>370</sup> Auf dieser Linie lag auch die Betonung des überparteilichen Charakters des Kulturbundes und der Gewährleistung der »freie(n) Meinungsäußerung« in den geistigen Auseinandersetzungen der Zeit.<sup>371</sup>

Auch die SMAD betätigte sich in dieser Richtung. So empfing Sokolowski am 7. Februar 1948 Külz, der um Unterstützung gegen seine innerparteilichen Kritiker nachsuchte. In diesem Gespräch, so Külz, bekannte sich Sokolowski »zum Berufsbeamtentum, er bekannte sich zur freien Unternehmer-Initiative, er erklärte sich bereit, eine mittelständische Abordnung aus Handel und Gewerbe zu empfangen und sicherte uns zu, eine Verordnung zu erlassen, nach der die Sequestrierungen eingestellt werden sollen, und eine andere Verordnung, die einen Abschluss der Entnazifizierungs-Komödie bis Mitte Juni ds. Js. vorsieht.« Das waren für Külz »Zugeständnisse an unsere politischen Forderungen in einem Umfang, den ich nie für möglich gehalten hätte.«<sup>372</sup>

Aus sowjetischer Sicht wurde darüber so berichtet: »Die Sympathien der Führer und Mitglieder der LDP für die SMAD und die Sowjetunion werden [auch] mit Hilfe gewisser, für uns annehmbarer »Zugeständnisse« in Fragen, die der LDP besonders wichtig sind, gewonnen.

So wussten wir z. B., dass einige Kreise in der Partei zur Sitzung des Zentralvorstands am 10. Februar d. J. in Halle erneut ein Misstrauensvotum gegen Dr. Külz vorbereiteten und hielten es [deshalb] für sinnvoll, für die Führer der LDP einen Empfang bei Marschall Sokolovskij zu organisieren.

Auf dem Empfang versprach Sokolovskij Külz positive Maßnahmen hinsichtlich der Beendigung der Entnazifizierung, der Verwendung von fortschrittlichen ehemaligen Beamten, der Heranziehung der Privatinitiative beim Wiederaufbau Deutschlands usw. Diese kleinen »Zugeständnisse« wurden nicht nur von den [Partei-]Führern selbst begrüßt, sondern als Külz auf der Sitzung des Zentralvorstands über den gewährten Empfang bei Marschall Sokolovskij berichtete, wurde auch sofort das Misstrauensvotum von der Tagesordnung genommen. Der kurz darauf erlassene Befehl über die Auflösung der Entnazifizierungskommissionen hat die Wirkung dieses Empfangs noch verstärkt und das Ansehen von Külz bei den einfachen Parteimitgliedern noch weiter erhöht.«<sup>373</sup>

Das Gespräch Sokolowski – Külz konnte einmal als betontes Festhalten der Sowjetunion/SMAD an der gesamtdeutschen Option und zugleich als Ausdruck des Willens gedeutet werden, in der SBZ am Blockprinzip festzuhalten, die Eigenständigkeit der Blockparteien zu garantieren und damit tatsächlich und ernsthaft

370 Stenogr. Bericht von der 8.(22.) Tagung ... SAPMO/Barch DY 30 IV 2/1/21, Bl. 24.

371 Siehe Entschließung des Parteivorstandes vom 11. Februar 1948 »Intellektuelle und Partei«. Dokumente der SED, Bd. 1, S. 275 ff.

372 BANL Külz, Bl. 269.

373 »Auskunft der Informationsverwaltung der SMAD für L. Baranov über die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands« v. 16. April 1948. Bonwetsch et.al., Sowjetische Politik ..., Dok. Nr 36, S. 153.

den Versuch zu unternehmen, die SBZ – in Übereinstimmung mit der gesamtdeutschen Option und zu ihrer Stützung – auf der Grundlage des Erreichten zu konsolidieren und demokratisch auszugestalten. In Verbindung mit der von Grotewohl im gleichen Sinne gegebenen Orientierung, dass die Ostzone so gestaltet werden müsse, dass sie für ganz Deutschlands »annehmbar« sei oder gar Vorbildwirkung ausüben könne, schien sich hier auch für die CDU und LPD und für die »Bündnispartner der Arbeiterklasse« eine Chance auf ansprechende Perspektiven zu ergeben. Was die SED anbetraf, konnte diese politische Ausrichtung zugleich als Fortführung des Konzepts vom »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus«, eines demokratischen Weges, gedeutet werden. Zu Beginn des Jahres 1948 hatte sich die »Notgemeinschaft« der abgeschriebenen Ostzone auf einen richtigen und guten Weg begeben, der mit dem 2. Deutschen Volkskongress und der Schaffung des Deutschen Volksrates fortgesetzt wurde. Allerdings gab es gleichzeitig und in einem unaufhebbaren Widerspruch dazu stehende, von der Kominform-Linie gespeiste und von »Lager«mentalität geprägte innerparteiliche Prozesse, die auf eine Umwandlung der SED in eine marxistisch-leninistische, stalinistische Partei zuliefen. Zu Beginn des Jahres 1948 waren sie und mit ihnen der tiefe Widerspruch zurückgedrängt, aber sie blieben nach wie vor präsent. Noch schien nicht sicher, ob, wann und wie dieser Widerspruch aufgelöst werden würde und man konnte Anfang 1948 hoffen, dass die erneut gestärkte Blockzusammenarbeit unabhängiger Parteien und mit ihr das Bemühen um Konsensbildung durch Diskurs langfristig die SBZ-Entwicklung prägen würde. Diese Hoffnungen erfüllten sich allerdings nur zeit- und teilweise, vor allem in den Beratungen des Deutschen Volksrates und seiner Ausschüsse, insbesondere bei der Ausarbeitung und Verabschiedung einer gesamtdeutschen Verfassung. Gleichzeitig aber, und in einem nicht reflektierten Widerspruch dazu, orientierte die SED auf einen normativen sowjetischen Weg und nahm Kurs auf eine »Partei neuen Typus« und auf die Errichtung ihrer »realdemokratischen« Diktatur in dem zukünftigen Ostzonenstaat.

Vor allem aber bahnte sich seit Mitte 1947 etwas an, das bis dahin nicht einkalkuliert worden war, von dem aber nun und in zunehmenden Maße eine nicht nur deutschland-, sondern mehr noch weltpolitische Wirkung ausging. Die Sowjetunion hatte es bisher nur unzureichend vermocht, das für ihr Atomprogramm benötigte Uran zu gewinnen. Der eskalierende kalte Krieg verlieh dem Ziel, im atomaren Wettrüsten gleich zu ziehen, oberste Priorität. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass sich an verschiedenen Erzbergbaustätten des Erzgebirges, Möglichkeiten eröffneten, in größerem Umfang, wenngleich unter schwierigsten Bedingungen, Uranerz zu gewinnen, konzentrierte sich die Sowjetunion darauf, diese Möglichkeit langfristig voll auszuschöpfen. Das Atomprogramm lag in der Kompetenz des NKWD. Im Mai 1947 erfolgte die Gründung der Wismut AG.<sup>374</sup>

374 Siehe Karlsch, *Uran für Moskau* (2007), S. 54 ff.

Damit verband sich eine Weichenstellung, die die weitere Entwicklung von SBZ/DDR wesentlich beeinflusste. Die Urangewinnung in Sachsen und dann auch in Thüringen nahm schon bald in Europa den ersten und weltweit den dritten Platz ein. Das schuf die entscheidenden Voraussetzungen für die erfolgreiche Realisierung des sowjetischen Atomprogramms, zur schließlichen Erreichung eines atomaren Patts und eines »Gleichgewicht des Schreckens«, von dem, wie sich zeigte, auch Frieden sichernde Wirkungen ausgingen. Die DDR hatte daran ihren – keineswegs ausreichend gewürdigten und vergüteten – Anteil, in dem sie das »Uran für den Frieden«, wie es propagandistisch hieß, lieferte, aber es belastete ihre Entwicklung schwer, und der »Heroismus« der Wismut-Kumpel verband sich mit harten Arbeitsbedingungen, gesundheitlichen Gefährdungen und langfristigen Folgewirkungen.

## 7. 1947 – der nicht verhinderte große Clash und die Folgen im Streit der Deutungsmuster. Eine Schlussbetrachtung.

Das Entscheidungsjahr 1947 war nicht nur eines der folgenreichsten, sondern auch ein an Dramatik kaum zu überbietendes. Es hatte viele, schier unvereinbare Facetten: da gab es tiefste Verzweiflung und größte Nachkriegsnot, die sich in Hungerdemonstrationen artikulierte, aber auch große Hoffnungen und Erwartungen auf Besserung. Die deutsche Zusammenbruchgesellschaft war dabei, allmählich ihren traumatisierten Zustand in schwierigen und schmerzlichen Verarbeitungsprozessen zu bewältigen, erstand aus Ruinen mühsam wieder auf, erzielte erste verheißungsvolle Erfolge beim Anderswerden und bei einer umgestaltenden Vergangenheitsbewältigung, nicht zuletzt durch Bestrafung und Enteignung von Nazi- und Kriegsverbrechern, um zu gewährleisten, dass von deutschem Boden nie mehr ein Krieg seinen Ausgang nehmen kann und um damit die Voraussetzungen zu schaffen, dass das zukünftige demokratische Friedensdeutschland Aufnahme findet in eine auf neuem Völkerrecht begründete und auf dauerhaften Frieden ausgerichteten internationalen Staatengemeinschaft – so wie es die Fortsetzung der Anti-Hitler-Koalition im und für die gemeinsame Gestaltung von Nachkriegsordnung und Frieden gemäß ihren Bekundungen zu verbürgen schien. Und die, bei allen Problemzonen und Schwachstellen, unübersehbaren Erfolge bei der gemeinsamen Ahndung der nazistischen Verbrechen und bei den Gesellschafts- und Systemtransformationen im Vier-Zonen-Deutschland mit den darin eingeschlossenen Perspektiven bestärkten um die Jahreswende 1946/47 das Zutrauen der Mehrheit der Deutschen in Ost und laut Umfragen auch in West nicht nur in den Willen, sondern auch in die Fähigkeit der Alliierten, in absehbarer Zeit eine Friedensregelung mit Deutschland herbei zu führen – und das schloss die Errichtung deutscher Zentralverwaltungen und letztlich die Bildung einer Regie-

rung, auf welche Weise auch immer, ein. Zu Beginn des Jahres 1947 also eine – trotz Skepsis und Zweifeln – dennoch mehrheitlich starke Hoffnung und Erwartung auf eine Vier-Mächte-Friedens- oder doch zumindest Zwischenregelung der deutschen Angelegenheiten mit Weichenstellung in Richtung auf ein, wie auch immer, vierzonal zusammengeführtes Deutschland – und das alles in einem Europa und einer Welt geprägt durch Kooperation und friedliche Koexistenz. Hier schien ein entmilitarisiertes, demokratisches, unabhängiges und neutrales Deutschland auf einem »3. Weg«, eventuell als Brücke zwischen Ost und West und als soziale Synthese, seinen Platz finden zu können. Der schon längst aufgebrochene und sich weiter verstärkende Dissens zwischen der Sowjetunion und den Westmächten schien der Mehrheit der Zeitgenossen noch nicht so weit fortgeschritten und so gravierend, wie er es tatsächlich schon war. Und dann geschah das für viele Unfassbare und Unvorhergesehene, es kam – mit der Rede Trumans zu Beginn der Moskauer Außenministerkonferenz als Auftakt – zum großen Clash, der im Laufe des Jahres 1947 alles durcheinander brachte und veränderte. Mit der an die Adresse Moskaus gerichteten schwerwiegenden und heftigen Anklage Trumans, entsprechenden Kursänderungen und mit den sowjetischen Gegenreaktionen zerfiel die scheinbare Einigkeit der Sieger nicht nur in Uneinigkeit, sondern formierte sich zu feindseliger Gegnerschaft. Der kalte Krieg begann, bald setzte ein neues Wettrüsten ein und drohend erhob sich das Menetekel eines atomaren Weltkrieges. Ernüchterung, ja, tiefste Enttäuschung griffen bei vielen, insbesondere Ostdeutschen, um sich. Für viele Deutsche brach schon kurz nach 1945 wieder eine Welt zusammen, begann erneut ein schmerzlicher Prozess der Umwertung von Werten. Der Glaube an eine Zukunft in einer Welt von Kooperation und dauerhaftem Frieden erwies sich als Illusion. Neue Verunsicherungen griffen um sich. Aber es gab auch nicht wenige, die frohlockten. Für sie war der große Clash zwischen den Siegermächten sozusagen die Befreiung von der Befreiung und ihren Folgen und der Aufbruch in eine neue, auf gesellschaftliche Kontinuität bauende Zukunft. Sie stellten das Entscheidungsjahr 1947 in ein anderes Deutungsmuster. Wohl selten oder kaum jemals hatten sich innerhalb eines Jahres Konstellationen und gesellschaftlich wie politische Perspektiven so dramatisch und drastisch verändert, wie das 1947 der Fall war.

Das Entscheidungsjahr 1947 war zugleich ein Schlüsseljahr. Hier fielen die Entscheidungen für die Weichenstellungen nicht nur der deutschen Nachkriegsgeschichte, die zu dem die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts bestimmenden Grundmuster deutscher und internationaler Politik führten.

Der ausbrechende und eskalierende kalte Krieg zerstörte zwar nicht sofort und auch nicht alle Ergebnisse der Anti-Hitler-Koalition oder machte sie rückgängig, aber doch viele oder beeinträchtigte sie, wie hinsichtlich der UNO, in ihrer Wirksamkeit in dem Maße, wie die »Eine Welt« zunehmend in zwei feindliche, gegeneinander agierende, Lager zerfiel. Und das führte auch zur Teilung Europas und Deutschlands. Die Lagerbindung obsiegt über die angestrebte »deutsche

Einheit«. Ende 1947 erfolgte die endgültige Weichenstellung in Richtung auf den Westzonenstaat und der Startschuss für eine Entwicklung, die dann – im Kontext mit dem sich unter US-Hegemonie formierenden Westblock und der entstehenden NATO – über den Ausbau der Bizone zur Trizone, die separate Währungsreform, die »Londoner Empfehlungen«, die Ausarbeitung des Grundgesetzes zur Errichtung der Bundesrepublik Deutschland führte. Das erfolgte in Wechselwirkung mit dem Scheitern von Bodenreformbestrebungen und der Sozialisierungsbewegung sowie einer nachhaltigen Entnazifizierung, mit der Regeneration der kapitalistisch-bürgerlicher Ordnung als soziale Marktwirtschaft und in Gestalt eines »rheinischen Kapitalismus« und unter weitgehender Beibehaltung bzw. Wiedereinsetzung der traditionellen und nazistischen Funktionselementen. Diese begrüßten das Jahr 1948 weithin so, wie man es in der Wochenzeitung »Die Zeit« lesen konnte, als das Jahr, in dem es nun um die Schaffung eines »Kerndeutschland (ging), das seiner Idee nach von Beginn an das ganze Deutschland wäre«. Dem sekundierte man im »Rheinischen Merkur« mit der Orientierung auf ein »westelbisches Deutschland« in einem westlichen Bündnis.<sup>375</sup> Und dieses sollte zugleich als ein »antikommunistisches Bollwerk« und unter Missachtung gesellschaftspolitischer Mehrheitsvoten entstehen.

Aus der Perspektive der Ostzone konnte man solches natürlich nicht wünschen, hatte aber auch keinen ebenso eindeutigen Gegenentwurf zu bieten. Zum Jahreswechsel telegraphierte Erhard Hübener an seinen Kollegen in Württemberg-Baden, Reinhold Maier: »Möge das Ende des Jahres 1948 uns alle wiederum in einem einigen Deutschland auch staatsrechtlich vereinigt sehen.«<sup>376</sup> Und die SED gab zu Beginn des Jahres 1948 in Anknüpfung an den 100. Jahrestag der Märzrevolution 1848 die Losung aus, »antifaschistische Demokratie in der einheitlichen Republik« und zeigte sich davon überzeugt, dass »der Wille des deutschen Volkes ... eindeutig auf die Einheit Deutschlands gerichtet« ist und dass das deutsche Volk die »Zerreißung Deutschlands« niemals anerkennen, dagegen kämpfen und sie verhindern wird.<sup>377</sup> Ein demokratisches und gesellschaftspolitisch an den deutschen Mehrheitsvoten von 1946/47 und damit auch stark an Umgestaltungen in der SBZ ausgerichtetes Deutschland sollte durch eine Volksbewegung erkämpft werden und darin sollte die weitere Entwicklung in der SBZ, Zentralisation und beginnende Wirtschaftsplanung und -lenkung, ausgerichtet werden. Diese veränderte Perspektive tat sich in und für die Ostzone Anfang 1948 auf. Während die westdeutsche Perspektive sich an einer realen und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden Entwicklung orientierte, setzte die ostzonale in starkem Maße auf hypothetische Annahmen und Erwartungen, wie auf die, dass sich das deutsche Volk die Zerreißung Deutschlands auf keinen Fall gefallen lassen würde. Diese Annahme basierte aber nicht auf einer exakten Analyse der politischen Gegeben-

375 Zit. nach Overesch, Das besetzte Deutschland 1948 – 1949, S. 429.

376 Zit. Nach Overesch, Das besetzte Deutschland 1945-1947, S. 407.

377 Dokumente der SED, Bd. S. 270, 272.

heiten und Konstellationen und der psychischen Verfassung »des« deutschen Volkes bzw. insbesondere der westdeutschen Bevölkerung. Denn dort hatte der seit 1945 mit zunehmender Wirksamkeit voranschreitende Prozess der »Westernisierung«,<sup>378</sup> noch dazu in seiner jüngsten Verbindung mit dem antikommunistisch/antisowjetischen Kreuzzug, gravierende Mentalitätsveränderungen bewirkt, die einem »nationalem Kampf gegen die Spaltung« weitgehend den Boden entzogen und dazu führten, die Weststaatbildung als »zweitbeste«, aber offensichtlich einzig mögliche und daher zu akzeptierende oder zumindest hinzunehmende Lösung zu betrachten. Dennoch aber war das Festhalten am Ziel, die demokratische Einheit Deutschlands zu erkämpfen und damit auch gegen die westdeutsche Ausgrenzungspolitik zu protestieren, politisch-moralisch richtig und notwendig, und zwar auch dann noch, nachdem deutlich wurde, dass die Volkskongressbewegung im Westen nicht wirklich Fuß fassen würde. Die Volkskongressbewegung und die damit verbundene gesamtdeutsche Orientierung beeinflusste die Entwicklung der SBZ nicht nur politisch-moralisch vorteilhaft, sondern vor allem auch dadurch, dass sie als ein (zumindest retardierender) Faktor gegen forcierte volksdemokratische Anpassungen und Einebnungen wirkte.

Außerdem war zu berücksichtigen, dass der Westzonenstaat bei weitem noch nicht errichtet war, Schwierigkeiten sich noch auf türmen, »jähre Wenden« eintreten konnten, selbst noch 1949.

Die komplizierte und zum Teil noch immer unentschiedene Situation im ersten Halbjahr 1949 schildert Niethammer, gestützt auf die Papiere des Inspektors bei OMGUS, W. L. Dorn, folgendermaßen: »Als Dorn Ende März 1949 für zwei Monate in die US-Zone zurückkehrte, um in OMGUS bei der Bilanz der Militärregierung zu helfen, traf er auf eine spannungsgeladene Situation: Schienen doch die künftigen Rollen Westdeutschlands und Frankreichs in Europa ungeklärt, die antifaschistischen Reformen der frühen Militärregierung gescheitert, der Parlamentarische Rat in der Krise, die Besatzungsbehörden kurz vor ihrem Abbau noch zum Druck auf die Deutschen in die Richtung einer ungeliebten Amerikanisierung entschlossen, die soziale Frage besonders der Flüchtlinge, der Wohnungslosen, der Arbeitsuchenden unbeantwortet, die liberale Führungsschicht der ersten Nachkriegsjahre in der US-Zone politisch in der Sackgasse und das Wiedererwachen eines neuen deutschen Nationalismus, der den Osten gegen den Westen ausspielen könnte, durchaus denkbar.«<sup>379</sup>

Das war sicher auch eine etwas überzogene, aber dennoch bezeichnende Sicht. Denn auch in der britischen Militärregierung wurden zur gleichen Zeit ähnliche Besorgnisse geäußert. Es könnte dahin kommen, dass sowjetische Vorschläge über den Abschluss eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen »uns in eine schwierige Position brächten, denn die Deutschen würden wahr-

378 Moskau, SMAD und SED-Führung zeigten sich völlig außerstande, dieses Phänomen und noch weniger seine große Bedeutung zu begreifen.

379 Walter L. Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone, S. 124.



scheinlich mit der Weiterführung der Pläne für den Weststaat zögern«. <sup>380</sup> Umfragen in der britischen Besatzungszone hätten deutliche Mehrheiten für einen Abzug der Besatzungstruppen ergeben. <sup>381</sup>

Und wie verunsichert die »Gründerväter« der Bundesrepublik selbst noch 1949 waren, bewies die Tatsache, dass sie alle Hebel – und schließlich mit Erfolg – in Bewegung setzten, um die Westalliierten von ihrer Forderung nach einer Volksabstimmung über das Grundgesetz abzubringen, weil sie eine Ablehnung durch Mehrheiten in einigen Ländern für möglich hielten.

War mit den gesellschaftspolitischen Ordnungsprofilen der Übergangsgesellschaften bis Anfang/Mitte 1947 eine zonal übergreifende Zäsur gesetzt worden, über die in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung gerne »hinweg gesehen« oder an der vorbei geschrieben wird, so ergab sich daraus eine bestimmte gesellschaftspolitische Perspektive auf die weitere deutsche Nachkriegsgeschichte, auf ein demokratisches Deutschland in Gestalt einer antinazistischen, antimonopolistischen, sozial gerechten und solidarischen Gesellschaft, die über den Kapitalismus hinauswies. Diese Perspektive war aber schon bald durch das sich mit dem kalten Krieg vehement verändernde Kräfteverhältnis in Deutschland nicht mehr »abgedeckt«. Durch den weiter eskalierenden kalten Krieg wurden diese Möglichkeiten und Perspektiven der Nachkriegsgeschichte schließlich vollends zunichte gemacht – und zwar, wie sich dann herausstellte für lange Zeit und eigentlich bis ins Heute des 21. Jahrhunderts. Geht man von diesen Möglichkeiten und Perspektiven aus, dann stellt sich die nachfolgende Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik als Demokratiegründung im Kontext »restaurativer Neuordnung« (Wiederherstellung obsoleter oder suspendierter Eigentums- und Dienstverhältnisse, personeller und auch mentaler Kontinuitäten sowie sozialmarktwirtschaftliche und politische Neuordnung) dar, die aber von der Mehrheit der Westdeutschen so nicht reflektiert wurde, da der »rheinische Kapitalismus« soziale Reformfähigkeit offenbarte und ein identitätsstiftendes »Wirtschaftswunder« »hervorbrachte«. <sup>382</sup> Die Bundesrepublik entstand als demokratischer Staat, aber als antifaschistisch verstand sie sich nicht und das war sie auch nicht – angesichts der schweren vergangenheitspolitischen Belastungen und des Umgangs mit der NS-Vergangenheit.

Dennoch oder gerade auch deswegen (?) wurde diese »zweitbeste Lösung« von den meisten schon bald als die beste reflektiert.

Das verhielt sich mit der der Sowjetunion und den Ostdeutschen aufgezwungenen und nur zögerlich und widerwillig angenommenen »zweitbesten Ostlösung« doch in vielem anders. Zwar wurden hier die gesellschaftspolitischen Um-

380 Polit- Divis. CCG(BE) an Foreign Office 8. 3. 1949. PRO: FO 371/76611/C2113.

381 Ebenda.

382 Oder wie Norbert Frei im Untertitel seines Essays über die 50er Jahre formulierte: »Wirtschaftliche Dynamik und biedermeierliche Restauration, materielle Modernisierung und Kontinuität der nationalsozialistischen Funktionseliten« In: »60 Jahre Die Zeit«, Teil 1, S. 4.

gestaltungen und der Prozess von Entnazifizierung und Integration sowie Elitenwechsel nicht abgebrochen oder gar zurückgenommen, sondern fortgeführt, in der Gesellschaft – Lebenswelten prägend – fest verankert, so dass sich die DDR zu Recht als antifaschistisch und alternativ zur Bundesrepublik legitimierte. Aber die demokratisch-pluralistischen Ansätze und die humanistische Weite und Vielfalt der ersten Nachkriegszeit wurden tendenziell eher eingeengt, das politische System nicht demokratisch ausgebaut. Beginnend mit der Umwandlung der SED zur »Partei neuen Typs« und der Verurteilung des »besonderen deutschen Weges«, paarte sich dies mit Fehlentwicklungen, die zu Demokratiedefiziten, Diktatur, Staatssozialismus sowjetischen Typs und stalinistischen Deformierungen führten. Aber auch das gehört zur historischen Wahrheit: ohne großen Clash und den mit ihm verbundenen Weichenstellungen keine »zweite deutsche Diktatur«!

Die Ausgangsbedingungen des Oststaates waren so, dass seine Lebensfähigkeit bezweifelt werden musste. Wenn es dennoch gelang, eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung auch unter solchen Bedingungen und sogar Wohlstand, wenngleich immer der Bundesrepublik hinterherhinkend, hervorzubringen,<sup>383</sup> so konnte dies nicht zu Unrecht ebenfalls als eine Art »kleines Wirtschaftswunder« bezeichnet werden. So gesehen verlief die wirtschaftliche und damit verbundene soziale Entwicklung der DDR – trotz schwerer politisch-ideologischer Hypotheken – besser als man es bei ihrer Gründung erwarten konnte. Und es ist aus diesen und anderen Gründen weltgeschichtlich etwas mehr als eine Fußnote wert, dass auf deutschem Boden über vier Jahrzehnte eine nichtkapitalistische Alternative existierte, die – bei allen Unvollkommenheiten und Gebrechen – einige Generationen von Deutschen ganz, teil- oder zeitweise sozialisiert hat. Auch damit verbanden sich zivilgesellschaftliche Prozesse und Veränderungen.<sup>384</sup>

Eine Meinungsmajorität geht davon aus, dass mit den Weichenstellungen des Jahres 1947 nur die Konsequenzen aus dem gezogen wurden, was sich in den Divergenzen und Konfrontationen seit 1945 aufgebaut und bereits angebahnt hatte, insbesondere in Deutschland. Denn ungeachtet gemeinsamer alliierter Beschlüsse und Festlegungen hätte jede Besatzungsmacht letzten Endes doch ihre Besatzungszone nach ihren Leitbildern gestaltet und in ihre Einflussphäre einbezogen. Die Fortsetzung der Anti-Hitler-Koalition im und für den Frieden sei nur frommer Wunsch und Deklaration gewesen, die gemeinsame Besetzung und Verwaltung Deutschlands und eine einvernehmliche Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage musste zwangsläufig scheitern. Hauptschuld daran hatte natürlich die Sowjetunion.

383 Siehe dazu inbes. Jörg Roesler, *Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, S. 70 ff.

384 Wie bei einem »normalen«, sich den politischen Delegitimierungsforderungen entziehenden geschichtswissenschaftlichen Herangehen an den Gegenstand DDR-Geschichte deutlich wird, siehe z. B. *Befremdlich anders. Leben in der DDR* (2000); *Die DDR war anders* (2000) sowie *Ergänzungsband*(2002); *Badstübner, Vom ›Reich‹(1999)*; *Handbuch Deutsche Zeitgeschichte*(2006); *Roesler, Momente*(2006); *Sandrine Kott, Einleitung zu: Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive*(2006). Siehe auch: *Fulbrook, Approaches to German contemporary history since 1945: Politics and paradigms*. In: *Zeithistorische Forschungen* 1/2004, S. 31-50.

Unsere Darstellung hat m. E. aber doch deutlich gemacht, dass das alles nicht so einfach und selbstverständlich war, dass die Kooperation der Mächte der Anti-Hitler-Koalition, insbesondere in Deutschland, beträchtliche Ergebnisse zuwege gebracht hat, dass alternative Entwicklungen in Gang gesetzt wurden und sich dementsprechende Entwicklungsperspektiven auftaten, dass Möglichkeiten für eine Vier-Mächte-Regelung vorhanden waren, deren Nichtnutzung auch durch Fehleinschätzungen und politisches Versagen verursacht wurde – nicht nur auf einer Seite. Es »dürfte heute wohl unstreitig sein«, urteilt Wolfgang J. Mommsen, »dass damals die Herstellung der Einheit Deutschlands um den Preis einer langfristigen Demilitarisierung und eines auf längere Frist kargen wirtschaftlichen Lebensniveaus für alle Deutschen im Bereich des Möglichen gelegen hat.«<sup>385</sup> Doch diese Möglichkeiten wurden nicht genutzt. Gründe dafür gibt es sicher viele ebenso wie Fehlhandlungen, die man anführen kann – und zwar ebenfalls auf »beiden Seiten«. Aus ihnen ragt aber unstreitig ein Grund heraus, nämlich, das frühzeitige Dominieren einer verständigungsfeindlichen, risikoscheuenden, die »Brüder und Schwestern« in der Ostzone kaltschnäuzig abschreibenden Westzonenoption. Diese verhinderte das Zustandekommen einer überzonalen Willensbildung für die Herstellung der Einheit Deutschlands, die die Weichenstellung auf Teilung hätte vielleicht verhindern können – und wenn nicht, dann hätte man es wenigstens versucht. Doch das geschah nicht. Und da liegt zweifellos ein schwerwiegendes historisches Versagen bei den »Gründervätern« der Bundesrepublik vor. Das von den Westalliierten längere Zeit befürchtete und von Stalin erwartete »nationale Aufbäumen« gegen die Teilung blieb aus – die Gründe wurden benannt.

Was Adenauer betrifft, wird jeder Vorwurf von denen zurückgewiesen, die behaupten, dass Adenauers Konzept der »Politik der Stärke« in Verbindung mit unbedingter Westintegration in Wirklichkeit auch eine Politik der Wiedervereinigung beinhaltet habe, allerdings eine nur auf lange Sicht Erfolg versprechende und nicht direkt verfolgte. Aber letztlich sei er durch die Geschichte glänzend bestätigt worden. Dem steht die Auffassung gegenüber, dass Adenauer eine Wiedervereinigung nicht gewollt, zumindest nicht aktiv verfolgt und vorhandene Chancen bewusst nicht genutzt habe, dass seine »Politik der Stärke« und Westbindung letztlich für Jahrzehnte der Teilung verantwortlich sei und dass der Weg zur Wiedervereinigung nur über die Entspannungspolitik, »Ostverträge«, Grundlagenvertrag und den »Helsinki-Prozess« erfolgreich sein konnte.

Ein von Josef Foschepoth im britischen Archiv entdeckte Quelle stützt diese Auffassung, wenn es da heißt:

»Am 15. Dezember 1955 schickte er (Adenauer-R. B.) den westdeutschen Botschafter in London, Herwarth von Bittenfeld, nach London, um dem Permanent

385 Mommsen, Der Ort der DDR in der deutschen Geschichte, S. 28. Denkt man an das unter ungünstigen Umständen erzielte »kleine Wirtschaftswunder« in der DDR, so erscheint allerdings fraglich, ob es zu einem kargen Lebensniveau hätte kommen müssen.

Under-Secretary of State, also dem zweithöchsten Mann im dortigen Auswärtigen Amt, klaren Wein einzuschenken. Adenauer ließ mitteilen, daß, selbst wenn bei Abschluß eines Sicherheitsvertrages mit der Sowjetunion eine Wiedervereinigung möglich – und jetzt kommt es – und die Abhaltung freier Wahlen sowie die völlige Handlungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung nach innen und außen gesichert sei, also auch die Möglichkeit eines NATO- Beitritts, somit sämtliche Voraussetzungen, die der Westen seit Jahren als Vorbedingung für eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gefordert hatte, erfüllt wären, er, Konrad Adenauer, gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands sei ... Der entscheidende Grund sei, so heißt es hier in diesem Dokument, das ich 1986 zum ersten Mal im Londoner Public Record Office entdeckt habe, daß Dr. Adenauer kein Vertrauen in das deutsche Volk habe. ›He has no confidence in the German people‹, heißt es im Original. Er sei also äußerst besorgt, daß sich eine künftige deutsche Regierung, wenn er von der politischen Bühne abgetreten sei, zu Lasten Deutschlands mit Rußland verständigen könnte. Folglich sei er der Meinung, daß die Integration Westdeutschlands in den Westen wichtiger als die Wiedervereinigung Deutschlands sei. Wir sollten wissen, daß er in der ihm noch verbleibenden Zeit alle Energien darauf verwenden werde, dieses zu erreichen. Er hoffe, daß wir alles in unserer Macht Stehende tun würden ihn bei dieser Aufgabe, nicht bei der Wiedervereinigung, zu unterstützen. Der Kanzler legte großen Wert darauf, daß die Briten seine entschiedene Haltung in dieser Frage kannten, gab jedoch dann zu bedenken, was dann auch in diesem Dokument steht, daß es natürlich ›katastrophale Folgen für seine politische Position haben würde, wenn seine Ansichten, die er mir in solcher Offenheit mitgeteilt habe, jemals in Deutschland bekannt würden.‹<sup>386</sup>

Aus Adenauers Weltbild heraus, war dies schlüssig und konsequent,<sup>387</sup> allerdings war es für die Ostdeutschen nicht sehr befriedigend. Störend war außerdem, dass Adenauer populistisch dennoch so von Wiedervereinigung sprach, als ob er sie wollte und sie greifbar sei, was er aber doch selbst gar nicht glaubte.

Adenauer und die mit ihm die »zweitbeste Lösung« anstrebenden Politikern bauten, und schließlich mit Erfolg, auf zunehmende Meinungsverschiedenheiten und Konflikte zwischen den Alliierten, wozu nicht nur die Westalliierten, sondern auch die Sowjetunion mit ihrer »Ostblockpolitik« und ihrer ungenügenden Flexibilität und mangelnden Kompromissfähigkeit ihren Beitrag geleistet hat. Und auf deutscher Seite kam hinzu, dass die SED außerhalb der SBZ durch das »Zwangsvereinigungs-Odium« moralisch diskreditiert und nicht wirklich als legitimer Verhandlungspartner, der sie war, akzeptiert wurde. Und ihre starre Ablehnung eines jeden föderalistischen Aufbaus des zukünftigen deutschen Staates war außerdem

386 Foschepoth, Adenauer und die deutsche Frage. In: Materialien (1995) Bd. V/1, S. 269.

387 Insofern man Westernisierung, Westbindung und westeuropäische Integration sozusagen als den »Königsweg« zur »geglückten Demokratie« betrachten kann, liegt hier zweifellos Adenauers großes historisches Verdienst.

nicht mehrheitsfähig. Aber im Kern ging es vor allem um eins: Alle diejenigen, die eine an den Potsdamer Beschlüssen orientierte Vier-Mächte-Regelung und die Herstellung der demokratischen Einheit Deutschlands gemäß den gesellschaftspolitischen Mehrheitsoptionen der Jahre 1946/47 zu fürchten hatten, hintertrieben und torpedierten die Herstellung der Einheit als sie vielleicht hätte realisiert werden können. Insoweit diese Kräfte nicht zurückgedrängt, enteignet (was Großgrundbesitzer und Konzern- und Bankherren anbetrifft) und entmachtet wurden, war Deutschland nicht neutralisierungsfähig und kein Partner für eine Friedensregelung. Zur tragischen Figur dieser Entwicklung wurde Kurt Schumacher. Sein paranoider Kommunistenhass ließ ihn auch schon 1945 die Westzonenoption favorisieren und damit zog er sich selbst den Boden für ein sozialistisches (West-) Deutschland in einem sozialistischen (West)Europa unter den Füßen weg. Die SPD wurde, wie sich nachfolgend erwies, zum großen Verlierer des westzonalen Nachkriegsweges.

Mit dem kalten Krieg verabschiedeten sich die herrschenden Kreise der Westmächte vom »Potsdamer Zeitalter« und vollzogen einen Kurwechsel in ihrer Deutschland- und Besatzungspolitik, von dem vor allem die belasteten deutsche Eliten profitierten. Die Urteile in den Nachfolgeprozessen fielen glimpflicher aus und frühzeitige Begnadigungen standen in Aussicht. Die belasteten Eliten avancierten zu neuen antikommunistischen und antisowjetischen Bündnispartnern. In dieser Beziehung konnte man sich ja voll auf sie verlassen. Im Umfeld der Entstehung der Bundesrepublik veränderte sich der Umgang mit den Tätern deutlich, ja, geradezu dramatisch. Die Nachfolgeprozesse wurden, wie zum Beispiel durch die Wochenzeitung »Die Zeit« von Hans-Georg von Studnitz, ehemals in der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop tätig, als Siegerjustiz verunglimpft, die, wie er schrieb, »die Elite des deutschen Volkes treffen und die Deutschen zu einer führungslosen Herde machen« soll.<sup>388</sup> Und deutsche Kirchenführer setzten sich, ohne der Frage nach der Schuld nachzugehen, vehement für Inhaftierte und Verurteilte bei den westalliierten Militärregierungen ein. 1948 hielten 55 Prozent der befragten Westdeutschen, den Nationalsozialismus für eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt worden sei. Die Entstehung der Bundesrepublik war gezeichnet von gravierenden Vergangenheitsverdrängungen und -beschönigungen und damit einhergehenden Vergangenheitsbelastungen.<sup>389</sup> Gemäß der ersten Regierungserklärung von Bundeskanzler Adenauer, nun endlich einen »Schlussstrich« zu ziehen, wurden fortan die »Ehemaligen« nicht nur verstärkt integriert, sondern sie wurden – über das »Straffreiheits-«, das »131er«-Gesetz etc. – rehabilitiert und außerdem noch für das »erlittene Unrecht« entschädigt! Auch bei der Wiederbewaffnung setzte sich eine solche Kontinuitäts- und Rehabilitierungslinie fort. Pläne für eine »Militärreform« blieben weitgehend auf der Strecke. Man knüpfte an die Traditionen der »ehrenhaften« Wehrmacht an und fühlte sich

388 Zit. nach Bajohr, Der Mann, der bei der »Zeit« Ernst Krüger war. Die Zeit 23. Februar 2006., S. 94.

389 Siehe auch Frei, Vergangenheitspolitik (1997).

»Im Geiste unbesiegt«,<sup>390</sup> was sich auch in der Benennung von Kasernen selbst nach solchen ausgewiesenen Hitler treuen Nazi-Generalen wie Dietl unübersehbar niederschlug. Und der 1959 gefasste Beschluss über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr musste – besonders im Kontext der erhobenen Gebietsansprüche im Osten – alarmieren.

Die schweren vergangenheitspolitischen Belastungen der Bundesrepublik waren unverkennbar, wurden aber geleugnet und kaum thematisiert.<sup>391</sup> Von der Geschichtsschreibung der DDR dargelegte Zusammenhänge und im Braunbuch detailliert belegt Fakten galten als kommunistische Propaganda. Immerhin stellte 1967 auch Karl Jaspers fest: »Das Fortwirken der alten Nationalsozialisten ist ein Grundgebrehen der inneren Verfassung der Bundesrepublik.«<sup>392</sup> Und viel später geißelte Helga Grebing rückblickend die Kehrseite des bundesrepublikanischen Weges mit den Worten: Insgesamt »ergaben sich personelle Kontinuitäten vom ›Dritten Reich‹ in die Bundesrepublik in Justiz, Verwaltung, Regierung, Schule und Hochschule, aber auch in den Unternehmen und Wirtschaftsverbänden sowie in beiden Kirchen legionenweise. Erschüttert steht man heute noch vor der Tatsache, dass 1939 jeder vierte deutsche Diakon Mitglied der NSDAP war und dass jene Theologen, die Diakone als Aufseher ins KZ schickten und getaufte Juden aus der christlichen Gemeinschaft ausschlossen, nach 1945 wieder hohe Ämter bekleiden konnten.«<sup>393</sup> Oder aus anderer Sicht im Zusammenhang mit der Biografie des ehemaligen Auschwitz-Häftlings Joseph Wulf, der bis zu seinem Freitod im Jahre 1974 vergeblich darum gekämpft hatte, in der Villa Marlier, dem Ort der Wannseekonferenz, ein Forschungsinstitut für die Opfer des Nationalsozialismus zu etablieren: »In den Gerichten saßen die alten Richter, im Geheimdienst die alten Geheimdienstler, in den Vorständen die alten Vorständler, und selbst die beiden einzigen überlebenden Teilnehmer der Wannseekonferenz waren als ›minderbelastet‹ aus dem Internierungslager entlassen worden.«<sup>394</sup> Dazu gehörte vor allem auch das unbekümmerte Weiterwirken der Mehrzahl der Kriegsrichter, insbesondere auch solcher, die in die terroristischen »Endphasenverbrechen«<sup>395</sup> verwickelt waren, in der Justiz der Bundesrepublik. Und der Aufbau des Bundeskriminalamtes vollzog sich unter der Regie ehemaliger SS-Führer mit SS-Umtersturmführer Paul Dickopf an der Spitze. Es ging dabei nicht nur um Kontinuität und Integration, sondern vor allem auch um Rehabilitierung von Tätern, Freisprechung von Nazi- und Kriegsverbrechern und unterlassene Strafverfolgung im großen Ausmaß. Joachim Perels hat das und die – soweit es überhaupt zu Anklageerhebungen und Verurteilungen kam – dabei in der Rechtsprechung der Bundesrepublik gemach-

390 Siehe Scholten: Offiziere: Im Geiste unbesiegt. In: Norbert Frei: Karrieren im Zwielicht, S. 131-179.

391 Siehe auch Benz, Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik. In: Die geteilte Vergangenheit (1995), S. 47 ff.

392 Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik?, S. 183.

393 Grebing: Demokratie ohne Demokraten? In: Wie neu war der Neubeginn? S. 12.

394 Peter Kasza, Ein Mann stört die Ruhe. In: Die Zeit, 14. Januar 2007, S. 87.

395 Siehe insbesondere: Terror nach Innen. Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges. (2006).

ten Anleihen an das Unrecht des nazistischen Maßnahmestaates, die zur Entlastung ganzer Tätergruppen und zur Minderung der Strafen führten, beweiskräftig und umfassend nachgewiesen.<sup>396</sup> So stand auch der nach lang vergangener Zeit doch noch durchgeführte »Auschwitz-Prozeß zwischen Aufklärung und Erkenntnisabwehr«.<sup>397</sup> Fazit: »Die rechtliche Aufarbeitung von Hitlers Verbrechen ist überwiegend gescheitert und folgte sogar der Logik des NS-Rechts.«<sup>398</sup>

Die Periode restaurativer Neuordnung der Adenauerzeit war gekennzeichnet durch eine totale politisch-ideologische Revision des Faschismusbildes der Anti-Hitler-Koalition und damit auch der mit den Nürnberger Prinzipien und dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 gezogenen Schlussfolgerungen. Hinsichtlich der Rechtsprechung war das nicht verwunderlich, denn da dominierten die ehemaligen Nazirichter nicht nur zahlenmäßig. Die umgesetzte Absicht und Tatsache, dass solche Bestandteile des Herrschaftskartells des »3. Reiches«, wie die Monopolwirtschaft weiter wirkten und die Funktionseleiten des nationalsozialistischen Herrschaftssystems nunmehr nahezu ungebrochen zu den neuen Funktionseleiten der Bundesrepublik mutierten, konnte nur dadurch legitimiert werden, dass das faschistische Herrschaftssystem aufgebrochen und lediglich auf eine diffuse Diktatur von Partei und charismatischen Führer reduziert wurde, bei denen die volle Verantwortung für Nazipolitik und auch für Nazi- und Kriegsverbrechen festgemacht werden sollte. Entgegen den erwiesenen Sachverhalten gelang es einem mächtigen und einflussreichen Entsorgungskartell, der Auffassung Geltung zu verschaffen, dass Monopolwirtschaft, Staatsbürokratie, Justiz und Militär nicht Bestandteile des NS-Herrschaftssystems, sondern davon abgekoppelt solche gewesen waren, die der Nationalsozialismus lediglich benutzt oder sogar missbraucht hatte. Sie waren also prinzipiell, von individuellen Ausnahmen abgesehen, unbelastet. In diese Richtung wirkten auch die Erklärungsmuster solcher auf Führer, Partei und Diktatur fokussierten Totalitarismuskonzeptionen. Mit dieser groß angelegten Entsorgung der NS-Vergangenheit wurde auch gleich der Kapitalismus selbst auf die Weise aus dem Blickfeld gerückt, dass nunmehr nur noch eine soziale Marktwirtschaft existierte.

Wie sich zeigte, war es nun keineswegs so, dass das Gros dieser alten Eliten sich im Zuge ihrer Anpassungen an parlamentarische Demokratie, Liberalisierung, »Verwestlichung« und Westbindung völlig gewandelt, alte Denkweisen preisgegeben und die neuen verinnerlicht hätten. Kritische Beobachter konstatierten denn auch »größtes Misstrauen und innerliche Ablehnung« gegenüber der implantierten Regierungsform ...«<sup>399</sup> Man empfand sich in der Nachfolge des 1945 untergegangenen Deutschen Reiches, das in den »Grenzen von 1937« wiederhergestellt werden sollte, in einer durch den »Betriebsunfall Adolf Hitler« und die »Nieder-

396 Perels, *Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime* (2004).

397 Perels, *Entsorgung*, S. 206.

398 Perels, *Der Mythos von der Vergangenheitsbewältigung*, S. 51.

399 *Pressepiegel* zit. nach Jarausch: *Die Umkehr*, S. 182.

lage« unterbrochenen und durch »Verwestlichung« gewandelten und angepassten, aber nun fortzuführenden Kontinuität, die sich ohne Trauerarbeit vom NS, aber auch vom »Verrat« der Hitlergegner und zunehmend ebenso von denen abgrenzte, die Nazi-Deutschland »verlassen hatten«, wie nicht zuletzt Thomas Mann und auch Marlene Dietrich erfahren mussten. Den 8. Mai 1945 sah man im breiten Konsens nicht als Tag der Befreiung, die ungenügenden Anstrengungen zur Ahndung von NS-Verbrechen nicht als Manko, ganz im Gegenteil. Bei näheren Hinblicken wurde deutlich, dass hinter und unter dem freiheitlich-demokratischen Image der offiziellen Bundesrepublik und des öffentlichen Lebens und zum Teil im unübersehbaren Widerspruch dazu noch ein anderes, tradiertes Deutschland existierte, das weit in die neue politische Klasse hinein reichte. Das war auch der Geist, der weithin an den westdeutschen Stammtischen und in vielen Familien herrschte. So gesehen erscheint es fraglich, ob die Kritik an einer verfehlten Entnazifizierung nur eine linke Legende ist und man so einfach von einer gelungenen Integration der »Ehemaligen« sprechen kann, wie das jüngst Konrad Jarausch tat.<sup>400</sup> Dagegen spricht eigentlich auch der von Jarausch selbst analysierte bundesrepublikanische Weg langer und mühsamer »(west)deutscher Wandlungen« über viele Jahrzehnte – das bedeutete doch auch immer behaftet mit noch nicht Gewandeltem, mit den einflussreichen Faschismusförderern, Rüstungs-, Arisierung- und Kriegsprofiteuren und den vielen nicht bestraften Nazi- und Kriegsverbrechern, den Recht sprechenden ehemaligen Kriegsgerichtspräsidenten etc. Inmitten der sich mühsam herausbildenden bundesrepublikanischen »Zivilgesellschaft« wimmelte es also jahrzehntelang teils von unerkannten und ihre Verstrickungen leugnenden Tätern und Vordenkern von NS, wie in der Historikerzunft, teils von unbestraften und in der Regel keineswegs reuigen Tätern.

Begünstigt durch die sukzessive biologische Entsorgung von NS-Tätern bahnte sich dann mit der »antirestaurativen« Protestbewegung der 68er-Bewegung ein Umdenken und eine wieder kritischere Sicht auf den Faschismus an. Die Verdrängung der NS-Vergangenheit ließ sich immer weniger aufrecht erhalten. Belastete, wie Filbinger mussten Konsequenzen ziehen, der »Schuld der Väter« wurde verstärkt nachgegangen. Gegen große Widerstände setzte sich allmählich auch mit den Ostverträgen eine Anerkennung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, insbesondere des Verlustes der Ostgebiete, durch. Und 1985 endlich rang sich das offizielle Bonn dazu durch, einen Perspektivwechsel in Hinblick auf den 8. Mai 1945 zu vollziehen und diesen Tag auch und vor allem in den Kontext der Befreiung von der nazistischen Diktatur zu stellen.

Letztlich wurden die NS-Funktionseliten und ganze Tätergruppen auch in der Bundesrepublik von ihrer nazistischen Vergangenheit doch noch eingeholt – zumindest teilweise und historisch-moralisch. So sah sich das westdeutsche Großkapital zu Wiedergutmachungsleistungen an den Zwangsarbeitern veranlasst so-

400 Jarausch, *Die Umkehr*, S. 75. Ähnlich Henke, *Die Grenzen der politischen Säuberung in Deutschland nach 1945*. In: *Westdeutschland 1945-1955*, S. 132.



wie zu Zahlungen an Arisierungsgeschädigte. Und auch die selbst in Auftrag gegebene Firmengeschichte der Dresdner Bank war nicht in der Lage die tiefen Verstrickungen dieser »Bank der SS«, wie sich selbst bezeichnet hatte, in die Nazi-verbrechen zu übergehen. Es erschienen ungeschönte Darstellungen über Hitlers Eliten und ihr Wirken in der Bundesrepublik, wie das von Norbert Frei herausgegebene Buch »Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945«, der von Joachim Perels und Rolf Pohl herausgegebene Titel »NS-Täter in der deutschen Gesellschaft« oder die Darstellung von Manfred Messerschmidt über die Wehrmachtsjustiz.<sup>401</sup> Auf dem Frankfurter Historiker-Tag 1998 durchbrach schließlich der »Aufstand der Enkel«<sup>402</sup> die Mauern der heuchlerischen Reputation, die um das Wirken der Disziplin und ihrer Verstrickungen in NS errichtet worden waren, insbesondere um die beiden ehemaligen Vorsitzenden des Historikerverbandes, Schieder und Conze,<sup>403</sup> die mit ihren Aktivitäten im Kontext der »Germanisierung« und »Entjudung« Ostpolens zu den Vordenkern und Tätern zu rechnen waren. Und das blieb doch zweifellos nicht ohne negative Auswirkungen auf die Entwicklung der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung, insbesondere auf ihre streng antikommunistische und lange Zeit dezidiert antimarxistischen Ausrichtung. Es dauerte allerdings bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts bis der Mythos von der ehrenvollen Wehrmacht durch die »Wehrmachtsausstellung«, bei anhaltenden Protesten, in Frage gestellt werden konnte. Und schließlich kam es doch, wengleich erst 1998, zu einer grundsätzlichen Positionsänderung: mit der gesetzlichen Notifizierung des Nicht-Rechts der NS-Justiz durch den Bundestag und mit der Aufhebung von Unrechtsurteilen.

Damit kamen faktisch das verdrängte Faschismusbild der Anti-Hitler-Koalition, und die aus ihm gezogenen Schlussfolgerungen wieder zu Ehren und es wurde deutlich, dass in bezug auf die Ahndung von nazistischen Verbrechen und die Bewältigung der faschistischen Vergangenheit die DDR gegenüber der alten Bundesrepublik den richtigeren und – trotz auch Fehlern und Einseitigkeiten – einen besseren Weg gegangen war. Dazu gehörten auch solche nachhaltigen »Wandlungen«, die mit einem, wie auch immer einseitigen, aber prägenden Antifaschismus und einer sich am Potsdamer Friedensgebot orientierten, die frühzeitige Anerkennung der Oder/Neiße-Grenze einschließenden, Politik und mit dem Leben in einer solidarischen, an sozialer Gerechtigkeit orientierten Gesellschaft verbunden waren.

Aus dem Dargestellten ergibt sich auch die Antwort auf die Frage, warum das, was 1990 geschah, nicht auch schon früher, eventuell vor 60 Jahren, geschichtlich möglich gewesen wäre. Doch die Frage ist eigentlich falsch gestellt. Denn 1947

401 Messerschmidt, Die Wehrmachtsjustiz 1933-1945 (2005).

402 Siehe Volker Ulrich: Späte Reue der Zunft. Endlich arbeiten die deutschen Historiker die braune Vergangenheit ihres Faches auf. In: Die Zeit, Nr. 39 v. 17. September 1998, S. 53.

403 Siehe Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945. Hrsg. von Peter Schöttler (1997); Aly: Macht-Geist-Wahl (1997); Oberkrome: Volksgeschichte (1993).

stand nicht die Herstellung der deutschen Einheit und einer deutschen Friedensregelung mit einem deutschen Staat mit dem gesellschaftspolitischen Profil der späteren Bundesrepublik und den Funktionseleiten von NS auf der Tagesordnung, sondern mit einem aus der Realisierung des alliierten Deutschlandprojekts hervorgegangenen und auf der Umsetzung der damaligen, an »dritten Wegen« orientierten deutschen Mehrheitsoptionen basierenden, antifaschistischen, Frieden garantierenden deutschen Staat, der sich auf keinen Fall, wie die Bundesrepublik, die Wiederherstellung Deutschlands »zumindest in den Grenzen von 1937« zum Ziel gesetzt und revanchistische Vertriebenenverbände staatlich gefördert hätte. Die Westmächte brachen das ursprüngliche alliierte Deutschlandprojekt ab, setzten im kalten Krieg und zur Durchführung ihres antisowjetischen Kreuzzuges auf große Teile der traditionellen deutschen Eliten und darauf, einer erneuten deutschen Gefahr durch Einbindung ihres Teils von Deutschland in das westliche Bündnis und in eine westeuropäische Integration vorzubeugen und setzten außerdem auf die mit der »Verwestlichung« und Liberalisierung sich vollziehenden Umorientierungs- und Wandlungsprozesse.<sup>404</sup> Letztere waren in der Tat bemerkenswert, so dass man durchaus von einer »geglückten Demokratie«<sup>405</sup> sprechen kann, hatten aber auch deutliche »Begrenzungen« und erwiesen sich außerdem als weit schwieriger und langfristiger als angenommen. Das »Unbewältigte« war zäh und gewichtig. Sicher sah man das von außen, insbesondere aus der Sicht der DDR kritischer, vielleicht auch überzogen kritisch, aber nicht gänzlich falsch. Die entscheidende Bedingung für das überraschende und schnelle, wenn nicht gar überstürzte Zustandekommen von »Wiedervereinigung« und de facto Friedensregelung über den letztlich von den USA und ihrem Juniorpartner BRD dominierten 2+4-Weg<sup>406</sup> mit dem einfachen »Anschluss« der DDR an eine eigentlich selbst stark reformbedürftige BRD wurzelte natürlich zunächst und vor allem in der schwachen Position der Sowjetunion, die dazu führte, dass Gorbatschow sich die DDR und den Abzug der sowjetischen Truppen abhandeln und auch abkaufen ließ, und mehr noch dann im völligen Zusammenbruch der Sowjetunion, infolge »Todrüstens«, verpassten Reformen und Modernisierungstransformationen und verfehler Demokratisierung – der gesamte Ostblock und die DDR inbegriffen. In einer solchen veränderten historischen Situation fungierten nun die langfristigen »Umkehr«- und »Wandlungsprozesse« in der Bundesrepublik und ihre feste, auch Vertrauen und Verlässlichkeit begründende Einbindung in einen (west)europäischen Integrationsprozess in Verbindung mit den »Ostverträgen« als hinreichende Bedingungen dafür, die deutsche Frage faktisch so zu regeln, dass dies auch von den Nachbarvölkern Deutschlands akzeptiert werden konnte; und zwar trotz des Umstandes, dass dieses Deutschland zugleich in ein von den USA dominiertes at-

404 Siehe auch Herbert, Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte. In: Wandlungsprozesse in Westdeutschland, S. 7-49.

405 Wolfrum, Geglückte Demokratie (2006).

406 Siehe Plato, Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel (2002).

lantisches Militärbündnispaakt integriert wurde und damit in die kriegerischen Konflikte einer vielerorts nichtfriedlichen Welt hineingezogen werden konnte. Die mit dem Sieg der USA im kalten Krieg und ihre, durch weitere Rüstung untermauerte unangefochtene Weltmachstellung verbundene Regelung der deutschen Frage von 1990 ging zugleich historisch in vielem hinter das zurück, was 1947 im Zusammenhang mit einer möglichen Perspektive eines »dritten Weges« und einer Brücke- oder Synthese-Funktion zwischen Ost und West in einer kooperativen Welt angedacht und angestrebt worden war. Ob man das bedauert oder nicht – daran scheiden sich die Geister.

## Abkürzungsverzeichnis

ACA Allied Control Authority  
ACA USSEC Alliiertes Kontrollrat/US-Sektion  
APZ Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament  
AsD Archiv der sozialen Demokratie  
AVP Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation  
BA oder BAK Bundesarchiv, Koblenz  
BARCH Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde  
BLHA Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam  
BzG Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung  
CAB Cabinet  
CAD Civil Affairs Division, War Department  
CCG (BE) Control Commission for Germany (British Element)  
CDU Christlich-Demokratische Union  
CIA Central Intelligence Agency  
C.M. Cabinet Meeting (Minutes)  
CONL Control Council/Kontrollrat (ACA)  
CORC Coordination Committee, Koordinierungskomitee (ACA)  
C.P. Cabinet Paper  
DA Deutschland Archiv  
DBD Demokratische Bauernpartei Deutschlands  
DDR Deutsche Demokratische Republik  
DGB Deutscher Gewerkschaftsbund  
DPOL Directorate of Politics/Politisches Direktorat (ACA)  
EA Europa Archiv  
FDGB Freier Deutscher Gewerkschaftsbund  
FDJ Freie Deutsche Jugend  
FO Foreign Office, London  
FRUS Foreign Relations of the United States, Diplomatie Papers  
GARF Staatliches Archiv der Russischen Föderation  
GVOBI. Gesetz- und Verordnungsblatt  
HZ Historische Zeitschrift  
JbWG Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte  
JCS Joint Chiefs of Staff of the Allied Expeditionary Forces  
Kominform Kommunistisches Informationsbüro  
KPD Kommunistische Partei Deutschlands  
KPdSU Kommunistische Partei der Sowjetunion  
LAM-LHA Landesarchiv Magdeburg – Landeshauptarchiv  
LDPD oder LPD Liberal-Demokratische Partei Deutschlands

MLHA Mecklenburgisches Landeshauptarchiv  
NA National Archives, Washington (D. C.)  
NATO North Atlantic Treaty Organization  
ND Neues Deutschland  
NDPD National-Demokratische Partei Deutschlands  
NKFD Nationalkomitee Freies Deutschland  
NSDAP Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei  
OdF Opfer des Faschismus  
OMGUS Office of Military Government United States, Berlin  
Parl. Deb. Parliamentary Debates  
PRO Public Record Office, London (Kew)  
RG Record Group  
SAPMO/BArch Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der  
DDR im Bundesarchiv, Berlin  
SBZ Sowjetische Besatzungszone  
SED Sozialistische Einheitspartei Deutschlands  
SHAEF Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces  
SMA Sowjetische Militäradministration in den Ländern der SBZ  
SMAD Sowjetische Militäradministration in Deutschland  
SMAS Sowjetische Militäradministration Sachsen  
SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
StDep State Department, Washington (D. C.)  
SU Sowjetunion  
USCCG US Control Commission for Germany (bis zur Etablierung von  
OMGUS)  
USPOLAD US Political Adviser/Politischer Berater (OMGUS)  
ThLHA Thüringisches Landeshauptarchiv, Weimar  
VdgB Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe  
VjhZG Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte  
VVN Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes  
WZ Wissenschaftliche Zeitschrift  
ZfG Zeitschrift für Geschichtswissenschaft  
ZfS Zeitschrift für Soziologie  
ZK Zentralkomitee  
ZPA Zentrales Parteiarchiv  
ZS Zentralsekretariat des Parteivorstandes der SED

## Quellen und Literatur.

Das Literaturverzeichnis konzentriert sich auf vorwiegend neuere und vor allem auf die im Text angeführte Literatur sowie auf genutzte Aktenpublikationen etc. Die Fundorte für die zahlreichen Zitate aus und Hinweise auf Archivquellen erschließen sich über das Abkürzungsverzeichnis.

- Abelshauer, Werner, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004, Lizenzausg. Bonn 2005
- Abelshauer, Werner, Der »Wirtschaftshistorikerstreit« und die Vereinigung Deutschlands. In: Doppelte Zeitgeschichte(1998), S. 402-417
- Agsten, Rudolf/Bogisch, Manfred, LDPD auf dem Weg in die DDR. Zur Geschichte der LDPD in den Jahren 1946 bis 1949, Berlin (Ost) 1974
- Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Hrsg. von Bundesarchiv/Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1: September 1945-Dezember 1946, bearb. von Walter Vogel und Christoph Weisz, München/Wien 1976; Bd. 2: Januar – Juni 1947. Bearb. Wolfram Werner, München/Wien 1979
- Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd.1, Wien 1982
- Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, hrsg. V. LutzNiethammer u.a., Wuppertal 1976
- Backer, John H., Die deutschen Jahre des Generals Clay. Der Weg zur Bundesrepublik 1945-1949, München 1983
- Backer, John H.: Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1943-1948, München 1981
- Badstübner, Rolf, Alliierte Politik und Besatzungsherrschaft zur Schaffung eines antinazistischen, antimilitaristischen, demokratischen und friedlichen Deutschlands und die Entstehung der beiden deutschen Staaten. In: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. I (1993), S. 27-60
- Badstübner, Rolf, Die Gründung der SED. Zur Selbsterstörung einer Legende. In: Utopie kreativ, Nr. 65/1996, S. 17-30
- Badstübner, Rolf, Franz L. Neumanns Behemoth, seine Geheimdienstanalysen und der Umgang mit den Nazi-Tätern nach 1945. In: Von den Urteilen zur »Gnadenarie«. 60 Jahre nach dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess. Pankower Vorträge, H. 86, Berlin 2006, S. 36-49
- Badstübner, Rolf, Vom »Reich« zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999
- Badstübner, Rolf /Loth, Wilfried (Hg.), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994
- Badstübner-Peters, Evemarie, Ostdeutsche Sowjetunionerfahrungen. Ansichten über Eigenes und Fremdes in der Alltagsgeschichte der DDR. In: Jarausch, Konrad H./ Sigrist, Hannes (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970, Frankfurt am Man – New York 1997, S. 291-311
- Badstübner-Peters, Evemarie, Über uns und die »Russen«. Zur Alltagsgeschichte (ost)deutsch-sowjetischer Beziehungen. In: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. VII, Berlin 1997, S. 251-275
- Bariety, Jaques, Die deutsche Frage aus französischer Sicht, 1945-1955. In: Wilfried Loth (Hg.), Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, Berlin 1994, S. 144-166
- Bajohr, Frank, Der Mann, der bei der ZEIT Ernst Krüger war. Die Zeit, 23. Februar 2006
- Bauerkämpfer, Arnd (Hg.): »Junkerland in Bauernhand«? (HMRG, Beiheft 20), Stuttgart 1996
- Befremdlich anders. Leben in der DDR, hrsg. v. Evemarie Badstübner-Peters, Berlin 2000
- Bender, Peter, Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München 1996
- Benser, Günter, Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945), Berlin 1985
- Benz, Wolfgang, Staatsneubau nach der bedingungslosen Kapitulation. Theodor Eschenburgs »Überlegungen zur künftigen Verfassung und Verwaltung Deutschlands. In: VfZ, 1985, H.1, S. 171-213
- Benz, Wolfgang, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1986
- Benz, Wolfgang, Deutschlandpolitische Grundsatzpositionen und Zielvorstellungen in den westdeutschen Besatzungszonen 1945-1949. In: Materialien Enquetekommission 1995, Bd. 5/2, S. 1108-1140
- Birke, Adolf M., Nation ohne Haus. Deutschland 1945-1961, Berlin 1989
- Birke, Adolf M. /Mayring, Eva A. (Hrsg.), Britische Besatzung in Deutschland. Aktenerschließung und Forschungsfelder. London 1992

- Bonwetsch, Bernd und Bordjugov, Gennadij, Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar-7. Februar 1947, in: VfZ, 42 (1994), S. 279-303
- Braas, Gerhard, Die Entstehung der Länderverfassungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1946/47, Köln 1987 (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, Bd. 4)
- Clay, Lucius D., Entscheidung in Deutschland, Frankfurt am Main 1950
- Conze, Werner, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945-1949, Stuttgart 1969
- Cornides, Wilhelm, Die Weltmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945-1955, Tübingen und Stuttgart 1957
- Cornides, Wilhelm/Volle, Hermann, Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente zum Problem der Deutschen Friedensordnung 1941-1948 mit einem Bericht über die Londoner Außenministerkonferenz, Oberursel 1948
- Creuzberger, Stefan, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar, Köln, Wien 1996
- Dähn, Horst, Elitenabbruch, Elitenwechsel und Elitenkontinuität nach 1945. In: Eliten in Deutschland, Bonn 2006, S. 203-217
- Danyel, Jürgen, Die geteilte Vergangenheit. Gesellschaftliche Ausgangslagen und politische Dispositionen für den Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten nach 1949. In: Historische DDR-Forschung(1993), S. 129-148
- Der Marshall-Plan und die europäische Linke. Hrsg. von Othmar Nikola Haberl und Lutz Niethammer, Frankfurt am Main 1986
- Deutsche Geschichte, Bd. 9 = Rolf Badstübner/Evamarie Badstübner-Peters/ Günter Benser/Peter Kirste/ Siegfried Kuntsche/Wolfgang Mühlfriedel, Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, Berlin 1989 (Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, hrsg. v. Zentralinstitut für Geschichte der Akademie d. Wiss. d. DDR)
- Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz in München vom 6. Bis 8. Juni 1947, hrsg. von der Bayerischen Staatskanzlei, München 1947
- »Deutsche und Russen« in: Jan Foitzick, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Strukturen und Funktion, Berlin 1999 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. V. Institut f. Zeitgesch., Bd. 44), S. 52-75.
- Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch, Hrsg. von Clemens Burrichter/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 2006
- Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, hrsg. v. Wilfried Loth, Berlin 1994
- Die DDR war anders. Ein kritische Würdigung ihrer sozialkulturellen Einrichtungen. Hg. Stefan Bollinger/Fritz Vilmar, Berlin 2000 sowie Ergänzungsband, Berlin 2002
- Die doppelte Eindämmung. Europäische Sicherheit und deutsche Frage in den Fünfzigern, hrsg. v. Rolf Steininger, Jürgen Weber u.a., München 1993
- Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, hrsg. v. Jürgen Danyel, Berlin 1995 (Zeithist. Studien, Bd. 4)
- Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive, hrsg. v. Sandrine Kott/Emmanuel Droit, Berlin 2006
- Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen. Britische, französische und amerikanische Akten. Eingeleitet und bearb. von Rolf Steininger, Düsseldorf 1988 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, vierte Reihe, Bd.4)
- Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch. Hrsg. Von Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler, Berlin 1997
- Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. Bearbeitet und herausgegeben von Jochen P. Laufer und Georgij P. Kynin unter Mitarbeit von Viktor Knoll, Band I: 22. Juni 1941 bis 8. Mai 1945; Band II: 9. Mai 1945 bis 3. Oktober 1946, Band III: 6. Oktober 1946 bis 15. Juni 1948, Berlin 2004
- Doernberg, Stefan, Die ersten Schritte in ein neues Deutschland, Dresden 1966
- Doernberg, Stefan, Fronteinsatz. Erinnerungen eines Rotarmisten, Historikers und Botschafters, Berlin 2004
- Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Band 1 Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946. Bearbeitet von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch unter Mitarbeit von Hans Meusel, München – New Providence – London – Paris 1993
- Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990, hrsg. v. Arnd Bauernkämper, Martin Sabrow, Bernd Stöver, Bonn 1998
- Dorn, Walter L., Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß, übers. u. hrsg. von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973
- Einheitsfront-Einheitspartei. Kommunisten und Sozialdemokraten in Ost- und Westeuropa, hrsg. v. D. Staritz u. H. Weber, Köln 1989
- Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen. Hrsg. v. Clemens Vollnhals in Zusammenarbeit mit Thomas Schlemmer, München 1991

- Eliten in Deutschland. Bedeutung-Macht-Verantwortung, hrsg. v. Oscar W. Gabriel/Beate Neuss/Günther Rütter, Bonn 2006=Bundeszentrale f. polit. Bildung, Bd. 506
- Eschenburg, Theodor, Jahre der Besatzung 1945-1949, Stuttgart-Wiesbaden 1983 (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hg. von Karl Dietrich Bracher u. a., Bd. 1)
- Filitow, A. M.: Germanski wopros: ot raskola k objedineniju, Moskwa 1993
- Fisch, Jörg, Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992
- Foitzik, Jan, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: SBZ-Handbuch (1990), S. 7-69
- Foitzik, Jan, Die Bildung des Kominformbüros 1947 im Lichte neuer Quelle. ZfG 40 (1992), S. 1109-1126
- Foitzik, Jan, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Strukturen und Funktion, Berlin 1999 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. v. Institut f. Zeitgesch., Bd. 44)
- Foschepoth, Josef, Zur deutschen Reaktion auf Niederlage und Besatzung. In: Westdeutschland 1945-1955, S. 151-165
- Foschepoth, Joseph, Steininger, Rolf (Hg.), Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949. Paderborn 1985
- Foschepoth, Josef, Adenauer und die deutsche Frage. In: Materialien der Enquetekommission 1995, Bd. V/1, S. 265-270
- Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1997<sup>2</sup>
- Frei, Norbert, Karrieren im Zwilicht. Hitlers Eliten nach 1945, 2.Aufl., Frankfurt am Main 2002;
- Frohn, Axel, Neutralisierung als Alternative zur Westintegration. Die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika 1945-1949, Frankfurt am Main 1985
- Fulbrook, Mary, Approaches to German contemporary history since 1945: Politics and paradigms. In: Zeithistorische Forschungen 1/2004, S. 31-50
- Fulbrook, Mary, Theoretische Überlegungen zur DDR-Geschichte. In: Die ostdeutsche Gesellschaft(2006), S. 278-285
- Gablentz, Otto Heinrich von der, Die versäumte Reform. Zur Kritik der westdeutschen Politik, Köln und Opladen 1960
- Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte, hrsg. v. Gerhard Fischer u.a., Schkeuditz 1999
- Gerhardt, Uta, Soziologie der Stunde Null. Zur Gesellschaftskonzeption der amerikanischen Besatzungszonen 1944-1945/1946, Frankfurt am Main 2005
- Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945. Hrsg. von Peter Schöttler, Frankfurt am Main 1997
- Gimbel, John, The American Occupation of Germany. Politics and the Military, 1945 bis 1949, Stanford 1968 (dt.: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945 bis 1949, Frankfurt am Main 1971).
- Glaser, Hermann, Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945-1948, München/Wien 1985
- Glum, Friedrich, Der künftige Bundesstaat, München 1946
- Götz, Aly, Macht-Geist-Wahl. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997
- Görtemaker, Manfred, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München.1999
- Görtemaker, Manfred, Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002 u. Bonn 2002= Lizenzausgabe der Bundeszentrale für Pol. Bildg
- Görtemaker, Manfred, John Foster Dulles und die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland. In: Die doppelte Eindämmung(1993), S. 9-38
- Graml, Hermann, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941-1948, Frankfurt am Main 1985.
- Graml, Hermann, Internationale Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik 1949-1955. In: Materialien Enquetekommission 1995, Bd. V, S. 1381-1403
- Grebing, Helga, Demokratie ohne Demokraten? Politisches Denken, Einstellungen und Mentalitäten in der Nachkriegszeit. In: Wie neu war der Neubeginn? Zum deutschen Kontinuitätsproblem nach 1945 Erlanger Forsch., Bd. 50), Erlangen 1989
- Gruner, Wolf D., Die deutsche Frage in Europa 1800-1990, München 1993
- Gruner, Wolfgang, Deutschlandpolitische Grundsatzpositionen und Zielvorstellungen in den westdeutschen Besatzungszonen 1945-1949. In: Materialien der Enquetekommission 1995, Bd. V, S. 1404-1488
- Halder, Winfried, Deutsche Teilung. Vorgeschichte und Anfangsjahre der doppelten Staatsgründung, Zürich 2002
- Henke, Klaus-Dietmar, Die Grenzen der politischen Säuberung in Deutschland nach 1945. In: Westdeutschland 1945—1955(1986), S. 127-133
- Henke, Klaus-Dietmar, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 19962 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. v. Institut f. Zeitgeschichte, Bd.27)
- Henke, Klaus-Dietmar, Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart 1981
- Henke, Klaus-Dietmar/Wöller, Hans (Hrsg.), Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1991



- Hillgruber, Andreas, Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit 1945-1963, München 1993.
- Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien. Hrsg. von Jürgen Kocka, Berlin 1993 (Zeithistorische Studien. Hrsg. vom Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam, Bd.1)
- Hobsbawm, Eric, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995
- Hoffmann, Dierk, Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR, München 1996
- Hoffmann, Wolfgang, Versuch und Scheitern einer gesamtdeutschen demokratischen Partei 1945-1948, Berlin 1965
- Hurwitz, Harold, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, 4 Bde., Köln 1983-1990
- Hurwitz, Harold: Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946-1949, Opladen 1997
- Jacobson, Hans-Adolf, Der Weg zur Teilung der Welt. Politik und Strategie 1939-1945, Koblenz/Bonn 1977
- Jarausch, Konrad H./ Sigrist, Hannes (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970, Frankfurt am Main – New York 1997
- Jarausch, Konrad H., Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, München 2004
- Jaspers, Karl, Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen, München 1967
- Kalbe, Ernstgert, Volksdemokratie zwischen gesellschaftlicher Alternative und Sowjetmodell. In: Osteuropa in Tradition und Wandel., Leipziger Jahrbücher 6/2004
- Kalter Krieg und deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945-1952, hrsg. v. Josef Foschepoth, Göttingen/Zürich 1985 (Veröffentl. D. Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 16)
- Karlsch, Rainer, Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin 1993.
- Karlsch, Rainer, Uran für Moskau. Die Wismut – Eine populäre Geschichte, Berlin 2007
- Kessel, Martina, Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947, München 1989.
- Kettenacker, Lothar, Die angloamerikanischen Planungen für die Kontrolle Deutschlands, in: Kalter Krieg und deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945-1952, hg. von Josef Foschepoth, Göttingen 1985, S. 66-87
- Kettenacker, Lothar, Großbritannien und die zukünftige Kontrolle Deutschlands, in: Foschepoth, Josef und Steininger, Rolf (Hg.), Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949, Paderborn 1985, S. 27-46.
- Klemperer, Viktor, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher, Bd. 1: 1945-1949, Bd. 2: 1950-1959. Hrsg. von Walter Nowojski, Berlin 1999
- Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 bis 1955, Bonn 1982.
- Kleßmann, Christoph /Friedmann, Peter, Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-1948, Frankfurt am Main/NeuYork 1977
- Klotzbach, Kurt, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965, Berlin/Bonn 1982
- Kocka, Jürgen, Nach dem Ende des Sonderwegs. Zur Tragfähigkeit eines Konzepts. In: Arnd Bauernkämper, Martin Sabrow, Bernd Stöver (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990, Bonn 1998, S. 364-375
- Kocka, Jürgen/Sabrow, Martin (Hg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Berlin 1994
- Koval, K. I.: Mein Treffen mit General Draper im Juli 1947, mit Anmerkungen von Jochen Laufer und Rainer Karlsch, in: BzG 1995, S. 41-68
- Kraus, Elisabeth, Ministerien für das ganze Deutschland ? Der Alliierte Kontrollrat und die Frage gesamtdeutscher Zentralverwaltungen, München 1990 (Studien zur Zeitgeschichte. Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte, Band 37)
- Kreikamp, Hans-Dieter, Die amerikanische Deutschlandpolitik im Herbst 1946 und die Byrnes-Rede in Stuttgart, in: VfZ, 29 (1981), S. 259-285
- Krieger, Wolfgang, General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945-1949. Stuttgart 1988
- Kuntsche, Siegfried, Demokratische Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern. Versuch einer Neubefragung der Geschichte. Anlage 2 Wer war wer? Prominente Großgrundbesitzer in Mecklenburg und Vorpommern nach 1918. In: Bodenreform in Mecklenburg und Vorpommern. Schriften zur politische Bildung im Auftrag des Forums für politische und interkulturelle Bildung e. V. Herausgegeben von Lothar Elsner und Steffen Flechsig, Heft 2/3, Rostock 1995, S. 30-39
- Latour, Conrad F./ Vogelsang, Thilo, Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944-1947. Stuttgart 1973
- Laufer, Jochen, Auf dem Wege zur staatlichen Verselbständigung der SBZ. Neue Quellen zur Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten 1947. In: Historische DDR-Forschung(1993), S. 27-55
- Laufer, Jochen, Die Verfassungsgebung in der SBZ 1946-1949. In: APZ B32-33/98, 31. Juli 1998, S. 29-41
- Laufer, Jochen, Die UdSSR und die deutsche Währungsfrage. In: VfZ 46, H.3/1998, S. 455ff.
- Lemke, Michael, Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945-1953), Köln-Weimar-Wien 1999 (Zeithistorische Studien, Bd. 13)

- Loth, Wilfried, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955, München 1980, erw. Neuauflage 2000
- Loth, Wilfried, Ost-West-Konflikt und deutsche Frage, München 1989
- Loth, Wilfried (Hg.), Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, Berlin 1994
- Loth, Wilfried, Der »Kalte Krieg« in der historischen Forschung. In: Gottfried Niethardt (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion seit 1917, Paderborn 1983, S. 155-175:
- Mai, Günther, Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948. Alliierte Einheit- deutsche Teilung? München 1995 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 37)
- Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« ( 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Herausgegeben vom Deutschen Bundestag, 9 Bände in 18 Teilbänden, Frankfurt a.M./Baden-Baden 1995
- Meinicke, Wolfgang, Die Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1948. In: ZfG 32 (1984), S. 968-979
- Messerschmidt, Manfred, Die Wehrmachtjustiz 1933-1945, Paderborn 2005
- Meuschel, Sigrid, Legitimation und Parteienherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt am Main 1992
- Meyer-Seitz, Christian, Die Verfolgung von NS-Straftaten in der Sowjetischen Besatzungszone, Berlin 1998
- Mommsen, Wolfgang J., Der Ort der DDR in der deutschen Geschichte. In: Die DDR als Geschichte. Fragen-Hypothesen-Perspektiven. Hg. Von Jürgen Kocka und Martin Sabrow, Berlin 1994, S. 28f. (Zeithistorische Studien Bd. 2).
- Müller, Werner, Entstehung und Transformation des Parteiensystems der SBZ/DDR 1945-1950 (KPD/SED). Materialien der Enquetekommission 1995, Bd. II, S.2329-2374
- Muraschko, Galina P. u. a.: Das Zentralkomitee der WKP(B) und das Ende der »nationalen Wege zum Sozialismus«, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1994, S. 9-37
- »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Hrsg. von Peter Erlor, Horst Laude u. Manfred Wilke, Berlin 1994
- Naimark, Norman N., The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945-1949, Cambridge & London 1995; dt.: Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997
- Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949. Hrsg. Von Hans-Jörg Ruhl, München 1982
- Neubert, Harald, Europäische Nachkriegsordnung, kalter Krieg, deutsche Zweistaatlichkeit und internationale Sicherheit. In: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. IX(1998), S. 251-350
- Neumann, Franz, Behemot. The structure and practice of National Socialism 1933-1944, Toronto/New York/London 1944; dt.: Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Gert Schäfer, 5. Aufl. Frankfurt am Main 2004
- Niethammer, Lutz, Die Mitläuferfabrik. Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin/Bonn 1882
- Niethammer, Lutz (Hrsg.), Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960. 3 Bände, Berlin/Bonn 1983-1985
- NS-Täter in der deutschen Gesellschaft, herausg von Joachim Perels und Rolf Pohl, Hannover 2002
- Oberkrome, Willi, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918-1945, Göttingen 1993
- OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949, hg. von Christoph Weisz, München 1994.
- Overesch, Manfred, Die Reise des Generalsekretärs des Länderrates Roßmann in die Ostzone vom 15. bis 20. Mai 1947, VfZ 23, 1975, S. 454-466
- Overesch, Manfred, Gesamtdeutsche Illusion und westdeutsche Realität. Von den Vorbereitungen für einen deutschen Friedensvertrag zur Gründung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland 1946-1949/51, Düsseldorf 1978
- Overesch, Manfred, Gegen Deutschlands Teilung. Nationale Initiativen deutscher Ministerpräsidenten 1945/46. In: DA 1981, Heft 2, S. 148-161
- Overesch, Manfred, Das besetzte Deutschland 1945-1947, Augsburg 1992
- Overesch, Manfred, Das besetzte Deutschland 1948-1949, Augsburg 1992
- Perels, Joachim, Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime, Hannover 2004
- Perels, Joachim, Der Mythos von der Vergangenheitsbewältigung. In: DIE ZEIT, 26. Januar 2006, S.51
- Pingel, Falk, Wissenschaft, Bildung und Demokratie – der gescheiterte Versuch einer Universitätsreform. In: Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik. Hrsg. von Josef Foscith und Rolf Steininger, Paderborn, 1985, S. 183-209
- Piontkowitz, Heribert, Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946-1949. Das Deutsche Büro für Friedensfragen, Stuttgart 1978.
- Pirker, Theo, Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945-1964, München 1965

- Plato, Alexander von/Meincke, Wolfgang, Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991
- Plato, Alexander von/Leh, Almut, »Ein unglaublicher Frühling«. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945-1948, Bonn 1997
- Plato, Alexander von, Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Busch, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Protokolle, Berlin 2002
- Plener, Ulla, SPD 1945-1949. Konzeption – Praxis – Ergebnisse, Berlin 1981
- Poidevin, Raymond, Die französische Deutschlandpolitik 1943-1949. In: Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945-1949(1983), S. 15-25
- Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945-1949. Hrsg. von Claus Scharf und Hans-Jürgen Schröder, Wiesbaden 1977
- »Provisorium für längstens ein Jahr«. Die Gründung der DDR. Hrsg.v. Elke Scherstjanoi, Berlin 1993
- Pülz, Helmut (Bearb.), Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, Bonn 1975
- Public opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, hrsg v. Anna J. u. Richard Merritt, Urbana/Chigago/London 1970
- Richter, Michael, Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien-Die CDU. In: Materialien Enquetekommission 1995, Bd. II/4, S. 2587-2638
- Ritter, Gerhard A., Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 1998
- Roesler, Jörg, Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe, Leipzig 2006
- »Reorganisation der Polizei« oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kalten Krieg? Dokumente und Materialien ... 1948/49, hrsg. u. eingel. v. Günther Glaser, Frankfurt am Main, Berlin, Bern New York, Paris, Wien 1995
- Rudzio, Wolfgang, Die ausgebliebene Sozialisierung an Rhein und Ruhr. In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XVIII, Bonn 1978, S. 1-40
- Rupieper, Hermann-Josef, Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945-1952, Opladen 1993
- SBZ-Handbuch. Im Auftrag des Arbeitsbereiches Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim und des Instituts für Zeitgeschichte München hrsg. v. M. Broszat und H. Weber, München 1990
- Schaffer, Gordon, Ein Engländer bereist die russische Zone, Berlin 1948
- Scharf, Claus und Schröder, Hans Jürgen (Hg.), Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945-1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten, Wiesbaden 1977
- Scharf, Claus und Schröder, Hans Jürgen (Hg.), Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1979.
- Scharf, Claus und Schröder, Hans Jürgen (Hg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1983
- Scherstjanoi, Elke: Die Berliner Arbeiterschaft vor den Wahlen im Oktober 1946. Eine Moskauer ZK-Kommission befragt Hermann Matern. In: BzG 3/1996, S. 59-88
- Scherstjanoi, Elke, Zum Verhältnis zwischen SED- und KPdSU-Führung. In: Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 177-196
- Scherstjanoi, Elke, Zwei deutsche Staaten? Forschungsfragen zur Nachkriegsplanung Moskaus im Lichte neuer Quellen 1948-1950. In: TELAVIVER JAHRBUCH für deutsche Geschichte XXVIII/1999, S. 257-203
- Schildt, Axel: Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, München 2007 (=Enzyklopädie Deutsche Geschichte, Bd. 80)
- Schmid, Eberhard, Die verhinderte Neuordnung, 1945-1952, Frankfurt am Main, 19734
- Schmidt, Ute/ Fichter, Tilmann, Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen, Berlin 1971
- Scholten, Jens, Offiziere: Im Geiste unbesiegt. In: Norbert Frei: Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt am Main – New York, 2. Aufl. 2002
- Schwarz, Hans-Peter, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 bis 1949, Stuttgart 1966 (1980).
- Semjonow, Wladimir. S., Von Stalin bis Gorbatschow Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939-1991, Berlin 1995
- Söllner, Alfons (Hg.): Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland, Bd. 1: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Geheimdienst 1943-1945, Bd. 2: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium 1946-1949, Frankfurt a. M. 1986
- Sontheimer, Kurt/Bleek, Wilhelm, Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, 2. Aufl., Hamburg 1972
- Sontheimer, Kurt/Bleek, Wilhelm, Grunzüge des politischen Systems Deutschlands, München 2001= Lizenzausgabe Bundeszentrale f. d. polit. Bildung, Bd. 396, Bonn 2003

- Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter S. Tjul'panov, hrsg. v. Bernd Bonwetsch, Gennadij Bordjugov, Norman M. Naimark, Bonn 1997 (Archiv f. Sozialg., Beih. 20)
- Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1949, hrsg. v. Sergej Mironenko, Lutz Niethammer, Alexander von Plato, Bd. 1: Studien und Berichte, Berlin 1998
- Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940 bis 1968 und die Folgen. Eine Dokumentation von Wladimir K. Wolkow, hrsg. von Harald Neubert, Berlin 2003
- Staritz, Dietrich, Parteien für ganz Deutschland? Zu den Kontroversen über ein Parteiengesetz im Alliierten Kontrollrat 1946/47, in: VfZ, 32 (1984), S. 240-268.
- Steiner, Andre, Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus. Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49-50/93, S. 32-39.
- Steininger, Rolf, Zur Geschichte der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz 1947, in: VfZ, 23 (1975), S. 375-453
- Steininger, Rolf (Hg.), Die Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949, Paderborn 1985.
- Steininger, Rolf, Deutsche Geschichte 1945-1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Frankfurt a. M. 1983; erweiterte Neuauflage in vier Bänden, Bd. 1-2, Frankf. a. M. 2002
- Steininger, Rolf, Die Alliierten und Deutschland. In: APZ B 32-33/98, S. 3-12
- Suckut, Siegfried, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945-1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses, Köln 1986
- Suckut, Siegfried, Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung. In: »Provisorium für längstens ein Jahr« (1993), S. 84-101
- Suckut, Siegfried, Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD), Einleitung. In: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, Köln 1982
- Suckut, Siegfried, Die Betriebsrätebewegung in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands (1945-1948). Zur Entwicklung und Bedeutung von Arbeiterinitiative, betrieblicher Mitbestimmung und Selbstbestimmung bis zur Revision des programmatischen Konzeptes der KPD/SED vom »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus«, Frankfurt a. Main 1982.
- Terror nach Innen. Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges. Herausgegeben von Cord Arendes, Edgar Wolfrum, Jörg Zedler (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Bd. 6. Hrsg. i. A. d. Stadt Dachau und des Jugendgästehauses Dachau von Bernd Schoßig) Wallstein Verlag Göttingen 2006
- The Papers of Generat Lucius D. Clay. Germany 1945-1949. 2 Bde., Hrsg. von J. E. Smith, Bloomington/London 1974
- Tjul'panow, Sergej, Deutschland nach dem Kriege (1945-1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee, hg. von Stefan Doernberg, Berlin 1986
- Triebl, Wolfgang, Otto Grotewohls Weg in die Einheitspartei, Berlin 1993 (hefte zur ddr-geschichte 13)
- Truman, Harry S.: Memoiren, Bd. II: Jahre der Bewährung und des Hoffens (1946-1953), Stuttgart 1956
- Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozess. Die bundesrepublik in der deutschen Geschichte. In: Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, hrsg. V. Ulrich Herbert, Göttingen 2003, S. 7-49
- Ulrich, Volker, Späte Reue der Zunft. Endlich arbeiten die deutschen Historiker die braune Vergangenheit ihres Faches auf. In: Die Zeit, Nr. 39 v. 17. September 1998, S. 53
- Ulrich, Volker, Die zwei Vergangenheiten des Historikers Karl Dietrich Erdmann. In: Die Zeit, 18. 10. 1996, S. 23.
- Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945 bis 1949, Berlin 1968
- Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/ Hans Woller. München 1988 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd.26)
- Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, hrsg. v. Josef Becker, Theo Stammen, Peter Waldmann, München 1987<sup>2</sup>
- Warum musste die Münchener Konferenz scheitern?, hg. von der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD, Berlin 1947.
- Welsh, Helga A., Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945-1948), München 1989.
- Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration. Hrsg. von Ludolf Herbst. München 1986
- Wette, Wolfram, Neue Form, alter Geist. Die Gründungsgeschichte der Bundeswehr erklärt, warum es unserer Armee so schwer fällt, sich aus den Wehrmachtstraditionen zu lösen. In: Die Zeit, 18. 3. 1999, S. 98.
- Wie neu war der Neubeginn. Zum deutschen Kontinuitätsproblem nach 1945, hrsg. v. Everhard Holtmann, Erlangen 1989 (Erlanger Forsch., Reihe A, Bd. 50)
- Wieck, Hans-Georg, Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 8d.10), Düsseldorf 1958
- Winkler, Dörte, Die amerikanische Sozialisierungspolitik in Deutschland 1945-1948, in: Winkler, Heinrich August (Hg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979, S. 88-110 (= Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5)

- Winkler, Heinrich August, Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte von 1933-1990, München 2000 und Bonn 2005=Bd. 463 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung
- Winkler, Heinrich August (Hg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979
- Wolfrum, Edgar, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006
- Woodward, Sir Llewellym British Foreign Policy, Vol.V, London 1976
- Yergin, Daniel, Der zerbrochene Friede. Die Ursprünge des kalten Krieges und die Teilung Europas, Frankfurt a. Main. 1979
- Zank, Wolfgang, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945-1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1987
- Zank, Wolfgang, Als Stalin Demokratie befahl. In: Die Zeit, Nr.25, 16.6.1995, S. 42
- Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945. Hrsg. von U. Borsdorf und L. Niethammer, Wuppertal 1976

